



Soester Zeitschrift

Heft

128

Zeitschrift des Vereins
für Geschichte und
Heimatspflege Soest

herausgegeben von Norbert Wex
unter Mitarbeit von
Dirk Elbert und Ulrich Lör

Verein für Geschichte und Heimatpflege Soest e.V.,
gegründet am 7. Februar 1881 als Verein für die Geschichte von Soest und der Börde,
vereinigt am 25. Januar 1973 mit dem Verein für Heimatpflege,
gegründet am 6. Mai 1904

Vorsitzender:

Günter Kükenshöner, M. A., An Lentzen Kämpen 17, 59494 Soest

Geschäftsführung:

Dr. Norbert Wex, Stadtarchiv Soest, Jakobistr. 13, 59494 Soest

Kassenführung:

Bettina Steinfeld-Hösel, Michelsweg 3, 59494 Soest

Tauschstelle, Archiv und Bibliothek: Stadtarchiv Soest, Jakobistr. 13, 59494 Soest,

Telefon (02921) 66396-12, -14, -17, Telefax (02921) 66396-99

E-Mail: stadtarchiv@soest.de, Internet: www.geschichtsverein-soest.de

Konto: Sparkasse Soest Nr. 3005147 (BLZ 414 500 75)

IBAN: DE76 4145 0075 0003 0051 47

SWIFT-BIC: WELADED1SOS

Jahresbeitrag 25,- Euro

Redaktionskollegium:

Dirk Elbert, Stadtarchiv Soest, Jakobistr. 13, 59494 Soest

Dr. Ulrich Löer, Kleine Helle 1, 59494 Soest

Stadtarchivar Dr. Norbert Wex, Stadtarchiv Soest, Jakobistr. 13, 59494 Soest.

Jeder Verfasser verantwortet selbst den Inhalt seines Beitrags.

Beiträge für Heft 129 bitte bis zum 31. März 2017 mindestens ankündigen.

Mitgliedern und Tauschpartnern stehen ältere Hefte dieser Zeitschrift bis Heft 90 (1978) beim
Stadtarchiv zum verbilligten Preis von 5,- Euro zur Verfügung, solange der Vorrat reicht.

ISSN 0176-3946

Titel: drebusch:design

Satz und Druck: Althoff Druck, Soest

Westfälische Verlagsbuchhandlung Mocker & Jahn, Soest 2016

Verzeichnis der Autoren

Dr. Dirk van Acken, Goebel-Styes-Weg 8, 59494 Soest

Prof. Dr.-Ing. Wilhelm Becker, Nötten-Brüder-Wallstr. 7, 59494 Soest

Dr. Horst Conrad, Staufenstr. 44, 48145 Münster

Dirk Elbert, Stadtarchiv, Jakobistr. 13, 59494 Soest

Joachim Grade, Marquardweg 10, 59494 Soest

Frederik Heinze M. A., Stadtarchäologie, Jakobistr. 13, 59494 Soest

Walter Kallenbach, Ostönnen, Bergstraßer Weg 4, 59494 Soest

Dr. Ulrich Löer, Helle 1, 59494 Soest

Kira Rassenhövel, Burgundische Str. 9, 59494 Soest

Ilse Maas-Steinhoff, Nottebohmweg 23, 59494 Soest

Dr. Wolfgang Stelbrink, Elisabeth-Rathus-Weg 5, 59494 Soest

Dr. Norbert Wex, Stadtarchiv, Jakobistr. 13, 59494 Soest

Inhalt

Frederik Heinze Bachlauf und frühmittelalterliche Besiedlung am Dasselwall.....	5
Ulrich Löer Stiftung auf Dauer. Das Stipendium Amplonianum in Erfurt und seine Soester Stipendiaten (1435–1941).....	13
Joachim Grade Das Augsburgere Interim, die gescheiterte Rekatholisierung und der Beginn der Konfessionalisierung Soests 1548–1570.....	37
Walter Kallenbach Der Glaubenskrieg von Ostönnen.....	79
Kira Rassenhövel Eine bisher unbekannte Soest-Ansicht.....	109
Horst Conrad „Der Hauptmann ist heute französisch...“ – die preußisch-napoleonische Offizierskarriere des Ludwig von Toll	115
Norbert Wex Die ‚Soester Kunstfehde‘ und der Verein Heimatpflege: Zwei Briefe von Otto Modersohn und Wilhelm Morgner im Stadtarchiv Soest	139
Dirk van Acken Der „tausendjährige Weißdorn“ von Soest – eine Recherche.....	151
Dirk Elbert Zu den Soester Kirmesplakaten vor 1972.....	163
Wilhelm Becker Die kurze Episode eines Technik-Museums in Soest	177
Dirk Elbert, Sarah Kemper, Ulrich Löer, Wolfgang Stelbrink, Norbert Wex Neuerscheinungen – Anzeigen und Besprechungen.....	203
Ilse Maas-Steinhoff Jahresbericht des Vereins für Geschichte und Heimatpflege Soest e. V. für das Jahr 2015.....	217

FREDERIK HEINZE

BACHLAUF UND FRÜHMITTELALTERLICHE SIEDLUNG AM DASSELWALL

Im November und Dezember 2015 konnte die Stadtarchäologie Soest bei einer Baustellenbeobachtung am Dasselwall zahlreiche neue Erkenntnisse zur Gewässertopographie und zur frühmittelalterlichen Besiedlungsstruktur südlich der Altstadt gewinnen. Im Vorfeld des Neubaus eines Hotels sollte das Gelände eines Parkplatzes westlich der Stadthalle auf einer Fläche von etwa 2000 m² bis zu 4,00 m unter der Geländeoberkante für eine Unterkellerung ausgeschachtet werden. Die Chancen, hier auf archäologische Befunde zu treffen, waren gering, denn der Bereich schien durch eine ehemals dort ansässige, Ende der 1980er-Jahre abgerissene Maschinenfab-



Die Verfärbung des Bachlaufes (Befund 1) im Südwestprofil der Baugrube (Foto: F. Heinze/ Stadtarchäologie Soest)

rik und Eisengießerei bereits großflächig gestört. Dieser Verdacht bestätigte sich auch zunächst, da bei den flächigen Ausschachtungsarbeiten meist nur mehrere Meter dicke, moderne Planierschichten freigelegt wurden. Ab einer Tiefe von etwa 2,00 m unter der Geländeoberkante trat jedoch besonders im Süden der Fläche der anstehende Löss als gewachsener Boden zutage. Im Südwestprofil der Baugrube ließ sich eine mehrere Meter

breite, trichterförmige Verfärbung (Befund 1) erkennen, die sich auf der Sohle der Baugrube fortsetzte. Schnell wurde klar, dass es sich dabei um einen verlandeten Bachlauf handeln musste, denn die Verfüllung des Befundes ließ deutlich zahlreiche Einschwemmschichten erkennen. Zudem hatten sowohl die Verfüllung als auch der angrenzende Löss eine



Teilabschnitt des Bachlaufes (Befund 1) auf der Sohle der Baugrube. Blickrichtung Westen (Foto: F. Heinze/Stadtarchäologie Soest)

typisch grau-blaue Farbe, die auf Staunässe hindeutet. Die Oberkante des Befundes auf Höhe des Löss im Südprofil war etwa 13,00 m breit. Auf der Sohle der Baugrube hatte der Befund fast auf voller Länge eine Breite von etwa 10,00 m. Bohrstocksondagen zeigten, dass der Befund noch eine Tiefe von mindestens 0,70 m unter der Baugrubensohle hatte.

Somit ist von einer ursprünglichen Gesamttiefe des Befundes von etwa 2,20 m im anstehenden Löss auszugehen. Der ehemalige Bachlauf konnte auf einer Länge von etwa 40,00 m in Südwest-Nordost-Richtung auf der Sohle der Baugrube dokumentiert werden. Bei diesem Befund handelt es sich um den ursprünglichen Zulauf des Soestbachs, der auf seinem Weg durch den Altstadt kern abschnittsweise verschiedene Namen wie Kützelbach, Kolkbach, Loerbach und schließlich Soestbach trägt. Meist wird als Ursprung des Soestbachs der große Teich angenommen, der mit seinen Quellen allerdings nur zusätzliches Wasser zum schon bestehenden Bachlauf liefert. Tatsächlich entspringt der Soestbach im südlichen Stadtgebiet etwa zwischen Oberkirchweg und Pappenheimweg, südlich eines Kindergartens am Wiesengraben¹. Gespeist wird dieser Quellhorizont durch versickerndes Regenwasser auf der Haar, welches zunächst durch wasserdurchlässige Schichten nach Norden abläuft und schließlich auf Höhe der heutigen B1 auf wasserundurchlässige Mergelschichten trifft und somit wieder zutage tritt². Das am Wiesengra-

- 1 Dirk Elbert: Der verheimlichte Bach. In: Norbert Wex (Hrsg.): Soester Schau-Plätze. Historische Orte neu erinnert. Festschrift zum 125-jährigen Bestehen des Vereins für Geschichte und Heimatpflege Soest (Soester Beiträge 59). Soest 2006, S. 157–162, hier S. 157.
- 2 Conrad-von-Soest-Gymnasium (Hrsg.): Soester Bäche. Eine Untersuchung der Biologie-

ben ursprünglich in einem Quellteich entspringende Wasser wird heute allerdings in Regenwasser-Kanäle abgeleitet, sodass hier oberirdisch nur noch Regenwasser fließt. Der deutlich sichtbare Bachlauf des Wiesengrabs endet heute am Wisbyring und wird dann im Rohr unter der Ringstraße und dem sich nördlich anschließenden Jahnstadion weitergeführt. Zwischen Stadthalle und dem Hotel am Dasselwall war lange der Rest von einem Geländeeinschnitt zu sehen³, der allerdings bei den aktuellen Baumaßnahmen ebenfalls verrohrt wurde. Unter den Rosengärten weiter durch ein Rohr geleitet, tritt der Bachlauf an der Gräfte in einem kleinen Bassin wieder hervor. Von diesem fließt er nach Nordwesten die weiteren Gräften entlang, um an der Schonekindbastion in einen Kanal zu entwässern, der schließlich wieder im Soestbach mündet⁴.

Spätestens allerdings seit der Urkatasteraufnahme in den Jahren 1827/28 durchquerte der Bach den Wall etwas nordwestlich des ersten Halbrundturmes im Westen des Kattenturms. Hier verlief er von West nach Ost durch den Schüngel, wo er einen Fischteich hinter dem Kattenturm speiste⁵. Danach kreuzte er die heutige Bachsteingasse und die Ulricherstraße, folgte der Haarhofgasse und der Bachstiege⁶. Hier konnte eine Baustellenbeobachtung der Stadtarchäologie im Jahre 2005 den Niederungsbebereich des Baches von mindestens 30 Metern nach Osten hin nachweisen. Zudem wurde deutlich, dass sich der Bachlauf im Früh- und Hochmittelalter fast direkt am Hügelfuß des Plettenbergs mit seinem Metallhandwerkerquartier vorbeischlängelte⁷. Unter dem heutigen Parkplatz des Aldegrevier-Gymnasiums knickte der Verlauf des Baches nach Nordwesten ab, um dann an der Ecke der heutigen Burghofstraße/Sugestraße wieder in Richtung Grandweg und nach Nordosten zur Straße „Am Kützelbach“ zu verlaufen. Dieser ganze Abschnitt des Baches innerhalb der Wälle, der in alten Karten ebenfalls den Namen Kützelbach trägt, führt heute kein Quellwasser mehr und ist zwischen 1913 und 1926 in den Kanal zwischen Schüngelwiesen und Osthofenstraße geleitet worden, der die südliche Altstadt trockenlegen sollte⁸. Ein kleiner Abschnitt im Bereich der

AG des Conrad von Soest Gymnasiums. Soest 1991, S. 43.

3 Elbert (wie Anm. 1), S. 157.

4 Ebd.

5 Mechthild Siekmann/Thomas Tippach (Hrsg.): Historischer Atlas westfälischer Städte, Bl. 7: Soest. Bearb. v. Wilfried Ehbrecht, Mechthild Siekmann u. Thomas Tippach (Veröff. d. Historischen Kommission für Westfalen, NF 30). Münster 2016, Tafel 1a und Tafel 4.

6 Elbert (wie Anm. 1), S. 158.

7 Walter Melzer: Soest – Von den Anfängen zur mittelalterlichen Großstadt. In: Wilfried Ehbrecht u. a. (Hrsg.): Soest. Geschichte der Stadt, Bd. 1: Der Weg ins städtische Mittelalter. Topographie, Herrschaft, Gesellschaft (Soester Beiträge 52). Soest 2010, S. 39–146, hier S. 92.

8 Elbert (wie Anm. 1), S. 158.

Bachstiege lag noch bis vor wenigen Jahren offen, wurde dann jedoch aus Sicherheitsgründen ebenfalls verschlossen. Ein heute sichtbarer und wasserführender Abschnitt des Kützelbachs beginnt erst wieder an der heutigen Straße „Am Kützelbach“. Dieser wird hier von einer nahe dem Grandweg gelegenen Quelle gespeist und mündet kurz vor der Osthofenstraße in den Kolkbach⁹.

Der neue Grabungsbefund am Dasselwall zeigt nun ein etwas anderes Bild des Verlaufs des Wiesengrabs/Kützelbachs im Bereich vor der südlichen Stadtmauer. Zwar konnte auf der Sohle der Grabungsfläche im Nord-west-Bereich, nur wenige Meter östlich des modernen Geländeeinschnitts des Wiesengrabs, ebenfalls ein durch Staunässe verfärbter Bereich dokumentiert werden, der zu dem bereits umgeleiteten Bachlauf gehören kann, aber ebenso einem stehenden Gewässer im Bereich des Vorgrabens der Stadtbefestigung zugeordnet werden könnte. Das Urkataster verzeichnet für den Bereich südlich des Binnerwegs, dem heutigen Dasselwall, parallel verlaufende, mehrere hundert Meter lange stehende Gewässer¹⁰.



Verlauf des ergrabenen Abschnitts des Wiesengrabs/Kützelbachs westlich der Stadthalle und des rekonstruierten Bachlaufs (Plan: Stadtarchäologie Soest)

9 Ebd.

10 Siekmann/Tippach (wie Anm. 5), Tafel 1a.

Der neu entdeckte, ehemalige Bachabschnitt verläuft von Südwest nach Nordost durch die Grabungsfläche und fluchtet fast direkt auf den nordöstlich liegenden Kattenturm. Verlängert man seinen Lauf dahinter, so würde er etwa im Bereich der heutigen Bachstiege auf den im Urkataster dokumentierten Verlauf des Kützelbachs treffen. Die Umleitung über den Schüngel wäre somit umgangen. Auffällig am neu entdeckten Bachabschnitt ist auch, dass er parallel zu einer etwas südlich verlaufenden heutigen Flurgrenze liegt, die sich seit dem Urkataster nur unwesentlich verändert hat. Es ist also anzunehmen, dass bei der Baustellenbeobachtung von 2015 der ursprüngliche Verlauf des Wiesengrabens/Kützelbachs südlich der Stadtmauer dokumentiert werden konnte. Sicherlich gehörte die Maßnahme zur Umleitung des Baches schon zu den enormen Bautätigkeiten und den großangelegten Trockenlegungsarbeiten in den Bachniederungen der Altstadt um die Mitte des 12. Jahrhunderts. Die Schutzfunktion der Quell- und Bachniederungen war nun durch die Stadtmauer übernommen worden, und man konnte die Feuchtgebiete umfassend verändern, um neuen Siedlungsraum innerhalb der Wälle zu gewinnen¹¹. Vermutlich war es nötig, größere Zuläufe schon außerhalb der Stadtumwallung umzuleiten oder zu verengen, um den Wasserstand in der Altstadt zu senken. Sicherlich stellte auch ein großer Bachlauf, der die neue Stadtmauer durchquert, ein erhebliches Sicherheitsrisiko und eine Schwachstelle in der Verteidigungslinie dar. Somit ist es wahrscheinlich, dass eine Korrektur des Kützelbaches schon zur Zeit der Errichtung der Stadtmauer erfolgte. Die mächtige, 3,8 Kilometer lange und 102 Hektar umfassende Mauer mit ihren 10 Toren entstand um die Mitte des 12. Jahrhunderts¹². Erst im 13. Jahrhundert wurden 33 halbrunde Türme vor die Mauer geblendet¹³. Da der Bachlauf fast direkt auf den Kattenturm fluchtet, muss die Umleitung zu dieser Zeit schon bestanden oder spätestens im Zuge der Errichtung des Turms erfolgt sein. Warum der Bach so weit nördlich in den Bereich eines anderen Befestigungsturms verlegt wurde, ist nicht mehr zu klären. Vielleicht sollte dadurch ein größerer Bereich direkt hinter der Stadtmauer bewässert werden, oder man musste auf Besitzverhältnisse Rücksicht nehmen. Denkbar ist auch, dass der Bach rechtwinklig auf die Stadtmauer zugeführt wurde, um das Wasser gleichmäßig in die Gräfte ableiten zu können. Wie der eigentliche Durchlass im Wall ausgesehen hat, ist nicht bekannt und bleibt zukünftigen archäologischen und bauhistorischen Untersuchungen der Stadtbefestigung vorbehalten. Im nordöstlichen Bereich der Befestigung muss es für den von Osten kommenden Wurstekessel ei-

11 Melzer (wie Anm. 7), S. 118.

12 Ebd., S. 116.

13 Ebd., S. 117.

nen ähnlichen Durchlass gegeben haben. Auch für den Austritt des Soestbachs im Nordwesten der Stadtbefestigung ist ein solcher Durchlass anzunehmen. Da die Mauerabschnitte in diesen beiden Bereichen bereits Ende des 19. Jahrhunderts abgerissen worden sind, ist hier in Zukunft mit neuen Erkenntnissen nicht mehr zu rechnen.

Zieht man die Breite des neu entdeckten Bachabschnitts im Süden der Altstadt in Betracht, so ist jahreszeitenbedingt mit erheblichen Wassermassen zu rechnen, die sich in Richtung Altstadt ergossen, aber problemlos in die neue Gräfte abgeleitet werden konnten. Diese war wohl nie dauerhaft mit Wasser gefüllt¹⁴, jedoch kann sie als potenzielles Überschwemmungsgebiet¹⁵ angesehen werden, in dem sich in regnerischen Zeiten das Wasser sammelte und abgeleitet werden konnte. Somit erhöhte sich kurzfristig auch die Verteidigungswirkung auf natürlichem Weg.

Als besondere Überraschung kamen bei der Baustellenbeobachtung am Dasselwall neue frühmittelalterliche Siedlungsspuren südlich der Altstadt zum Vorschein. Es wurden drei Siedlungsgruben, ein Grubenhaus und vermutlich ein Parzellengraben des 8./9. Jahrhunderts dokumentiert. Bedingt durch die Ausschachtungstiefe waren die Befunde hauptsächlich in den Baugrubenprofilen erhalten. Nur in einem Fall konnte der nur noch wenige Zentimeter tiefe Rest einer Siedlungsgrube im Planum dokumentiert werden. Pfostengruben, die auf Baustrukturen hinweisen, waren



*Siedlungsgrube (Befund 3) im Südostprofil der Baugrube
(Foto: F. Heinze/Stadtarchäologie Soest)*

nicht mehr erhalten. Die Befunde waren beiderseits des ehemaligen Bachlaufs zu finden und waren gleichmäßig über die gesamte Fläche der Baugrube verteilt. Eine Siedlungsgrube (Befund 3) im Südostprofil der Baugrube enthielt neben Tierknochen und veriegeltem Lehm zahlreiche Keramik-

14 Helmut Schinkel: Die mittelalterliche Stadtbefestigung. In: Nordwestdeutscher Verband für Altertumsforschung u. a. (Hrsg.): Die Stadt Soest – Archäologie und Baukunst (Führer zu archäologischen Denkmälern in Deutschland 38). Stuttgart 2000, S. 140–143, hier S. 141.

15 Siekmann/Tippach (wie Anm. 5), Tafel 4.

scherben. Aus dieser konnten 39 Wandscherben uneinheitlich gebrannter Irdeware sowie die Randscherben von sechs verschiedenen Kumpfen und die eines Kugeltopfes geborgen werden. Zusätzlich enthielt die Grube noch vier Wandscherben von rheinischer Importkeramik Badorfer Art ohne Rollstempelverzierung. Eine Siedlungsgrube (Befund 7) im Nordwestbereich der Fläche konnte im Planum dokumentiert werden. Sie enthielt drei Wandscherben von rheinischer Importkeramik Badorfer Art mit Rollstempelverzierung und sechs Wandscherben der gleichen Warenart ohne Rollstempelverzierung sowie vier Wandscherben uneinheitlich gebrannter Irdeware. Eine weitere Siedlungsgrube im Nordostprofil der Baugrube (Befund 10) enthielt lediglich zehn Wandscherben uneinheitlich gebrannter Irdeware und Tierknochen. Einen interessanten Befund, der leider nur sehr fragmentarisch erhalten war, stellt ein Grubenhaus in der Südwestecke der Baugrube dar (Befund 6). Grubenhäuser zählen zu den typischen Nebengebäuden der Vorgeschichte und des Mittelalters und bestanden aus einer in den Boden eingetieften Grube mit einem aufgehenden, meist bis zum Boden reichenden Dach. In der Regel wurden diese Gebäude als Werkstätten genutzt¹⁶.

Die gesamte Nordostecke des Befundes war der Ausschachtung zum Opfer gefallen. Die eingetiefte Struktur konnte wiederum nur in den Baugrubenprofilen dokumentiert werden. Im Südwestprofil war der Befund auf einer Länge von etwa 1,20

m erhalten; im Nordwestprofil hingegen auf einer Länge von etwa 2,00 m. Bohrstocksondagen innerhalb des Befundes in beiden Profilen erbrachten jeweils eine Ausdehnung von mindestens 1,30 m. Somit wäre der ursprüngliche Befund in Nordwest-Südost-Richtung mindestens 2,50

m breit und in Südwest-Nordost-Richtung mindestens 3,30 m lang gewesen. An Fundmaterial enthielt der Grubenhausrest neben Tierknochen und verziegeltem Lehm



Der angeschnittene Parzellengraben F8 (Foto: F. Heinze/ Stadtarchäologie Soest)

16 Frederik Heinze: Mittelalterliche Bebauung zwischen den Häusern Jakobstraße 63 und Kesselstraße 20. In: Soester Zeitschrift 125 (2013), S. 5–12, hier S. 6.

die Randscherbe eines Kumpfes, zwei Randscherben von Kugeltöpfen und sieben Wandscherben uneinheitlich gebrannter Irdenware.

Befund 8 befand sich im westlichen Bereich der Baugrube und war ebenfalls nur im Profil erhalten. Es handelt sich dabei um eine trichterförmige Verfärbung von etwa 1,80 m Breite auf der Oberseite und etwa 0,50 m Tiefe, die vermutlich einen Südwest-Nordost verlaufenden Spitzgraben darstellt, der vielleicht zur Gehöft- oder Hauseinfriedung gedient hat. Solche Gräben sind von anderen Fundstellen auf Soester Stadtgebiet bekannt und haben im Westfalen des 9./10. Jahrhunderts häufig zur Abgrenzung von neuen Parzellen oder zur Grundstücksbegrenzung gedient. Aufgrund ihrer geringen Breite und Tiefe haben sie augenscheinlich keine fortifikatorische, sondern eine entwässernde und eine rechtliche Bedeutung, die den Hausfrieden auf einen klar abgegrenzten Bereich festlegte. Meist waren diese Gräben nur bei der Neuanlage von Siedlungsstrukturen von Bedeutung¹⁷.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass direkt südlich der Soester Altstadt ein neuer frühmittelalterlicher Siedlungsplatz beiderseits eines ehemaligen Bachlaufs mit Siedlungsgruben, einem Grubenhaus und einer Parzellenbegrenzung erfasst werden konnte. Durch die gleichmäßige Verteilung der Befunde auf den etwa 2000 m² der Baugrube kann auf eine größere Hofstelle geschlossen werden. Das Keramikspektrum, welches aus den Befunden geborgen wurde, weist auf eine Zeitstellung Ende des 8./Anfang des 9. Jahrhunderts hin. Allerdings ist bei der Interpretation der Funde und Befunde Vorsicht geboten, da durch die Ausschachtungstechnik der Baufirma vermutlich zahlreiche Befunde zerstört wurden. Zudem konnten die Befunde durch die ständig fortschreitenden Baumaßnahmen meist nicht komplett ausgenommen werden, sodass das geborgene Fundspektrum nur exemplarischen Charakter hat.

17 Melzer (wie Anm. 7), S. 85.

ULRICH LÖER

STIFTUNG AUF DAUER: DAS STIPENDIUM AMPLONIANUM IN ERFURT UND SEINE SOESTER STIPENDIATEN (1435–1941)

Am 22. Dezember 1433 stiftet der „Magister in artibus und Doctor in medicina“ Amplonius Rating de Berka testamentarisch 15 Stipendien zum Aufenthalt im Collegium Porta Coeli zu Erfurt und zum Studium an der soeben neu gegründeten Universität Erfurt. Für neun Stipendien sollen seine Heimatstadt Rheinberg (Berka), für zwei die Stadt Erfurt, für zwei der Ort Erpel bei Köln und für jeweils ein Stipendium die Städte Soest und Herford das Präsentationsrecht haben¹.

Seitdem der Soester Gymnasiallehrer und Archivar Eduard Vogeler die „Zusammenhängende Nachricht von Soestischen Schulstiftungen“ publiziert hat², wissen wir von 18 solcher Stipendien in Soest. Städtische Beamte wie Bürgermeister und Ziesemeister, Pastoren und Prediger der Kirchen von Soest und der Börde, Justizbeamte und wohlhabende Familien, aber auch eine Stiftsdame von St. Walburgis und ein Arzt stiften ein jährliches Kapital zur Finanzierung eines Studiums an einer Universität. Die Bedingungen der Verleihung und Auszahlung werden satzungsmäßig festgelegt und lange Zeit vom Scholarchat, dem Leitungsgremium des Archigymnasiums, überwacht. Die Stifter stehen in einer Beziehung zu Soest. Der Arzt, Theologe und Büchersammler Amplonius Rating bildet eine Ausnahme. Seine Stiftung, das Erfurtische Stipendium, ist, soweit wir sehen, die älteste und dauert von 1433 bis 1941.

Wie kommt es zur Stiftung eines Stipendiums in Erfurt für einen Soester Studenten durch einen rheinländischen Gelehrten? Von welchen Erwartungen werden der Fundator und die präsentierende Korporation getragen? Was bedeutet eine derartige Studienstiftung für die Stadt Soest, für die frühneuzeitliche städtische Öffentlichkeit? Das Stadtarchiv Soest bewahrt die drittälteste Abschrift der Statuten des Stipendiums von 1435 und des Testaments des Amplonius Rating sowie den Schriftverkehr zwi-

1 Stadtarchiv Soest (im Folgenden StAS), P 22.53, Bl. 151.

2 Eduard Vogeler: Beiträge zur Geschichte des Soester Archigymnasiums. In: Zeitschrift des Vereins für die Geschichte von Soest und der Börde 19 (1901/02), S. 62–92, 20 (1902/03), S. 3–25.

schen den Bewerbern aus Soest und seinen Eltern, dem Soester Magistrat und dem Collegium Amplonianum in Erfurt. Im 19. Jahrhundert kommen die Schreiben der Regierungspräsidenten in Arnberg und Erfurt hinzu. Das Archiv des Archigymnasiums, heute Depositum im Stadtarchiv Soest, überliefert uns im Lagerbuch des Scholarchiefonds (1607–1751) Abschriften der Stiftungsdokumente, Präsentationsschreiben und Stipendienverzeichnisse für begrenzte Zeiträume. Das Stadtarchiv Erfurt bewahrt einen großen Aktenbestand „Collegium Amplonianum“, der nicht eingesehen wurde.

Amplonius Rating und Soest

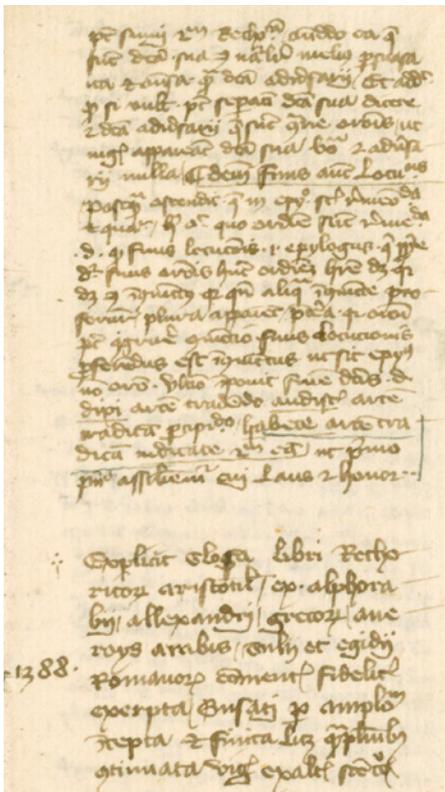


Abb. 1: Besitzvermerk des Amplonius Rating von 1388: *Fideliter excerpta Susati, per Amplonium incepta et infinita, licet quampluribus continuata vigilia exaltationis sanctae crucis 1388.*

Foto UB Erfurt

In der Stiftungsurkunde heißt es, Amplonius Rating habe den Ratsherren und der Gemeinheit der herausragenden Stadt Soest die Möglichkeit, das Recht und die Autorität verliehen, einen Baccalaureus zum Studium der freien Künste in Erfurt zu präsentieren, und zwar aufgrund der Wohltaten und Leistungen („propter beneficia et servitia“) der Stadt für den Stifter während seiner Jugendzeit³. Das zweite Dokument für den Aufenthalt des Amplonius Rating in Soest überliefert eine Erfurter Handschrift mit zwei Eintragungen. „Diesen Boethius besitze ich aus der nicht unverdienten Schenkung des Heinrich von Orsey, Vikar der Patrolikirche in Soest, einst Rektor der vorzüglichen Schule dort, unter dem ich die ersten Grundlagen der Wissenschaften erfahren habe. Anno 1397“ Und an anderer Stelle desselben Codex heißt es: „Verlässlich excerptiert

zu Soest, durch Amplonius begonnen und beendet, wengleich von mehreren fortgesetzt. Am Vigiltag des Festes Kreuzerhöhung. 13. September 1388⁴⁴(Abb. 1).

Mit diesen drei Hinweisen auf Soest und mit den nachgewiesenen Aufenthalten in der Stiftsschule Osnabrück und an der Universität Prag können wir die Schulzeit in Soest etwa von 1380 bis 1383 annehmen⁵. In Prag erwirbt Amplonius 1387 den Magister artium und an der Universität Köln das medizinische Baccalaureat. Er promoviert 1393 in Erfurt zum Doktor der Medizin und fungiert 1394/95 als Rektor der Universität Köln. Von 1404 bis 1414 wirkt Amplonius als Leibarzt des Kölner Erzbischofs Friedrich III. von Saarwerden und besitzt gleichzeitig Kanonikate in St. Aposteln und St. Andreas in Köln und in St. Johannis in Osnabrück. Mit der aus Herford stammenden Kunigunde von Hagen hat Amplonius vier Kinder. Um 1410 löst er diese Verbindung, lässt sich zum Priester weihen und erfasst seine 633 Bände umfassende Handschriftensammlung in einem Katalog (Abb. 2). Diese Bände führt er neben einem Anfangskapital von 2.400 Goldgulden in die Stiftung des Collegium Porta Coeli in Erfurt ein. Durch Schenkungen, so stellt Brigitte Pfeil fest, vergrößert sich der Bibliotheksbestand bis ins 18. Jahrhundert auf 1.200 Codices. Vom August 1416 bis Sommer 1423 wirkt Amplonius als Kanoniker in St. Victor in Mainz und als Leibarzt des dortigen Erzbischofs, nachdem er als Priesterkanoniker des Kölner Doms an der Wahl des in Soest sehr bekannten Dietrich II. von Moers († 1463) teilgenommen und ihn später bis 1430 begleitet hatte. Bis zu seinem Tode 1435 lebt Amplonius in seinem Haus bei St. Aposteln in Köln. Seinem zweiten öffentlichen Testament vom 22. Dezember 1433 fügt er in 52 Artikeln Statuten für das Erfurter Collegium hinzu.

Statuten und Juramentum

Unter der Überschrift „Enarratio aliquot statutorum Collegii Amploniani“ (Aufzählung einiger Statuten des Collegium Amplonianum) stellt sich das Scholarchat des Archigymnasiums im 18. Jahrhundert elf Artikel zusammen⁶. Mit diesen wird an den Gehorsam gegenüber dem Erzbischof von

4 Den lateinischen Text der Eintragungen und den Fundort (Universitätsbibliothek Erfurt Dep. Erf. CA 4° 5 und 4° 72, fol. 137r) bietet Brigitte Pfeil: Und were er eyn ander man. Neue Forschungen zur Biographie des Amplonius de Berka. In: Jahrbuch für mitteldeutsche Kirchen- und Ordensgeschichte 5 (2009), S. 34f.

5 Der biografische Abriss folgt Pfeil (wie Anm. 4), S. 17–45.

6 StAS, P 22.53, Bl. 152-153; StAS, A 10472, Bl. 4–11. Eine deutschsprachige Inhaltsangabe des lateinischen Textes bieten Hermann Weissenborn/Robert Boxberger: Amplonius Ratingk de Berka und seine Stiftung. Erfurt 1875, S. 19–24.

Köln und an die Notwendigkeit der Immatrikulation beim Rektor der Universität Erfurt erinnert. Wenn ein Kollegiat im Studium der Scholastik, im Hören, Disputieren und Respondieren nicht deutlich fortschreitet, verliert er seine Präbende. Diese wird sofort nach der geltenden Reihenfolge an die Bewerber aus Erfurt, Soest, Herford, Erpel und Rheinberg vergeben. Wenn ein Kollegiat „directe aut indirecte“ zu einer Häresie oder Perfidie eines Jan Hus oder zur Philosophie eines Platon hinneige, soll er vom Rektor der Universität korrigiert und diszipliniert werden („corrigatur et disciplinetur“). Hat der Kollegiat den Titel „Magister in artibus“ erreicht, ist er gehalten, sich für eine höhere Fakultät („altior facultas“) wie Medizin, Theologie oder Jura zu entscheiden. Die vom Soester Scholarchat ausgewählten Artikel geben als Lehrbücher für Medizin die Schriften des Hippokrates und Averroës, für Theologie die Werke des Thomas von Aquin und Bonaventura, für Jura die Abteilungen des „Corpus iuris civilis“ an. Nach der Ablegung der Lizentiatsprüfung erreichen die Kollegiaten in einem Vierteljahr die Doktorwürde („apex doctoratus“). Die letzte Vorschrift der hier ausgewählten Artikel lautet: „Kein Frauenzimmer darf im Hause des Collegiums zugelassen werden. Ein Diener und Diensthote sollen das, was ausgebessert oder gewaschen werden muss, zu vertrauenswürdigen Schneiderinnen oder Wäscherinnen tragen und gegen Entlohnung wieder zurückbringen.“

Im „Iuramentum“ (eidliches Versprechen), das alle Kollegiaten vor ihrer Aufnahme ablegen⁷, begegnen erneut Verpflichtungen gegenüber dem Kölner Erzbischof und dem Stifter sowie der Verlauf des Studiums und die akademischen Abschlüsse. Mit den Büchern der Bibliothek sei behutsam umzugehen, sie dürften nicht beschädigt oder gar entfremdet werden. Folgenreich für die Bibliotheca Amploniana heißt es am Schluss des Versprechens: „Wenn nach vollendeter Promotion, die ich in diesem Collegium zu erreichen hoffe, mein weltliches Vermögen es mir durch Gottes Hilfe ermöglicht, werde ich die Präbenden aus den Gütern und die Bibliothek dieses Collegiums in Form von Büchern nach allen Kräften aufzubessern suchen.“

Form und Inhalt der Präsentationsschreiben, mit denen der Soester Magistrat nach Resignation eines Kollegiaten einen neuen Kandidaten vorschlägt, ändern sich in den frühneuzeitlichen Jahrhunderten kaum⁸. Die Soester „Consules“ und „Proconsules“ grüßen zunächst die hochwürdigen Herren in Erfurt, die hochgelehrten Doktoren und Lizentiaten, die Freunde und Gönner des Collegium Amplonianum. Es wird sodann des Amplo-

7 StAS, P 22.53, Bl. 79–80.

8 StAS, A 10469, Bl. 4: Präsentationsschreiben vom 14. April 1589.

nius Rating de Berka, des hochverdienten Stifters, gedacht. Dieser habe in seinem Wohlwollen und seiner Gunst („benevolentia et favor“) der Stadt Soest ein Stipendium reserviert, so heißt es in jedem Präsentationsschreiben. Die namentliche Nennung des zuletzt resignierenden Kollegiaten und dann die namentliche Vorstellung des neuen Bewerbers rücken diesen ins Licht. Mit der Bestätigung seiner Herkunft aus Soest und seiner ehelichen Geburt werden die Vorschriften der Statuten erfüllt. Er habe sich in seiner bisherigen Ausbildung als „habilis et idoneus“ (fügsam und geeignet) gezeigt, so das Urteil des Magistrats, sodass man mit Recht darum bitten dürfe, den Kandidaten an „usus et fructus“ (Nutzen und Früchten) der Prébende teilnehmen zu lassen.

Hindernisse bei der Stipendienvergabe

Die Aufnahme der Kollegiaten aus Soest wird manches Mal von beschwerlichen Umständen begleitet. Bürgermeister und Rat der Stadt beklagen sich 1598, dass man das Stipendium längere Zeit nicht habe besetzen können, da die Kollegiaten „eine nicht genügende Kompetenz und Auskommen zur notdürftigen Unterhaltung“ bekämen. Sie verlangten Einsichtnahme in die jährlichen Einkünfte des Collegiums, dessen „Zukunft dermaßen in Abfall geraten sei“⁹. In der Antwort des Erfurter Collegiums wird auf das Ausbleiben von Zinserträgen verwiesen. Im Jahre 1665 gibt der Stadtrat seiner Freude darüber Ausdruck, dass man nach Überstehen von verschiedenen kriegerischen Behinderungen („varia obstacula bellica“) mit dem Theologiestudenten Goswin Husemann einen geeigneten Bewerber formgerecht präsentieren könne¹⁰.

Der Soester Henrich Melchior Schütte, Assessor an der juristischen Fakultät in Erfurt, erbittet 1736 ein Stipendium für seinen Neffen Justus Henrich Schütte. Dieser war seit einiger Zeit Waise, seine Mutter konnte den Kindern „mit nichts helfen“. Nach erfolgreicher Ausbildung am Gymnasium Gotha solle er nunmehr ein Theologiestudium beginnen, und zwar als Kollegiat in Erfurt. Die Universitäten erforderten höhere Kosten als das besuchte Gymnasium, so erklärt Henrich Melchior Schütte. Die Stadt Soest erhält unverzüglich aus Erfurt einen positiven Bescheid¹¹.

Im Jahre 1752 schreibt Johann Andreas Isverding, ein langjähriger alter Schulbedienter, an den Rat der Stadt Soest, er könne seinem Sohn, der ein Studium der Theologie aufnehmen wolle, die erforderlichen Kosten nicht „fournieren“. Auf dem Archigymnasium, so bestätigen Rektor und Scho-

9 Ebd., Bl. 35. Eine ähnliche Klage folgt 1603 (A 10469, Bl. 48).

10 Ebd., Bl. 54.

11 Ebd., Bl. 83.

larchat, sei ein guter Grund in „humanioribus“ gelegt worden. Er erbitte die Verleihung des Marquardtschen, Wittischen, Dieckmannschen und Erfordischen Stipendiums an seinen Sohn Johann Friedrich Arnold Isverding. Georg Friedrich Movius, Rektor des Archigymnasiums, bescheinigt „in pietate solidus, in litterarum studiis assiduus, in moribus humanus“¹². In ähnlicher Lage befindet sich 1755 Johannes Andreas Jockenack. Dieser erbittet vom Soester Magistrat für seinen Sohn Johannes Thomas Andreas die Verleihung der vier eben genannten Stipendien, die zur Zeit der Student Isverding genieße¹³. Sein Sohn wolle sein Studium an der Universität Halle fortsetzen. Er sei nicht imstande, so schreibt der Vater, die erforderlichen Kosten zu tragen, und bitte daher um die Verleihung der vier Stipendien. Auf ein beigelegtes, die Sprachen und Wissenschaften betreffendes „Testimonium“ der Soester Rektors Johann Christian Lehmann bezieht sich 1760 Johann Schultcordes, der für sich selbst die genannten Stipendien beantragt, um sein in Halle begonnenes Studium in Erfurt fortzusetzen¹⁴.

Zur Konkurrenz landesherrlicher Interessen

Am 23. September 1783 teilt der Dekan von Porta Coeli der kurmainzischen Akademiekommission und staatlichen Aufsichtsbehörde mit, er habe die Zahlung des Stipendiums an Andreas Theodor Schmitz aus Soest wegen Abwesenheit vom Studienort Erfurt eingestellt¹⁵. Am 7. Juni 1784 erklärt der Dekan dem Soester Stadtrat seine Entscheidung. Man könne nicht vom Wortlaut der Stiftung abweichen, der Endzweck des Stipendiums sei in Erfurt ebenso gut wie in Halle erreichbar, zumal hier freie und geräumige Wohnung, freie Kost und tägliche Aufsicht des Dekans bereit ständen. Im Übrigen folge Kurmainz dem preußischen König, der seinen Landeskindern den Besuch ausländischer Universitäten untersage. Das Schreiben endet mit der Bitte um Beibehaltung des guten und freundschaftlichen Benehmens sowie „um Präsentation eines dortigen guten Subjekts“¹⁶. In einem umfassenden „Gehorsamsten Bericht“ an die staatliche Hauptverwaltung in Mainz begründen der Rektor der Universität und das Concilium Academicum die Verweigerung der Zahlung des Stipendiums und appellieren an die landesväterliche Fürsorge für die Universität. Die Rechte der Landeshoheiten seien allenthalben gleich. Insofern stütze

12 StAS, A 10477, Bl. 1-2.

13 Ebd., Bl. 7.

14 Ebd., A 10477, Bl. 36.

15 StAS, B XI e 1.

16 Ebd.

das preußische Vorgehen die kurmainzische Politik. Der konkrete Fall des Stipendiaten Andreas Theodor Schmitz müsse als Widerspruch angesehen werden: Studium in Halle – Genuss des Stipendiums in Erfurt. Am 6. Oktober 1785 hält der Rektor in einem Brief an den Soester Magistrat den Konflikt für in seinem Sinne gelöst, indem er den Soester Stipendiaten in Erfurt die dreijährige Förderung in Höhe von jährlich 45 Reichstalern und zusätzlich freier Wohnung zusichert¹⁷.

Wenn auch das Stipendienwesen in einem marginalen Bereich frühneuzeitlicher Landesherrschaft anzusiedeln ist, so demonstriert es doch die Entschlossenheit absolutistischer Staatlichkeit, an eigenen Interessen festzuhalten. Selbst die Universität Halle, das „große Ausbildungszentrum der lutherischen Geistlichen, der akademische Brennpunkt der nördlichen Aufklärung und das Modell der Universitätsreform im 18. Jahrhundert“¹⁸, vermag die kurmainzische Regierung nicht zu beeindrucken.

Während das Stipendienwesen in Soest in napoleonischer Zeit 1807–1814 kaum in Unruhe zu geraten scheint – Magistratsakten überliefern Gutachten, Bewerbungen, tabellarische Übersichten von 1800 bis 1812 –, fehlen für die Verleihung des Stipendiums Amplonianum

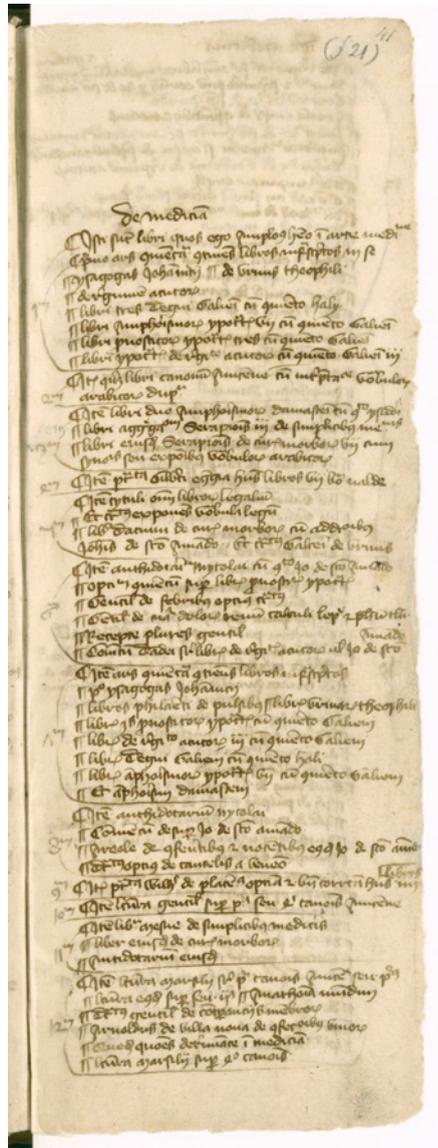


Abb. 2: Bücherkatalog des Amplonius Rating 1410/1412 (UB Erfurt Dep. Erf. CA 2° 404, fol. 21r). Foto: UB Erfurt

17 Ebd., Bericht vom 16. Oktober 1784.

18 R. Steven Turner: Universitäten. In: Karl-Ernst Jeismann/Peter Lundgreen (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 3: 1800–1870, von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches. München 1987, S. 222.

an Soester Kandidaten 1806–1816 die Nachweise¹⁹. Dies kann angesichts des Geschicks der Stadt Erfurt nicht überraschen. Im Zuge der Säkularisation des Erzstifts Mainz fallen Stadt und Land Erfurt als Entschädigung an Preußen. Nach der preußischen Niederlage bei Jena und Auerstedt übernimmt Napoleon am 17. Oktober 1806 kampflos die Stadt und errichtet das Fürstentum Erfurt als kaiserliche Domäne. Der Erfurter Kongress 1808 mit Zar Alexander I. und den Rheinbundfürsten lässt den französischen Imperator auf dem Höhepunkt seiner Macht erscheinen. Nach dem Ende der französischen Besetzung 1814 fällt Erfurt wieder an Preußen und untersteht wie Soest einer königlich-preußischen Regierung.

Zur Neukonstituierung des Stipendiums im preußischen Staat

Nach der Vorstellung des Dekans von Porta Coeli soll das Stipendium Amplonianum nach der Auflösung der Universität 1816 von der preußischen Regierung in Erfurt verwaltet und auch zur Dotation von Gymnasiasten verwendet werden²⁰. Der Soester Bürgermeister zur Megede lässt sich von dem Prediger Eicker nach „aufmerksamem Durchstöbern der beiliegenden Folianten“ die Stiftungsurkunde vorlegen und kann ebenso wie die beiden Scholarchiemitglieder Hennecke und Müller dem Vorschlag im Januar 1817 nicht zustimmen²¹. In einem 27-seitigen Bericht vom 8. September 1819 werden in Erfurt für den preußischen Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten die Geschichte der Stiftung dargestellt und die Vermögenslage, die Gebäude und die Bibliothek gleichsam inventarisiert²². Die Bibliothek umfasst 942 Bände Manuskripte und 1.764 gedruckte Bücher. Der Kultusminister Karl vom Stein zum Altenstein antwortet am 20. Mai 1820 mit einem Gutachten, nachdem nunmehr die Aufsicht und Verwaltung des Stipendiums Amplonianum vom Rat der Stadt Erfurt auf die preußische Regierung zu Erfurt übergehen solle. Nachdem der Konsistorialrat Kohlrausch in Münster und die betroffenen Städte vorab informiert worden waren, werden im Herbst 1826 die den „Erfordernissen der Zeit“ angepassten „Statuten der Amplo-nianischen Stiftung“ an die stipendienberechtigten Städte versandt²³.

Das Recht auf Verleihung der Stipendien bleibt, wie vom Stifter am 22. Dezember 1433 (Abb. 5) festgelegt, den genannten Städten vorbehalten. Die Aufsicht über die Verleihung obliegt allerdings jetzt der preußischen

19 StAS, P 22.68; StAS, B XI e 4.

20 StAS, C 2140, Bl. 1.

21 Ebd., Bl. 2–5.

22 Ebd., Bl. 4–34.

23 Ebd., Bl. 88–92.

Regierung in Erfurt, die das Stiftungsvermögen verwaltet, jährlich den Etat vorlegt und die termingerechte Auszahlung an die Stipendiaten besorgt. Die Teilnahme der Städte an der Verwaltung des Stiftungsvermögens wird ausdrücklich ausgeschlossen. Die Stipendiaten studieren in der Regel an der Universität Bonn, auf jeden Fall aber an einer Universität in Preußen. Amplonius Rating hat die Wahl der zu studierenden Wissenschaft freigestellt und ein akademisches Fleißzeugnis verlangt. Dieses ist auch nachweisbar durch die Vorlage eines Studienbuches, wie es der Medizinstudent Gustav Franke 1886 aus Berlin vorlegt²⁴. Als Eingangsberechtigung gilt grundsätzlich das Abiturzeugnis. Das Haus Porta Coeli fällt an die Stadt Erfurt zurück. Ein Teil der Amplonianischen Bibliothek soll zugunsten der Universitätsbibliothek Bonn verkauft, ein anderer Teil von der Staatsbibliothek Berlin übernommen werden, so die Statuten von 1826. Nach mehrjährigem Streit um den Verbleib der Büchersammlung verfügt der preußische Kultusminister von Eichhorn am 13. März 1842, dass sie in Erfurt verbleiben und zur öffentlichen Nutzung hergerichtet werden solle²⁵.

Dem Begehren des königlichen Ministeriums vom 9. November 1819, von allen Stiftungen in den neuen preußischen Provinzen Kenntnis zu haben, entspricht der Soester Bürgermeister am 22. Mai 1827 durch die Vorlage einer Tabelle, die in sieben Spalten Auskunft über 16 in Soest vorhandene Stipendien gibt. Es wird nach dem Namen des Stipendiums, dem Fundator, dem Datum der Stiftung, dem derzeitigen Administrator, nach den Bedingungen der Vergabe, nach dem Namen des derzeitigen Inhabers und nach der Dauer der Verleihung gefragt. Für das Jahr 1828 wird der Inhaber Carl Seidenstücker genannt²⁶. Die Arnberger Regierung wertet 1829 in einem Bericht an das Ministerium die erhobenen Daten aus und erbittet sich die Kompetenz, zur Wiederbeschaffung des verdunkelten Stiftungsvermögens zu sorgen, durch Etat-Prüfung eine zweckmäßigere Verwaltung des Vermögens sicherzustellen, die Verleihungsvorschriften der Stiftungsurkunden zu beachten und das Kollationsrecht urkundlich nachzuweisen²⁷. Die „Instruktion für die aus dem präsidierenden Landrat und den Mitgliedern des Scholarchats zu Soest bestehende Lokalkommission zur Beaufsichtigung der öffentlichen Stipendienstiftungen daselbst“ vom

24 StAS, C 2141, Bl. 44.

25 StAS, C 2140, Bl. 92: §§ 19f.

26 Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Westfalen, Landratsamt Soest, Nr. 380, Bl. 3–7.

27 Kathrin Paasch (Hrsg.): Der Schatz des Amplonius. Die große Bibliothek des Mittelalters in Erfurt. Erfurt 2001, S. 45.

12. April 1835²⁸ richtet sich nicht unmittelbar auf das Stipendium Amploianum, lässt aber deutlich das Drängen auf staatliche Aufsicht erkennen. Gegen diese wehren sich wiederholt Bürgermeister und Gemeinderat. Während der Soester Magistrat und die Arnberger Regierung von 1827 bis 1830 um die inhaltliche Füllung der Begriffe Präsentation der Bewerber, Verleihung des Stipendiums und Verwaltung des Vermögens streiten und schließlich die Regierung aufgrund eines ministeriellen Bescheids die Oberaufsicht über die Präsentation der Kandidaten und die Verleihung des Stipendiums behauptet, sehen Bürgermeister und Gemeinderat die Interessen der Stadt gefährdet, zumal es um die Erhaltung der Substanz des Vermögens der Stiftung geht²⁹.

Im Jahre 1908 stellt Bürgermeister ten Doornkaat Koolman an den Kultusminister die Frage, ob nicht durch die Verteilung des Stipendiums auf jeweils zwei Studenten pro Jahr und durch die Zulassung zu allen deutschen Hochschulen mehr Freiheit und Gleichberechtigung für alle Studierenden erreicht werden könne³⁰. Auf die negative Antwort aus Berlin reagiert ten Doornkaat Koolman mit einem Schreiben an den Oberbürgermeister von Erfurt. Die Städte sollten sich nicht „an die Kandarre [!] nehmen lassen.“ Die Statuten von 1826 und 1898 könnten nicht einfach verändert werden. Man müsse durch eine Klage vor Gericht klären lassen, mit welchem Recht überhaupt die Staatsbehörde ein mehreren Städten zustehendes Stipendium verwalte. Der Minister könne den Städten nicht einfach ein neues Statut aufzwingen³¹. Der Erfurter Oberbürgermeister bestreitet in seiner Antwort dem Minister nicht das Recht, Statuten zu erlassen, rät aber seinem Soester Amtskollegen zu einer Petition an beide Häuser des preußischen Landtags. Da ten Doornkaat Koolman in dem Rechtsgutachten des ehemaligen Bürgermeisters von Herford, des Geheimen Regierungsrats Quentin, keine Unterstützung findet, entschließt er sich zur Eingabe an den Minister. Die Antwort des Ministers bezieht sich auf die erneuerten Statuten von 1898 und gestattet in Ergänzung zum § 13 das Studium an der Akademie Münster, am Lyceum Hosianum in Braunsberg, an preußischen Berg- und Forstakademien und an tierärztlichen Hochschulen. Dem § 14 wird hinzugefügt, dass die Dauer des Stipendiums im Ausnahmefall auf vier oder fünf Jahre ausgedehnt werden könne³².

28 StA Münster, Landratsamt Soest, Nr. 380, Bl. 114–121.

29 StAS, C 2140, Bl. 98–135.

30 StAS, C 2141, Bl. 192.

31 StAS, C 2141, Bl. 195.

32 Ebd., Bl. 196–206.



Abb. 3: Amplonius Rating, Ölgemälde von Heinz Hoppmann 1929. Foto: privat

Zur sozialen Herkunft der Stipendiaten

Die Stipendiaten stammen aus einer der „zahlreichen Familien“, so heißt es in manchen Bewerbungsschreiben der Väter oder Stipendiaten selbst. Bisweilen wird auch das begrenzte oder auch mit Schulden belastete Vermögen der Eltern angesprochen. Andreas Dietrich Schmitz, Sohn des Stadtmusikanten, bewirbt sich gleichzeitig für das Erfurter und mehrere Soester Stipendien. Trotz der Verdienste ihres Mannes um die Stadt Soest, so schreibt die Witwe Arnold Gecks, ermöglichten ihre beschränkten Verhältnisse nicht die Ausbildung ihres Sohnes Heinrich an einer Universität. Ihr Mann war preußischer Stadtgerichtsdirektor in Soest und legte 1825 im Soester Verlag Wilhelm Nasse die bekannte „topographisch-historisch-statistische Beschreibung der Stadt Soest“ vor³³.

Solche Hinweise auf Beschwerden tauchen in den Bewerbungsschreiben zwar nur gelegentlich auf, sprechen auch wohl nicht das vorrangige Motiv an. Der Reiz, das Erfurter Stipendium genießen zu dürfen, ist eher in den längerfristig sich bietenden Chancen zu sehen, an der akademisch geprägten „ausländischen“ Lebenswelt teilzunehmen. Im Haus Porta Coeli lebt man in neuer und andersartiger Umgebung. Die lokalen städtischen, schulischen und kirchlichen Honoratioren in Soest werden aufmerksam. Die Gutachten der Universitätsprofessoren von Erfurt, Halle, Berlin und Bonn werden auch in Soest gelesen, haben sie sich doch im dortigen Archiv bis heute erhalten.

Wenn ein berühmter Wissenschaftler wie der Pathologieprofessor Rudolf Virchow für den Stipendiaten Friedrich Bonneko ein Gutachten ausstellt, wenn der Berliner Historiker Leopold von Ranke und der Berliner Altertumswissenschaftler August Böckh den Soester Studenten Theodor Stumpf für förderungswürdig halten, wenn der Bonner Staatsrechtslehrer Friedrich Christoph Dahmann, Mitglied der Göttinger Sieben, den Stipendiaten Theodor Westhaus für das Jura-Studium empfiehlt³⁴, nehmen die Soester Bürgerlichen in gewisser Weise an der aufbrechenden Öffentlichkeit teil.

Weniger ist die Rückkehr von Stipendiaten nach Soest mit dem Ziel, ein Lehramt am Archigymnasium zu übernehmen, zu beobachten. In dem umfangreichen Lehrer- und Hilfslehrerverzeichnis, das Wilhelm Niemöller 1934 publiziert hat³⁵, finden sich erst recht spät nur wenige Erfurter

33 StAS, B XI e 8 (31. 1. 1850), e 5 (17. 1. 1833); e 8 (28. 1. 1887).

34 StAS, B XI e 8 (1850), 10. 12. 1851), e 8 (24. 10. 135).

35 Wilhelm Niemöller: Die Direktoren und Lehrer am Archigymnasium 1534–1934. In: 50. Bericht der Vereinigung ehemaliger Schüler des Archigymnasiums zu Soest. Soest 1934, S. 24–32.

Stipendiaten als Lehrer: 1756 Johann Arnold Isverding für Sexta, 1762 Johannes Schultcordes für Septima, 1770 Ludolph Arnold Vollrath Brockhaus für Quinta, 1777 Johann Bernhard Gottfried Keggemann für Quinta. Der Beruf des Lehrers an einer protestantischen Gelehrtenschule ist bekanntlich vielfach eine Zwischenstation zum Beruf des Pastors.

Bei der Berufung auf die Pastorenstellen in Soest und der Börde dürfte die Förderung durch das Stipendium Amplonianum mitgespielt haben. Der Genuss des Stipendiums an einer evangelisch geprägten Universität wie Halle und nicht mehr am ursprünglichen Ort Erfurt hat sich inzwischen weithin durchgesetzt. Wir finden unter den ehemaligen Stipendiaten aus Soest für den Zeitraum 1750–1840 folgende evangelische Pastoren in Soest und benachbarten Orten³⁶: Thomas Andreas Jockenack in Lünen (1759), Johann Bernhard Keggemann in Soest (1772) und in Lippstadt (1779), Ludolph Arnold Vollrath Brockhaus in Welper (1776), Johann Stuve in Lippstadt (1743), Friedrich Gangolf Dreckmann in Lippstadt (1837), Friedrich Wilhelm Seidenstücker in Borgeln (1836), Friedrich Wilhelm Rumpäus in Soest (1835).

Dass seit Beginn des 19. Jahrhunderts das Ausbildungsziel der Stipendiaten breiter ausfällt, Medizin, Jura und das gymnasiale Lehramt stärker ins Blickfeld der Studenten treten, entspricht der allgemeinen Entwicklung, wie sie Karl-Ernst Jeismann allgemein und Roland Götz für das Archigymnasium überzeugend nachgewiesen haben³⁷.

Die Herkunft der Erfurter Stipendiaten aus Soester Handwerkerfamilien kommt selten vor, wenn auch Bewerbungen aus der Familie eines Zinngießers, Bäckermeisters, Schusters, Schneiders und Uhrmachers sich erhalten haben. Auch die Söhne eines Büroassistenten und eines Steueraufsehers finden sich unter den Bewerbern. Es kann somit nicht überraschen, dass die Verleihung des Stipendiums Amplonianum eine vorsichtige soziale Öffnung erfahren hat, ein Umstand, der sicherlich die lange Dauer des Stifterwillens mitbedingt hat.

Auf dem Wege zur Auflösung des Stipendiums Amplonianum

Während des Ersten Weltkrieges gerät die Verleihung des Stipendiums aus Mangel an geeigneten Kandidaten ins Stocken. „Die Verleihung an

36 Friedrich Wilhelm Bauks: Die evangelischen Pfarrer in Westfalen von der Reformationszeit bis 1945. Bielefeld 1980.

37 Karl-Ernst Jeismann: Das preußische Gymnasium in Staat und Gesellschaft. Die Entstehung des Gymnasiums als Schule des Staates und der Gebildeten 1787–1817. Stuttgart 1987, S. 163–170; Roland Götz: Das Archigymnasium in Soest 1789–1820 (Wissenschaftliche Schriften der WWU Münster, R. X, Bd. 1). Münster 2009, S. 89–103.



Abb. 4: Die Universität Erfurt, Ölgemälde von Peter Janssen († 1908), von l. n. r.: Martin Luther (1483–1546), Theologie, Eobanus Hessus (1488–1540), Philosophie, Henning Goede (1450–1521), Jura, Amplonius Ratingk (†1435), Medizin, Bildmitte: Personifikation der 1392 gegründeten Universität Erfurt. Foto Stadtarchiv Erfurt

Studierende weiblichen Geschlechts ist in den Statuten nicht vorgesehen“, schreibt die Erfurter an die Arnberger Regierung am 14. Januar 1916 und sieht davon ab, eine Ergänzung der Statuten beim Minister zu beantragen³⁸. Auch nach der Inflation von 1923 kommt die Verleihung kaum ordnungsgemäß in Gang. Während der Weltwirtschaftskrise 1931 bestehen die Einnahmen des Stiftungsfonds aus 104 RM aus Grundvermögen, 738 RM aus Zinsen von Hypotheken und 840 RM aus Zinsen von Wertpapieren. Da eine anteilige Ausschüttung an 15 Stipendiaten keine fühlbare Hilfe bedeute, so heißt es mehrfach, schreibe man die Einnahmen dem Kapitalstock des Stipendienfonds zu³⁹.

„Ich habe die Absicht, gegen die Auflösung der Amplonianischen Stiftung und der damit verbundenen Benachteiligungen der Städte Rheinberg, Erpel, Soest und Herford Einspruch zu erheben, und bitte um Mitteilung, ob ich mit ihrer Unterstützung rechnen kann.“ So schreibt der Bürgermeister von Rheinberg am 10. Januar 1939 an seinen Soester Kollegen Dr. Otto Scharnow, indem er gegen die völlige Auflösung des Stipendi-

38 StAS, C 2141 o. P.

39 Ebd.

ums Amplonianum protestiert. Bürgermeister Scharnow hinterlässt drei Tage später den Aktenvermerk, der Soester Bürgermeister stimme dem Einspruch aus Rheinberg zu⁴⁰. Am 11. Oktober 1939, im dritten Monat des Zweiten Weltkriegs, schreibt er an die Regierung zu Arnberg: „Aus grundsätzlichen Erwägungen halte ich es nicht für ratsam, eine über 500 Jahre alte Stiftung, die zu Gunsten der Studierenden bestimmter Städte gemacht wurde und bis zur Inflation 1923 ihre große soziale Bedeutung nicht verloren hat, mit einem anderen Fonds zusammenzulegen und damit praktisch aufzulösen“⁴¹. Der Regierungspräsident von Erfurt zeigt am 2. Februar 1940 dem Arnberger Regierungspräsidenten die Auflösung zugunsten eines „Staatlichen Kulturfonds Erfurt“ an und stellt es der Stadt Soest frei, jährlich einen Stipendiatenvorschlag zu machen. Mit der öffentlichen Bekanntmachung des Soester Bürgermeisters vom 21. Januar 1941, in der er die Geldentwertung von 1923 anspricht und an die noch ausstehende Zustimmung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung erinnert, endet in Soest die aktenmäßig belegte Geschichte des Stipendiums Amplonianum⁴². „Bedürftige Studierende haben bis zum 2. Februar 1941 die Möglichkeit, sich um ein Stipendium an deutschen Hochschulen für jährlich 120 RM zu bewerben“, heißt es in der Bekanntmachung des Bürgermeisters.

Resümee: Der Stifterwille in der Zeit

Um die Existenz von Klöstern und Stiften, von Armenfürsorge und Hospitälern, um die Memoria geistlicher und weltlicher Würdenträger auf unbegrenzte Zeit sicherzustellen, verzichten im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit Adlige und besitzende Bürgerliche auf Teile ihres Vermögens. Gewinne in Form von Kapitalerträgen und Zinsen werden ausschließlich für den Zweck der Stiftung in Anspruch genommen. Das alteuropäische Stiftungswesen lebt im 19. und 20. Jahrhundert in karitativen, diakonischen, sozialen und kunstpolitischen Initiativen von Vereinen und Körperschaften fort⁴³.

Nicht zuletzt verdanken Schulen und Universitäten ihre Gründung und langfristige Wirkung dem Willen des Stifters, mag es sich um städtische

40 StAS, C 2140 o. P.

41 Ebd.

42 Ebd.

43 Michael Borgolte: *Stiftung und Memoria*, hrsg. v. Tillmann Lohse. Berlin 2012. Der Band versammelt die wichtigsten Studien des Autors zum Thema Stiftung. Ralf Lusiardi: *Stiftung und städtische Gesellschaft. Religiöse und soziale Aspekte des Stiftungsverhaltens im spätmittelalterlichen Stralsund*. Berlin 2000, S.11–17.

Magistrate, Landesherren, kirchliche und soziale Institutionen oder Privatpersonen handeln. In diesem Bereich des Stiftungswesens ist auch das Stipendium Amplonianum mit seinen Präbenden anzusiedeln. Mit diesen werden spätmittelalterliche Städte ermuntert, geeignete Söhne an die Universität Erfurt und in das Haus Porta Coeli zu schicken. Die Ansammlung des Vermögens erfolgt aus dem leidenschaftlichen Interesse des Stifters am Fortschritt der Wissenschaften und insbesondere am Sammeln von Büchern. Die Erfahrung des Erfolgs in seiner eigenen Karriere hat sicher den Gründungswillen des Amplonius Rating verstärkt. Dass die Stiftung einer Privatperson in Form von 15 Studienplätzen im Hause Porta Coeli und an der Universität Erfurt über 500 Jahre fortlebt, erklärt sich aus einer angemessenen Anpassung an die zeitlichen Umstände.

Entscheidender aber ist der fortdauernde Geltungsanspruch des Willens des Stifters, der gleichsam als höchste Norm in den Statuten der Stiftung präsent bleibt. Ihn zitieren die Bewerber um das Stipendium, die städtischen Magistrate und die preußischen Beamten bis 1941: „Favor et benevolentia [Gunst und Wohlwollen], nimira pia ac plena liberalitatis fundatio [eine Stiftung allzu fromm und voller Großherzigkeit]“⁴⁴. Wenn der Soester Bürgermeister Scharnow am 10. Januar 1941 beim Regierungspräsidenten in Erfurt anfragt, ob die Stadt nur aus Soest gebürtige Bewerber präsentieren könne und solche, deren Eltern hier ihren Wohnsitz hätten,⁴⁵ zitiert er nahezu wörtlich aus den Statuten von 1435.

Die Suche nach geeigneten Kandidaten, die gutachterlichen Stellungnahmen von Universitätsprofessoren und Schulrektoren sowie die Vermittlung von Entscheidungen an die Bewerber haben über Generationen hinweg die Diskussion über Maßstäbe und Werte von Bildung und Ausbildung belebt. Friedrich Buscher, seit 1765 Professor in Leipzig, 1776 Domherr in Meißen und 1798 und 1802 Rektor der Universität Leipzig, attestiert dem Soester Kandidaten Johann Dietrich Lehmann 1787, dieser habe an seinen Lektionen in Philosophie, Geschichte und Neuem Testament „diligenter“ (eifrig) teilgenommen, und es sei ihm gelungen, sich durch „humaniate morum“ (Menschlichkeit im Umgang) und „modestia“ (Bescheidenheit) seinem Lehrer zu empfehlen⁴⁶. Der Soester Rektor des Archigymnasiums, Albert Christian Meineke, lobt im Testimonium für Henricus Wilhelm Ostendorf 1790 dessen „pietas“, die zum Studium geeignete Begabung und die Beständigkeit. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, Ostendorf werde seine Kompetenz nicht nur für sich, sondern auch für das Vaterland („patria“) und die gebildete Welt („orbis literarius“) einsetzen⁴⁷.

44 StAS, A 10469, Bl. 41 (1581), Bl. 63 (1665).

45 StAS, C 2140 o. P.

46 StAS, B XI e 3, 18. Januar 1787.

47 Ebd., 26. August 1790.

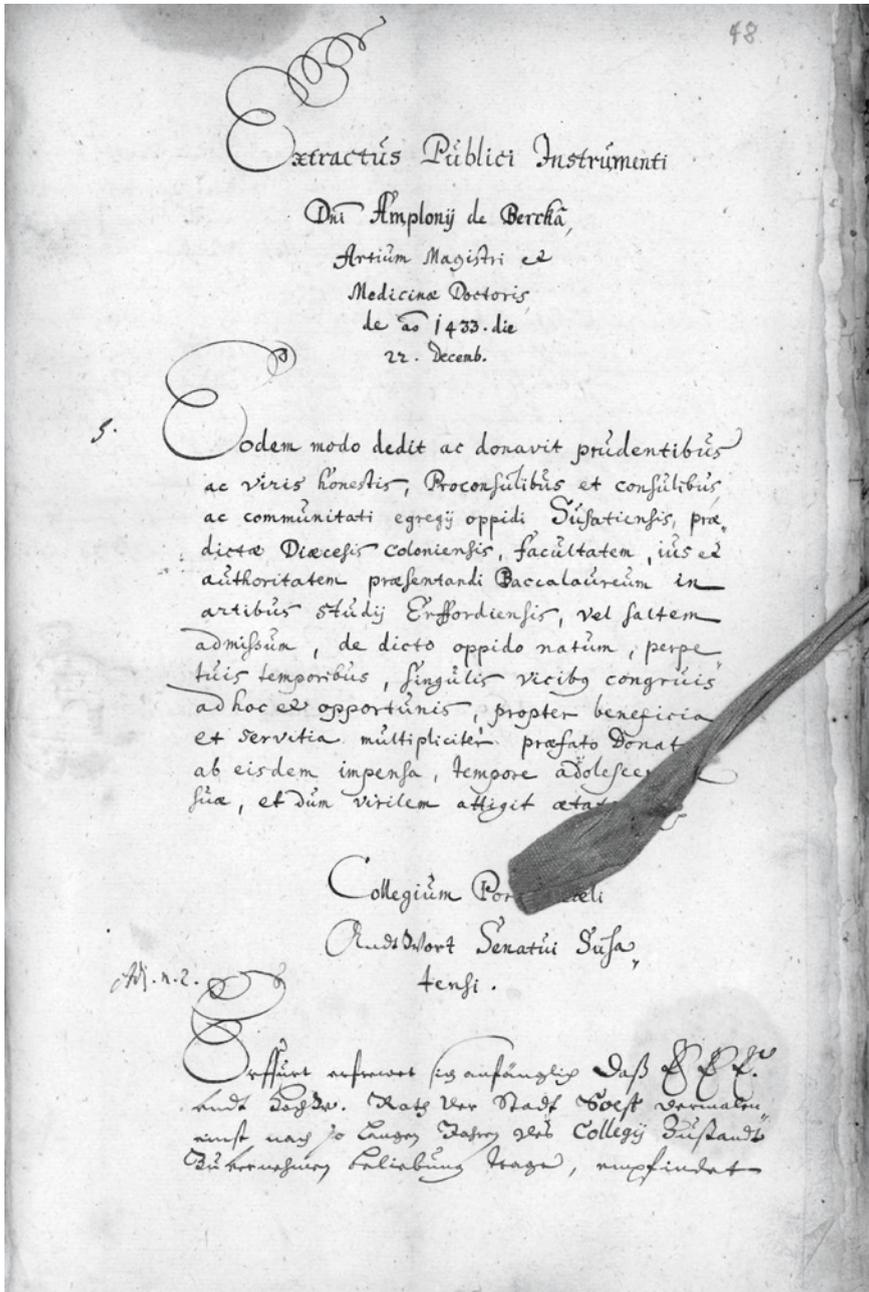


Abb. 5: Auszug aus der Stiftungsurkunde 1433, abschriftlicher Auszug 18. Jahrhundert. Stadtarchiv Soest A 10469, Bl. 48

Mögen auch manches Mal egoistische Interessen oder überlieferte Ansprüche die Verleihungspraxis beeinflusst, mögen Kriegs- und Krisenzeiten die tatsächliche Wahrnehmung des Stipendiums verhindert haben, der Wille des Stifters lebt fort, erzwingt gleichsam die Verständigung der beteiligten Personen und Institutionen. Er stiftet Begegnung zwischen bürgerlicher und universitärer Lebenswelt⁴⁸.

Die Stiftung des Stipendiums Amplonianum ist kein Einzelfall. In Köln belief sich die Zahl der im Laufe des 16. Jahrhunderts neu geschaffenen Stipendienstiftungen auf 48, in Freiburg im 16. und 17. Jahrhundert auf 39⁴⁹. Wir vernehmen letztlich unüberhörbar in dem vielfältigen Stiftungswesen des religiös-sakralen sowie des schulisch-akademischen Raums den Willen des Stifters, Mitglied in der Gemeinschaft, im menschlichen Miteinander bleiben zu wollen. Seine Gegenwart wird nach den umfassenden Forschungen von Otto Gerhard Oexle und Michael Borgolte durch die Nennung seines Namens evoziert⁵⁰. Dieser Wille wird über Jahrhunderte mit erstaunlicher Selbstverständlichkeit respektiert.

Wenn Michael Borgolte in Abwandlung der berühmten Definition von Herrschaft durch Max Weber definiert: „Stiftung kann die Chance heißen, für Befehle bestimmten Inhalts über den eigenen Tod hinaus bei angebbaren Gruppen von Menschen Gehorsam zu finden“⁵¹, kommt vorrangig die Sichtweise und Intention der Stifter in den Blick. Im Falle der sich ständig wiederholenden Neuverleihung des Stipendiums Amplonianum sind aber auch die Vergewisserung und Verständigung unter den mitentscheidenden Institutionen und Begünstigten gegeben und damit eine gemeinschaftliche Sinnstiftung.

48 Heinz Duchhardt (Hrsg.): Stadt und Universität (Städteforschung. Veröffentlichungen des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster, Reihe A, Bd. 23). Köln 1993, Vorwort S. XII.

49 Thomas Adam: Stiften für das Diesseits – Deutsche Stiftungen in der Neuzeit. In: GWU 63 (2012), S. 6f.; vgl. auch Klaus Wriedt: Studienförderung und Studienstiftungen in norddeutschen Städten (14.–16. Jahrhundert). In: Duchhardt (wie Anm. 48), S. 33–49.

50 Lusiardi (wie Anm. 43), S. 9–25; Michael Borgolte: Die Stiftungen des Mittelalters in rechts- und sozialhistorischer Sicht. In: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte 105, Kan. Abt., 74 (1988), S. 71–94; Otto Gerhard Oexle: Memoria und Memorialüberlieferung im früheren Mittelalter. In: Frühmittelalter Studien 10 (1976), S. 79–84.

51 Michael Borgolte: Stiftung, Staat und sozialer Wandel. Von der Gegenwart zum Mittelalter (2001). In: Borgolte (wie Anm. 43), S. 93.

Anhang: Verleihung des Stipendiums Amplonianum

Die folgende Auflistung der Erfurter Stipendiaten aus Soest beruht auf der Auswertung der Akten zum „Stipendium Amplonianum“ im Stadtarchiv Soest. Die Jahreszahlen beziehen sich auf das Jahr der Bewerbung oder auch auf das Jahr des Antritts oder auch der beantragten Verlängerung. Die zeitliche Dauer des Genusses des jeweiligen Stipendiums konnte nicht ermittelt werden. Sie schwankt zwischen einem und fünf Jahren. Seit 1826 wird das Soester Stipendium vielfach auf zwei Studierende verteilt. Der Wechsel des Studienorts wird hier nicht berücksichtigt. Es wird jeweils nur ein Studienort benannt. Zur Ergänzung und Kontrolle der aus den Akten gewonnenen Namenliste wurden die Abiturienten- und Ehemaligenverzeichnisse des Archigymnasiums sowie die gedruckt vorliegenden Disputationen (1605–1819) eingesehen.

Eduard Vogeler: Beiträge zur Geschichte des Soester Archigymnasiums. Zusammenhängende Nachricht von Soester Schulstiftungen. In: Zeitschrift des Vereins für die Geschichte Soests und der Börde 10, 1903, S. 84–87.

E. H. Nicolai: Muli Susatenses 1812–1849. Soest 1932.

E. H. Nicolai: Abiturientenzusammenstellung vom Jahre 1850–1913. Greifswald 1913.

Walter Rausch/Gerhard Seidenstücker: Maturi Archigymnasii Susatensis 1870–1934. Soest 1934.

	StAS, A 10469, Bl. 33-40		
1434	Henricus de Pinninck	Erfurt	Mag.
1439	Johann Sebort	Erfurt	Mag.
1460	Johann Huoldi	Erfurt	
1489	Reinhard Wittenberg	Erfurt	Mag.
1489	Johann Arndebeck	Erfurt	
1492	M. Johann Röder		
1520	Johann Caspari	Erfurt	Mag.
1520	Sifridus Novi Castri	Erfurt	
1522	Friedericus Balve	Erfurt	
1535	Gottfriedus Bergmann Rektor 1559/60	Erfurt	Mag.
1550	Conrad Abel	Erfurt	
1556	Johann Burggrafe Rektor 1575	Erfurt	Mag.
1577	Gosmanus Dorstenius	Erfurt	

1582	Johann Lepperus	Erfurt	
1655	Goswin Husemann, Dekanus 1658	Eefurt	Mag.
1670	Anthonius Vogt	Erfurt	
	StAS, A 10474		
1674	Henricus Johannes Sybel	Erfurt	theol.
	StAS, A 10477		
1752	Johann Arnold Isverding	Halle	theol.
1755	Thmas Andreas Jockenack	Halle	theol.
1760	Johannes Schultcordes	Halle	theol.
1760	Arnold Lurwig Sauren	Halle	theol.
1762	Antono Henricus D. Rurmann	Erfurt	theol.
1764	Johann Bernhrd Keggemann	Halle	theol.
1765	Ludoph Volrath A. Brockhaus	Halle	theol.
1769	Thomas Friedrich Reinbott	Halle	theol.
1771	Albert Ferdinand L�ling	Halle	theol.
1772	Johann Stuve	Halle	theol.
1780	Johann Dietrich Arnold Schmitz	Halle	theol.
1780	Johann Dietrich Anton Lehmann	Halle	theol.
1781	Heinrich Wilhelm Cl�sener	Halle	theol.
	StAS, B XI e 2		
1782	Dietrich Arnold F. Sachse	Halle	theol.
1785	Arnold Sybel	Erfurt	theol.
1787	Johann Thomas Hennecke	Halle	theol.
	StAS, B XI e 3		
1790	Heinrich Wilhelm Ostendorf	Halle	theol.
	StAS, B XI e 5		
1823	Carl Hermanni	Halle	theol.

1823	Franz Anton P. Brüggemann	Bonn	theol.
1824	Ludwig Gallhoff	Halle	theol.
1826	Carl Seidenstücker	Halle	theol.
1826	Ludolph Dietrich Anton Brockhaus	Berlin	theol.
1829	Carl Ehrlich	Halle	theol.
1830	Ludwig Rumpäus	Halle	theol.
1832	August Beyer	Berlin	med.
1833	Gangolf Dreckmann	Bonn	theol.
1833	Heinrich Geck	Bonn	jur.
1835	Gerd Arnold Seidenstücker	Bonn	jur.
1836	Johann Wilhelm Wilmers	Halle	theol.
1837	Friedrich Wilhelm A. Raabe	Berlin	phil.
1840	August Geck	Bonn	jur.
1841	August Fromme	Bonn	theol.
1842	Georg Friedrich Hentzen	Halle	theol.
1842	August Garms	Bonn	med.
1842	Julius Ostendorf	Heidelberg	theol.
1842	Friedrich Sybel	Berlin	theol.
	StAS, B XI e 8		
1844	Wilhelm Rollmann	Bonn	theol.
1846	Alexander Kapp	Halle	jur.
1847	Karl Wilhelmi	Halle	theol.
1848	Bernhard Lincke	Greifswald	rer.forst.
1848	Bernhard Binder	Greifswald	jur.
1849	Heinrich Andreas Fernickel	Halle	theol.
1850	Theodor Stumpf	Berlin	phil.
1850	Carl Borbein	Berlin	phil.
1852	Wilhelm Hermann	Halle	theol.
1853	Heinrich Orgelmacher	Greifswald	med.
1854	Otto Köster	Heidelberg	jur.
1855	Heinrich Ludolph Kieserling	Halle	theol.
1855	Theodor Westhaus	Bonn	jur.
1857	Carl Lang	Münster	phil.
1857	August Hammerschmidt	Erlangen	theol.
1859	Friedrich Frey	Bonn	phil.

1862	Theodor Kersting	Berlin	med.
1862	August Gerber	Würzburg	med.
1864	Carl Becker	Münster	phil.
1865	August Heinrich Plöger	Berlin	theol.
1868	Julius Abel	Berlin	phil.
1869	Otto Fromme	Berlin	phil.
1871	Eduard Leesemann	Berlin	theol.
1872	Albert Husmann	Münster	phil.
1875	Adolf Hawerkamp	Berlin	med.
1876	August Wiengarten	Marburg	jur.
1876	Gottfried Borries	Leipzig	ling. rec.
1879	Ludwig Bötttrich	Leipzig	jur.
1879	Heinrich Hausberg	Göttingen	phil.
1880	Julius Runte	Bonn	theol.
	StAS, C 2041		
1880	Karl Wemhöner	Münster	phil.
1880	Alfons Lipperheide	Würzburg	phil.
1882	Ferdinand Holthausen	Leipzig	phil.
1882	Heinrich Runte	Tübingen	theol.
1884	Friedrich Bonneko	Berlin	med.
1884	Otto Herlizius	Berlin	med.
1885	Curt Hagedorn	Leipzig	phil.
1886	Gustav Franke	Berlin	med.
1888	Georg Schmiesing	Berlin	theol.
1889	Johannes Theodor Andreae	Berlin	theol.
1890	Wilhelm Barella	Berlin	med.
1890	Albin Schäffer	Leipzig	jur.
1890	Otto Thieme	Berlin	theol.
1891	Friedrich Große	Halle	med.
1893	Friedrich Mendel	Halle	theol.
1894	Maximilian Fund	Berlin	jur.
1895	Hugo Stratmann	Berlin	Geodäsie
1896	Ernst Bührenheim	Heidelberg	theol.
1898	Wilhelm Hartnacke	Halle	phil.
1898	Walter Fromme	Berlin	med.

1900	Wilhelm Honnert	Greifswald	theol.
1901	Franz Becker	Münster	theol.
1902	Franz Steinrücken	Paderborn	theol.
1902	Wilhelm Gerke	Berlin	theol.
1903	Julius Adams	Göttingen	theol.
1904	Ernst Fromme	Aachen	rer. mont.
1907	Friedrich Schulze	Bonn	theol.
1908	Anton Kahr	Münster	phil.
1908	Karl Jahn	Paderborn	theol.
1910	Gerhard Hoischen	Münster	phil.
1912	Hans Schmiesing	Greifswald	theol.

JOACHIM GRADE

DAS AUGSBURGER INTERIM, DIE GESCHEITERTE REKATHOLISIERUNG UND DER BEGINN DER KONFESSIONALISIERUNG SOESTS 1548–1570

Plus ultra (Über alles hinaus)

Wahlspruch Kaiser Karls V.

Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen. (Apg. 5, 29)

1. Ein Bierkrug ersetzt den Weihwasserkessel

Tonnis Doringhof hatte sich als Ersatz für eine Kassel einen Sack umgelegt und war in die Rolle eines katholischen Priesters geschlüpft. Einen Kumpen hatte er als Diakon verkleidet. Dann wurde eine Messe nachgeahmt. Während der „heiligen“ Handlung soll der „Zebrant“ die Umstehenden aus einem Bierkrug besprengt, also geweiht haben. Das Schauspiel spielte sich im Herbst 1548 in der Fleischscharre in Soest ab, also dem Gebäude, wo normalerweise die Soester Fleischhauer ihre Waren anboten¹. Blut, Gedärme und Fleisch aller Art waren dort meist in Mengen vorhanden. Massen von Fliegen auch – und anderes Ungeziefer. Und ein nach wohlriechendem Weihrauch duftender Andachtsort war die Fleischscharre sicher auch nicht.

Diese Persiflage einer katholischen Messe war nur eine der vielen Protesthandlungen von Soester Bürgerinnen und Bürgern. Sie richteten sich gegen die durch das Augsburger Interim in die Wege geleitete Rekatholisierung. Über solche Widerstandshandlungen beklagten sich der Stadtherr, der Herzog von Kleve, und seine hohen Beamten häufig beim Rat der Stadt, z. B. während der Verhandlungen über konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des Interims im November 1548². Auch der Rat lehnte die Rekatholisierung ab. Natürlich ging er dagegen anders vor als Doringhof.

Individueller wie kollektiver Ungehorsam der Bürger und das politische Handeln des Rates gemeinsam trugen schließlich nicht unwesentlich zum Scheitern der Rekatholisierung Soests bei.

1 Vgl. Hubertus Schwartz: Geschichte der Reformation in Soest. Soest 1932, S. 225.

2 Ebd., S. 223–225.

2. Ein Überblick

Es dauerte knapp zwei Jahre, bis sich in Soest die lutherische Lehre durchgesetzt hatte. Mit dem Bundbrief vom 23. Dezember 1531 war die Stadt nicht nur religiös, sondern gleichfalls rechtlich-verfassungsmäßig evangelisch geworden. Und seitdem hatte sich in Soest und in der Börde der lutherische Glaube ausgebreitet. Statt der katholischen Geistlichen hielten in den meisten Pfarrkirchen evangelische Prädikanten den Gottesdienst ab. Und mit der Annahme der Kirchenordnung von Gerd Oemeken am 24. April 1532 hatte sich zudem eine neue Kirchenorganisation gebildet³.

Damit war auch Soest ein Beispiel dafür, dass die Versuche der katholischen Partei unter Führung Kaiser Karls V. gescheitert waren, der Reformation durch das Wormser Edikt vom 26. Mai 1521 und weitere Maßnahmen schon in ihrer Anfangsphase ein Ende zu setzen und „die Religionsfrage auf der Ebene des gesamten Reiches einheitlich zu lösen“⁴. Vielmehr schlossen sich immer mehr Reichsstände, Territorien und Städte dem evangelischen Bekenntnis an. Dieser Erfolg hatte seine Ursachen nicht nur in der Lehre Luthers, sondern auch in der Schwächung der kaiserlichen Macht, etwa durch Konflikte mit dem Papst und durch die Bedrohungen von außen – durch das Königreich Frankreich und die Osmanen.

Knapp vier Jahre – von etwa 1548 bis 1552 – dauerte es, bis Rat und Bürgerschaft die Versuche der katholischen Partei, mit Kaiser Karl V. an der Spitze, abweisen konnten, Soest zu rekatholisieren. Denn damals gab es für die katholische Partei eine zweite Möglichkeit, die kirchliche Einheit des Reiches, „mit oder ohne Konzil wiederherzustellen“⁵. Nachdem Karl V. 1544 durch den Frieden von Crépy mit den Franzosen⁶ und 1545 durch einen Waffenstillstand mit den Osmanen die auswärtigen Bedrohungen des Reiches zunächst abgewehrt hatte, gelang es ihm am 24. April 1547 in der Schlacht bei Mühlendorf an der Elbe, den Schmalkaldischen Bund, das Bündnis der protestantischen Reichsstände, zu besiegen. Die Macht des Kaisers war nun so gefestigt, dass eine Rekatholisierung der evangelischen Reichsteile als Top-down-Unternehmung begonnen werden konnte. Das betraf natürlich auch das evangelische Soest. So waren für die kirchlich-religiöse und die politische wie rechtliche Entwicklung in Soest

3 Ebd., S. 43–154.

4 Thomas Kaufmann: *Geschichte der Reformation*. Frankfurt a. M., Leipzig 2009, S. 299.

5 Ebd., S. 677.

6 Vgl. Horst Rabe: *Deutsche Geschichte 1500–1600. Das Jahrhundert der Glaubensspaltung*. München 1991, S. 393.

von 1548 bis 1552 neben lokalen Ursachen gleichermaßen die außen- und innenpolitische Entwicklung des Reichs – vor allem die Machtverschiebungen zwischen Fürsten und Kaiser – von großer Bedeutung.

Die Schnelligkeit, mit der sich in Soest Anfang der 1530er-Jahre eine evangelische Kirche gebildet hatte, und das rasche Scheitern der seit 1548 von außen versuchten, aufgezwungenen Rekatholisierung sowie die schnelle, erfolgreiche „Relutherisierung“ ab 1552 zeigen allerdings, wie überzeugend und wirksam damals die lutherische Lehre auch in Soest war.

3. Das Interim, der Passauer Vertrag und der Augsburger Religionsfrieden – Intentionen und Bestimmungen

Vor allem die Bestimmungen von zwei Verträgen beeinflussten die gescheiterte Rekatholisierung. In Gang gesetzt wurde sie durch das am 30. Juni 1548 als Reichstagsabschied erlassene Augsburger Interim⁷.

Trotz der Niederlage des Schmalkaldischen Bundes war die Macht Karls V. nicht so groß, dass sie ausgereicht hätte, um die lutherische Lehre im Reich vollständig zu unterdrücken und die evangelischen Reichsstände komplett auszuschalten. Dazu waren sie zu stark, besonders der evangelische Bundesgenosse Karls, Moritz von Sachsen. Deshalb zielten die Bemühungen des Kaisers erneut darauf ab, einen Religionsvergleich zwischen der evangelischen und der katholischen Partei zu bewirken. Das sollte durch eine Teilnahme der theologischen Vertreter der evangelischen Reichsstände an dem seit 1545 – mit Unterbrechungen – in Trient tagenden Konzil verwirklicht werden. Dadurch wollte man die strittige Glaubensfrage endgültig lösen. Das Interim war als Übergangslösung gedacht, um einen Religionsvergleich zu erreichen. Um die evangelische Partei für das Vorhaben zu gewinnen, musste man religiöse Kompromisse machen. Also enthielt das 26 Artikel umfassende Reichsgesetz Zugeständnisse an die Lutheraner. Z. B. wurden die Priesterehe und der Laienkelch erlaubt. Auch wurden Privatmessen untersagt, und das Messopfer wurde nicht als Sühne-, sondern als Gedenk- bzw. Dankopfer definiert. Die meisten Regelungen entsprachen aber Grundannahmen der katholischen Lehre. Dazu gehörten – in Teilen – die Rechtfertigungslehre, die Anerkennung der Gesetzgebungs- und Zwangsgewalt der katholischen Kirche, der Regierungsgewalt des Papstes über die gesamte Kirche, das Gebot der Heiligenfürbitten, die Wiedereinführung des katholischen Festkalenders und manches mehr⁸.

7 Vgl. ebd., S. 419–421.

8 Vgl. Joachim Mehlhausen (Hrsg.): *Das Augsburger Interim von 1548. Nach den Reichstagsakten deutsch und lateinisch* (Texte zur Geschichte der evangelischen Theologie, H. 3). Neukirchen-Vluyn 1970, vor allem S. 42ff. und 134ff.

Das Interim hatte eine defensive und eine offensive Komponente. Wenn die evangelischen Reichsstände es annehmen würden, sollte die weitere Ausbreitung der lutherischen Lehre gestoppt werden. Weitere Reichsterritorien oder Reichs- wie Territorialstädte sollten nicht mehr ins evangelische Lager wechseln. Da das Interim wegen des Widerstands der katholischen Partei dann aber nur für die protestantischen Reichsstände galt, hätte es deren Rekatholisierung zur Folge haben können. Das war die offensive Komponente. Dass viele evangelische Reichsstände dennoch dem Interim zustimmten, lag an der geschickten Verhandlungsführung des Kaisers, einem zweifelhaften Abstimmungsverfahren und dem Druck, den er, als Demonstration seiner Macht, u. a. auf die schwäbischen Reichsstädte ausübte. Ihnen wurde mit der Einquartierung von italienischen und spanischen Truppen gedroht, wenn sie nicht zustimmen würden⁹. „Die Anordnung, die vom Gedanken der Versöhnung ausgegangen [war], erhielt [so] den Charakter der Unterdrückung.“¹⁰

Das Interim scheiterte am massiven Widerstand der evangelischen Partei, zu der auch Soest gehörte. Beendet wurde die Rekatholisierung durch den zunächst von König Ferdinand I. und dann am 15. August 1552 von Kaiser Karl V. anerkannten Passauer Vertrag. Und die Religionsfreiheit für die Anhänger des Augsburger Bekenntnisses, also auch für die meisten Soester, wurde bestätigt¹¹. Die weitergehende Regelung erfolgte durch den Augsburger Religionsfrieden von 1555. Sein Ziel war es nicht mehr, die konfessionellen Gegensätze zu überwinden. Sie waren schon damals unüberbrückbar. Die katholische und lutherische Konfession wurden rechtlich gleichgestellt. Das galt für die Reichsstände, also Kurfürsten, Fürsten und Grafen. Die einfachen Untertanen in den Territorien partizipierten davon unmittelbar über ihre Landesherren¹².

Im Rahmen dieser oben angeführten Regelungen und Entwicklungen nahmen die auswärtigen Mächte erheblichen Einfluss auf die religiösen und politischen Zustände und Konflikte sowie deren Lösungen in Soest. Es waren Karl V. und seine Berater, die Herzöge von Jülich-Kleve-Berg, vor allem Wilhelm V., ihre hohen Beamten und, in abgeschwächter Weise, auch die Akteure der katholischen Kirche, vor allem aus Köln.

9 Vgl. Rabe (wie Anm. 6), S. 41–421 und Kaufmann (wie Anm. 4), S. 685–688.

10 Leopold von Ranke: Rankes Meisterwerke. Bd. 5: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation. Paderborn. o. J. Nachdruck des Originals von 1914, S. 56.

11 Vgl. Rabe (wie Anm. 6), S. 431–437.

12 Vgl. Helga Schnabel-Schüle: Die Reformation 1495–1555. Politik mit Theologie und Religion. Stuttgart 2013, S. 209–212.

4. Konfliktparteien, Positionen und Handlungen

4.1. Kaiser Karl V.

Schon seit Längerem kritisierte Karl V., dass sich auch in den Territorien der katholischen Herzöge von Jülich-Kleve-Berg, zu denen Soest und die Börde gehörten, lutherische Gemeinden ausgebreitet hätten und wohl auch Täufergruppen existierten. Der Kaiser erwartete von Herzog Wilhelm V. deren Rekatholisierung. Das wurde auch zugesagt. Die Frage war zunächst, nach welchen reichsrechtlichen Bestimmungen dort vorzugehen war. Besondere Probleme bereiteten die evangelischen Territorialstädte Soest und Wesel. Da sie keine freien Reichsstädte, sondern von einem katholischen Landes- und Stadtherrn abhängige Landesstädte waren, galten eigentlich die Bestimmungen des Interims nicht für sie. Das Herzogtum Jülich-Kleve-Berg, die Grafschaft Mark und Soest waren aus der Sicht des Kaisers Teile eines katholischen Reichsstands¹³. Deshalb konnten dort die für die Lutheraner so wichtigen Konzessionen des Interims, nämlich die Erlaubnis der Priesterehe und die Gewährung des Laienkelchs, im Grunde genommen gar nicht angewendet werden. Gerade nach dem Abendmahl in beiderlei Gestalt, also in Brot und Wein, verlangten aber die Soester Bürger während des fünfjährigen Rekatholisierungsversuchs immer wieder. Für katholische Reichsstände war die *Formula reformationis* vom 14. Juni 1548 gültig. Sie hätte damals in den vereinigten Herzogtümern angewendet werden müssen. In den katholischen Territorien sollte durch sie eine Reform des Klerus und der Klöster bewirkt werden. Sie hätte aber nicht nur Missstände in der katholischen Kirche beseitigen können, sondern auch die Entlassung evangelischer Prädikanten zur Folge gehabt¹⁴. Für die Durchsetzung ihrer Bestimmungen in einigen Territorien der Herzogtümer Jülich-Kleve-Berg wäre als katholischer Reichsstand und zuständiges geistliches Oberhaupt eigentlich der Erzbischof von Köln verantwortlich gewesen. Er hätte über Provinzialsynoden und Visitationskommissionen großen Einfluss auf die Gestaltung der „katholischen Reformation“ in diesen Gebieten nehmen können – mit weitreichenden Folgen für die Politik und das Alltagsleben der Menschen dort. Der Erzbischof hatte auch be-

13 Vgl. Albrecht Pius Luttenberger: *Glaubenseinheit und Reichsfriede. Konzeptionen und Wege konfessionsneutraler Reichspolitik (1530–1552)*. Inaugural-Dissertation. Mainz 1979, S. 488–489.

14 Vgl. Theodor C. Schlüter: *Flug- und Streitschriften zur „Kölner Reformation“*. Die Publizistik in dem Reformationsversuch des Kölner Erzbischofs und Kurfürsten Hermann von Wied (1515–1547). Wiesbaden 2005, S. 149, und Eike Wolgast: *Die Formula reformationis*. In: Luise Schorn-Schütte (Hrsg.): *Das Interim 1548/50. Herrschaftskrise und Glaubenskonflikt* (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte, 203). Heidelberg 2005, S. 351–358.

reits am 7. August 1548 beim Kaiser nachfragen lassen, ob auf Jülich-Kleve-Berg nicht doch die Formula reformationis anzuwenden sei, was der Kaiser bejahte¹⁵. Dass der damalige Fürst, Herzog Wilhelm V., wegen der langjährigen Konflikte territorialer, politischer, aber auch kirchenrechtlicher und kirchenorganisatorischer Art mit den Kölner Erzbischöfen kein Interesse an einer Vergrößerung von deren Einflussnahme auf seine Länder hatte, ist verständlich. Und auch in Soest war die Erinnerung an die Fehde mit Köln (1444–1449) und den letzten Rückeroberungsversuch des ehemaligen Stadtherrn (1504) noch sehr präsent. Um seine Souveränität gegenüber dem Kaiser und Köln zu wahren, wandte der Herzog deshalb bei der Reform der kirchlichen Verhältnisse in seinen Territorien eine Mischform aus Interim und Formula reformationis an¹⁶. Soest wurde dann doch nach den Bestimmungen des Interims „reformiert“¹⁷, was auch den Wünschen des Kaisers entsprach.

Von Beginn des Konflikts an strebte Karl V. eine vollständige Rekatholisierung Soests an. Schon kurz nachdem das Interim in Kraft getreten war, wurde am 15. Juni 1548 dem Soester Stadtsekretär Thomas Borchgreve durch einen kaiserlichen Boten ein Brief vom 30. Mai übergeben, in dem der Kaiser die Stadt zur Übernahme des Interims aufforderte. Eine briefliche Benachrichtigung über die Annahme der Bestimmungen sollte innerhalb von 15 Tagen erfolgen. Eventuelle Bedenken gegen das Interim sollten Karl von einer Soester Gesandtschaft erläutert werden – mit mindestens einem Bürgermeister und zwei Ratsherren als Vertretern der Stadt¹⁸. Diese Anweisung lässt den Schluss zu, dass für den Kaiser Soest damals – fälschlicherweise – eine Reichsstadt war, für die die Bestimmungen des Interims galten. Somit hätten ihr als evangelischer „freier Reichsstadt“ Priesterehe und Laienkelch zugestanden werden müssen. Aber Karl V. hielt sich auch in Konfliktfällen mit evangelischen Reichsständen nicht immer an die Bestimmungen des Interims. Soest befürchtete gleichfalls, alle sonstigen Verpflichtungen einer Reichsstadt – vor allem steuerliche – übernehmen zu müssen, wenn man den Irrtum nicht aufklärte. Man fühlte sich wohl auch schutzlos gegenüber dem Reichsoberhaupt. Deshalb wandte man sich an Herzog Wilhelm V. Seinem Ratschlag folgend, stellte Soest in einem Antwortschreiben klar, dass es eine Landesstadt war, mit dem Her-

15 Vgl. August Franzen: Die Kelchbewegung am Niederrhein im 16. Jahrhundert. Ein Beitrag zum Problem der Konfessionsbildung im Reformationszeitalter. (Katholisches Leben und Kämpfen im Zeitalter der Glaubensspaltung. Vereinsschriften der Gesellschaft zur Herausgabe des Corpus Catholicorum, 13). Münster 1955, S. 56 und 61.

16 Vgl. ebd., S. 57.

17 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 447 und 450.

18 Vgl. ebd., S. 211f.

zog von Kleve als Stadtherrn. Der würde sie auch beim Kaiser vertreten¹⁹. Die knappe Terminierung der eingeforderten Antwort und die Vorschriften, die zur Besetzung der Delegation gemacht wurden, die an den Kaiserhof geschickt werden sollte, wenn Soest Einwände gegen die Realisierung des Interims vorbringen wollte, zeigen, dass Druck auf die Stadt ausgeübt wurde. So sollte wohl die Ernsthaftigkeit des kaiserlichen Anliegens demonstriert werden.

In die Auseinandersetzung um die Durchführung des Interims mischte sich Karl V. noch mehrmals ein – direkt und indirekt. Die kaiserliche Kanzlei drohte mit Interventionen, wenn die Stadt die Bestimmungen des Interims nicht durchführen sollte²⁰. Über die Lage in Soest tauschte sich die kaiserliche Kanzlei mit Wilhelm V. des Öfteren aus. Dem Herzog wurde mehrfach der Standpunkt des Kaisers zu wichtigen politischen und religiösen Problemen des Konflikts übermittelt, etwa zum Gesuch des Soester Rates auf Gewährung des Laienkelchs²¹. Der Kaiser selbst zeigte sich wegen der ausbleibenden Fortschritte in der Sache ungehalten. Und der Herzog und seine Räte gebrauchten immer wieder in den Verhandlungen mit den widerspenstigen Vertretern der Stadt Soest die opake Drohung, dass der Kaiser bei ausbleibenden Fortschritten in der Sache persönlich in Soest erscheinen, ja, dass er möglicherweise sogar gewaltsam gegen die Stadt vorgehen werde²². Wirksam war wohl in diesem Zusammenhang der Hinweis des Herzogs, dass er die Stadt vor der Ungnade des Kaisers und möglichen Zwangsmaßnahmen nicht schützen könne, wenn sie die Bestimmungen des Interims nicht endlich umsetzen würde²³. Nach dem Sieg des Kaisers über den Schmalkaldischen Bund und der Rekatholisierung Württembergs, der Besetzung einiger württembergischer Städte sowie der strengen Behandlung Schwäbisch Halls 1546/47²⁴ blieben solche Drohungen in Soest nicht wirkungslos²⁵.

Informationen über die Ereignisse und Entwicklungen in Soest erhielt der Kaiser auch durch Georg Graf zu Sayn-Wittgenstein, den damaligen

19 Vgl. ebd., S. 211f., und Luttenberger (wie Anm. 13), S. 489.

20 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 243 und 247.

21 Vgl. ebd., S. 215, 217, 234 und 244.

22 Vgl. ebd., S. 243 und 247.

23 Vgl. ebd., S. 222.

24 Vgl. zu Württemberg: Das Interim: Bewährungsprobe der Reformation. <https://www.wkgo.de/epochen/reformation-und-konfessionelles-zeitalter>, zuletzt aufgerufen am 13.11.2015. und <http://geschichtsverein-koengen.de/Bis1618.htm>, zuletzt aufgerufen am 13.11.2015. Zu Schwäbisch Hall 1546: <http://www.schwaebischhall.de/buergerstadt/geschichte/chronik.html>, zuletzt aufgerufen am 5.9.2016.

25 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 214, 234 und 247.

Propst von St. Patrokli, und durch den in Soest geborenen Theologen und hochrangigen Verwaltungsbeamten der Kölner Diözese, Johannes Gropper. Er war unter anderem ihr Großsiegler²⁶. Vor allem Gropper hatte gute Kontakte nach Soest, zum Kaiserhof und zum Herzog²⁷. Zwar war er Humanist und Reformtheologe²⁸, entschied sich aber letztlich gegen die lutherische Lehre und wirkte 1548 bis 1549 auch praktisch an der zeitweiligen Rekatholisierung Soests mit²⁹. So konnte die kaiserliche Kanzlei ein zwar einseitiges, für die damalige Zeit aber recht aktuelles Lagebild für ihre Interventionen hierorts erstellen.

Karls Drängen auf die Rekatholisierung Soests hatte aber nicht nur religiöse Gründe. Sein Interesse an der Hansestadt, dem niederrheinisch-westfälischen, ja dem gesamten nordwestdeutschen Raum entsprang auch seinen machtpolitischen Zielen. Durch seine Einflussnahme auf die Territorialfürsten, die Städte, auf die politische und religiöse Entwicklung dort wollte er die habsburgischen Niederlande absichern. Insofern stand seine Rekatholisierungspolitik für den westfälischen Raum – und damit auch für Soest – im Zusammenhang mit der habsburgischen Hausmachtspolitik³⁰.

4.2. Die Herzöge von Kleve und ihre Räte

Als Stadt- und Landesherrn waren die Herzöge von Jülich-Kleve-Berg für die Gestaltung der Religionsangelegenheiten in Soest ein besonders wichtiger Machtfaktor. Herzog Johann III. (1521–1539) und Herzog Wilhelm V. (1539–1592) waren dabei keine Erfüllungsgehilfen Karls V. oder bloßes Sprachrohr des Kaisers. Sie betrieben vielmehr eine eigenständige Religionspolitik, allerdings nicht ohne Übereinstimmungen mit den humanistisch geprägten Vorstellungen Karls zu einer reformkatholischen Religionsverfassung des Reiches³¹. Ein Beispiel dafür ist die von Johann III. in Auftrag gegebene Klever Kirchenordnung von 1532/33³². Durch sie sollte im Herzogtum Jülich-Kleve-Berg eine Erneuerung innerhalb der katholischen Kirche initiiert und geregelt werden, auch um eine konfessi-

26 Vgl. ebd., S. 215.

27 Vgl. Walter Lipgens: *Kardinal Johannes Gropper 1503–1559 und die Anfänge der katholischen Reformation in Deutschland*. Münster 1951, S. 25, 43, 56, 121f. und 129.

28 Vgl. ebd., S. 51–66.

29 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 219f.

30 Vgl. Franz Petri: *Karl V. und die Städte im Nordwestraum während des Ringens um die politisch-kirchliche Ordnung in Deutschland*. In: *Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte* 71 (1978), S. 7–31.

31 Vgl. Heinz Schilling: *Stadtrepublikanismus und Interimskrise*. In: *Schorn-Schütte* (wie Anm. 14), S. 211.

32 Vgl. Alois Schröer: *Die Reformation in Westfalen. Der Glaubenskampf einer Landschaft*. Bd. 1, Münster 1979, S. 233–235.

onelle Spaltung der herzoglichen Territorien zu verhindern³³. Es war der Wunsch Herzog Johanns, dass auch Soest die Klever Kirchenordnung als Grundlage einer Reform seiner religiös-kirchlichen Verhältnisse einführen sollte³⁴, was allerdings nicht geschah³⁵. Die reformkatholische Ausrichtung erklärt, warum beide Herzöge die Einführung der lutherischen Lehre und die Herausbildung und Etablierung einer evangelischen Kirche ablehnten. Sie verfuhrten bei der Durchsetzung ihrer religionspolitischen Maßnahmen aber zögerlich und konsensorientiert. Herzog Wilhelm vertrat zwar bei Karl V. die Interessen Soests, er trug andererseits aber ebenso konsequent Sorge dafür, dass dort die Rekatholisierung versucht wurde. Ein wichtiger Grund für diese Politik war sicherlich die Niederlage, die der Kaiser dem Herzog im Dritten Geldrischen Erbfolgekrieg zugefügt hatte. Als deren Folge entstand eine besondere Abhängigkeit Kleves von Karl V. Denn im Venloer Friedensvertrag (7. September 1543) musste Wilhelm dem Kaiser u. a. zusichern, in allen seinen Territorien den orthodoxen, also reformkatholischen Glauben, die Religion und die allgemeine katholische Kirche zu erhalten und zu bewahren und keine weitgehende Neuerung oder Veränderung zu machen oder solches zu erlauben. Und wenn derartige Veränderungen oder Neuerungen durch irgendwelche Untertanen oder andere vorgenommen worden wären, hätte der Herzog in aller Sorgfalt und Achtsamkeit für deren Beseitigung zu sorgen³⁶. Das bedeutete letztendlich, dass Wilhelm V. sich persönlich verpflichtet hatte, in seinen evangelisch gewordenen Territorien oder Städten die Rekatholisierung durchzusetzen und die Macht der katholischen Kirche wieder aufzurichten – besonders auch in Soest. Eine enge Bindung an das Haus Habsburg – und dessen Religionspolitik – wurde zudem durch die von Karl V. angeregte Hochzeit Wilhelms mit Maria von Österreich, einer Tochter König Ferdinands I., des Bruders des Kaisers, geknüpft. „Der Ehevertrag vom 19. Juni 1546 bestimmte nochmals, daß im Hinblick auf die Religion im Lande nichts geändert werden dürfe.“³⁷ Unter Bezug auf den Venloer Vertrag ließ der Herzog erklären, dass er die gegebenen Zusagen in der Glaubensfrage einhalten werde³⁸. So konnte er die reforma-

33 Vgl. ebd., S. 232.

34 Vgl. ebd., S. 358 und 362.

35 Vgl. ebd., S. 362–371.

36 Vgl. Otto R. Redlich: Jülich-Bergische Kirchenpolitik am Ausgang des Mittelalters und in der Reformationszeit. Bd. 1: Urkunden und Akten 1400–1553 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde XXVIII). Nachdruck der Ausgabe Bonn 1907, Düsseldorf 1986, Nr. 281, S. 316.

37 Schröer (wie Anm. 32), S. 237.

38 Vgl. Redlich (wie Anm. 36), Nr. 288, S. 320.

torischen Veränderungen in seinen Territorien nicht ignorieren³⁹. Das galt aber auch für die bestehenden Missstände in der katholischen Kirche⁴⁰.

Eine wichtige Grundlage der kirchenpolitischen Maßnahmen der Herzöge wie der Klever Regierung war auch die Orientierung am Humanismus des Erasmus und an dessen Vorschläge für eine Reform der Kirche⁴¹. Diese geistig-religiöse Grundorientierung sowie die oben aufgeführten vielschichtigen Probleme erklären weitgehend die kirchenpolitischen Handlungsmaximen der Herzöge und ebenso ihrer Berater. Die wichtigsten von denen waren Heresbach, Vlatten, Gogreve, Olisleger und Hart⁴². Einige von ihnen nahmen an den Verhandlungen mit Soest teil, vor allem der Kanzler Olisleger⁴³. Man hielt eine kritische Distanz zur Amtskirche, aber ohne mit ihr zu brechen. Man war reformbereit und bereit zu religiösen und theologischen Kompromissen. Bis zu einem gewissen Grade war man tolerant, lehnte jedoch – mit dem Ziel der Friedenswahrung – jede konfessionelle Radikalisierung ab⁴⁴. In der Praxis führte das dazu, dass unter Herzog Wilhelm die Priesterehe faktisch geduldet wurde und zudem die Bereitschaft zur Gewährung des Laienkelchs bestand⁴⁵.

Eine vorsichtige Vorgehensweise gegenüber Soest bei der Lösung religionspolitischer Probleme gebot sich auch wegen der „Staatsverträge“ zwischen Soest und Kleve. Diese sogenannten *Pacta Ducalia*⁴⁶ garantierten der Stadt gegenüber Jülich-Kleve-Berg eine rechtlich geschützte, von den Herzögen beschworene, weitgehende, privilegierte Souveränität.

Die Stadt militärisch in die Knie zu zwingen, widersprach nicht nur der humanistisch-konsensorientierten Grundhaltung der Herzöge. Es verbot sich ebenfalls aus ökonomischen und militärischen Gründen. Soest war eine stark befestigte Stadt mit großem militärischen Potential, das nicht nur die Niederlage Dietrichs von Moers in der Fehde mitbewirkt, sondern auch noch während des Schmalkaldischen Kriegs kaiserliche Truppen abgeschreckt hatte, die Soest belagern und um 20.000 Gulden erpressen wollten. Beides misslang⁴⁷. Auch während des Geldrischen Krieges hatte die Stadt den Herzog mit 450 Bewaffneten und 1.000 Gulden unterstützen können⁴⁸.

39 Vgl. ebd., Nr. 293, S. 332–335.

40 Vgl. ebd., Nr. 262, S. 289–292.

41 Vgl. Luttenberger (wie Anm. 13), S. 117.

42 Vgl. ebd.

43 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 213, 216, 218, 221–223, 227, 233, 238, 241f., 243 und 248.

44 Vgl. Luttenberger (wie Anm. 13), S. 117.

45 Vgl. ebd., S. 121.

46 Vgl. Wolf-Herbert Deus (Hrsg.): *Pacta Ducalia* (Soester wiss. Beiträge. 3). Soest 1951.

47 Vgl. Schröer (wie Anm. 32), S. 395f., und Schwartz (wie Anm. 1), S. 208.

48 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 199.

Im Rahmen dieses macht- und religionspolitischen wie auch religiösen Kontextes entwickelten sich die religiösen und die politischen Forderungen an Soest wie auch die Verfahrensweise Kleves, um den Konflikt zu lösen. Die oben dargestellten religionspolitischen Grundprinzipien und die daraus resultierende Vorgehensweise, die Beschränkungen der Herzöge in ihrem politischen Handeln durch die gegebenen Umstände waren aber auch den Soestern bekannt und beeinflussten ihre letztlich erfolgreiche Taktik zur Abwehr der Rekatholisierung und bei der sich anschließenden „Relutherisierung“.

Die Macht der Herzöge war auch deshalb geschwächt, weil sie sich in vielen Landesteilen, Orten und Städten ihres Territoriums mit evangelischem Widerstand gegen die Konfessionspolitik auseinandersetzen mussten. Denn die Ereignisse und Entwicklungen in Soest waren kein Einzelfall, sondern die Regel. Vor allem Wilhelm V. konnte weder seine Aufmerksamkeit noch seine Machtmittel allein auf die Stadt konzentrieren. Es „brannte“ – sozusagen – an allen Ecken und Enden⁴⁹.

Er versuchte, in der entscheidenden Phase des Konflikts die Probleme immer wieder erneut durch Verhandlungen zu lösen, indem er hochrangig besetzte Gesandtschaften nach Soest schickte oder Soester Gesandtschaften zu Gesprächen auf die Landtage oder zu sich nach Kleve oder Düsseldorf einlud. Oft schrieb er auch Briefe mit Ermahnungen oder Lösungsvorschlägen⁵⁰. Ein erster Erfolg für Herzog Wilhelm und seine Berater war der Abschied vom 25. September 1548. Nach fast fünftägigen langwierigen und schwierigen Verhandlungen verabschiedete man ein Dokument, in dem wesentliche Forderungen und Maßnahmen festgeschrieben wurden⁵¹. Die Vertreter der Stadt versprachen damit, die grundsätzlichen und notwendigen Maßnahmen zur Einführung des Interims durchzuführen. Sie gelobten, dem Kaiser und Herzog Wilhelm gehorsam zu sein und ihren Anordnungen zu folgen. Die evangelischen Prädikanten und der Schulmeister sollten abgesetzt, aus ihren Ämtern entfernt werden, Soest und die Börde verlassen und nicht wieder dorthin zurückkehren. Sie sollten durch von den Bürgern anerkannte katholische Geistliche ersetzt werden, die vollumfänglich in allen Bereichen ihre Ämter ausüben sollten, vor Belästigungen und Störungen geschützt. Die Messe und alle weiteren geistlichen Handlungen sollten – mit wenigen Ausnahmen, etwa bei der Taufe – in lateinischer Sprache zelebriert und alle katholischen Riten und der Kult wieder eingeführt werden. Das Singen deutscher geistlicher Lieder im Gottesdienst wurde verboten, ebenso wie heimliche Zusammen-

49 Vgl. Redlich (wie Anm. 36), Nr. 284 und Nr. 285, S. 318, und Nr. 291, S. 329f.

50 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 212–253.

51 Vgl. ebd., S. 441–449, besonders S. 448f.

künfte und Versammlungen von Bürgern. Man nahm wohl an – und das zu Recht –, dass sich in solchen privaten Zirkeln der evangelische Widerstand organisieren könne. Verboten wurde weiter, Fremde aufzunehmen oder ihnen gar das Bürger- oder Bleiberecht zu verleihen, es sei denn, sie legten ein tadelloses Führungszeugnis aus den Orten oder von den Plätzen vor, von denen sie nach Soest gekommen waren. Das war eine Maßnahme, die vor allem Neuberufungen evangelischer Prädikanten nach Soest verhindern sollte. Die Soester forderten als Gegenleistung die herzogliche Erlaubnis, die Kommunion in beiderlei Gestalt empfangen zu dürfen⁵². Gegen die vertraglichen Zusagen gab es in der Stadt heftigen Widerstand. Eine reibungslose, schnelle Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen war nicht möglich.

Wirklichen Erfolg hatte Herzog Wilhelm erst, als er im November 1548 mit einer starken Eskorte von 400 Bewaffneten in Soest erschien⁵³. Erst dadurch gelang es ihm am 28. November, die von der Stadt schon im September zugesagten Rekatholisierungsmaßnahmen⁵⁴ durch einen neuen Rezess⁵⁵ durchzusetzen. Die Maßnahmen, die er nun vom Rat, den anderen politischen Gremien und der Bürgerschaft verlangte, waren viel konkreter formuliert als in dem vorangegangenen Dokument. Beispielsweise wurden Bürger mit Namen genannt, die wegen ihres Widerstands gegen das Interim Stadt und Börde verlassen sollten. Was die Wiederbesetzung von Kirchen und Kapellen anging, wurden konkrete Gotteshäuser genannt. Ausführlich und im Einzelnen ging man auf die Wiederbesetzung der Kapellen mit Vikaren ein. Sie boten sich wegen ihrer Vielzahl im Stadtgebiet als Orte von Gottesdienst und Seelsorge besonders als Stützpunkte der Rekatholisierungskampagne an. Sehr konkret wurden auch die der katholischen Kirche zu restituierenden Besitztümer genannt, u. a. Kultgegenstände, Immobilien, Renten, Kommenden, Pfründe und Pachtland. Das geschah, um der katholische Kirche in Soest wieder eine ausreichende und sichere materielle Basis zu verschaffen. Gefordert wurden auch konkrete Maßnahmen, z. B. für St. Patrokli, um Störungen von Gottesdiensten, anderen Zeremonien oder Kulthandlungen zu verhindern oder zu ahnden. Auch sollte für die Reparatur zerstörter Kirchenfenster oder für Erhaltungsmaßnahmen gesorgt werden⁵⁶.

An diese Bestimmungen hielt sich die Stadt eine Zeit lang. Als wichtigste Maßnahme hob der Rat am 28. Januar 1549 den Bundbrief vom 23.

52 Vgl. ebd., S. 441–449.

53 Vgl. ebd., S. 222.

54 Vgl. ebd., S. 441–449.

55 Vgl. ebd., S. 449–455.

56 Vgl. ebd., S. 449–455.

November 1531 und die Oemekensche Kirchenordnung von 1532 auf⁵⁷. Das waren die zentralen Dokumente für die Einführung und Festigung des lutherischen Bekenntnisses. Soest war damit rechtlich zwar wieder eine katholische Stadt mit katholischen Priestern, Kirchen und katholischer Lehre, aber die Bürger hielten am evangelischen Bekenntnis fest. Daran änderten die Verhandlungen und rechtsverbindlichen Dokumente nichts. Herzog Wilhelm bemühte sich seinerseits, das Versprechen zu erfüllen, sich für die Zulassung des Laienkelchs auch in Soest einzusetzen⁵⁸. Er riskierte dafür langwierige Konflikte mit dem Erzbischof von Köln und Karl V.⁵⁹

4.3. Die Akteure der katholischen Kirche

Es verwundert nicht, dass sich zunächst vor allem die Stiftskanoniker von St. Patrokli um eine „Teilrekatholisierung“ bemühten. Die meisten von ihnen befanden sich seit den Lätare-Unruhen vom März 1533 außerhalb von Soest⁶⁰. Von dorthier wollten sie den Einfluss der katholischen Partei in der Stadt wieder vergrößern. Schon vor 1548 wandten sie sich deshalb mit Bitten und Forderungen an Herzog Wilhelm. Dieser sollte sich beim Rat für sie verwenden. Geklagt wurde z. B. darüber, dass die Stadt Renten und Abgaben zurückhalte, die dem Kapitel zukommen müssten. Gefordert wurde die Rückgabe der Patroklikirche, damit dort wieder katholische Gottesdienste und die Gebete des Kapitels abgehalten werden könnten⁶¹. Beraten wurde das Kapitel in diesen Angelegenheiten von Johann Gropper. Auch der Dompropst von St. Patrokli nahm Einfluss auf die Rekatholisierung von Soest, wie oben beschrieben wurde, aber nur indirekt und am Rande.

Die Position des Luthertums in Soest verschlechterte sich, nachdem im Juli 1546 Hermann zu Wied vom Papst als Erzbischof von Köln abgesetzt wurde, weil er im Erzbistum die Reformation einführen wollte. Soest gehörte damals zur Kirchenprovinz Köln. Als Nachfolger zu Wieds wurde Adolf von Nassau eingesetzt, ein Gegner des Luthertums.

An der Absetzung Hermann zu Wieds wirkte auch Gropper mit⁶². Sein Vater war 1531/32 während der entscheidenden Phase der Einführung der

57 Vgl. Schröder (wie Anm. 32), S. 402.

58 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 239 und 455.

59 Vgl. Franzen (wie Anm. 15), S. 57–61.

60 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 121.

61 Vgl. ebd., S. 198–201.

62 Vgl. Lipgens (wie Anm. 27), S. 137ff.

Reformation Bürgermeister der Stadt⁶³. Er wurde am 21. Dezember 1531, am Tage des sogenannten Thomasauflaufs, von lutherischen Soester Aktivistinnen für drei Tage eingesperrt, weil man ihm unterstellte, die Einführung des lutherischen Bekenntnisses hintertreiben zu wollen⁶⁴. Wohl um weiteren Anfeindungen zu entgehen und ungestört seinen katholischen Glauben praktizieren zu können, zog er 1533 nach Köln um⁶⁵. Sein Sohn Johann verlor durch die Reformation in Soest seine Pfarrstelle an der Petrikirche, die er seit 1531 innehatte⁶⁶. Es gab für Gropper also durchaus auch persönliche Gründe, um die Rekatholisierung Soests energisch voranzutreiben.

Als er am 19. September 1548 in Begleitung einer klevischen Delegation nach Soest zurückkehrte⁶⁷, gab es dort nur noch ein eingeschränktes katholisches Leben – in St. Patrokli und den beiden Klöstern⁶⁸. Schon vor 1548 hatte sich Gropper durch die Beratung Karls V., Herzog Wilhelms und ihrer engsten Ratgeber in die politischen und religiösen Verhältnisse seines Geburtsortes von außen eingemischt – wie oben dargelegt wurde. Bereits am 9. Januar 1534 wandte er sich in einem Brief in eigener Sache an den Soester Rat und forderte von diesem seine Pfarrstelle zurück. Falls das nicht geschehe, werde er sich an den Herzog von Jülich-Kleve-Berg, nötigenfalls sogar an den Kaiser wenden. Ganz allgemein beklagte er die negativen Auswirkungen auf die Religion, das Seelenleben, aber auch die Politik in Soest, die die Reformation dort nach sich gezogen habe⁶⁹. Bald nach seiner Rückkehr begann Gropper damit, die Bestimmungen des Interims umzusetzen. Er wirkte besonders als Prediger von St. Patrokli und St. Petri. Dort brachte er den Soestern wieder das katholische Glaubensbekenntnis nahe. Und auch das Interim thematisierte er. Anhängern des lutherischen Bekenntnisses oder an ihrem Glauben Zweifelnden oder Unentschlossenen bot er seelsorgerische Gespräche an. Da nach den Bestimmungen des Interims auch das evangelische Stadtgymnasium geschlossen werden musste, kümmerte sich Gropper auch um den Ausbau und eine verbesserte Qualität der Kapitel-Schule von St. Patrokli⁷⁰.

63 Vgl. ebd., S. 10f.

64 Vgl. Schröer (wie Anm. 32), S. 359.

65 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 116, und Schröer (wie Anm. 32), S. 388.

66 Vgl. Schröer (wie Anm. 32), S. 359.

67 Vgl. ebd., S. 398.

68 Vgl. ebd., S. 361 und 382–384.

69 Vgl. ebd., S. 389.

70 Vgl. ebd., S. 401.

4.4. Die Absetzung evangelischer Prädikanten als Maßnahme der Gegenreformation in Soest

Wenn die Rekatholisierung Soests gelingen sollte, mussten vor allem geeignete katholische Geistliche nach Soest kommen. Gropper brachte einige von ihnen aus Köln mit⁷¹. Diese sollten die evangelischen Prädikanten ersetzen. Auch an der Auswechslung und Neubesetzung der Pfarrstellen war Gropper also maßgeblich beteiligt. Das soll an zwei Beispielen dargestellt werden.

4.4.1. Gerhard Bihof werden seine Pfründe entzogen

Scheinbar wenig spektakulär verlief der Konflikt zwischen den Jungfern im alten Hospital und Gerhard Bihof. An diesem Fall lassen sich aber der Ablauf, die Verfahrensweisen und Begründungen der an einem solchen Konflikt Beteiligten gut studieren.

Bei den Jungfern des Hohen Hospitals handelte es sich um eine ordensähnliche Frauengemeinschaft, die in dem Wohnturm der ehemaligen bischöflichen Pfalz gegenüber dem Petrikirchturm untergebracht war. Zu dem Komplex gehörte die Vincentius-Kapelle auf dem Gelände des heutigen Petrushauses. In ihr gab es einen Altar zum Heiligen Kreuz, dessen Patrone auch der heilige Christophorus und die heilige Ursula waren. 1523 war der Altar von Barbara Eversberg, selbst Mitglied der Frauenkommunität, mit einer Kommende als Pfründe ausgestattet worden. Sie sollte der Versorgung eines Vikars dienen, der in der Kapelle wöchentlich drei Gottesdienste abzuhalten hatte, und zwar freitags eine Heilige Messe zum Heiligen Kreuz, samstags eine Marienmesse und jeden Mittwoch eine Seelenmesse. Durch die sollte der Stifterin Barbara Eversberg und ihrer Eltern gedacht werden⁷². Für diese Dienstleistungen war die Pfründe gut ausgestattet worden, u. a. mit 3367 Liter Getreide verschiedener Sorten, 12 Hühnern und acht Schillingen jährlich sowie weiteren Pachteinnahmen⁷³. Seit Juli 1523 war die Pfründe auf Wunsch der Stifterin dem Priester Gerhard Bihof, wohl ihrem Sohn⁷⁴, zugeeignet worden⁷⁵.

71 Vgl. ebd.

72 Vgl. Friedrich von Klocke (Hrsg.): *Urkunden und Regesten der Soester Wohlfahrtsanstalten*. Bd. 1: *Urkunden des Hohen Hospitals bis 1600* (Veröffentlichungen der historischen Kommission Westfalens XXV). Münster, Soest 1964, Nr. 418, S. 246.

73 Vgl. ebd., Nr. 417, S. 245.

74 Vgl. ebd., Nr. 417, S. 244f.

75 Vgl. ebd., Nr. 294, S. 169f.

Der Konflikt zwischen ihm und den Meisterinnen der Jungfern vom Hohen Hospital brach wahrscheinlich in der ersten Jahreshälfte 1549 aus. In einem Brief an die Bürgermeister, den Rat und die Richtleute von Soest baten die Hammer Bürger Heinrich Bihof, Luedeke Albertz und Bernd Blinthofe darum, dass die Kommende ihres Veters und Schwagers in der Vincentius-Kapelle nicht rechtswidrig mit einem anderen besetzt werde⁷⁶. Gerhard Bihof allein scheint in Soest nicht genügend Ansehen und Einflussmöglichkeiten gehabt zu haben, um sein Anliegen erfolgreich durchsetzen zu können. Deshalb hatte er wohl bei seiner Verwandtschaft um Unterstützung nachgesucht. Die Meisterinnen des Hohen Hospitals hatten Bihof die Kommende wahrscheinlich deshalb entzogen, weil er nach den Vorschriften des Interims⁷⁷, den konkreten Abmachungen des Soester Rates mit den klevischen Räten vom 25. September 1548 und den von Herzog Wilhelm und dem Soester Rat ausgehandelten Rezess vom 28. November 1548⁷⁸ als Priester und Inhaber einer geistlichen Pfründe nicht mehr tragbar war. So heißt es in Punkt 19 des Rezesses ausdrücklich: „Dass auch die zwei Vikarien in dem Hospital auf dem alten Friedhof [i. e. das Hohe Hospital], die zur Zeit nicht besetzt sind, wieder von ihren Patronen [den Meisterinnen und Jungfrauen] besetzt werden, damit sie wieder für kirchliche Zwecke genutzt werden.“⁷⁹

Dass der Konflikt 1549 ausbrach, lag daran, dass die Wirkungen des Interims auf die kirchliche Organisation Soests jetzt voll durchschlugen. So bezogen sich die Meisterinnen in ihrer schriftlichen Argumentation auch mehrfach auf das Interim⁸⁰ und auf die Weisungen Herzog Wilhelms dazu⁸¹. Sie begründeten die Wegnahme der Kommende damit, dass Bihof gegen diese Weisungen verstoßen habe, weil er vor dem November 1548 geheiratet habe⁸². Er habe danach auch nicht mehr – wie es vertraglich festgelegt worden sei – seine Residenzpflicht erfüllt und nicht die vorgeschriebenen Gottesdienste gehalten. Da dies allein die Schuld Bihofs sei, habe man ihn abgesetzt und den Sakristan des Patrokli-Münsters, Johann Lemme, als Vikar und Nutzer der Pfründe präsentiert⁸³. Die Meisterinnen machten auch geltend, dass sie das Präsentationsrecht rechtmäßig ausübten⁸⁴. Johann Lemme wurde als Nachfolger Bihofs im Juni oder Juli

76 Vgl. ebd., Nr. 395, S. 230.

77 Vgl. dazu Mehlhausen (wie Anm. 8), S. 70, S. 128ff. und S. 134ff.

78 Vgl. dazu Schwartz (wie Anm. 1), S. 447 und 449–455.

79 Zur Übersetzung ins Neuhochdeutsche vgl. ebd., S. 452, Artikel 19.

80 Vgl. von Klocke (wie Anm. 72), Nr. 396, S. 231.

81 Vgl. ebd., Nr. 396, S. 231 und Nr. 418, S. 246.

82 Vgl. ebd., Nr. 396, S. 230f.

83 Vgl. ebd., Nr. 396, S. 231.

84 Vgl. ebd., Nr. 396, S. 230.

1549 vom zuständigen Priester von St. Petri, damals Johann Gropper, instituiert⁸⁵, was durch die dazu notwendigen Zeremonien bestätigt wurde⁸⁶. Auch Lemmes Nachfolger waren katholische Geistliche, und auch sie wurden eine Zeit lang nach einer solchen Zeremonie eingesetzt⁸⁷.

Der Konflikt um die Absetzung Bihofs dauerte noch einige Jahre an. Briefe der Parteien an die zuständigen Stellen gingen hin und her, bis es im Juli 1555 zu einem Vergleich kam. Ein Grund dafür war wohl, dass Bihof nach so langer Zeit einsehen musste, dass seine Ansprüche nicht voll erfüllt werden würden. Vielleicht war er auch deshalb kompromissbereit, weil er vor Abschluss der Einigung schon krank war, denn zum Zeitpunkt der Ausstellung der Urkunde, die den Kompromiss festhält, war Bihof bereits tot⁸⁸.

Dass die Meisterinnen in den Kompromiss einwilligten, lag wohl auch daran, dass sich ihre Machtposition verschlechtert hatte. Mittlerweile hatten sich im Reich und auch in Soest die politischen und religiösen Verhältnisse wieder zugunsten der Lutheraner geändert. Spätestens mit dem Augsburger Reichs-Religionsfrieden vom 25. September 1555 war die Rekatholisierung gescheitert. Auch in Soest war die Gestaltungsmacht der katholischen Partei längst wieder stark zurückgegangen. Ein weiterer Grund für das Entgegenkommen gegenüber der Familie Bihof könnte gewesen sein, dass die Kommunität kein Bollwerk des Katholizismus mehr war. Die Jungfern waren nun in der Mehrheit Anhänger der Augsburger Konfession⁸⁹. Als bikonfessionelle Gemeinschaft werden ihre Entscheidungen auch von den aktuellen kirchlichen und politischen Machtverhältnissen beeinflusst worden sein.

Die Stiftung von Barbara Eversberg ist bis fast Ende des 19. Jahrhunderts bedient worden. Seelenmessen für sie wurden nun in St. Patrokli gelesen, lange nachdem die Kommunität aufgehoben und die St.-Vincentius-Kapelle abgebrochen worden war⁹⁰.

Schaut man auf die Adressaten der Briefe und Urkunden, erkennt man, wen die Konfliktparteien für zuständig, einflussreich und wirkmächtig hielten. Man hat unter Beachtung der Adressaten deshalb die Möglichkeit, die Veränderungen der Machtverhältnisse in Soest während des Rekatholi-

85 Vgl. ebd., Nr. 399, S. 233.

86 Vgl. ebd. und Nr. 400, S. 233f.

87 Vgl. ebd., Nr. 412, S. 241.

88 Vgl. ebd., Nr. 419, S. 246f.

89 Vgl. ebd., Nr. 496, S. 298.

90 Vgl. Beate Sophie Gros: *Das Hohe Hospital in Soest (ca. 1178–1600). Eine prosopographische und sozialgeschichtliche Untersuchung* (Veröffentlichung der historischen Kommission für Westfalen. Urkunden und Regesten der Soester Wohlfahrtsanstalten. Band 5). Münster 1999, S. 319–321.

sierungsversuchs einzuschätzen. Bis zum Frühsommer 1549 wandten sich Bihof, seine Verwandten und die Meisterinnen des Hohen Hospitals an die Bürgermeister, den Rat und andere Soester Mitwirkungsghremien wie die Zwölfe oder die Richtleute⁹¹. Dafür gab es gute Gründe, denn sowohl nach der Soester Kirchenordnung von 1532⁹² als auch den vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Stadt Soest und dem Herzogtum Jülich-Kleve-Berg vom September und November 1548⁹³ hatten die Verantwortlichen der Stadt Soest die kirchlichen Angelegenheiten – erst die Befestigung der evangelischen Kirche, dann die Rekatholisierungsversuche – zu initiieren und durchzuführen. Bihof und seine Verwandten wollten, dass der Rat die Wegnahme der Pfründe rückgängig machte. Die Meisterinnen dagegen erwarteten den Schutz des Rates vor den Forderungen Bihofs. In ihrem Antwortbrief auf den der Verwandten Bihofs wehrten sie allerdings schon eine Parteinahme des Rates zugunsten Bihofs ab und bestritten auch seine Zuständigkeit, als sie darauf hinwiesen, dass die Vergabe der Kommende nicht nach weltlichem, sondern geistlichem Recht geregelt werden müsse und sie sich bei ihren Entscheidungen an die Absprachen der Stadt Soest mit Herzog Wilhelm gehalten hätten⁹⁴. Sie bezogen sich vor allem auf den oben schon erwähnten Punkt 19 des Rezesses vom 28. November 1548⁹⁵. In ihm werden die Patrone, also die Meisterinnen, dazu aufgefordert, die zwei Vikarien des Hospitals wieder zu besetzen. Das bedeutete umgekehrt, dass die Stadt Soest kein Recht dazu hatte. Da diese damals auf den Schutz des Herzogs gegen den Kaiser angewiesen war, war es nicht ratsam, verabredetes Recht zu brechen und gegen den Rezess zu verstoßen. Hätte man sich für die Sache Bihofs ernstlich eingesetzt, wäre Schutzlosigkeit eine mögliche Folge gewesen.

In einem nachfolgenden Brief teilten die Meisterinnen dem Rat noch einmal mit, sie verführen nach dem Erlass Herzog Wilhelms und hätten schon einen neuen Vikar, Johann Lemme, präsentiert⁹⁶. Hier handelten sie zwar nach den Bestimmungen des Rezesses, schalteten aber bei der Regelung dieser umstrittenen Personalangelegenheit die Gremien der Stadt Soest nicht ein. Das ist wohl auch ein Beispiel dafür, dass der Rekatholisierungsprozess Fahrt aufgenommen hatte. Die Möglichkeiten der Stadt

91 Vgl. z. B. von Klocke (wie Anm. 72), Nr. 395, S. 230, Nr. 396, S. 230f. und Nr. 396, S. 231.

92 Vgl. Gesamtverband der Evangelischen Kirchengemeinden in Soest (Hrsg.): Gerdt Oemeken. Soester Kirchenordnung 1532. Soest 1984, S. 60, 157, 159, 165 und 167.

93 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 211f., S. 441–449 und S. 449–455.

94 Vgl. von Klocke (wie Anm. 72), Nr. 396, S. 231.

95 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 452.

96 Vgl. von Klocke (wie Anm. 72), Nr. 396, S. 231.

Soest, gegen den zunehmenden katholischen Einfluss bei der Stellenbesetzung vorzugehen, waren zu diesem Zeitpunkt stark zurückgegangen.

Ein weiterer Brief der Meisterinnen sollte belegen, dass die Absetzung Bihofs noch aus einem anderen Grund rechtmäßig war. Sie wiesen darauf hin, dass der Geistliche auch nach dem Wortlaut der Stiftungsurkunde sein Recht an der Kommende verwirkt hatte, weil er verheiratet war und seine Residenzpflicht nicht wahrnahm⁹⁷. Man könnte nach dem Wortlaut dieses Briefes weitere Aktivitäten der Stadt Soest in der Angelegenheit der Kommende, vielleicht sogar zugunsten Bihofs, vermuten. Da die Korrespondenz der Stadt in dieser Angelegenheit nicht vorliegt, kann man darüber aber keine Einzelheiten nennen. Der Eindruck entsteht allerdings, dass die Stadt Soest sich in dieser Phase eines weniger bedeutenden, privatrechtlichen Rechtsstreits nicht weiter engagieren wollte. Das müssen auch die Verwandten Bihofs gedacht haben, denn sie schickten einen weiteren Brief an die nächsthöhere Instanz, nämlich an Dietrich von der Recke zur Heiden, Marschall und Droste zu Unna, der als leitender jülich-klevischer Beamter auch für Soest zuständig war. Es ging darin nicht um die Einflussnahme auf die Stadt Soest, sondern auf Johann Gropper, damals Dekan und als Pfarrer von St. Petri auch für die St.-Vincentius-Kapelle zuständig. Von der Recke sollte Gropper zu seinem Einverständnis bringen, dass Bihof seine Vikarie behielt oder durch jemand anderen bedienen ließ.

Offensichtlich zielte diese Intervention außerdem darauf ab, Bihofs Einkommensquelle zu sichern. Auch in diesem Schriftstück wurde rechtlich argumentiert, wenn man darauf hinwies, dass die Meisterinnen sich das Vorschlagsrecht für einen neuen Kandidaten widerrechtlich anmaßten. Als weiteres Argument zur Entlastung Bihofs wurde angeführt, dass der nur auf erheblichen Druck der Stadt Soest geheiratet habe⁹⁸. In der Tat hätte nach den Bestimmungen des Interims der Ehestand eines Priesters kein Grund für seine Entlassung aus dem Amt und für den Entzug seiner Pfründe sein müssen. Bis zum Beschluss eines allgemeinen Konzils – ein solches tagte damals in Bologna – sollte die Priesterehe geduldet werden. Einen endgültigen Beschluss über die Statthaftigkeit der Priesterehe wollte man also erst in der Zukunft treffen⁹⁹. Bihof verstieß durch seine Heirat zumindest nicht gegen das im Interim festgelegte kaiserliche Recht. Und seine Ansprüche waren nicht unberechtigt.

Offenbar verhandelte von der Recke wirklich mit Gropper, denn dieser antwortete ihm am 21. Juni 1549 brieflich. Die Ablehnung der Ansprüche Bihofs und auch die Weigerung, ihm gegenüber Gnade walten zu lassen,

97 Vgl. ebd., Nr. 396, S. 231.

98 Vgl. ebd., Nr. 397, S. 232.

99 Vgl. Mehlhausen (wie Anm. 8), S. 142.

begründete Gropper fälschlicherweise damit, dass Bihof gegen das kaiserliche Recht des Interims verstoßen habe¹⁰⁰. Wenig später, am 20. Juli 1549, informierte er alle geistlichen Einrichtungen und Geistlichen in seinem Dekanat, dass er den von den Meisterinnen präsentierten Johannes Lemme kraft seines Rechts als Archidiakon zum Vikar der Vincentius-Kapelle bestimmt und ihm die Nutzung der Kommende gestattet habe¹⁰¹. Auch bei der Bestellung des Nachfolgers von Lemme wandten sich die Meisterinnen Anfang 1553 an den Pfarrer der Petrikirche, damit dieser die Investitur veranlasste. Es war ein katholischer Pfarrer, obwohl in Soest 1552 ein öffentliches evangelisches Leben schon wieder in Gang gekommen war. Der Rat hatte z. B. in diesem Jahr die Austeilung des Laienkelchs gestattet¹⁰². Die Bekanntmachung Groppers am 20. Juli 1549 war also eine Machtdemonstration der katholischen Partei in Soest und beweist deren wirksame Gestaltungsmöglichkeiten in dieser Phase der Rekatholisierung.

Das änderte sich aber wenige Jahre später, was auch daran deutlich wird, dass die Konfliktparteien sich ab Juni 1554 wieder an den Soester Rat wandten und um seine Hilfe baten¹⁰³. Und auch ein Brief der Meisterinnen aus dieser Zeit an den Herzog von Kleve widerlegt die These nicht, dass der Rat von Soest wie vor dem November 1548 die entscheidende Instanz auch in den lokalen kirchlich-religiösen Angelegenheiten war. Die Meisterinnen baten nämlich den Herzog, „der Stadt Soest ernstlich zu befehlen, ein gebührliches Einsehen zu haben, den Gerhard abzuwehren und es bei den Bestimmungen der Stiftung zu belassen.“¹⁰⁴ Im Einzelnen wurden vorher noch einmal zusammenfassend alle Argumente aufgezählt, um den Rechtsstandpunkt der Jungfern zu untermauern. Es ging der Kommunität wohl darum, mit dem Herzog einen starken, letztinstanzlichen Unterstützer für ihre Sache zu gewinnen, was darauf hinweisen könnte, dass die Stadt Soest sich noch nicht eindeutig geäußert hatte oder gegen die Jungfern entscheiden würde. Dass die Stadt jetzt wieder die ausschlaggebende und anerkannte Autorität war, erkennt man auch daran, dass Bihof von August 1554 drei weitere Briefe an den Rat schrieb.

Am Ende vermittelte die Stadt einen Kompromiss zwischen beiden Parteien. Am 7. Juli 1555 erklärten sich die Meisterinnen dazu bereit, der Witwe Anna einen Betrag von 32 Talern als Entschädigung zu zahlen – in zwei Raten und freiwillig¹⁰⁵. Damit waren die Ansprüche Bihofs anerkannt

100 Vgl. von Klocke (wie Anm. 72), Nr. 398, S. 232.

101 Vgl. ebd., Nr. 399, S. 233.

102 Vgl. Schröer (wie Anm. 32), S. 404.

103 Vgl. von Klocke (wie Anm. 72), Nr. 417, S. 244f.

104 Ebd., Nr. 418, S. 246.

105 Vgl. ebd., Nr. 419, S. 247.

und die Rechtmäßigkeit des Handelns der Kommunität relativiert worden. Einblicke in die Änderung der Machtverhältnisse in dieser kirchlichen Angelegenheit – weg von katholischen Institutionen wieder hin zur Stadt Soest – gewinnt man auch durch einen Blick auf die Moderatoren des Kompromisses. Als solche wurden der Zisemeister Albert Twiveler und der Beisitzer Johann Schulte, beide vom Rat und den Zwölfen abgeordnete Schlichter, angeführt. Beurkundet wurde der Akt von Heinrich Sluter, weltlichem Richter von Soest. Als Zeugen wurden u. a. der Zisemeister Antonius Klocke, der Rentmeister Albert Dolphus sowie Johann Klepping und Johann Koip als Hospitalherren des Rats und der Zwölfe genannt¹⁰⁶. Allein sechs Mitglieder des Rates waren in der einen oder anderen Weise an der gütlichen Beilegung dieses langjährigen Streites beteiligt. Letztlich handelte es sich dabei nicht nur um einen zivilrechtlichen Rechtsstreit. Die Frage, wer Einfluss auf die Besetzung von Pfarr- oder Vikariatsstellen und die mit ihnen verbundene Pfründe hatte, war damals auch eine Machtfrage, die am Ende die Stadt Soest zu ihren Gunsten entschieden hatte.

4.4.2. *Die Entlassung Hartlieb Sennepkamps*

War der Streit um die Vikarie und die damit verbundene Pfründe der St.-Vincentius-Kapelle eine auf wenige Parteien beschränkte, mehr zivilrechtliche Auseinandersetzung, wenn auch mit politischen Konfliktpotential, wurde wenig später die Entlassung eines zweiten Geistlichen durch die politischen Entscheidungsgremien der Stadt Soest zu einem öffentlichen, zeitweilig mit Gewalt ausgetragenen Konflikt, an dem auch große Teile der Soester Bürgerschaft beteiligt waren.

Der Geistliche, um den es ging, hieß Hartlieb Sennepkamp. Um den 29. September 1549 kam er von auswärts als Vikar an die Paulikirche¹⁰⁷. Er war von Johann Reichfeld, Pfarrer der Paulikirche und Kanoniker an St. Patrokli, nach Soest gerufen worden. Der hatte einen geeigneten Vikar gesucht, welcher für ihn die Aufgaben des Seelsorgers übernehmen sollte. Denen fühlte Reichfeld sich nicht mehr gewachsen¹⁰⁸. Sennepkamp sollte in der Pfarre vor allem das Predigen übernehmen. Als er nach Soest kam, galt er als frommer katholischer Geistlicher¹⁰⁹. Im Laufe der Zeit vertrat er aber in seinen Predigten immer deutlicher lutherische Positionen, wahrscheinlich auch ein Grund dafür, dass viele Soester zu seinen Gottesdiens-

106 Vgl. ebd.

107 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 236.

108 Vgl. ebd.

109 Vgl. ebd.

ten in die Paulikirche kamen¹¹⁰. Dass Sennepkamp mit dem Luthertum sympathisiert haben muss, wird auch daran deutlich, dass er, als er am 11. Dezember 1550 vom Soester Rat entlassen werden musste, ein Zeugnis wie das der 1548 vertriebenen evangelischen Prädikanten forderte und erhielt¹¹¹. Wegen Sennepkamps offensichtlicher Neigungen zum Luthertum drangen schon bald katholische Geistliche, darunter auch Reichfeld, auf seine Entlassung. Rechtlich war das schwierig, weil er auf Lebenszeit berufen worden war¹¹². Um die Entlassung dennoch durchzusetzen, wurde wieder massiv Druck von außen auf die Stadt ausgeübt. Erneut wirkten Gropper, die herzoglichen Räte, Herzog Wilhelm selbst und auch die kaiserliche Verwaltung auf Bürgermeister, Rat, Zwölfe, Ämter und Gemeinde ein. Die wollten Sennepkamp allerdings behalten, genauso wie die Pauli-Gemeinde und große Teile der Bürgerschaft. Der Rat und die anderen Gremien leisteten hinhaltenden Widerstand gegen die bevorstehende Entlassung des Vikars von St. Pauli und seine Ausweisung aus Stadt und Börde. Erst die Drohung mit einer Intervention des Kaisers führte zur Entlassung des Geistlichen. Sie konnte auch nicht durch einen zweimaligen Widerspruch der Hofen und einen kurzzeitigen, erfolglosen, gewalttätigen Aufstand von Teilen der Bürgerschaft verhindert werden¹¹³.

An diesem Beispiel wird erneut deutlich, dass die Rekatholisierung von den meisten Soestern abgelehnt wurde. Viele von ihnen hielten am lutherischen Glauben und an der evangelischen Kirche fest und waren bereit, für sie zu kämpfen. Ein Grund dafür könnte sein, dass damals die katholische Reform als Folge des Konzils von Trient noch nicht abgeschlossen war. Rechtzeitige katholische Reformen hätten möglicherweise auch in Soest die Attraktivität des alten Glaubens gestärkt. Eines der wichtigsten Ergebnisse des Tridentinums war ja die Verbesserung der Priesterausbildung durch die Einrichtung von Priesterseminaren. Gerade am Soester Beispiel erkennt man, in welchem schlechten Zustand die katholische Priesterschaft war. Viele Pfargeistliche waren zu alt, zu bequem oder fühlten sich nicht befähigt, ihren Pflichten als Pfarrer und Seelsorger nachzukommen. Sie waren meist zu schlecht ausgebildet, um mit den evangelischen Prädikanten konkurrieren zu können, vor allem in der Predigt¹¹⁴. Der Priestermangel war so groß, dass im Dezember 1550 sogar der Klever Hofkaplan, Hermann Schilderer, als Nachfolger Sennepkamps an die Paulikirche geschickt wurde¹¹⁵. Auch Gropper konnte nicht wirklich helfen.

110 Vgl. ebd.

111 Vgl. ebd., S. 248 und 249.

112 Vgl. ebd., S. 236.

113 Vgl. ebd., S. 235–249.

114 Vgl. ebd., S. 235f.

115 Vgl. ebd., S. 249.

Ihm blieb nur der Rat, das Kapitel von St. Patrokli könne doch die Predigermönche aus den beiden Soester Klöstern einsetzen¹¹⁶.

Ablauf und Lösung der beiden Konflikte belegen, dass mindestens bis zum Herbst 1550 die katholische Partei über genügend Macht verfügte, um auch in Soest den Widerstand gegen die Rekatholisierung zu brechen. Das Netzwerk Köln-Kleve/Düsseldorf-Kaiserhof war noch intakt, und die gegen die Stadt ausgesprochenen Drohungen hatten eine realpolitische Grundlage.

Es bleibt die Frage, warum der Herzog und seine Räte 1548/49 so kompromisslos gegen einige evangelische Geistliche in Soest vorgehen, obwohl sie selbst eine Reform der Kirche – als Mittelweg – forderten und sowohl den Laienkelch wie die Duldung verheirateter Priester akzeptierten¹¹⁷. Das entschlossene Vorgehen gegen den Superintendenten Briccius, der sich auf der Kanzel gegen das Interim ausgesprochen hatte¹¹⁸, und gegen die übrigen evangelischen Prädikanten kann man aus der damaligen Lage des Herzogs heraus und seinen Zielen und Absichten verstehen. Diese evangelischen Prädikanten waren die Gravitationszentren der lutherischen Bewegung. Wären sie in Soest als Gemeindepfarrer verblieben, hätte das Interim nie eingeführt werden können. Anders muss man Bihof und zu Anfang seiner Amtszeit auch Sennepkamp bewerten. Beide betonten ja mehrfach, nicht gegen das Interim verstoßen zu haben – und man kann ihnen darin wohl Glauben schenken, zumal der Ehestand Bihofs nach dem Interim zulässig war und nicht hätte geahndet werden müssen. Und Sennepkamp war als kompetenter katholischer Geistlicher nach Soest gekommen¹¹⁹. Beide könnten von ihrem theologischen Grundverständnis her „Interimsgeistliche“ gewesen sein, die in der Lebensführung – wie Bihof – oder wie Sennepkamp in der Lehre katholische wie evangelische Positionen vertraten. Diese Indifferenz oder Bikonfessionalität¹²⁰ war damals, was Zeremonien und Sakramente betraf, auch in Soest nicht ungewöhnlich, sowohl bei Priestern wie bei Gemeinden¹²¹. Zwar tendier-

116 Vgl. ebd.

117 Vgl. Heribert Smolinsky: Humanistische Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts als kirchenpolitische „via media“ in Jülich-Kleve-Berg. in: Meinhard Pohl (Hrsg.): Der Niederrhein im Zeitalter des Humanismus. Konrad Heresbach und sein Kreis. Referate der 9. Niederrhein-Tagung des Arbeitskreises niederrheinischer Kommunalarchive für Regionalgeschichte. Bielefeld 1997, S. 57–72.

118 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 213.

119 Vgl. ebd., S. 236.

120 Vgl. Ernst W. Zeeden: Die Entstehung der Konfessionen. Grundlagen und Formen der Konfessionsbildung im Zeitalter der Glaubenskämpfe. München, Wien 1965, S. 68–80.

121 Vgl. Oliver Becher: Herrschaft und autonome Konfessionalisierung. Politik, Religion und Modernisierung in der frühneuzeitlichen Grafschaft Mark. Essen 2006, S. 26f., und für Soest: Schwartz (wie Anm. 1), S. 196f.

ten die meisten Soester bezüglich des Gottesdienstes, der Sakramente und Riten zum reinen Luthertum, und die ständige Forderung nach dem Laienkelch beweist, dass es ihnen dabei nicht nur um Äußerlichkeiten, sondern um zentrale Glaubensinhalte ging. Aber in der Alltagspraxis des gelebten Glaubens konnte eine Konfessionsvermischung (Zeeden) auch nach 1552 nicht immer vermieden werden¹²² – aus praktischen Gründen, vor allem, weil es auch nicht genügend gut ausgebildete Prädikanten gab. Die scharfe Abgrenzung und gute Unterscheidbarkeit zwischen der evangelischen und der katholischen Partei in der alltäglichen Frömmigkeitspraxis bildeten sich zudem ja allmählich heraus. Und erst mit dem Abschluss des Konzils von Trient 1563 standen mit der „*Professio fidei tridentinum*“ von 1564 und dem „*Katechismus Romanus*“ des Petrus Canisius von 1555 nun auch von katholischer Seite her „klare Unterscheidungs- und Abgrenzungsinstrumente zur Verfügung.“¹²³

Dass Herzog Wilhelm eher die Position der Jungfern aus dem Hohen Hospital¹²⁴ vertrat, lag sicherlich daran, dass er auch in den Soester Kapellen regelmäßige und ordentliche katholische Gottesdienste abgehalten sehen wollte¹²⁵. Die Ablösung Bihofs und die Besetzung der Pfründe mit einem katholischen Geistlichen boten die Möglichkeit, die Anzahl der katholischen Messen zu vermehren, damit möglichst viele Personen und Institutionen wieder mit dem katholischen Ritus und der Glaubenslehre vertraut wurden, um die Rekatholisierung auch in der Fläche voranzubringen. Auch bezüglich Sennepkamp scheint es Wilhelm V. weniger um dessen persönliche Entscheidung, sich immer mehr zu Luther zu bekennen, gegangen zu sein. In seinem Fall drohten Gefahren durch den heftigen Widerstand von Rat und Bürgerschaft gegen die Entlassung¹²⁶. Ein Erfolg der Soester in dieser Sache hätte die Autorität des Landesherrn geschwächt. Gerade ein erfolgreicher Widerstand der bedeutenden Landesstadt Soest wäre leicht zu einem ermutigenden Beispiel für andere jülich-klevisch-bergische Städte oder Territorien geworden, die sich gleichfalls bereits für das Luthertum entschieden hatten. So hätte sich durch eine religiöse Spaltung der Territorien und Städte der Vereinigten Herzogtümer eine starke Opposition gegen die Zentralgewalt bilden können, die durch die Person des Herrschers verkörpert wurde¹²⁷. Das musste verhindert werden. Um die Autorität des Landesherrn zu demonstrieren, war gerade ein Erfolg in

122 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 265 und 290.

123 Hansgeorg Molitor: Politik zwischen den Konfessionen. In: Pohl (wie Anm. 117), S. 53.

124 Vgl. von Klocke (wie Anm. 72), Nr. 418, S. 245f.

125 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 452.

126 Vgl. ebd., S. 235–248.

127 Vgl. Molitor (wie Anm. 123), S. 48.

einem solchen Konflikt wie der um Sennepkamp gut geeignet. In einer solchen Problemlage waren Sennepkamp und Bihof keine unbedeutenden Provinzgeistlichen mehr, sondern wichtige Figuren in einem religiös, rechtlich und politisch fundierten „Schachspiel“ um Einfluss und Macht zwischen den Zentralgewalten und der Stadt Soest.

4.5. Soester Rat und Bürger als Konfliktpartei

Wie schon zu Beginn der Reformation (1531) waren die meisten Bürger Soests während der Phase der Zwangskatholisierung „gut“ evangelisch geblieben. Das galt auch für die Mehrheit des Rates. Sie leisteten jeweils mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln Widerstand. Und erst als der Druck von Herzog Wilhelm und Karl V. zu stark wurde – unterfüttert durch militärische Macht, die durch marodierende Landsknechtsfährlein realisiert wurde –, gab der Rat nach und leitete die geforderten Rekatholisierungsmaßnahmen ein. Zeitweise war der Widerstand dagegen zwecklos.

4.5.1. Die Politik des Soester Rates

Ein wichtiges Mittel des Widerstandes war der Versuch, durch Konzessionen gegenüber den Forderungen von Kaiser und Stadtherrn und durch demonstrativ bekundete Verhandlungsbereitschaft Zeit zu gewinnen. Wahrscheinlich hoffte man, dass die Kraft der katholischen Partei nachließ und die Rekatholisierungsmaßnahmen nicht mehr vollständig durchgesetzt werden konnten. Der Rat bemühte sich, die evangelischen Predikanten zu schützen und so lange wie möglich in Soest zu halten. Das versuchte man gleichfalls durch eine „Scheintoleranz“ gegenüber der katholischen Partei zu erreichen. Eine solche Verfahrensweise lässt sich schon vor 1548 feststellen. So schrieb der Rat am 13. September 1543 an den früheren katholischen Pfarrer von St. Georg, Johann Bastwinder, dass man ihn im evangelischen Soest durchaus als Pfarrer tolerieren würde. Allerdings erwarte man, dass er vor allem die Gottesdienste nach der lutherischen Ordnung abhalte¹²⁸. Diese Einstellung wird auch durch die Antwort auf eine von Herzog Wilhelm mit der Bitte um Unterstützung weitergeleitete Forderung der Kapitelherren von St. Patrokli vom 20. August 1544 belegt. Man sei bereit, ihnen die Patroklikirche für ihre Gottesdienste und Johann Gropper die Petrikerche als Pfarre zurückzugeben, versicherte der Rat, wenn sie die Gottesdienste nach lutherischen Regeln zelebrieren würden.

128 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 197.

Gropper habe das zweimal abgelehnt. Deshalb sei die Stelle mit einem evangelischen Prädikanten besetzt worden¹²⁹. Indirekt hatte man dadurch auch das kaiserliche Mandat vom 28. Mai 1544 abgelehnt, das die Anweisung zur Restitution der Petrikerche an Gropper enthielt. Der hatte sich, wie oben erwähnt, wegen der Wegnahme seiner Pfarre beim Kaiser beschwert¹³⁰. Vielleicht war dieses Verhalten aber gleichfalls der Ausdruck einer bikonfessionellen Einstellung auch des Rates und dem damaligen Priesterangel geschuldet.

Am dreimaligen Soester Widerstand scheiterten außerdem die Versuche Herzog Wilhelms, den Venloer Vertrag mit Karl V. (1543) durch die märkischen Stände besiegeln zu lassen. Alle waren dazu bereit, nur nicht die Stadt Soest¹³¹. Diese befürchtete wohl, dass durch die vertragliche Zusage des Herzogs, seine Territorien beim katholischen Glauben zu halten und (evangelische) Neuerungen rückgängig zu machen, die Rekatholisierung beginnen könnte. Die Aufforderung Karls V. vom 30. Mai 1548, wonach Soest das Interim binnen 15 Tagen anzuwenden habe und die Annahme ihm schriftlich zu melden sei, wurde mit Verzögerung und nur mittelbar, nämlich durch Gesandte Herzog Wilhelms beantwortet. Einerseits sei man bereit, das, was die Reichsstände beschlossen hatten, zu akzeptieren. Mit der Umsetzung wolle man aber noch warten, weil man eine Beunruhigung des gemeinen Mannes, also der Bürgerschaft, fürchte, wenn man zu schnell damit beginne¹³². Auch zwei weitere Briefe des Kaisers im Jahr 1550 mit Beschwerden darüber, dass die Soester das Interim nicht durchführten, sondern – im Gegenteil – bei sich aufrührerische, sektiererische Prädikanten (gemeint war damit auch Hartlieb Sennepkamp) duldeten, wurden dilatorisch behandelt¹³³. Der Gehorsam der Soester gegenüber Karl V. war also nur bedingt und eingeschränkt.

Mehr als acht Jahre, vom Eintreffen des ersten offiziellen Briefes aus der kaiserlichen Kanzlei in Soest mit der Aufforderung, das Interim anzunehmen, bis in das Jahr 1556 hinein dauerten die Verhandlungen über die korrekte Umsetzung der Bestimmungen des Interims zwischen Soest und Kleve, auch wenn es seit 1552 faktisch schon aufgehoben war. Jahr um Jahr tagten die Delegationen. Die Soester baten um Geduld, verlangten eine Verlängerung des Termins für die Einführung oder vollständige Umsetzung des Interims oder berichteten von Teillösungen. Die Klever Seite stellte Forderungen oder drohte – vor allem mit der Ungnade des Kai-

129 Vgl. ebd., S. 202.

130 Vgl. ebd., S. 201.

131 Vgl. ebd., S. 200f.

132 Vgl. ebd., S. 212.

133 Vgl. ebd., S. 243 und 247.

sers¹³⁴. Wie hartnäckig Rat und andere politische Entscheidungsgremien sich gegen die Einführung des Interims stemmten, ist dem Ratsprotokoll der gemeinsamen Sitzungen vom 20. bis zum 25. September 1548 in Soest zu entnehmen. Fünf Tage – ausgefüllt mit langen Beratungen, Vertagungen und kontroversen Erörterungen – vergingen, bis ein Vertrag besiegelt werden konnte. Die Soester stimmten schließlich vielen Forderungen des Herzogs zu. Bürgermeister und Ratsleute waren früher konzessionsbereit als Ämter und Gemeinheit. Diese waren radikaler evangelisch. Sie bestanden bis zum letzten Verhandlungstag auf dem Singen deutscher Lieder in den Kirchen. Man würde zudem den Rekatholisierungsmaßnahmen erst zustimmen, wenn bis zum 11. November des Jahres eine Erlaubnis des Kaisers auf Gewährung des Laienkelches vorliege. Den Kranken sollte man auf ihr Verlangen bis dahin sowieso den Laienkelch reichen. Sollte der Kaiserhof keine positive Antwort geben, würden Ämter und Gemeinheit – also die Mehrzahl der Bürger – sich nicht an den Vertrag gebunden fühlen¹³⁵.

Dass die politischen Repräsentationsgremien der Stadt bereits am 28. März 1547 fünf vom Herzog vorgelegten Artikeln mit Forderungen, Kaiser und Herzog und ihren Beschlüssen gehorsam zu sein, zustimmten¹³⁶, dass sie am 25. September einen ersten und am 28. November 1548 einen zweiten Rezess annahmen¹³⁷, lag an der Sorge, dass Herzog und Kaiser militärisch gegen die Stadt vorgehen würden. Unbegründet war die Sorge nicht. Konzessionsbereit und nachgiebig wurden die Soester ja erst, als Wilhelm V. im November 1548 mit 400 Bewaffneten in der Stadt erschien¹³⁸. Viel bedrohlicher als diese herzogliche Machtdemonstration waren allerdings die Landsknecht-Fähnlein unter der Führung kaiserlicher Offiziere, die schon seit April 1545 in der Börde agierten¹³⁹. Zweimal konnten der Einfall in die Börde und die Bedrohung Soest teils durch städtische Kräfte allein, teils mit militärischer Unterstützung der märkischen Städte Hamm und Lünen abgewehrt werden¹⁴⁰. Beim ersten Angriff 1545 gelang es den Soestern nicht nur, die Landsknechte in die Flucht zu schlagen, sondern auch 107 von ihnen gefangenzunehmen¹⁴¹. 1547 lehnte es die Stadt ab, sich mit 20.000 Goldgulden von der Bedrohung durch Truppen des kaiserlichen Obristen Andreas Packemoir loszukaufen, obwohl

134 Vgl. ebd., S. 211–255.

135 Vgl. ebd., S. 217–218 und 441–449.

136 Vgl. ebd., S. 207f.

137 Vgl. ebd., S. 219 und 229.

138 Vgl. ebd., S. 222.

139 Vgl. ebd., S. 203.

140 Vgl. ebd., S. 203f.

141 Vgl. ebd., S. 204.

ihr von klevischen Räten dazu geraten worden war. Vielmehr blieb Soest wehrhaft und schaffte es, dass durch die Alarmierung des städtischen Aufgebots die Landsknechte die Börde fluchtartig verließen¹⁴². Schon vorher, um Neujahr 1547, erreichte Herzog Wilhelm durch Verhandlungen, dass ein angriffslustiger Landsknechtshaufen Soest und die Börde verschonte¹⁴³. Andere Städte in der Region konnten sich jedoch nicht gegen die kaiserlichen Truppen behaupten. Diese nahmen z. B. 1547 Stadt und Schloss Rietberg ein, konnten so die Verbindung zwischen Münster und Paderborn kontrollieren¹⁴⁴ und bedrohten als „force in being“ auch Soest. Osnabrück und Minden kapitulierten, unterwarfen sich der kaiserlichen Gnade, zahlten Entschädigungen und mussten die Einquartierung kaiserlicher Truppen dulden. Minden hatte sofort mit der Rekatholisierung zu beginnen. Der katholischen Kirche war der Kirchen- und Klosterbesitz zurückzugeben, und die evangelischen Predikanten sollten durch katholische Geistliche ersetzt werden¹⁴⁵. Städte im Stift Münster kauften sich von der Besetzung und Plünderung durch Landsknechtstruppen frei¹⁴⁶.

So ist es nur allzu verständlich, dass auch Soest 1548 – wie oben geschildert – die Rekatholisierung begann und vor allem die Forderungen Herzog Wilhelms umsetzte, immerhin war der für Soest ein verlässlicher Bündnispartner – gerade auch gegen den Kaiser. Minden hatte z. B. vergeblich auf die Unterstützung Philipps von Hessen, eines der Hauptanführer des Schmalkaldischen Bundes, gehofft¹⁴⁷. Und Hamburg konnte nicht auf den Schutz des Königs von Dänemark, eines evangelischen Monarchen, gegen den Kaiser bauen¹⁴⁸. Weil Soest auch nicht immer mit einer militärischen Unterstützung der märkischen Städte rechnen konnte¹⁴⁹, war es notwendig, in einer machtpolitisch gesehen so ungünstigen Zeit einen starken Schutzherrn wie Herzog Wilhelm V. an der Seite zu haben. Die Notwendigkeit der Konzessionsbereitschaft Soests wird auch dadurch verständlich, wenn man berücksichtigt, dass sich damals viele Hansestädte, etwa Braunschweig, Göttingen, Goslar, Einbeck, Hannover, Hildesheim und Hamburg, dem Kaiser unterwarfen und zur Erlangung seiner Gnade hohe Strafgeelder zahlen mussten – Hamburg z. B. 60.000 Gulden¹⁵⁰. Während

142 Vgl. ebd., S. 207.

143 Vgl. ebd., S. 204.

144 Vgl. Petri (wie Anm. 30), S. 20.

145 Vgl. ebd., S. 22f. und 25–27.

146 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 205.

147 Vgl. Petri (wie Anm. 30), S. 23.

148 Vgl. Rainer Postel: Die Hansestädte und das Interim. In: Schorn-Schütte (wie Anm. 14), S. 201.

149 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 205.

150 Vgl. Postel (wie Anm. 148), S. 203.

das mächtige Lübeck die Einführung des Interims ablehnen konnte, stellte Hamburg nach heftigen innerstädtischen Diskussionen eine schrittweise Einführung in Aussicht. Man sieht, die Politik des Rates und der anderen politischen Gremien in Soest war angesichts der allgemeinen machtpolitischen Entwicklung nicht nur nahezu alternativlos, sondern sogar klug. Soest befand sich dabei mithin keineswegs „in schlechter Gesellschaft.“

4.5.2. *Der Widerstand der Soester Bürgerschaft*

Dem Soester Rat und den anderen Führungsgremien muss es von Beginn an klar gewesen sein, dass ihre Zustimmung zur und Mitwirkung an der Rekatholisierung auf Ablehnung bei den Bürgern stoßen würde. Massiver Widerstand war zu erwarten. Immer wieder wies der Rat deshalb auf die drohende Gefahr einer Beunruhigung des „gemeinen Mannes“ hin – und einer daraus entstehenden Rebellion –, wenn er Herzog Wilhelm oder seine Räte davon abbringen wollte, das Interim zu schnell einzuführen¹⁵¹. Diese Befürchtung wurde nicht nur als taktisches Argument zur Verzögerung oder Verhinderung des Interims verwendet, sondern spiegelt die Realität der Erfahrungen des Thomas-Aufstands von 1531 und der Lätäre-Rebellion von 1533 wider. Auch von unverdächtiger Seite wurde die Gefahr für Sicherheit und Ordnung in Soest, die vom gemeinen Mann ausgehen konnte, hervorgehoben. Johann Gropper schrieb z. B. in einem Brief vom 15. Oktober 1548 an den Erzbischof von Köln, die Soester seien – in Bezug auf die Einführung des Interims – halsstarrig. Er beklagte sich auch darüber, dass er unter „Skorpionen“ wohne. Der gemeine Mann tue, was er wolle, die Obrigkeit habe keine Gewalt¹⁵². Die Räte des Herzogs von Jülich hätten viel verhandelt und erreicht, „aber die buben haben bis noch nicht fil drauf geben.“¹⁵³ Und letztlich scheiterte Gropper ja auch mit seinen Rekatholisierungsbestrebungen. Um einerseits die Besorgnis der Soester Führung vor dem gemeinen Mann und andererseits dessen wirkliche systemlabilisierende Macht – auch im gesamten Reich – richtig einschätzen zu können, muss man nicht nur an die Bauernkriege von 1524/25 erinnern. Schon die Umsetzung des Wormser Edikts vom 8. Mai 1521 scheiterte in den Reichsstädten im Wesentlichen am Widerstand des gemeinen Mannes dort¹⁵⁴.

151 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 212, 221, 223 und 239.

152 Vgl. Redlich (wie Anm. 36), Nr. 298, S. 337.

153 Ebd.

154 Vgl. Winfried Schulze: *Deutsche Geschichte im 16. Jahrhundert. 1500–1618*. Frankfurt a. M. 1987, S. 127.

Immer wieder gab es in Soest Proteste einzelner Bürgerinnen und Bürger gegen die Rekatholisierungsmaßnahmen. Sie waren sehr unterschiedlich, aber breit angelegt und wohl unkoordiniert. Von Heinrich Aldegrevier wird berichtet, er habe sich gegen das Interim aufgelehnt. Das habe er vor dem Rat zugegeben. Er musste deshalb Bürgen stellen und zusichern, dass er, wann immer man ihn dazu aufforderte, vor dem Rat erscheinen würde – was einer Aufenthaltspflicht in Soest gleichkam¹⁵⁵. Die Kritik richtete sich zudem speziell gegen wiedereingeführte katholische Zeremonien bei der Spendung von Sakramenten. Beispielsweise gab es massive Kritik an der Taufzeremonie, z. B. an der Verwendung von Öl oder an dem dreifachen Untertauchen des Täuflings.

Bedroht oder sogar angegriffen wurden katholische Geistliche. Der Soester Bürger Henrich Rolinck soll am Haus des Vikars Sibold einen Schandzettel angebracht haben. Gropper soll man einen Totenkopf auf den Altar gelegt und sein Haus „schändlich verunreinigt“ haben. Priester, die bei einem Versehgang mit dem Sakrament über die Straße gegangen seien, soll man öffentlich mit den Worten beschimpft haben: „Da gehen sie hin mit ihrem Abgott. Gott gebe, daß sie die Erde verschlinge, ehe sie wieder heimkommen.“¹⁵⁶ Solche Kritik richtete sich nicht nur gegen die Priester als Personen, sondern auch gegen die Sakramentslehre der katholischen Kirche, die mit dem Interim wieder verbindlich gemacht wurde. Und Pastor Groithmann in Borgeln wurde auf der Straße mit Steinen beworfen. Vom Mobbing bis zur Gewalt gegen Personen – alles gehörte zum Protestverhalten der Soester. Der Protest richtete sich aber auch gegen Soester Bürger der klevisch-katholischen Partei, z. B. wenn sie in ihren Häusern klevische Räte oder den Herzog selbst untergebracht hatten. Man versuchte, ihre Häuser in Brand zu stecken, oder brachte dort einen Galgenstrick oder einen Sack mit Steinen als Symbole für die Todesstrafe an. Solche Taten soll z. B. die Soesterin Barbara Mershof begangen haben¹⁵⁷. In all dem wird eine doppelte Stoßrichtung deutlich: Der Protest wandte sich gegen die Rekatholisierung, er war aber auch ein politischer Angriff auf die klevische Regierung, ihre Politik und deren Unterstützer in Soest. Die Soester reagierten wieder einmal illoyal. Sie verhielten sich nicht wie folgsame Untertanen, sondern wie selbstbewusste Bürger, die sich selbst bestimmen wollten.

Der Widerstand gegen das Interim und seine Folgen gipfelte in den Unruhen gegen die Entlassung Hartlieb Sennepkamps. Sie nahmen zeitweilig die Form eines Volksaufstands an, in dem Teile der Bürgerschaft als

155 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 225.

156 Ebd.

157 Vgl. zu allen Protestmaßnahmen ebd., S. 223–226.

widerständige und gewalttätige Volksmenge in Erscheinung traten. Am 12. und 13. April 1550 kam es zu ersten Demonstrationen in Form von Straßenaufmärschen. Dabei wurden Bürgermeister, Ratsherren und ein Richtmann bedroht und die Entlassung von katholischen Geistlichen gefordert¹⁵⁸. Da die Verhandlungen mit Kleve erfolglos blieben, befragte der Rat zwei Wochen später die Bürgerschaft zu den Problemen, die sich aus der Umsetzung des Interims ergaben, u. a. zur Entlassung Sennepkamps. Die Befragung sollte von den sechs Hofen (Stadtteilen) organisiert werden. Sie bildeten – wie schon 1531 und 1533 – einen 24er-Ausschuss als Vertretung der quartiersmäßig organisierten Bürgerschaft gegenüber dem Rat. Zweimal lehnte man die Forderung aus Kleve ab, Sennepkamp den Schutz der Stadt zu entziehen¹⁵⁹. Der Rat wollte sich durch die Befragung einerseits des Rückhalts bei der Bevölkerung versichern, um dadurch seine Verhandlungsposition gegenüber der Klever Regierung zu stärken. Andererseits war die Befragung sicherlich als Signal an die Bürger gedacht, solche wichtigen Entscheidungen nicht ohne ihre Mitwirkung zu treffen. Diese Demonstration der Partizipationsgewährung sollte wohl auch die aufgebrachten Bürger beruhigen und eine weiterhin friedliche Konfliktlösung ermöglichen.

Aber wegen der Misserfolge der Verhandlungen mit Kleve radikalisierte sich die Bürgerschaft weiter. Am 8. September 1550 erschienen bewaffnete Bürger am Rathaus und verlangten, der Rat solle erneut die Hofesabgeordneten und Vertreter der Gemeinheit zu Besprechungen mit ihm einberufen. In der Nacht nahmen sie dem Kämmerer die Schlüssel für die Stadttore ab und ordneten an, dass diese am Tage geschlossen bleiben sollten¹⁶⁰. Durch die Anwendung einer solchen Maßnahme exekutiver Gewalt als Ausrufung des Ausnahmezustands versuchten die Bürger, die Macht für kurze Zeit in Soest zu übernehmen. Wie 1531 und 1533 wurde also erneut eine für die Lösung innerstädtischer Konflikte im Spätmittelalter und früher Neuzeit in solchen Fällen übliche Vorgehensweise angewandt. Die „Basis“ wollte dadurch wohl Verhandlungen mit dem Rat erzwingen, um eine neue, auch für sie akzeptable Ordnung zu schaffen und zum Frieden zu kommen¹⁶¹. Der Rat und mit ihm die Zwölfe, Ämter und Gemeinheit als verfassungsmäßige Vertreter der Bürgerschaft lehnten, anders als 1531 und 1533, die Forderungen ab. Der Aufstand wurde damit beendet, dass die Rädelsführer der Stadt verwiesen und mit einem Aufenthaltsverbot be-

158 Vgl. ebd., S. 238.

159 Vgl. ebd., S. 241–243.

160 Vgl. ebd., S. 244f.

161 Vgl. Eberhard Isenmann: Die deutsche Stadt im Spätmittelalter. 1250–1500. Stadtgestalt, Recht, Stadtr Regiment, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft. Stuttgart 1988, S. 190–198.

straf wurden¹⁶². Er scheiterte wohl auch deshalb, weil den Aufständischen im entscheidenden Moment die Massenbasis fehlte und das oben erwähnte Bündnis zusammenhielt. Auffällig an den Forderungen der Rebellierenden ist, dass sie am 8. September 1550 nur die zwölf Abgeordneten der Hofen und die Vertreter der Gemeinheit, also die der nicht zünftischen Handwerker und der mittleren bis kleinen Händler benannten. Diese sollten als ihre Bevollmächtigten die Verhandlungen mit dem Rat führen¹⁶³. Das könnte bedeuten, dass die Ämter, also die zünftischen Handwerker, fest an der Seite des Rates standen – gegen die Aufständischen. Damit hätte ein politisch wie wirtschaftlich wichtiger und zahlenmäßig großer Teil der Soester Bevölkerung den Aufstand abgelehnt. Der Rat konnte sich im September 1550 zudem wohl deshalb durchsetzen, weil er diesmal die vielleicht wichtigsten Forderungen des Großteils der Bürgerschaft selbst vertrat, nämlich die Gewährung des Laienkelchs und den Schutz Sennepkamps. Er hatte sich ja nur gezwungenermaßen der mächtigen Gewalt Wilhelms V. und der des ihn unterstützenden Kaisers unterwerfen müssen. Ebenso wie die oben dargestellten unterschiedlichen Protestmaßnahmen einzelner Soester Bürgerinnen und Bürger zeigten auch die Massenproteste von 1550 erneut, wie tief und stark der lutherische Glaube damals in der Soester Bevölkerung verankert war. Weil der Aufstand erfolglos war, wurde er – anders als 1531 und 1533 – nicht mit einem beschworenen neuen Bündnis zwischen Rat und Bürgerschaft abgeschlossen. Die gemäßigten Kräfte – man könnte auch sagen die Vernunft – hatten obsiegt.

5. Das Ende der Rekatholisierung und der Beginn der Konfessionalisierung in Soest

Ab 1551 begann sich die Macht Karls V. abzuschwächen. Dem Widerstand der Reichsstände, auch der katholischen, gegen die Dominanz des Kaisers, dem Wechsel Moritz' von Sachsen in das evangelische Lager, dem Bündnis deutscher Fürsten mit dem französischen König Heinrich II., dessen neuem Offensivbündnis mit den Osmanen, französischen Angriffen in Lothringen, im Westen des Reiches, dem Krieg Moritz' von Sachsen und anderer protestantischer Reichsfürsten gegen den unvorbereiteten Kaiser und auch der fehlenden Unterstützung durch seinen Bruder, König Ferdinand¹⁶⁴ – dieser vielfachen Bedrohung konnte Karl V. nicht mehr erfolgreich begegnen. Deshalb war es ihm nicht mehr möglich, die Rekatholisierung weiter voranzutreiben, ja, nicht einmal sie abzusichern. Nach

162 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 246f.

163 Vgl. ebd., S. 244.

164 Vgl. Rabe (wie Anm. 6), S. 431–439.

einigem Zögern erkannte auch er am 22. Juni 1552 den Passauer Vertrag an¹⁶⁵. Dieser schrieb die gegenseitige Anerkennung der konfessionellen Besitzstände fest, verbot Religionskriege und forderte einen neuen Religionsvergleich auf dem nächsten Reichstag. Damit hatte das Interim keine Gültigkeit mehr¹⁶⁶.

Folglich ließ auch der Druck des Kaiserhofes auf Herzog Wilhelm nach, die Rekatholisierung seiner Länder – und somit auch Soests – energisch voranzutreiben. Zwar forderte der Klever vom Rat der Stadt bis Mitte der 1560er-Jahre immer wieder die Einhaltung des Interims und des im November 1548 abgeschlossenen Rezesses, und er drang immer wieder darauf, katholische Geistliche nach Soest zu holen, oder verweigerte die Zustimmung zur Einstellung neuer evangelischer Prädikanten. Aber auch er hatte nicht mehr die Macht, seine Forderungen durchzusetzen und darauf zu beharren, dass die Erfolge der Rekatholisierung erhalten blieben¹⁶⁷.

So begann der Rat 1552 mit der „Relutherisierung“ des öffentlich-religiösen Lebens in Soest, indem er auf Bitten der Ämter und Gemeinheit, aber ohne Zustimmung des Herzogs dafür sorgte, dass das Abendmahl wieder in beiderlei Gestalt ausgeteilt werden konnte. Dazu wurde der evangelische Prädikant Walter von Stolwyk aus Wesel nach Soest geholt. Hier war seine erste Wirkungsstätte die Brunsteinkapelle. Dort fanden wohl schon kurz vor Ostern wieder Abendmahlsgottesdienste statt.

In den folgenden Jahren bewirkte eine konsequente Politik, dass Soest wieder eine evangelische Stadt wurde. Ab 1565 konnte in allen sechs Pfarrkirchen der Stadt und auch in denen der Börde wieder lutherisch gepredigt und das Abendmahl in beiderlei Gestalt ausgeteilt werden¹⁶⁸. An einigen Pfarrkirchen gab es zeitweilig katholische wie evangelische Geistliche. Nachdem der Rat im Januar 1552 nach einer Intrige gegen den katholischen Pfarrer der Paulikirche, Heinrich Höcker, diesen aus Soest verwiesen hatte, übergab er die Kirche im August an Walter von Stolwyk¹⁶⁹. Wohl 1553 wurde die Georgskirche evangelisch¹⁷⁰. Und nach dem Augsburger Reichs- und Religionsfrieden von 1555 folgten die Thomäkirche, Maria zur Wiese, die Hohnekirche und zwischen 1563 und 1565 zuletzt

165 Vgl. ebd., S. 439.

166 Vgl. ebd.

167 Vgl. Schwartz (wie Anm. 1), S. 251–271.

168 Vgl. zum gesamten Verlauf der „Relutherisierung“ Ludwig Eberhard Rademacher: *Annales oder Jahr-Bücher der Uhr-alten und weitberühmten Stadt Soest*, hrsg. von Gerhard Köhn (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Soest 22). Band 2: 1541–1569. Soest 1999, S. 512–786.

169 Vgl. ebd., S. 515 und 534.

170 Vgl. ebd., S. 540 und 565.

St. Petri¹⁷¹. Es konnte manchmal mehrere Jahre dauern, bis der Rat einen evangelischen Prädikanten als Hauptpfarrer durchsetzen konnte – an der Wiesen- und Petrikerche waren es etwa vier Jahre.

Aus den Quellen (Aufzeichnungen in Protokollform von Ratssitzungen, von Besprechungen des Rates oder von Soester Delegationen mit leitenden klevischen Beamten, dem Kanzler oder dem Herzog selbst und dem Briefwechsel zwischen Soest und Kleve)¹⁷² kann man die Vorgehensweise der Verantwortlichen in Soest bei diesem „Relutherisierungsprozess“ gut erkennen. Zunächst wurden von den Pfarrgemeinden, ihren Lohnherren (Kirchenvorstand) oder von Ämtern und Gemeinheit oft zweifelhaft Beschuldigungen gegen die seit dem Interim eingesetzten katholischen Geistlichen vorgebracht. Dabei handelte es sich zum einen um religiös-kirchlich geprägte Vorwürfe, z. B. dass die Pfarrer sich weigerten, evangelisch zu predigen und das Abendmahl in beiderlei Gestalt auszuteilen. Man beschuldigte sie aber auch, einen unsittlichen Lebenswandel zu führen. Gemeint war damit, dass sie im Konkubinat lebten¹⁷³.

Der erste Schritt der Verdrängung der Beschuldigten war meist der, dass man von ihnen Besserung verlangte. Oft hinderte man sie kurz danach daran, ihre Pfarrkirche zu betreten. Die schloss man ab. Als anschließende Zwangsmaßnahmen wurden den katholischen Geistlichen ihre Renten gekürzt oder ganz vorenthalten. Auch konnte ihnen die Nutzung des zum Gemeindebesitz gehörenden Pfarrhauses verboten werden. Den Schluss bildete die Entlassung und Verweisung aus der Stadt durch den Rat. Erst danach wurde der Herzog von Kleve informiert und um Zusendung neuer Prediger gebeten. Natürlich verlangte man evangelische, die die Entlassenen ersetzen sollten. Weil das vonseiten des Herzogs meist nicht oder zu spät erfolgte, erkundigte sich der Rat bei auswärtigen Fürsten, Städten oder evangelischen Pfarrern nach geeigneten Kandidaten. Waren solche vorhanden, wurden sie auf Kosten der Stadt nach Soest geladen und meist nach ein oder zwei Probepredigten und der Ableistung eines Dienstweides vom Rat eingestellt. Wie selbstverständlich übte also der Rat an den Kirchen die Patronatsrechte aus, die eigentlich dem Propst zustanden.

Die Weigerung, eingestellte Prädikanten zu entlassen, wie von Kleve gefordert¹⁷⁴, oder die Bitten um die Zusendung zusätzlicher evangelischer Prädikanten begründete der Rat mit vielen Argumenten. Mal hieß es, die

171 Vgl. ebd., S. 667 und 675.

172 Wie Anm. 168.

173 Für die Wiesenkirche vgl. Rademacher (wie Anm. 168), S. 625–628, 643–647, 665 und 671, für die Hohnekirche ebd. S. 664–665, für die Petrikerche ebd. S. 688–699 und 717–725.

174 Vgl. Rademacher (wie Anm. 168), S. 543, 555 und 595.

vorhandenen Prädikanten seien kränklich, überlastet, zu alt oder würden bald aus Soest wegziehen und dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Und man brauche mehr als zwei von ihnen, weil viele Soester an der Pest erkrankt seien (1553) und als schwer Erkrankte oder Sterbende den Trost des Abendmahls in beiderlei Gestalt wünschten und um ihres Seelenheils willen benötigten. Vor allem wolle das Volk in seiner Mehrheit ein solches Abendmahl, schrieb man nach Kleve. Als Grund für diese „Personalpolitik“ nannte man auch die Gefahr, dass es zu Unruhen kommen könnte, wenn man dem Wunsch der Gemeinheit nach weiteren evangelischen Kirchen und Predigern nicht nachkomme. Nur durch die Erfüllung solcher Wünsche seien Ruhe und Frieden in Soest – woran auch Kleve interessiert war – zu sichern¹⁷⁵. Auch die Kirchen und Kapellen in der Börde¹⁷⁶ sowie andere katholische Einrichtungen in Soest, wie das Hohe Hospital, der Kleine und Große Mariengarten¹⁷⁷ und das St.-Walburgis-Stift¹⁷⁸, wurden mit der Zeit evangelisch gemacht. Oft störten der Rat, Mitglieder anderer politischer Mitwirkungs-gremien oder Teile der Bürgerschaft die Arbeit der katholischen Geistlichen, etwa durch öffentliche Schmähungen von Versehgängen¹⁷⁹ oder durch die Beeinträchtigung von Gottesdienst und Beichte in St. Patrokli¹⁸⁰. Predigtverbote versuchte man z. T. mittels Erpressungen durchzusetzen, z. B. wenn der Rat am 26. Oktober 1567 Dietrich von Nieschmid, einem bekenntnisstarken Vikar an St. Patrokli, mitteilen ließ, dass er es sich selbst zuzuschreiben habe, wenn ihm ein Unfall zustoße oder er in Gefahr gerate, weil er sich, trotz des ihm durch den Rat aufgesagten Schutzes, immer noch in der Stadt aufhalte und auf den Straßen zeige. Der Rat ließ in diesem Zusammenhang noch weiter verlauten, er wolle die dem Nieschmid drohenden Gefahren weder abwenden noch beeinflussen¹⁸¹. Auch das Auftreten der Orden in der Öffentlichkeit sollte beschränkt werden¹⁸². Absicht des Rates war es auch zunächst, die katholische Konvent-Schule, unliebsame Konkurrenz einer evangelisch geprägten Schule, zu übernehmen und sie zu einer evangelischen Schule umzuwandeln oder, wenn dies nicht möglich war, sie zu schließen¹⁸³. Da das aber misslang, begann man, ab dem 2. Juni 1569 auf

175 Vgl. ebd., S. 542, 568f., 554, 556, 558, 594, 551, 577 und 580.

176 Vgl. ebd., S. 624, 654, 698, 713–715 und 752.

177 Vgl. ebd., S. 761.

178 Vgl. ebd., S. 784f.

179 Vgl. ebd., S. 540, 550, 612 und 716.

180 Vgl. ebd., S. 751, 777 und 781–784.

181 Vgl. ebd., 782f.

182 Vgl. ebd., S. 760.

183 Vgl. ebd., S. 728, 767 und 773–775.

dem Vreithof eine evangelische Schule zu bauen¹⁸⁴, aus der später das Archigymnasium wurde.

Dieser Prozess der „Relutherisierung“ wurde vom Rat und den anderen daran beteiligten politischen und kirchlichen Institutionen in Soest schon kurz vor, aber vor allem nach dem Augsburger Reichs- und Religionsfrieden vom 25. September 1555 noch entschlossener und mit noch weniger Rücksicht auf die Einwände und gegensätzlichen Anordnungen aus Kleve vorangetrieben. Der Rat beschloss z. B., wie in anderen evangelische Städten auch, die kirchliche Gerichtsbarkeit auszuüben und auf die Sorge für das Seelenheil zu achten. Dabei wollte er aber die bischöflichen Rechte berücksichtigen. Man nahm sich auch vor, nun die übrig gebliebenen katholischen Kirchen inner- und außerhalb von Soest evangelisch zu machen¹⁸⁵.

Auf diese Weise wurde eine noch engere Verflechtung von städtischer Politik und evangelischer Religion und Kirche bewirkt. Und die weltliche Obrigkeit beanspruchte jetzt auch, seelsorgerisch tätig zu werden und meinte, kompetent genug dazu zu sein.

Die letztlich entscheidende Institution für die „Relutherisierung“ Soests war der Rat. Er war die oberste städtische Instanz in diesem Prozess, seine Entscheidungen waren rechtsverbindlich. Wiewohl selbst gut lutherisch gesonnen, scheint er nach den Aussagen der Quellen den an der Basis zunächst scheinbar spontan ablaufenden „Relutherisierungsprozess“ nicht initiiert, sondern nur kanalisiert, also in geordnete Verfahrensabläufe geleitet zu haben¹⁸⁶. Aktiver waren nach den Ratsprotokollen die Pfarrgemeinden, deren Lohnherren und die in den Ratsversammlungen mitberatenden und entscheidenden Gremien von Ämtern und Gemeinheit. Sie nahmen dabei mehrfach das Recht der freien Religionsausübung für sich in Anspruch, wenn es wichtige Entscheidungen gegen Kleve zu fällen galt¹⁸⁷. Dass der Rat nicht als Initiator des „Relutherisierungsprozesses“ erscheinen wollte – und es wohl auch nicht war, jedenfalls nicht bis zum Herbst 1555¹⁸⁸ – hatte seine guten Gründe. Er musste als Repräsentant der Stadt und Verantwortlicher für die Politik gegenüber Kleve, wie schon in der Verzögerung der Rekatholisierung Soests, die allgemein- und kirchenpolitischen Interessen der Klever Verwaltung und des Herzogs berücksichtigen und deshalb vorsichtiger und abwartender agieren. Neben den kirchlich-religiösen Entwicklungen in Soest und den sich daraus ergebenden

184 Vgl. ebd., S. 798.

185 Vgl. ebd., S. 624f.

186 Vgl. dazu die Angaben in Anm. 176.

187 Vgl. Rademacher (wie Anm. 168), S. 608f.

188 Vgl. ebd., S. 521.

den Spannungen mit Kleve, dem Kaiserhof, dem Propst und anderen Institutionen sowie den Katholiken in der Stadt hatte er auch weitere, möglicherweise für Soest nachteilige rechtliche, diplomatische, wirtschaftliche und machtpolitische Konsequenzen bei seinen Entscheidungen mitzubedenken. Seine Forderungen durften kirchenpolitisch gesehen nicht so radikal, sein Auftreten gegenüber Kleve konnte nicht so fordernd und kompromisslos sein. Denn schließlich war Soest nach wie vor in Konflikten mit dem Reich, anderen Fürsten oder bei militärischen Bedrohungen auf den Schutz des Herzogs angewiesen.

Die Klever Räte, der Kanzler Olisleger und Herzog Wilhelm kritisierten stets die Entwicklungen in Soest und die Vorgehensweisen der dafür verantwortlichen lokalen Institutionen. Sie lehnten die Entlassungen der katholischen Geistlichen und die Umwandlung der katholischen in evangelische Kirchen sowie die Einstellung von immer neuen evangelischen Prädikanten ab und forderten meist auch die Entlassung der Prädikanten¹⁸⁹. Das Ziel der kirchenpolitischen Bestrebungen von Kleve war eindeutig. Man wollte die Zahl der evangelischen Gemeinden in Soest möglichst klein halten und den „Relutherisierungsprozess“ stoppen¹⁹⁰. Vermutlich hielt man an dem Vorhaben einer „katholischen Reformation“ fest, wie sie von Kleve schon lange verfolgt worden war. Wohl deshalb schickte man dem Rat im Mai 1554 noch einmal die reformkatholische Klever Kirchenordnung von 1532/33 zu, mit der Bitte, dass die Soester Prediger sich daran halten sollten, bis es zu einem allgemeinen Vergleich der Religionen komme¹⁹¹. Der Rat bekundete demgegenüber aber mehrfach, man könne sich nicht an diese Ordnung halten, da in ihr nichts über die evangelische Predigt und das Abendmahl in beiderlei Gestalt zu finden sei¹⁹². Mit einem Wort, die Klever Kirchenordnung war den Soestern zu katholisch.

Kleve und auch der Propst von St. Patrokli klagten immer wieder darüber – und das zu Recht –, dass die Soester die Bestimmungen des Interims – und damit das kaiserliche Recht – missachteten¹⁹³. Auch die Verletzung der Patronatsrechte des Propstes wurde ihnen vorgeworfen¹⁹⁴. Weiterhin verstießen sie fortwährend gegen die vertraglichen Abmachungen mit Kleve vom September und November 1548 (Rezess) sowie die Regelungen, die man auf den vielen Treffen mit Klever Delegationen getroffen hatte¹⁹⁵.

189 Vgl. ebd., S. 557f., 581, 583, 595 und 611.

190 Vgl. ebd., S. 634–636.

191 Vgl. ebd., S. 571 und 759.

192 Vgl. ebd., S. 576f. und 585f.

193 Vgl. ebd., S. 513, 539 und 718.

194 Vgl. ebd., S. 536f.

195 Vgl. ebd., S. 513, 536, 539, 581, 583, 615 und 625.

Der Soester Rat gab das auch offen zu und begründete es damit, dass die Regelungen gegen den evangelischen Glauben verstießen. Und nach dem Augsburger Reichs- und Religionsfrieden wies man 1558 darauf hin, dass wegen der geänderten Umstände wesentliche Teile der Verordnungen und Abmachungen veraltet und außer Kraft gesetzt worden seien¹⁹⁶.

Die Grundlage dieses Denkens und Handelns war die Annahme einer freien Religionsausübung. Man bekundete, in weltlichen Angelegenheiten dem Herzog gehorsam zu sein, nicht aber in Forderungen und Anordnungen bezüglich der Religion. Darin sei man frei¹⁹⁷. Gemeint war damit natürlich nur die freie und ungestörte Religionsausübung der Lutheraner in Soest. Die Soester mussten von den kleve-märkischen Räten, wohl auch mit Billigung Herzog Wilhelms, darauf hingewiesen werden, dass die Reichstagsbeschlüsse, gerade auch in Religionsangelegenheiten – wenn sie nicht gegen die Heilige Schrift verstießen –, nicht nur von den Katholiken, sondern gleichfalls von den Anhängern der „Confessio Augustana“ eingehalten werden müssten und dass in Soest mehrfach gegen das Recht der freien Religionsausübung der Katholiken verstoßen worden war. Die Räte stellten klar heraus, dass Gewissensfreiheit und freie Religionsausübung für beide Konfessionen zu gelten hätten¹⁹⁸. Auf dieser Grundlage einer eingeschränkten Toleranzpolitik schützte Kleve den „Restkatholizismus“ in Soest weiterhin gegen Diskriminierungen und Verfolgungen durch die lutherische Partei. Viele wirksame Mittel hatte man dafür aber nicht.

6. Fazit

Die wesentliche Bedingung für den Erfolg der evangelischen Partei in Soest damals war die Glaubensstärke der Soester, sowohl einzelner Bürger wie der Bürgergemeinschaft, auch deren Mut, gegen scheinbar übermächtige Gegner dauerhaft Widerstand zu leisten. Die Hartnäckigkeit und Selbstgewissheit, mit denen das geschah, sind noch heute bewundernswert.

Wichtig war auch die geschickte und kluge Politik des Soester Rates, dem es mit Blick auf die sich ändernden Machtverhältnisse zwischen 1548 und etwa 1555 gelang, das für den jeweiligen Zeitpunkt aus evangelischer Sicht Beste für Stadt und Bürger zu erreichen. Dass der Standpunkt des Rates und seine Politik immer wieder von den Interessen der verschiedenen Konfliktparteien beeinflusst wurden und dass diese auch berücksichtigt werden mussten, zeigt zudem, dass der Rat während der Reformations-

196 Vgl. ebd., S. 630 und 667.

197 Vgl. ebd., S. 516, 609 und 726.

198 Vgl. ebd., S.758f.

phase, also bis etwa 1570, aber auch darüber hinaus, keine unumschränkte Souveränität besaß. Wie schon durch die Fehde konnte sich Soest während der Rekatholisierungs- sowie der „Relutherisierungsphase“ noch einmal gegen weit überlegene Mächte durchsetzen – jedoch zum letzten Mal in einer bedeutenden Angelegenheit. Beide Ereignisse sind aber auch Beispiele dafür, wie die Stadtrepublik immer mehr zum Objekt politischer Ziele und des Gestaltungswillens auswärtiger Mächte wurde. Sie wurde zunehmend mit Ereignissen und Entwicklungen konfrontiert, auf die sie nur geringen oder keinen Einfluss nehmen konnte. Umgekehrt wurde die Einflussnahme von außen auf die lokalen Gegebenheiten und Entwicklungen immer intensiver und dauerhafter. War Soest als Hansestadt schon lange Zeit mit weit entfernten Räumen wie Skandinavien, dem Baltikum oder Flandern ökonomisch vernetzt und deshalb wirtschaftlich längst von auswärtigen wirtschaftlichen Entwicklungen abhängig, so wurde es etwa ab der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts zunehmend in einen sich ständig weiter ausdehnenden politischen Interaktionsraum integriert, wodurch es an autonomer politischer Gestaltungskraft permanent verlor. In der Zeit der Territorialisierung und der frühen Nationalstaatsbildung galt das aber nicht nur für Soest.

Selbst im Bereich des lokalen Kirchenregiments besaß der Rat keine unumschränkte obrigkeitliche Gewalt – auch nicht, als nach 1555 der lutherische Glaube in Soest dominierte. Zwar hatte er z. B. das Recht, die Pfarrstellen mit von ihm benannten Pfarrern zu besetzen, jedoch überprüfte der Superintendent, ob diese Pfarrer überhaupt geeignet waren¹⁹⁹. Eine „Basta-Politik“ oder ein „Durchregieren“ durch Anordnungen ohne Rücksichtnahme auf die Interessen der betroffenen Soester oder die Machtverhältnisse in der Stadt waren nicht möglich. Die Gestaltungsmöglichkeiten eines städtischen Kirchenregiments waren also zumindest in Soest nicht unbegrenzt.

Neben den politischen Entwicklungen, vor allem die der Machtverhältnisse, die nicht in Soest, sondern im Reich, in Rom, in Frankreich oder am Hofe des Sultans abliefen, darf die durch den erasmischen Humanismus geprägte Einstellung zur Kirchenreform Herzog Johanns III. und vor allem Wilhelms V. nicht vernachlässigt werden, wenn man das Scheitern der Rekatholisierung und des Gelingens der „Relutherisierung“ in Soest verstehen will. Insbesondere der Entschluss Herzog Wilhelms, Konfessionsstreitigkeiten nicht durch die Anwendung von Gewalt, sondern auf dem Verhandlungsweg zu lösen, hat dem Soester

199 Vgl. Schröer (wie Anm. 32), S. 407f.

Widerstand nicht nur Zeit verschafft und eine gewisse Sicherheit geboten, sondern vor allem die Bürger vor Leid verschont, ausgelöst durch „eine Missionierung mit dem Schwert“.

7. *Ausblick*

Nach dem Augsburger Religionsfrieden und der sich in seiner Folge verstetigenden Konfessionalisierung mit der Normierung, Standardisierung, Profilierung und Verfestigung der beiden großen christlichen Bekenntnisse und ihrer Kulturen und der Abgrenzung voneinander gingen die Konflikte zwischen ihnen auch in Soest weiter. Hier dominierte zwar die evangelische Kirche, aber es gab weiterhin als konfessionelle Minderheit Katholiken, mit St. Patrokli als Zentrum und den beiden Mönchsklöstern als katholischen „Enklaven“. Vom 16. bis weit ins 19. Jahrhundert kam es des Öfteren zu Auseinandersetzungen, die meist von agitierenden evangelischen Pfarrern oder Gläubigen ausgingen²⁰⁰. Als besonderes Beispiel protestantischen Sendungsbewusstseins, aber auch Intoleranz sei auf die bis 1797 am Turm des alten Archigymnasiums auf dem Vreithof zu lesende Inschrift in großen Lettern verwiesen, die da lautete: „Erhalt uns Herr bei deinem Wort und steur des Papst und Türken Mord.“²⁰¹ Dabei handelte es sich um Zeilen eines 1541 von Luther geschaffenen und später inhaltlich mehrfach veränderten Kirchenlieds.

Immer wieder musste der Rat Streitigkeiten schlichten, um ein gedeihliches Zusammenleben der Bürger zu sichern. Das war nicht einfach, standen hinter den oft alltäglichen Konflikten auf beiden Seiten Letztbegründungsansprüche und die Meinung, in der so wichtigen Religionsfrage die absolute Wahrheit zu vertreten. Diese Schlichtungsarbeit wurde noch schwieriger, weil es zeitweilig auch unter den evangelischen Pfarrern Auseinandersetzungen um die richtige Lehre gab²⁰². Und als seit der brandenburgischen und dann preußischen Herrschaft Christen des reformierten Bekenntnisses in Soest lebten, entstanden zusätzliche Probleme zwischen ihnen und den beiden schon ansässigen Kirchen.

Die Herausbildung der Konfessionen entsolidarisierte einerseits die Gesamtheit der Bürgergemeinschaft. Andererseits nahm innerhalb der Konfessionen der Zusammenhalt aber zu, weil der „Feind“ nun im Nachbarhaus wohnte. Was waren dann die Ursachen dafür, dass die nach

200 Vgl. ebd., S. 408–410.

201 Vgl. Hubertus Schwartz: Soest in seinen Denkmälern. Bd. 1: Profane Denkmäler. Soest²1977, S. 149.

202 Vgl. Rademacher (wie Anm. 168), Bd. 3: 1570–1615, S. 874f., 897ff., 910f., 917, 919–922 und 943.

Konfessionen unterteilten Stadtbewohner doch ein Gemeinschaftsgefühl entwickelten und sowohl in Alltagskonflikten wie in Konflikten mit auswärtigen Personen oder Mächten zusammenhielten? Groß war sicher die Integrationskraft der vielen Herausforderungen, die man nur gemeinsam meistern konnte, z. B. das Überleben-Wollen während des Dreißigjährigen Krieges. Genauso wichtig für die Bildung und Dauerhaftigkeit eines Gemeinschaftsgefühls war die Einbindung der konfessionell unterschiedlichen Bürger in alltägliche ökonomische, soziale oder politische Strukturen, wie Broterwerb, Gewerbe, Ämter (Zünfte), Hofen oder das politische Engagement in einem der Soester Mitbestimmungsgremien. Hier kooperierten die Lutheraner mit den Katholiken im Alltag²⁰³. Auch waren die beiden Konfessionen in den Glaubensvorstellungen, rituellen Praktiken und in den Strukturen und Funktionen der Kirchen – trotz der Unterschiede – nicht so weit auseinander, dass man sich überhaupt nicht tolerieren konnte. So wurden zumindest zeitweilig Katholiken als Taufpaten bei evangelischen Taufen zugelassen²⁰⁴. Und der Soester Rat leistete durch Gebote, Verbote und Anweisungen zur Mäßigung der Protestanten eine insgesamt gesehen erfolgreiche Schlichtungs- und Vermittlungsarbeit und konnte den Zusammenhalt der Bürger als Stadtgemeinde politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art immer wieder herstellen²⁰⁵.

Bis in die Sechzigerjahre des 20. Jahrhunderts hinein blieb Soest eine überwiegend „evangelische Stadt“. Im Laufe der Zeit ergaben sich dann Änderungen in den Größenanteilen der Konfessionen, z. B. durch Zuweisung und Integration von katholischen Vertriebenen aus Schlesien ab 1946, durch die Zuwanderung von muslimischen Gläubigen, zunächst als türkische „Gastarbeiter“, heute als Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak, sowie durch den Zuzug vieler Menschen mit anderer konfessioneller Ausrichtung. Auch die Zunahme kirchenfremder Bevölkerungsteile und der Konfessionslosigkeit haben die Bindungskraft und Bedeutung der evangelischen Kirche in Soest – und nicht nur der und nicht nur hier – gemindert. Trotz der vier evangelischen Kirchengemeinden und ihrer imposanten Pfarrkirchen im Stadtzentrum ist Soest heute keine vom evangelischen Christentum und seiner Kultur deutlich geprägte Stadt mehr.

Aber das Problem des „richtigen Glaubens“ stellt sich – unter anderem durch die Bedeutungszunahme des Islams – auch in Soest immer noch und derzeit wieder stärker. Die Antipoden dabei sind aber weniger die christlichen Kirchen auf der einen und die muslimischen Gemeinden auf der an-

203 Als Beispiel aus dem Jahr 1582 sei hier auf den katholischen Bürgermeister Berswordt hingewiesen. Vgl. ebd., S. 972.

204 Vgl. ebd., S. 978.

205 Vgl. Schröer (wie Anm. 32), S. 409–411.

deren Seite, sondern eine laizistische, säkularisierte, liberale Gesellschaft und radikale, fundamentalistische Gruppierungen innerhalb des Islams. Es stehen sich also nicht mehr zwei Konfessionen gegenüber, denn das konfessionelle Zeitalter ist beendet.

Die lange Dauer der Reformation und der sich anschließenden Konfessionalisierungsphase mit ihren fast 450 Jahre andauernden Religionskonflikten zwischen Christen lehrt uns gerade heute wieder, wieviel Zeit es brauchte und braucht, bis ein friedliches, von echter Toleranz geprägtes Zusammenleben alltägliche Normalität wird – und wieviel Mühe das immer schon gekostet hat.

WALTER KALLENBACH

DER GLAUBENSKRIEG VON OSTÖNNEN

Mit der kommunalen Neuordnung 1969 wurde Ostönnen in die Stadt Soest eingemeindet und – wieder – als westlichster Soester Ortsteil das Grenzdorf zur Stadt Werl. Diese Lage nahm das Dorf von 1449 bis 1802 schon einmal ein, als es am Rand des Soester Territoriums unmittelbarer Nachbar zur Stadt Werl im kurkölnischen Herzogtum Westfalen war. Was heute kaum wahrgenommen wird, führte damals zu erheblichen Streitereien und Unfrieden, macht aber die Ostönnener Geschichte besonders interessant. So wurde der Streit der Konfessionen zu Anfang des 18. Jahrhunderts in erster Linie durch die Grenzlage ausgelöst. Auf vier großen und bedeutenden Höfen hatte der katholische Glaube Einzug gehalten und das Zusammenleben im Dorf empfindlich gestört. Unter den bekannten evangelischen Pächtern tauchten fremde katholische „Kolonen“ auf. Da wurde der Pfarrer getäuscht und hinter seinem Rücken ein Kind katholisch getauft, eine Bäuerin verursachte auf dem Friedhof einen Tumult mit katholischen Leichenbegleitern und wegen einer katholischen Kapelle stritt man sich Jahrzehnte.

Nun war ein Konfessionswechsel in der Börde kein Einzelfall. In der Regel hatten dann Klöster und katholische Erbherren Macht und Einfluss geltend gemacht, um die Höfe nach Vertreibung der evangelischen Kolonen katholisch zu besetzen. In Ostönnen lassen sich Eingriffe katholischer Grundherren nicht belegen. Der aus Ostönnen stammende Historiker Otto Timmermann beschreibt die Situation, dass nämlich „der alte evangelische Dorfschulze nicht von der katholischen Grundherrschaft vertrieben wurde, sondern sich, ebenso wie auf anderen Höfen, katholische Personen durch Einheiraten eingeschlichen haben. Dies geschah unter Duldung, wenn nicht gar Förderung der Grundherrschaften“¹. Erst in jüngster Vergangenheit zugänglich gewordene Unterlagen, wie „Acta wegen des Schildhauers Hoff zu Ostönnen“ und „Acta ohne besondere

1 Kirchengemeinde (im Folgenden KG.) Ostönnen, nicht veröffentlichte Aufzeichnungen von Prof. Otto Timmermann über Ostönnen.

Erheblichkeiten“², aber auch gezielte Auswertungen von Kirchenbüchern bestätigen Timmermanns Thesen.

Im Mittelpunkt des Geschehens stand Catharina Vogelsang (um 1650–1722), die aufgrund ihrer beiden Ehen auch „alte Meyersche“ oder „Witwe Stein“ genannt wurde. Für die katholische Partei war sie eine starke Frau und Leitfigur, für den evangelischen Gemeindepfarrer brachte sie nur Unruhe und Tumult in die Gemeinde³. Catharina Stein agierte geschickt, geduldig und erfolgreich. Man sagte ihr nach, sie habe die Hochzeit ihrer 17-jährigen katholischen Nichte mit dem fast 80-jährigen evangelischen Mawick eingefädelt und zwei ihrer Töchter dazu gebracht, sich mit katholischen Brüdern aus Neuenkirchen bei Rietberg zu verheiraten. Bei der Verpachtung des Hofes Schildheuer unterstellte man ihr Intrigen und Praktiken, um den Hof mit einem katholischen Pächter zu besetzen. Catharina Stein stand in engem Kontakt zu einflussreichen katholischen Kreisen und fand hier Unterstützung beim Aufbau einer katholischen Gemeinde. Sie krönte ihre Aktivitäten mit dem Bau einer katholischen Kapelle. Ihre Biographie und ihre Aktivitäten werden im Folgenden näher beschrieben.

Auf der Gegenseite standen die evangelischen Gemeindepfarrer, zunächst Johannes Forstmann, der einer bekannten Pfarrersfamilie aus Remlingrade entstammte. Er war von 1673 bis 1726 Pfarrer in Ostönnen, konnte am 15. Mai 1719 mit seiner Gattin Anna Sibylla Ritter das Fest der goldenen Hochzeit⁴ feiern und starb am 1. Dezember 1726 im Alter von 83 Jahren. Von 1726 bis 1745 versah sein Sohn Christoph Gerhard Forstmann das Pfarramt, geboren am 28. April 1686 in Ostönnen. Er stand seinem Vater seit 1709 als „Adjunktus“ (Amtshelfer) zur Seite und unterstützte ihn nach Kräften. In den Quellen wird mehrfach nur der Name Forstmann gebraucht, weil eine konkrete Zuordnung zu Vater oder Sohn nicht immer möglich war. 1721/22 konnte Forstmann jun. auf dem Höhepunkt der Krise das Selbstbewusstsein der stets finanziell schwachen Gemeinde mit dem Erwerb der berühmten historischen Orgel stärken. Der Brudersohn des vorigen, Thomas Friedrich Forstmann, Pfarrer von 1745 bis 1756, war ebenfalls noch in konfessionelle Streitigkeiten verwickelt. Nachhaltige Unterstützung bekamen alle vom geistlichen Ministerium zu Soest. In dieser rein kirchlichen Behörde waren die evangelischen Pfarrer

2 Die Akte wegen „Schildhauers Hoff“ befand sich bis 2015 im Privatbesitz, sie wird jetzt im Stadtarchiv Soest (im Folgenden StAS) unter der Signatur P 700-30 verwahrt. Die „Acta der Kirche zu Ostönnen betreffend alte Kirchen-Nachrichten ohne besondere Erheblichkeiten“ war bis 2005 im Privatbesitz und befindet sich seitdem bei der KG. Ostönnen.

3 KG. Ostönnen, Kirchenbuch (im Folgenden KB.), Bd. 1, S. 852.

4 KG. Ostönnen, KB. Bd. I, S. 70.

zusammengeschlossen, nämlich die acht Prediger der Stadt Soest („Ministerium urbanum“) sowie die zehn Prediger der Börde („Ministerium suburbanum“). Das Ministerium war vor allem für die Behandlung theologischer Fragen zuständig, doch fielen in seinen Aufgabenkreis auch eine allgemeine Aufsicht über Kirchen und Prediger in Stadt und Land⁵ sowie die Wahrung und Durchsetzung der Mitgliederinteressen. Die Pfarrer wurden von den „Provisores“ (Presbytern) und der Bauernschaft unterstützt. Die ständigen Auseinandersetzungen brachten viel Ärger und Unfrieden ins Kirchspiel und verursachten hohe Kosten. Es wurde nicht nur um den Bau der katholischen Kapelle erbittert gestritten, die katholischen Bauern versuchten auch immer wieder, dem evangelischen Pfarrer und seinem Küster Gebühren und Leistungen zu verweigern, die diesen nach der damaligen Rechtslage zustanden.

Ostönnen wird Grenzdorf

Der besondere Status des Dorfes resultiert aus seiner Grenzlage am Rande des Soester Territoriums zum Herzogtum Westfalen. Die starke Hansestadt Soest konnte vom 13. bis 15. Jahrhundert ein Gebiet von etwa 200 km² um die Stadt unter ihre Hoheit bringen. Zu diesem Territorium, der Soester Börde, gehörte auch Ostönnen. Das galt jedoch nicht für das Kirchspiel Ostönnen, denn dazu zählten neben Ostönnen und Röllingsen auch noch Sieveringen mit dem Gut Radberg. Während Ostönnen und Röllingsen zum Soester Territorium gehörten, lagen Sieveringen und Gut Radberg auf kurkölnischem Gebiet. Solange sich die Soester noch im Verband des kurkölnischen Herzogtums Westfalen befanden, blieb das Zusammenleben ungestört. Das änderte sich mit der Soester Fehde (1444–1449), als Soest und die Börde aus dem Verband des kurkölnischen Herzogtums Westfalen ausschieden und sich der Schutzherrschaft der Herzöge von Kleve unterstellten. Für das Ostönnener Kirchspiel war das eine fatale Entscheidung, sah es sich doch durch eine Landesgrenze geteilt. Ostönnen und Röllingsen befanden sich auf der Soester Seite im Herzogtum Kleve, während Sieveringen und Gut Radberg im kurkölnischen Herzogtum Westfalen verblieben. Ostönnen war zum Grenzdorf geworden, und für die Bewohner brachen unruhige Zeiten an.

Gleichwohl verlief das Leben vor der Reformation noch ungestört, obwohl bereits von außen erhebliche Unruhe in die Dörfer getragen wurde. Der Erzbischof von Köln beanspruchte weiterhin die Hoheit über das Dorf, weil die Andreas-Kirche in Ostönnen eine Filialkirche von Westön-

5 Klaus Diekmann: Die Herrschaft der Stadt Soest über die Börde. Münster 1962, S. 85.



Das Kirchspiel Ostönnen, gestrichelte Linien: ursprüngliche Grenzen, durchgehende Linien: Grenzen von 1614 bis heute. Auf Grundlage des Historischen Atlases westfälischer Städte, Bd. 7: Soest, bearb. von Wilfried Ehbrecht, Mechthild Siekmann und Thomas Tippach (Veröff. der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 30). Münster 2016, Karte 8a, bearb. v. Thomas Kaling

nen war und zum Kloster St. Cäcilien in Köln gehörte. Kölnische Parteigänger kündigten Fehden an, und es gab immer wieder Übergriffe aus dem kurkölnischen Gebiet in die Soester Börde⁶. 1481 kam es zu Ver-

6 Marga Koske: Ausgewählte Abschnitte aus der Geschichte Ostönnens. Ms. eines Vortrags vor dem Verein für Geschichte und Heimatpflege Soest e. V. am 29.11.1989, S. 7, im StAS.

handlungen, nach denen der gegenwärtige Besitzstand zugesichert wurde. Aber damit hörten die Auseinandersetzungen zwischen den Soestern und den kölnischen Beamten und Untertanen nicht auf. So beanspruchte der Kölner Erzbischof in seiner Eigenschaft als Kurfürst im Herzogtum Westfalen Steuern, die sogenannte Schatzung, im Kirchspiel Ostönnen. Ein von den Soestern gesetzter Schlagbaum bei Ostönnen – noch heute ist die Flurbezeichnung „Kuhbaum“ ein Begriff – wurde von Leuten aus dem Kurkölnischen niedergerissen. Einwohner von Ostönnen wurden mehrfach widerrechtlich vor Werler Gerichte zitiert. So waren 1606 nach einem Wirtshausstreit in Westönnen mit anschließender Prügelei drei Bauern von dem Richter in Werl zu hohen Brüchten (Geldstrafen) verurteilt worden. Trotz Vermittlungsversuchen des Soester Rates ließ „der Richter zu Werl die drei Fronen [Amtmann, Gerichtsdiener] zu Werl, Westönnen und Buderich mit mehr denn 30 Bauern, so alle Spieß und Gewehr hatten, nach Ostönnen und Werl beordern, den Beklagten Pferde und Kessel abpfänden und nach Werl bringen, wobei dieselben, als sie nichts wollten nehmen lassen, erbärmliche Schläge in ihren eigenen Häusern kriegten“⁷.

Um diese Differenzen zu bereinigen, trafen sich Vertreter der Stadt Soest mit denen der kölnischen Partei wiederholt in Ostönnen. Und es müssen zum Teil stattliche Aufzüge gewesen sein: So erschienen 1502 die Ratsvertreter mit 30 Pferden und die kölnische Partei mit 70 Pferden. Spektakulär ging es 1504 zu: Da man einen kriegerischen Zwischenfall seitens der Kölner befürchtete, waren aus mehreren Städten und Ämtern der Grafschaft Mark „ca. 9000 stolze Mannen zu Fuß mit ihren Heerwagen, Feldgeschützen, Harnisch und andrem Gerüste, auch über 300 zu Pferde, so meistens aus der Ritterschaft im Lande Cleve bestunden“, gekommen und lagerten zwischen Ostönnen und Welper. Auch Deputierte des Herzogs von Kleve kamen, und die von Soest folgten ihnen mit 60 bis 70 Pferden. Drei Tage verhandelten Delegationen im Ostönnener Pastorat. Es kam zum „Ostönnener Rezess“, in dem aber eigentlich nur stand, dass man weiter verhandeln wollte. Der befürchtete Zwischenfall wurde gleichwohl vermieden; doch erschienen in den nächsten Jahrzehnten immer wieder Berichte über Forderungen und Übergriffe⁸. Bei aller Unruhe verstanden die Ostönnener aber doch, Kapital aus ihrer Situation zu schlagen: Sie zahlten wegen der ungeklärten Rechtsverhältnisse keine Steuern, weder an Soest noch an Köln. Man sucht Ostönnen sowohl in Soester als auch in Kölner Steuerlisten vergeblich. In der Kölner Schatzungsliste von 1536 heißt es vom Dorf Ostönnen: „weigern sich, schätzen zu lassen, sondern

7 Ebd., S. 8.

8 Ebd.

haben zur Antwort gegeben, sie wollten ratschlagen, ob sie hierher oder anderswo folgen sollten⁹. In der Schatzungsliste von 1565 ist Ostönnen gar nicht mehr verzeichnet. Erst ab 1656 konnten sich die Ostönnener der Steuerzahlung an die Stadt Soest nicht mehr entziehen.

Reformation

Verstärkt wurden dann die Spannungen durch die Einführung der Reformation in Soest und der Börde. Ostönnen bekannte sich erst 1585 als letztes Bördedorf zum evangelisch-lutherischen Glauben. Die Landesgrenze wurde jetzt auch zur Konfessionsgrenze, die aber offensichtlich den ersten evangelischen Pfarrer, Jacob Klot (auch Cloet oder Cloidt geschrieben), nicht sonderlich beeindruckte. So ist belegt, dass der Werler Siegler Klage gegen ihn erhob, weil er in den Gemeinden Scheidungen, Westönnen, Buderich, ja selbst in Werl gottesdienstliche Handlungen vorgenommen hatte¹⁰. Nun ist nicht überliefert, ob er katholisch oder evangelisch predigte, jedoch, dass er die Kollekten abgezogen hat. Ihm wurde unter Strafe angedroht, das müsse sofort aufhören. Ob es Klot damit gelang, das Kirchspiel auch über die Landesgrenze hinaus zusammenzuhalten, lässt sich nicht belegen, gleichwohl wurde mit Sieveringen und Radberg auch der kurkölnische Teil des Kirchspiels zunächst evangelisch. Hubertus Schwartz zitiert aus einer im Jahr 1666 entstandenen Übersicht, dass Klot die Kirche „12 Jahre in guter Ruhe und ohne einigen Anstoß“ bedient habe¹¹. Im Zuge der Rekatholisierung unter Fürstbischof Ferdinand von Bayern wurden 1614 die Eingesessenen von Sieveringen und Radberg von dem kölnischen Offizial (Vorsteher des Kirchengerichts) Pempelforth in Werl zur Mutterkirche Westönnen „befehligt“, anschaulich geschildert von Pastor Grote: „alß Ferdinandus Churfürst zue Collen a[h]n die Regierung kommen, hatt Er die Leuthe in seinem Lande zue der Catholischen Religion gezwungen“, und weil er an die hiesige Kirche nicht kommen konnte, Sieveringen und das Gut Radberg „welche in hiesige Ostönnische Kirche gehöret, mit Gewalt hinweg genommen“. Pastorat und Küsterei gingen Einkünfte und Renten verloren, nämlich „Pastorat mit Neun Müt-

9 Ebd., S. 6.

10 Anscheinend sind in der Geschichtsschreibung zwischen Vater und Sohn Klot mehrfach Verwechslungen aufgetreten; z. B. schreibt Hugo Rothert: Kirchengeschichte der Grafschaft Mark. Gütersloh 1913, S. 478, unter Berufung auf dieselbe Quelle (StAS, A Hs 78, S. 18), dass die gottesdienstlichen Handlungen von Sohn Johannes Klot (gest. 1622) vorgenommen wurden.

11 Hubertus Schwartz: Geschichte der Reformation in Soest. Soest 1932, S. 294, er zitiert aus StAS, A 6328 (Über den Zustand des Religionswesens im Normaljahr 1624).

ten Habern (Hafer) und die Kösterey mit Neun Mütten Roggen¹². Da er auf Ostönnen und Röllingsen keinen Zugriff erhielt, war die Teilung des Kirchspiels damit endgültig besiegelt. Die katholische Seite gab jedoch Ostönnen nicht auf, wie sich im weiteren Verlauf immer wieder feststellen lässt. Wenn es um Rechte und Vorteile der Katholiken ging, wurde immer wieder das Fürstentum Pfalz-Neuburg aktiv¹³. Es machte Ansprüche im jülich-klevischen Erbfolgestreit gegen den Kurfürsten von Brandenburg geltend. Um die Aussichten auf das Erbe der strittigen Herzogtümer zu verbessern, wechselten die beiden evangelischen Erbberechtigten 1613 die Konfession. Der Kurfürst erhoffte sich Unterstützung durch die Niederlande und wurde calvinistisch, der Pfalzgraf wurde katholisch, weil er sich an den Kaiser hielt. 1614 einigten sich die beiden Rivalen auf eine Teilung des Landesverbandes Jülich-Kleve-Berg. Dabei kamen Kleve und Mark an Brandenburg, das Herzogtum Jülich-Berg an Pfalz-Neuburg. Der Pfalzgraf verlegte seinen Regierungssitz nach Düsseldorf und begann, das ihm zugefallene Territorium energisch zu rekatholisieren. So fand auch das Soester Stiftskapitel stets Unterstützung bei dem Pfalzgrafen, wenn es darum ging, katholische Interessen zu wahren. Ostönnen sollte noch so manche unangenehme Erfahrung mit dem Pfalzgrafen machen.

Die unruhigen Jahre des 30-jährigen Krieges brachten Not und Elend über das Dorf und seine Bewohner. Hinsichtlich der Kirche kam es 1622 zu Spannungen, als der amtierende Pfarrer Johann Klot gestorben war, und der Soester Rat der Äbtissin von St. Cäcilien in Köln Degenhard Nolte als neuen Pfarrer vorschlug. Diese lehnte ab, weil sie keinen Lutheraner wollte. Sie übertrug vielmehr einem katholischen Priester aus dem Sauerland ihr Recht an der hiesigen Pfarrstelle, der es für 70 Taler an Nolte verkaufte. Das Geld hatte die Kirchengemeinde aufzubringen. Als die Äbtissin das erfuhr, übertrug sie die Pfarre dem Franziskanermönch Antonius Hintze aus Soest, das inzwischen von italienischen Hilfstruppen der pfalz-neuburgischen Partei besetzt worden war. Mit deren Hilfe und Unterstützung des Richters Schönebeck gelang es Hintze Anfang Juli 1624, die Ostönnener Kirche zu übernehmen. Er wollte die Gemeinde rekatholisieren, allerdings ohne Erfolg, denn die Ostönnener hatten „sich alle Zeit nach Meinunghausen zum Gottesdienst verfueget“¹⁴. Doch schon zum Ende dessel-

12 KG. Ostönnen, Alte Kirchen-Nachrichten ohne besondere Erheblichkeiten, Vermerk von Pastor Grote aus dem Jahr 1668.

13 Roland Götz: Leichenraub, Prügel, Prozesse, Feindseligkeit – die evangelische Kirchengemeinde und das Kloster Welper 1649 bis 1810. In: Soester Zeitschrift 126/127 (2015), S. 101–144, hier S. 106.

14 KG. Ostönnen, Alte Kirchen-Nachrichten ohne besondere Erheblichkeiten, Vermerk von Pastor Grote aus dem Jahr 1668.

ben Jahres hatte sich das Kriegsgeschehen wieder gewendet. Soest wurde von brandenburgischen Truppen eingenommen, Hintze wurde gefangen-gesetzt, musste 150 Taler Strafe zahlen und auf Ostönnen verzichten. Bis Fastnacht 1625 blieb die Kirche geschlossen und konnte erst, nachdem ein brandenburgischer Major die Schlüssel aus dem „Grauen Kloster“ (Franziskaner) in Soest geholt hatte, wieder an Nolte übergeben werden. Die kurze Episode des Paters Hintze sollte noch lange nachwirken, sie diente fünfzig Jahre später als Begründung für den Bau einer katholischen Kapelle – mit Unterstützung von Pfalz-Neuburg.

Nolte folgte 1626 einem Ruf nach Unna als Kaplan, ihm folgte im selben Jahr Thomas Grote als Pfarrer in Ostönnen. Weil 1633 das Pfarrhaus abbrannte und seine wirtschaftliche Lage katastrophal war, trat er mit Einwilligung des Soester Rates als Feldprediger in schwedische Dienste, bis er 1644 sein Amt wieder aufnehmen konnte¹⁵. Im Westfälischen Frieden von 1648 erhielt das bereits erwähnte Jahr 1624 eine entscheidende Bedeutung, denn es wurde „ausdrücklich versehen, dass das Religions- u[nd] Kirchenwesen in den Stand wieder gestellt u. gelassen werden solle, wie es allenthalben im Jahr 1624 gewesen ist“¹⁶. Mit der Festlegung auf das Normaljahr 1624 war beabsichtigt, den religiösen und rechtlichen Besitzstand der verschiedenen Konfessionen dieses Jahres wiederherzustellen und als Status quo zu sichern. Zwar war 1624 als Normaljahr festgelegt, aber für eine Einigung waren Verhandlungen und Staatsverträge nötig¹⁷. Für die Verhandlungen holte man Stellungnahmen, u. a. von Pastor Grote, ein. Dieser ging auf die Teilung des Kirchspiels sowie auf Hintzes kurze Verweildauer in Ostönnen ein und betonte, dass dieser weder 1624 noch 1625 die Kirchenrechnung „vor dem Kerspel (Kirchspiel) gehalten hat“. Es sei also eindeutig, dass Hintze der Gemeinde nicht vorgestanden habe. Er hob noch hervor, dass sich im Dezember 1644 „in der gantzen Gemeine kein Catholischer befinden thut“ und benannte fünf Zeugen, „welche gute Wissenschaft haben“ und seine Ausführungen, „wenn eß die Noth erforderte“, bestätigen würden. Die Zeugen waren der Küster von Meiningsen sowie die Ostönnener Peter Berghoff, Johann Lohmann, Johann Rocholl und Tönnis Frieling¹⁸.

15 Ebd.

16 Götz (wie Anm. 13), S. 106.

17 Theodor von Moerner (Bearb.): Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601 bis 1700. Berlin 1867, S. 349–359.

18 KG. Ostönnen, Alte Kirchen-Nachrichten ohne besondere Erheblichkeiten, Vermerk von Pastor Grote 1668.

Nach dem Religionsvergleich¹⁹ vom 26. April 1672 zwischen Brandenburg und Pfalz-Neuburg wurde den Katholiken in fünf Ortschaften der Grafschaft Mark, darunter Ostönnen, erlaubt, Kirchen zu bauen und „catholische Exercitien“ zu ermöglichen. Dafür wurde sogar ein Zuschuss von jeweils 1.000 Reichstalern in Aussicht gestellt. In dem Religionsvergleich wurde auch für die Ostönnener Katholiken die freie Religionsausübung festgeschrieben, obwohl, wie mehrfach dargestellt, 1672 gar keine Katholiken dort wohnten. Man berief sich auf das „Normaljahr“ 1624, in dem das „catholische Exercitium“ in Ostönnen bestanden habe. Obwohl Pater Hintze nur etwa fünf Monate die Kirche ohne Anwesenheit von Ostönnern genutzt hatte, drückte Pfalz-Neuburg katholische Interessen durch. Die Gelegenheit war günstig, auch weil für die Brandenburger Seite Ostönnen zu unbedeutend für einen Konflikt war. Also wurde den Ostönnener Katholiken freie Religionsausübung zugesichert. Das war zunächst ohne Bedeutung, weil ja keine da waren.

Der erste Konflikt

Pastor Johannes Forstmann hatte 1673 noch betont, dass, als er „zum Pastoren von Ostönnen vocirt, confirmiert und ordinirt“ wurde, „kein Röm. Catholischer Eingesessener, Schultze, Bauer oder Kötter in demselben“ war²⁰. Trotzdem kam es 1676 zum ersten Konflikt. In einem Häuschen „auf'm Winkel“, ein Flurname für das Gebiet südlich der ehemaligen B 1 am westlichen Dorfausgang, wohnte der „Winckler“ Johan Berts. Seit wann er in Ostönnen lebte, ist nicht überliefert. Im Bördekataster von 1685 wird ein Herman Winckler aufgeführt, der als Knecht beim Schulzen diente und eine Kuh besaß, dazu heißt es: „Das Häusgen ist erblich“²¹. Das Anwesen gehörte also 1676 dem katholischen Johan Berts, der wahrscheinlich auch als Knecht bei Schulze Mennemann diente. Johan Berts war schwer erkrankt und wurde am Sonntag, dem 6. September 1676, von Pastor Crismann²² aus Westönnen aufgesucht, der ihm das heilige Abendmahl reichen wollte (Viaticum, die Wegzehrung als Abendmahl in der Sterbestunde). Was hier ungewöhnlich erscheint, war im Religionsvergleich von 1672 festgelegt. Danach durften Priester „aller Orten“

19 Von Moerner (wie Anm. 17), S. 350, Art. II, § 2.

20 KG. Ostönnen, KB. Bd. 1, S. 894, 895, 897: Memorial von Pastor Johannes Forstmann.

21 Marga Koske (Bearb.): Das Bördekataster von 1685 (Soester wiss. Beiträge 19). Soest 1960, S. 532.

22 Rudolf Preisung: Westönnen – Die Geschichte eines Kirchspiels und seiner Höfe im kurkölnischen Amte Werl. Münster 1977, S. 258. Wilhelm Crispen war von 1667 bis 1680 Pfarrer in Westönnen. Er war der Sohn eines Werler Erbsälzers.

die Kranken ihrer Religion ungehindert besuchen und trösten. Crismann nahm also seine Pflichten wahr²³. Allerdings war Forstmann bereits am Freitag vorher zu Berts gerufen worden. Als er sich erstaunt zeigte, dass ein Katholik ihn zu sich bat, erklärte ihm Berts, er wohne hier und habe hier sein Haus, also wolle er auch „ehrlich“ auf dem hiesigen Kirchhof begraben werden, und es sei ihm wichtig, evangelisch zu werden, er wolle „darinnen ins künftige leben und sterben“. Ein „ehrliches“ Begräbnis hatte eine große Bedeutung. Angehörige einer anderen Konfession wurden in der Regel ohne Ehren (z. B. Glockengeläut) und oft am Friedhofsrand oder gar außerhalb, hinter dem Friedhofsgatter, beerdigt. So heißt es im Ostönnener Kirchenbuch am 26. August 1747: „Henrich Korte an der Gehren ohne Sang und Klang beerdiget, war catholischer Religion und ehe- deßen in dem Capellen Proces ein bitterer Feind der lutherischen Kirche gewesen, wurde im Mittage außer dem Kringe begraben. Herr unser Gott! Du wollest den Feinden und Verfolgern unserer Kirche vergeben und sie bekehren.“²⁴ Umgekehrt ist 1743 aus Scheidingen überliefert, dass eine evangelische Frau auf dem Sterbebett aufgefordert wurde zu konvertieren, da sie sonst „kein ehrliches Begräbnüß haben und auf dem Schindanger begraben werde“²⁵.

Pastor Forstmann wies Berts in die evangelische Religion ein, betete mit ihm das Vaterunser und das Bekenntnis des christlichen Glaubens. Johan Berts versprach, „dass er solches von Herzen glaubte, wie er auch beständig bey der evangelischen Lutherischen Religion zu bleiben mit Hand und Mund angelobet“. Als Pastor Forstmann dann am nächsten Vormittag seiner Bitte um das Heilige Abendmahl nachkam, schien die Angelegenheit zur Zufriedenheit abgeschlossen.

Doch der Ärger war groß, als, wie bereits erwähnt, am folgenden Sonntag Pastor Crismann aus Westönnen auftauchte. Wer ihn informiert hatte, bleibt offen. Als Crismann erschien, weilten Frau Berts und eine Bekannte bei dem Kranken. Frau Berts fragte Pastor Crismann erstaunt, was er denn wolle, ihr Mann sei zum evangelischen Glauben übergetreten und habe von „unserm“ Pastor bereits das Abendmahl erhalten. Darauf verließ Crismann das Haus und kam nach drei Stunden mit seinem Küster „in Pontificalibus wie sie pflegen im cöllnischen Lande mit der Schelle und Monstrans aufzuziehen“ zu dem kranken Mann zurück, den seine Frau gerade mit Brot und Bier stärkte. Als Crismann ihm dazu das heilige Brot reichte, erschien plötzlich Forstmann, ob zufällig oder gerufen, ist nicht

23 Von Moerner (wie Anm. 17), S. 357, Art. IX, § 15.

24 KG. Ostönnen, KB. Bd. 2, S. 232.

25 Götz (wie Anm. 11), S. 129f.

überliefert. Er machte sogleich seinem Ärger Luft und herrschte Crismann an: „Was macht Ihr hier? Packt Euch von hier“, und fragte den Kranken barsch, warum er denn so heuchele. Crismann rief dazwischen: „Ich suche mein Schaf.“ Darauf Forstmann: „Was Schaff, es wehre nun sein Bock, er sollte nur stoßen, hette ihm abgedanket“. Aber der Westönnener Pastor ging nicht und wollte „sein Schaffbock nicht daran geben“. Um sein Gesicht zu wahren, wollte Forstmann Stärke zeigen, hatte aber auch Bedenken, den Westönnener gewaltsam aus dem Haus weisen und ihn „wegen seinem vermeintlichen Heiligtum anzurühren“. Also ließ er sich ein Schloss bringen, schloss Crismann ein und rief ihm zu, er solle da solange im Arrest sitzen, bis die Obrigkeit in Soest Meldung von dem Vorfall bekommen habe. Pastor Crismann rief seinen Küster um Hilfe. Dieser begann denn auch nach langem Bitten und Drohen, mit einer „Spellerei Holz“ ein Loch in die Lehmwand zu schlagen. Die Situation eskalierte, und Forstmann ließ durch Glockengeläut Hilfe herbeirufen. Allein, die kam zu spät, Crismann war ins Freie gelangt. Forstmann rief ihm erbost entgegen: „Quod tibi non vis fieri, alteri ne feceris“ (Was du nicht willst, das man dir tut, das tu auch an keinem andern) und weiter: „Dieses werde ich d[em] Magistrat zu Soest zustellen, zu zeugen, dass Ihr hier gewesen. Werdet ihr auf solche Weise wiederkommen, wird man Euch anstatt des weißen Rochlins einen blauen Kittel anziehen“, dabei riss er ihm wütend das Skapulier (Überwurf über die Ordenstracht) von den Schultern. Pastor Crismann nebst Küster ergriffen die Flucht und ließen Ostönnen eilig hinter sich.

Am nächsten Tag schilderte Forstmann dem Magistrat in Soest den Vorfall. Der wies ihn an, wenn der Westönnener Pastor erneut erscheine, diesen mit einem oder besser noch sechs Bauern sicher in Arrest zu nehmen und nach Soest zu bringen. Pastor Forstmann suchte Berts am darauffolgenden Dienstag in Begleitung der Nachbarn Piper, Dröge, Hinne und Frieling erneut auf. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu sein, wollte sich Forstmann vor Zeugen den Übertritt bestätigen lassen, hätte doch sonst sein Vorgehen nach dem Religionsvergleich unangenehme Folgen haben können. Berts bestätigte in Gegenwart der vier Zeugen seinen Übertritt zur evangelischen Konfession und bat Pastor Forstmann, wieder mit ihm zu beten, er wolle auch von Herzen nachbeten. Die Situation mit dem Westönnener Pastor schilderte er wie folgt: „Er schmierete mich hier und da“, besonders „auf die Augen“, aber „was er mir vorgesagt, konnte ich nicht verstehen.“ Berts starb am andern Tag und wurde, seinem Wunsch entsprechend, auf dem Ostönnener Friedhof ehrlich begraben. Forstmann schließt den Bericht mit einem Bibelzitat: „Das ist gewisslich wahr.“

Katholische Höfe

Zur großen Auseinandersetzung zwischen den Religionen kam es aber erst, als vier Höfe mit katholischen Pächtern besetzt wurden. Die folgende Kurzbeschreibung der Höfe beginnt 1685 mit dem Bördekataster, als sie noch evangelisch besetzt waren, und endet mit dem jeweils letzten katholischen Pächter.



Im Gebäude des früheren Schulzenhofs befand sich für Jahrzehnte die Gastwirtschaft Topp. Heute befindet sich dort an der Werler Landstraße ein Restaurant.

Foto: Privatbesitz

Der bedeutendste Hof im Dorf war der Schulzenhof. Der ca. 1610 geborene Schulze Mennemann heiratete 1669 nach dem Tod seiner ersten Frau die katholische Catharina Vogelsang. Diese war um 1650 im benachbarten Westönnen auf dem Hof Vogelsang geboren. Sie führte den Wirtskotten, den Schulze Mennemann ebenfalls unter hatte. Die Ehe blieb zunächst kinderlos, bis am 28. Dezember 1679 der Sohn Conrad Johann in Ostönnen evangelisch getauft wurde. Conrad Johann war später ein eifriger Katholik und „Musicus und Vicarius“ in St. Patrokli in Soest. Allerdings hielt Pastor Johannes Forstmann nicht Mennemann für den Vater, sondern Gottfried von Steinen aus Kessebüren im Amt Unna, der zuvor mehrfach im Wirtskotten abgestiegen war. Der evangelische von Steinen, später auch nur Stein genannt, heiratete am 27. Februar 1680 die junge Witwe. In der Ehe wurden vier Töchter geboren und evangelisch getauft. Gottfried von Steinen starb am 23. April 1704. Am 28. Mai 1705 und am 17. Juni

1711 fädelt Witwe Stein die Ehe von zweien ihrer Töchter mit katholischen Brüdern ein. Ihre Tochter Anna Elisabeth heiratete 1705 im Soester Patrokli-Münster Johann Arnold Grondorff aus Neuenkirchen bei Rietberg, der Pächter auf dem Schulzenhof wurde. Der Hof kam so in katholische Hände. Das musste auch schon bald Pastor Forstmann feststellen, denn als am 1. Februar 1706 der Schwiegersohn vom Schulzenhof bei ihm vorsprach und die Geburt seines Sohnes anzeigte, nahm Pastor Forstmann arglos an, das Kind sollte in Ostönnen getauft werden. Noch während des Gesprächs bestiegen jedoch Großmutter Catharina Stein, die Bademutter von Mawicke und die „junge Scheperhöfsche“ von Sieveringen mit dem Säugling eine Kalesche, fuhren nach Soest und ließen ihn in St. Patrokli durch Vikar Espenkötter katholisch taufen. Aus Forstmanns Kommentar „und ist dieses das erste so mir in 33 Jahr begegnet“ spricht seine Enttäuschung²⁶. Es war nicht der letzte Ärger mit Catharina Stein, war sie doch die hartnäckigste Verfechterin der katholischen Interessen. Bei ihrem Tod am 2. März 1722 findet sich im Kirchenbuch der Zusatz: „Die alte ungerichte Meyersche oder Wirtheuer Cath. Vogelsang Witwe Godfried Stein, eine Wurzel viele Unruhe hier in der Gemeinde gewesen, nach dem Münster ohne Klang und Gesang gefahren. Die Jura Stolae aber uns Pastorem gegeben ad 2 Rtl.“²⁷ Der Hof blieb ca. 150 Jahre in katholischer Hand. Die Wende kam mit beginnenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Als Dietrich Berghoff und seine Frau Klara Mawick 1860 das kauften, was vom Schulzenhof noch übrig geblieben war, bekam der Hof wieder evangelische Eigentümer.

Der in der Nähe des Schulzenhofs gelegene Wirtskotten hatte eine Sonderstellung, nämlich die Berechtigung, für Eingesessene und Reisende Bier zu brauen und auszuschenken. In der Soester Börde war das eine Ausnahme. So heißt es mehrfach in städtischen Ordnungen, dass in der Börde niemand Gewerbe treiben, Bier zum Verkauf brauen und Wein verkaufen dürfe, mit Ausnahme von Welper und Ostönnen. Im Bördekataster von 1685 ist dazu festgehalten: „Bei dieser Kotte ist der Bierzapf erblich, dessen muss der Colono jährlich auf Sonntag Cantate eine Gästerei anstellen, wobei Pastor, Küster, beide stehenden Lohnherren [Kirchenälteste] und der Herren Diener [Beauftragte der Stadt] erscheinen. Der Wirt tut aus ein Kalb, Käse und Butter, die Rentekammer [Stadtkasse] das Geld vor Bier, die Lohnherren Schinken und trucken Rindfleisch, die Kirche für 4 Mark Brode.“²⁸ Der Wirtskotten gehörte dem Minoritenkloster in Soest, wie schon erwähnt, wurde er vom Schulzen mitbewirtschaftet, war also

26 KG. Ostönnen, KB. Bd. 1, S. 839.

27 Ebd., S. 852.

28 Koske (wie Anm. 21), S. 514f.

ein Teil des Schulzenhofes. Catharina Vogelsang und ihr zweiter Ehemann Gottfried von Stein erwarben 1692 den Wirtskotten vom Minoritenkloster. 1711 übernahm Tochter Clara Margaretha den Betrieb, nachdem sie sich mit einem Bruder des Schulzen katholisch verheiratet hatte. Catharina Steins Plan, die Anzahl der Katholiken zu erhöhen, ging auf. Das Paar ließ sich dreimal in Ostönnen von Forstmann proklamieren, heiratete dann aber ohne „Loßbrief“, eine gebührenpflichtige Erlaubnis des zuständigen Pfarrers, in St. Patrokli. Darauf zur Rede gestellt, erklärte der Bräutigam, er sei hier fremd und wisse nicht, was üblich sei, der Pastor im Münster habe den „Loßbrief“ fordern müssen. Er ließ sich aber mit sechs Talern und 20 Stüber bei der Gebühr²⁹ nicht lumpen. Clara Margaretha überlebte ihren ersten Ehemann genauso wie den zweiten und führte noch acht Jahre lang die Gastwirtschaft allein, bis sie am 6. Oktober 1736 verstarb und in Ostönnen beigesetzt wurde. Der Zusatz „armselige Wirtin“ im Buch der Verstorbenen deutet auf eine längere Erkrankung hin. Der Wirtskotten bekam danach einen evangelischen Pächter, allerdings ohne Schankberechtigung, die an den Schulzenhof ging. Ob hier ein Kompromiss geschlossen wurde und der Schulze für die Schankberechtigung auf den Wirtskotten verzichtete, ist nicht belegt, wäre aber nachvollziehbar. Kolon



Hof Mawick, Hofgebäude von ca. 1785, errichtet von Andreas Mawick und Margareta Deimann, abgebrochen 1908. Foto: Privatbesitz

trieb, den alten Mawick mit ihren jungen Nichte zu verheiraten, um den Hof unter katholischen Einfluss zu bringen. Das Alter der jungen

wurde Johann Diedrich Sander aus Sassendorf. Er nannte sich Werth, plattdeutsch für Wirt, konnte aber nur den landwirtschaftlichen Teil des Kottens übernehmen.

Mit dem Hof Mawick kam auch noch der größte Hof im Ort in katholischen Besitz. Johann Mawick hatte als angeblich 80-Jähriger in zweiter Ehe am 15. Juni 1697 zu Westönnen Catharina Wellige aus Oberbergstraße ohne Dimissoriale, den „Loßbrief“, geheiratet, die Gebühren wurden also dem Ostönnener Pfarrer vorenthalten. Catharina Stein wird unterstellt, sie habe es be-

²⁹ KG. Ostönnen, KB. Bd. 1, S. 843.

Braut wird bei der Eheschließung nicht erwähnt, sie soll 17 Jahre alt gewesen sein. Henrich Mawick verstarb am 2. Juni 1705 ohne Altersangabe, daher bleibt offen, ob er bei der Heirat mit Catharina Wellige wirklich schon 80 Jahre alt war oder 80-jährig verstorben ist. Immerhin gingen aus der Ehe vier Kinder hervor. Der Hof war bis 1705 zumindest formal noch in evangelischer Hand. Die junge Witwe Mawick heiratete nach dem Tod ihres ersten Mannes am 24.

November 1705 den katholischen Caspar Schulze zu Pentling aus Hilbeck/Pentling, der damit neuer Pächter wurde. Am 16. November 1706 kam der neue Kolon zu Forstmann und brachte die Gebühr für eine Taufe und „da ich meinte er würde es in unsere Kirche zur Tauffe gesandt haben, sandte ers nach Soest ins Münster, dem Küster auch die Jura bezahlet“³⁰. Catharina Mawick war eine überzeugte Katholikin, die auch ernsthafte Auseinandersetzungen nicht scheute³¹. Sie hatte auch keine Probleme, den Westönnener Vikar mit einer Haustaufe zu beauftragen – ein klarer Rechtsbruch, der umgehend mit 25 Goldgulden Brüchte (Strafe) belegt wurde³². Catharina Mawick hatte noch kurz vor ihrem Tod den Wunsch geäußert, in Westönnen beerdigt zu werden. Nachdem sie am 11. März 1713 im Kindbett verstorben war, wurde dem Wunsch jedoch nicht entsprochen, denn „unser höchster Magistrat verweigerte dies und so wurde sie wohl oder übel hier beerdigt“³³. Am 23. Oktober 1721 wurde die zweite Ehefrau Mawicks, Catharina Grote, „im Münster zu Soest beerdigt, aber hier nicht beläutet worden“, die Gebühr wurde entrichtet. Nach der Beerdigung kam es zu einer heftigen verbalen Auseinandersetzung mit dem Ehemann Caspar Mawick. Der Grund für den Vorfall ist nicht überliefert. Caspar Mawick überlebte drei Ehefrauen und gab dann den Hof an seine Tochter Elisabeth weiter, geboren am 30. Januar 1712 oder März 1713, verstorben am 17. Dezember 1775, beerdigt in Ostönnen. Sie war dreimal verheiratet. Spätestens ab 1780 war mit Andreas Plattfaut, genannt Mawick, wieder ein evangelischer Pächter auf dem Hof. Wann dieser den



Hof Schildheuer, eines der ältesten Gebäude in Ostönnen, z. T. aus dem 16. Jahrhundert. Foto: Privatbesitz aus dem Nachlass des letzten Besitzers

30 Ebd.

31 Vgl. dazu unten die Ausführungen zur Errichtung der katholischen Kapelle.

32 KG. Ostönnen, KB. Bd. 1, S. 844.

33 Ebd. S. 851.

Hof übernahm, muss hier offen bleiben. Bei seiner Eheschließung am 9. November 1780 nannte er sich bereits Mawick.

Als vierter Hof kam Schildheuer in katholische Hände, und wieder war Catharina Stein beteiligt. Ihr Mann hatte den größten Teil des Hofes gekauft, der offensichtlich von Schildheuer herabgewirtschaftet worden war. Witwe Catharina Stein stellte Forderungen wegen rückständiger Pacht, der Betrag ist nicht bekannt. Zur Eintreibung der Rückstände schaltete sie 1718 den Rat der Stadt Soest ein und behauptete, Schildheuer wolle sich der Begleichung seiner Pachtrückstände durch den Verkauf der Ernte ins „köllnische Ausland“³⁴ entziehen. Das reichte, Schildheuer wurde als Pächter abgesetzt. Ob der Magistrat die Behauptung überprüfte, ist nicht bekannt. Man vertraute offensichtlich der angesehenen Witwe Stein, und Familie Schildheuer musste den Hof verlassen. Die Familie fiel auseinander, Frau Schildheuer war bereits verstorben, und Colon Schildheuer verstarb kurz danach. Der Sohn kam beim Militär in Geldern unter, zwei Töchter wurden später mit der Bemerkung „Dirnen, die in einer Hütte am Kirchhof liegen“, abgetan³⁵. Der Hof war also neu zu besetzen.

Dazu erschien 1720 ein Katholik aus Oestinghausen. Im Dorf war man beunruhigt, man befürchtete eine weitere Festigung der katholischen Gruppe. Die Ostöner Bauernschaft und Pastor Forstmann trugen dem Magistrat der Stadt Soest vor, dass die „alte Meyersche“ den Hof „mit einem ausländischen Cathol. Bauers-Kerll aus Oestinghausen“³⁶ neu besetzen wolle. Witwe Stein wiegelte aber ab, sie erklärte, der Hof sei verwüstet, daher werde sie selbst dort wohnen. Sie wolle sich einen Verwalter nehmen, der „alles wieder in guten Stand bringen und conserviren solle“³⁷. Von dem eingesetzten Verwalter ist nur sein Vorname Stephan bekannt. Er nannte sich üblicherweise einfach „Schildheuer“ und wurde auch schon bald als Pächter geführt. Pastor und Bauernschaft waren mit ihren Einsprüchen nicht ganz erfolglos, denn in Schildheuers „Gewinn-Nottul“ (Pachtvertrag) vom 10. September 1720 wurde aufgenommen, dass der Pächter und seine Kinder keinen weiteren Anspruch auf den Hof erheben könnten, wenn die Kinder in der katholischen Religion blieben. Er musste also zusichern, seine Kinder evangelisch zu erziehen. Zunächst aber blieb die Familie katholisch und trotzdem auf dem Hof. Der Sohn Winold heiratete am 17. Juni 1751 Christina Steinhauer aus Pentling vor dem katholischen Pastor in Rhynern. Das Paar kam nach vier Tagen nach Ostönnen zurück und hielt ein Hochzeitsmahl, zu dem auch Pastor Forstmann einge-

34 StAS, P 700-30.

35 Ebd.

36 Ebd.

37 Ebd.

laden wurde³⁸. 1753 brannte der Hof ab. Die evangelische Kirchengemeinde half Schildheuer gleichwohl mit zwei Berliner Scheffeln Getreide beim Hausbau, weil er zum Unterhalt für Kirche, Pastorat und Schule „gleich anderen Praestanda [Abgaben] praestiren muß“³⁹. Auseinandersetzungen mit Schildheuer hielten sich in Grenzen. Er gab sich angepasst, schließlich wurde er immer wieder mit der Forderung konfrontiert, den Hof zugunsten eines evangelischen Kolonen räumen zu müssen⁴⁰. Winold Schildheuer verließ 1767 Ostönnen und pachtete in Westönnen den Hof Kerckhof. Gründe sind nicht bekannt, wahrscheinlich entzog er sich so dem stetigen Druck durch die evangelische Seite.

Nach 1767 ist mit Diedrich Holtmann aus Stockum bei Unna ein evangelischer Pächter nachweisbar, der Colon auf Schildheuers Hof wurde.

Die Kapelle

1703 beantragten die Ostönnener Katholiken den Bau einer Kapelle mit der Begründung, man wolle nach dem Religionsvergleich von 1672 „das Exercitium Religionis in Ostönnen zur Wirklichkeit bringen“⁴¹. Die Regierung zu Kleve hielt sich an den Religionsvergleich und befahl am 26. April 1703 dem Soester Magistrat kurz und knapp, „nicht zu opponieren“. Pastor Forstmann beschwerte sich umgehend mit der Behauptung, im Religionsvergleich von 1672/73 sei Ostönnen in der Grafschaft Mark (heute ein Stadtteil von Hamm) erlaubt worden, eine katholische Kirche zu bauen, was nun „einige Übelgesinnte“ auf Ostönnen zwischen Soest und Werl bezögen. Weil sich zudem der Schulze geneigt zeigte, einen Kapellenbau zuzulassen, wollte Forstmann Klärung, welcher Ort gemeint sei⁴², und verlangte, den katholischen Gottesdienst solange zu „inhibieren“ (verhindern). Kleve befahl jedoch am 21. September 1703 dem Magistrat, „nach den Religionsrezessen zu verfahren“, man solle sich der Verordnung fügen, Ostönnen im Kreis Hamm sei nicht gemeint⁴³.

Die Katholiken behalfen sich zunächst mit einem Provisorium, nämlich dem Backhaus auf dem Wirtskotten. Hier hatte Catharina Stein Zugriff, und so wurde am 17. Sonntag nach Trinitatis (30. September) 1703 durch den „Decha papo zum erstenmal auf der Apfelbühne Messe gelesen und

38 KG, Ostönnen, KB, Bd. 2, S. 236.

39 Ebd. S. 45

40 StAS, P 700-30.

41 StAS, A Hs 78, S. 39.

42 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (im Folgenden: GSTAPK), I HA Geh. Rat, Rep. 34 Kleve Mark, Nr. 203.

43 StAS, AHs 78, 26. April 1703, S. 39, 16.

vorgepredigt⁴⁴. Als 1705 zwei katholische Ehen geschlossen wurden, nämlich die zwischen Witwe Mawick und dem katholischen Caspar Pentling und zwischen der ältesten Tochter vom Schulzenhof, Anna Elisabeth Stein, und Johann Arnold Grondorff, gab es einen erneuten Vorstoß, denn in einer Beschwerde von Pastor Forstmann, den Gemeindevorstehern und der ganzen Gemeinde Ostönnen wird vorgetragen, dass nach dem Zuzug einiger fremder katholischer Personen wieder von der Gastwirtin Catharina Stein versucht werde, eine katholische Kapelle zu bauen⁴⁵. Man bittet die Regierung zu Kleve, das zu verhindern. Die kommt aber wieder zu dem Ergebnis, dass die katholische Religionsausübung in Ostönnen rechtmäßig sei und man nur sehen müsse, dass die katholischen Geistlichen, Pater Huisken zu Welver und Espenkötter zu Soest, keine Übergriffe in evangelische Parochierechte (Pfarreirechte) versuchten.

Doch der Bau kommt nicht so recht in Gang, denn die Regierung in Kleve sieht sich sogar in der Pflicht, 1706 Richter Arnold Willebrand Schmitz in Soest anzuweisen, mit einem Beauftragten des Fürsten von Pfalz-Neuburg einen Platz auszusuchen. Am 19. Juli 1707 wird Richter Schmitz erneut aufgefordert, die Sache in Güte zu beenden⁴⁶. Darauf erscheint er am 25. August 1707 mit dem pfälzischen Hof- und geistlichen Rat von Wittgenstein in Ostönnen und findet in einem Garten des Patroklistifts einen seiner Meinung nach geeigneten Standort. Diesen Garten hatte Kolon Plattfaut gepachtet und an acht Eingesessene weiterverpachtet. Weil er dafür stolze zehn Reichstaler Pacht einnahm, verweigerte er die Abgabe mit der Begründung, er zahle Steuern davon und trage öffentliche Lasten. Der kurpfälzische Rat drohte ihm jedoch eine Strafe von 25 Goldgulden an, wenn er sich dem Bau widersetzen oder ihn gar demolieren würde. Es wurde dann recht schnell ein leichtes hölzernes Gebäude errichtet, dessen Größe nicht bekannt ist. Sofort kam es zu einer Beschwerde von Pastor Forstmann beim preußischen König, in der es hieß, Seine Majestät habe den Katholiken in Ostönnen und sonderlich der Gastwirtin Catharina Stein einen Kirchenbau genehmigt und dazu 1.000 Reichstaler geschenkt, die Kapelle solle auf dem Garten des Kolon Plattfaut errichtet werden. Man könne sich nicht vorstellen, dass Majestät dulden würde, seinen Untertanen ihr Eigentum zu nehmen, und ebenso wenig, dass Fremde in Preußen befehlen und Strafen aussprechen dürften. Man bat, an einem anderen Ort zu bauen, und führte an, die Gastwirtin und Anstifterin habe selbst Platz genug.

44 KG Ostönnen, KB. Bd. 1, S. 836.

45 GSTAPK, I HA Geh. Rat, Rep. 34 Kleve Mark, Nr. 203.

46 StAS, A Hs 78, S. 50f., auch für das Folgende.

Aber auch der Transfer nach „gemeinen Bauergründen“ wurde vorgeschlagen, da „der Bau nur in einem kleinen hölzernen Hause von 30 Reichstalern Wert bestehe“⁴⁷.

Ob die 1.000 Reichstaler wirklich ausgezahlt wurden, wie von Forstmann vermutet, ist nicht belegt. Vielleicht wollten die Katholiken auch nur Fakten schaffen und behalfen sich als Übergangslösung mit dem leichten hölzernen Gebäude. Die Errichtung eines attraktiven Kapellengebäudes wurde nämlich nach wie vor angestrebt. Aber auch Forstmann und die Gemeinde ließen nicht locker und führten 1709 die Bedeutung der Gärten für die Pächter an, die bei deren Wegnahme „samt Weib und Kindern krepieren“ müssten. Die Regierung in Kleve reagierte und befahl am 27. September 1714, einen alternativen Bauplatz zu suchen, aber zunächst ohne Erfolg.

In die Angelegenheit kam erst Bewegung, als 1719 der Franziskanerpater Gerlach im Dorf auftauchte. Er wohnte beim Schulzen, nannte sich Pastor von Ostönnen und war als Geistlicher tätig⁴⁸. Er trat sofort spektakulär in Erscheinung, als er am 2. November 1719 in Schildheuers Haus den unehelichen Sohn der Wirtin taufte, „der wollüstigen Witwe, Wirtin Clara Stein p. m. Grondorffs Hurensohn [...] von dem eingetrungenen Mönch Gerlach allhie in Schildheurs Hause getauft“⁴⁹. Catharina Stein war an der Taufe ihres Enkels sicher nicht unbeteiligt, denn sie hielt sich 1719 häufig auf Schildheuers Hof auf, obwohl sie überwiegend in Soest lebte: „hält sich nunmehr bei ihrem leiblichen Sohn, Vicario im Münster [St. Patrokli] zu Soest auf, regieret aber noch de facto“⁵⁰. Und ausgerechnet in St. Patrokli wirkte auch der geistliche Vater von Pater Gerlach, Herr Joan Dethmar von Mellin aus Werl, als Kanoniker und Scholastiker, der den Pater als „Missionary et Pastoris“ nach Ostönnen geschickt hatte, um den Kapellenbau voranzubringen⁵¹. Witwe Stein verstand ihr Geschäft!

Offensichtlich wandte sich Pastor Forstmann umgehend an den Preussischen König, denn von dort kam am 22. November 1719 eine Aufforderung an die Klevische Regierung, über die Ostönnener Kirchensache zu berichten und „den Mönch Gerlach, der keine königliche Vocation und Konfirmation habe, näher anzusehen“⁵². Gerlach wurde darauf vom Magistrat gehört und erklärte, dass ihn sein Provinzial (Ordensoberer) nach

47 Ebd., S. 51f.

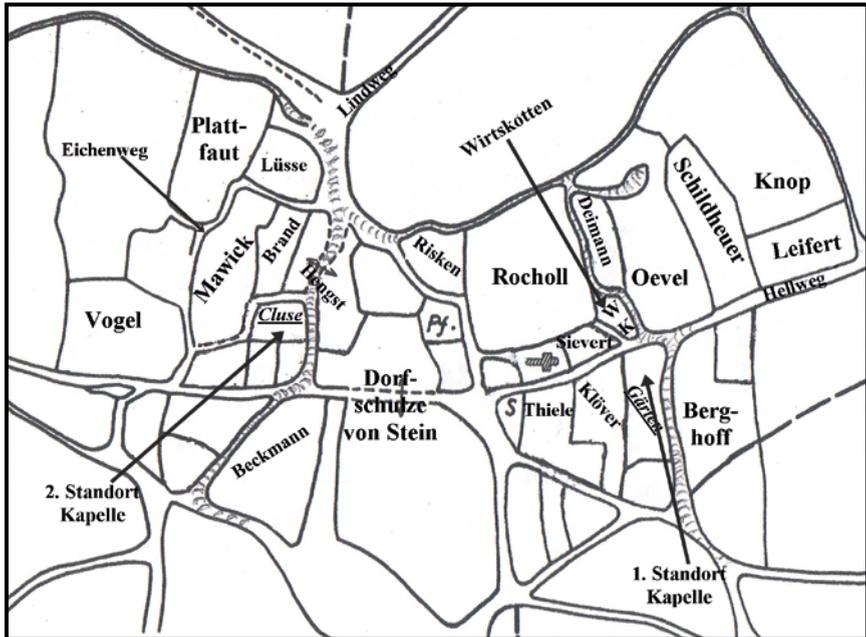
48 Ebd.

49 KG. Ostönnen, KB. Bd. 1, S. 849.

50 KG. Ostönnen, Alte Kirchen-Nachrichten ohne besondere Erheblichkeiten, „Species facti“ von Pastor Johannes Forstmann.

51 KG. Ostönnen, Alte Kirchen-Nachrichten ohne besondere Erheblichkeiten, S. 25, Abschnitt Gerlach.

52 StAS, A Hs 78, S. 43f.



Lageplan von Ostönnen Anfang des 18. Jh. Wichtige Adressen heute: Hellweg ist Alte Heerstraße, Wirtskotten: Alte Heerstraße 16, Schildheuer: Alte Heerstraße 10, Standort der ersten Kapelle: Alte Heerstraße 15, Standort der zweiten Kapelle (Cluse) heute beim Hof Mawick, Dorfschulze: Werler Landstraße (heute Restaurantbetrieb). Bearb. auf Grundlage der Skizze 3 bei Otto Friedrich Timmermann: Lebenswandel einer Gemarkung der Soester Börde seit Beginn des 19. Jh. In: *Westfälische Forschungen* 2 (1939), S. 153–187, hier S. 168

Ostönnen geschickt habe. Er sei dann sofort nach Kleve gereist und habe um einen Platz zum Kirchenbau angehalten. Die Regierung habe ihn in einem Reskript Pastor genannt, darauf habe ihm der Kurpfälzische Rat und Resident Lengell gesagt, wenn die Regierung das Wort Pastor benutze, dürfe er sich auch so nennen. Berufen habe ihn Vikar Mennemann im Namen seiner Mutter sowie Schulze Grondorff als Vorsteher der katholischen Gemeinde und Caspar Mawick als Vorsteher der Kapelle. Mawick erklärte auf Befragen, von einem Vorsteheramt nichts zu wissen, er sei nie zum Vorsteher ernannt worden. Auch Schulze Grondorff sagte aus, nur der Pater nenne ihn Vorsteher, sonst wisse er nichts davon, außer, dass er das Geld empfangen und ausgeben⁵³. Dem Magistrat erschien wohl die Angelegenheit unschlüssig, er ließ nämlich am 25. Mai 1719 den Gottesdienst untersagen, bis die Kapelle fertig gebaut und von Königlicher Majestät jemand zum Gottesdienst zugelassen sei.

53 Ebd.

Gleichwohl beurkundeten die beiden Vorsteher bereits am 14. Juni 1719 vor dem Notar Sebastian Aussel die Berufung von Pater Gerlach zum Pastor in Ostönnen, während die Regierung in Kleve weiterhin den Gottesdienst beim Schulzen erlaubte und diese Entscheidung ausdrücklich dem evangelischen Pastor und Pater Gerlach mitteilen ließ.⁵⁴

Gerlach kümmerte sich mit Nachdruck um die Kapelle. Bei dem Standort auf dem Küsterhof verlangte er eine Einfriedigung des Platzes, bevorzugte aber als Standort einen Garten beim Hof Mawick, den das Kloster Himmelpforten als Erbherr für diesen Zweck zur Verfügung stellen wollte. Mit dem Garten ist die Cluse⁵⁵ oder der sogenannte wüste Hof gemeint.

Weil auch die Kirche Anspruch auf den Platz erhob, hielt Pastor Forstmann mit Verweis auf einen Rechtsstreit dagegen. Der Garten wurde von Mawick genutzt, der ihn zu seinem Hof ziehen wollte. Er hatte Einwendungen gegen die Umnutzung, weil er Steuern und Abgaben leistete und nicht alle „onera“ (Belastungen) tragen wollte, wenn ihm der Garten weggenommen würde⁵⁶. Jetzt schaltete sich die Äbtissin von St. Cäcilien in Köln ein und teilte mit, dass von einem Garten, den „Mawick in Ostönnen in Gewinn hat, ein Platz zum Kirchenbau ausgewiesen werden soll“. Am 3. November 1719 schrieb die klevische Regierung dem Soester Magistrat, der Bau sei zu genehmigen, da das Kloster sich zur „Abführung der Steuern und anderen Lasten bei dem Rat verweisen werde“. In der Tat verbürgte sich die Äbtissin, bisher gezahlten Steuern und Lasten weiterhin zu tragen⁵⁷. Am 8. Dezember 1719 bestimmte Kleve, dass „Magistratus dem Bau der Kapelle nicht weitere Hindernisse in den Weg legen solle“. Darauf wurde das Holzgebäude auf die „Cluse“ versetzt. Wie Forstmann lange gefordert hatte, war Plattfauts Garten wieder frei, gleichwohl wurde er beim Magistrat vorstellig und verlangte, die Kapelle zu schließen und den Gottesdienst zu verbieten. Er begründete seine Forderung mit einer langen Beschwerdeliste⁵⁸: Gerlach tue, was er wolle, die Katholiken wollten nicht nur die Kapelle bauen und Messe lesen, sondern auch „jurium emolumentum“ (Gebühren) vor Ort erheben; er, Forstmann, habe nur ein geringes Einkommen von 20 Stüber, einige Morgen Land zur Abnutzung und die

54 Ebd., S. 42.

55 Koske (wie Anm. 21), S. 521: „NB daß vor diesem auf den Wüsten Hofen ein Gebäu soll gestanden haben, die Cluse genannt, worin einige gewohnet, so das dazugehörige Land, als 2 M. aufm HERNBRINCK und ½ M. unter diesen zweien Morgen gelegen (welchen jedoch Mawick jetzo gebraucht und zum Hofe präntendiret), ad dies vitae haben gebrauchen sollen, nach deren Tode aber soll dasselbe an die Kirche verfallen sein.“

56 StAS, A Hs 78, S. 42.

57 Ebd.

58 Ebd., S. 45-47.

Accidentien (Gebühren) von Heiraten, Taufen und Leichenpredigten. Jetzt wolle der Mönch ihm ein Teil seines Einkommens nehmen, obwohl der sich durch seine Klosterrente ernähren könne und sogar dem Schulzen einen Teil der Kollekte gönne. Gerlach sei in Strafe zu setzen, da er ohne Berufung „Jura exercit“ (Gebühren erhebt). Obgleich dem Magistrat die Aufsicht über geistliche Sachen zustehe, habe Pater Gerlach eine Glocke vom Kloster Himmelpforten geholt, um sie „an die Kapellenpföste zu hängen“ und damit die Dienstleute morgens, mittags und abends zu rufen. Er betonte weiter, die Evangelischen hätten auf den Religionsfrieden gesetzt, die Papisten nur auf eigene Interessen. Überhaupt litten lutherische Bauern an ihren katholischen Grundherren, und zwischen kölnischen und lutherischen Bauern in Ostönnen⁵⁹ und Meiningsen seien Grenzstreitigkeiten entstanden, die Gerlach veranlasst habe, und der katholische Schulze habe kein Interesse, die streitige Grenze zu behaupten.

Eine Reaktion auf die Beschwerdeliste liegt nicht vor, aber der Bau eines ansehnlicheren Gebäudes zog sich hin. Ein Grund war sicher der Tod von Catharina Stein am 22. März 1722⁶⁰. Es muss auch ständig zu weiteren Gegenvorstellungen der Kirchenvorsteher und Forstmanns gegen den Kapellenbau gekommen sein, denn das Geistliche Departement zu Berlin forderte die Regierung zu Kleve am 23. September 1724 auf, zu einer Beschwerde des Kurfürsten zu Köln zugunsten der Katholiken zu Ostönnen Stellung zu nehmen. Erneut wurde ein solches Reskript am 31. Dezember 1725 nach Kleve gerichtet, da sich der Kurfürst von Köln wiederum im Namen des römisch-katholischen Predigers und seiner Gemeinde zu „Ostönnen Soestischer Börde“ gegen den dortigen evangelischen Prediger beschwert hatte, da dieser den Katholiken die öffentliche Religionsausübung und die Erbauung einer neuen Kirche zu „sperren“ suche. Berlin erwartete von Kleve ein Antwortkonzept, „in welchem aber den Catholischen nichts eingeräumt werden muß, wozu sie nicht sonst zureichend berechtiget“ sind. Wie 1724 ist aber auch 1725 oder 1726 ein entsprechender Bericht der Regierung zu Kleve zu den Ostönnener Angelegenheiten nicht zu den Akten gekommen⁶¹.

Doch dann kam die Wende, und zwar ausgerechnet von Kleve! Kleve teilte dem Soester Rat am 4. Juni 1733 mit, die Regierung in Düsseldorf und der kurpfälzische Resident Lengell hätten ersucht, die katholische Kirche „zu Stande“ zu bringen. Kleve war bei Nachprüfungen jedoch da-

59 Stadtarchiv Werl, Amtsarchiv, Abt. Q Nr. A/3 Kasten 187: Grenzstreitigkeiten zwischen den Eingesessenen zu Sieveringhausen und den märkischen Eingesessenen zu Ostönnen, 1720–1729 (wegen Nutzung einer Mergelkuhle).

60 KG. Ostönnen. KB. Bd. 1, S. 852

61 GSTAPK, I HA Geh. Rat, Rep. 34 Kleve Mark, Nr. 203.

rauf gestoßen, dass die katholische Seite bereits 1682 in der Religionskonferenz zu Rheinberg⁶² zugunsten der Gotteshäuser in Welper und auf dem adeligen Haus Crange auf Ostönnen verzichtet hatte⁶³. Den Katholiken war nämlich bereits damals auf eigenen Wunsch zugestanden worden, das Ostönnener „Exercitium Publicum nach Welper oder dem adeligen Haus Crange, dem von Rump gehörigen, zu verlegen und eine Kapelle oder Kirche zu bauen“⁶⁴. Welper und Haus Crange konnten mit selbst finanzierten ansehnlichen Gotteshäusern aufwarten, und die katholische Partei hatte damit mehr erreicht, als ihr im Religionsvergleich 1672 zugestanden worden war. Die kümmerliche Ostönnener Kapelle konnte da nicht mithalten, und als Kleve beim Rat nach der Bedeutung des katholischen Gottesdienstes für Ostönnen anfragte, bezog der eindeutig Position und teilte klar und deutlich mit, Kapelle und Gottesdienst seien in Ostönnen unnötig und nicht erforderlich. Der Rat betonte, er sei damals bei dem Rezess nicht gehört worden, bediente sich jetzt auch der Forstmannschen Verwechslungstheorie mit Osttünnen und argumentierte, selbst wenn Ostönnen in der Börde gemeint sei, müsse es jetzt doch entfallen, denn nach dem Rheinberger Beschluss sei den Katholiken gestattet worden, dass Exerzitium von Ostönnen nach Welper oder dem von Rump zu verlegen und da eine Kirche zu bauen. Exerzitien würden sowohl in Welper als auch bei von Rump auf Haus Crange gefeiert und das sei doch schon mehr als zugestanden.⁶⁵

Die Klevische Regierung brauchte dann doch noch einige Zeit, bis am 5. März 1736 der Rat angewiesen wurde, den katholischen Gottesdienst in Ostönnen zu beenden, weil den Katholischen gestattet worden sei, zwischen Ostönnen und Haus Crange zu wählen, und sie hätten sich eindeutig für Haus Crange entschieden, nämlich „Exercitium religionis auf dem Haus Crange bei dem von Rump gehalten“, und da auch der Magistrat sich eindeutig für Haus Crange ausgesprochen habe, „so müsste er das Exercitium zu Ostönnen wegsetzen“⁶⁶ und „Ostönnen inhibiren“. Pastor Forstmann machte sofort Druck beim Hofrat Schmitz, indem er vortrug,

62 StAS, A Hs 78, S. 54. Die von Vorwerck abgeschriebene Quelle nennt „Rheinbeck“ als Tagungsort und 1683 als Jahr. Tatsächlich wurde der Religionsrezess am 7. März 1682 in Rheinberg beschlossen, vgl. Hansgeorg Molitor: Das Erzbistum Köln im Zeitalter der Glaubenskämpfe 1515–1688 (Geschichte des Erzbistums Köln, Bd. 3). Köln 2008, S. 112, Anmerkung 187.

63 Haus Crange, eine ehemalige Wasserburg nordwestlich von Herne, besaß eine 1449 geweihte Laurentiuskapelle. Die Familie von Rump erwarb das Wasserschloss im Jahr 1637, 1761 brannte das Gebäude ab, die Kapelle wurde 1873 abgebrochen: https://de.wikipedia.org/wiki/Haus_Crange, zuletzt aufgerufen am 11.10.2016.

64 StAS, A Hs 78, S. 54.

65 Ebd.

66 Ebd.

mit dem Wort „inhibiren“ sei die Wegräumung des „statt einer Kapelle errichteten Gebäudes“ zu verstehen, daher „haben Sie die Kapelle ganz wegzuräumen“⁶⁷. Hofrat Schmitz reagierte erstaunlich schnell und befahl am 23. April 1736 den Abbruch binnen acht Tagen. Vogt Paschal⁶⁸ überbrachte den katholischen Vorstehern in Ostönnen die Anordnung. Der Einfachheit halber verkauften am 2. Mai 1736 Schulze Grondorff und Mawick das Gebäude für 14 Reichstaler an den Vogt. Der ließ es wegräumen und nach Soest fahren. Der Wert des Gebäudes hielt sich in der Tat in Grenzen. Die katholische Kapelle in Ostönnen war Geschichte.

Weitere Konflikte

Nachdem für die Katholiken Kapelle und Gottesdienst zunächst gesichert waren, strebten sie auch die „jura parochialia“ (Pfarreirechte) an. Dazu muss man wissen, dass die Ostöninger Katholiken als Mitglieder der evangelischen Gemeinde betrachtet wurden, der evangelische Pastor durfte sie taufen, Hochzeiten abkündigen, trauen und beerdigen. Nach dem Religionsvergleich von 1672 benötigten Katholiken, die sich in eine andere Gemeinde verheiraten wollten, die Erlaubnis des evangelischen Pfarrers, der ihnen dazu einen gebührenpflichtigen „Loßbrief“ ausstellte. Mit einer eigenen Pfarrei könnte man Taufen, Hochzeiten und Beerdigungen eigenständig durchführen und Gebühren davon erheben, allerdings zulasten des evangelischen Pfarrers. Das waren schlechte Aussichten für Pastor Forstmann, die nächsten Konflikte waren programmiert. Aber hier konnte er sich auf Unterstützung von höchster Stelle verlassen, hieß es doch vom preußischen König, den Römisch-Katholischen seien zwar Freiheiten des Gottesdienstes aus allerhöchster Gnade zugestanden, gleichwohl solle aber das Einkommen der evangelischen Prediger nicht angetastet werden.

Daher achteten die Stadt Soest und das geistliche Ministerium sehr genau darauf, das Einkommen der evangelischen Pfarreien in Stadt und Börde zu sichern. Sie waren auch sofort zur Stelle, als sich Dechant von Sassen am 21. Oktober 1705 auf den Religionsvergleich von 1672 berief und in seiner Eigenschaft als „Pfälzischer Religions Commissarius“ bekannt machte, die Katholiken in Ostönnen sollten sich von keinem anderen „proclamieren, copulieren und taufen“ lassen als durch einen von

67 Ebd., S. 55.

68 Diekmann (wie Anm. 5), S. 37f. Der Vogt war ein städtischer Bediensteter, Vogt Paschal war in der Oberbörde zuständig, Bördevägte hatten Befehle des Rats und einzelner Herren auszuführen, vor allem den Hausleuten in der Börde Anordnungen und Aufträge des Rates zu übermitteln.

ihm bestimmten „Substituten“⁶⁹. Er versprach diesem noch, ihn vor jedem daraus möglicherweise entstehenden Schaden zu schützen, auch seien sie den evangelischen Predigern keine Gebühren schuldig. Der in Ostönnen eingesetzte katholische „Substitut“ gab darauf sofort die bevorstehende Hochzeit der Witwe Mawick bekannt und brachte prompt die evangelische Seite gegen sich auf.

Die Regierung in Kleve reagierte umgehend und beauftragte bereits am 23. November 1705 den Soester Magistrat, den Dechanten zu vernehmen, den in Ostönnen tätigen Prediger abzusetzen und ihn mit einer Geldstrafe zu belegen, „der vom Dechanten zu Ungebühr substituierte Pastor soll wegen getaner Proklamation 100 Goldgulden Brüchte [Strafe] zahlen, die, wenn er nicht zahlungsfähig ist, vom Dechanten einzuziehen seien“. Nach einem Vermerk im Ostönnener Kirchenbuch bezahlte der Dechant die Strafe tatsächlich⁷⁰. Witwe Mawick wurde als Beteiligte ebenfalls mit 25 Goldgulden Strafe belegt. Der Rat gab ihr noch vor, sie dürfe sich nur nach einer weiteren Verordnung verheiraten, bei Missachtung der Vorgabe drohten weitere 100 Goldgulden Strafe. Sie war wohl zunächst eingeschüchtert und fragte Pastor Forstmann um Rat. Der bot ihr an, sie mit Zustimmung des Magistrats am nächsten Sonntag dreimal zu proklamieren und sie dann sofort am Montag zu verheiraten. Doch sie schlug das Angebot aus und ließ sich in St. Patrokli trauen⁷¹. Der Dechant, Witwe Mawick und der katholische Geistliche wurden vom Rat zu dem Vorgang vernommen, und nachdem der Geistliche die Heiratszeremonie zugegeben hatte, wurde die Strafe am 12. Februar 1706 bestätigt⁷². Bereits zwei Tage später folgte der Befehl zur Eintreibung.

Die Stadt Soest fühlte sich obenauf und ließ den Dechanten spüren, dass er seine Befugnisse überschritten und die Rechte der Stadt angegriffen hatte. In der Börde stand nämlich der Stadt das Kirchenregiment zu. Der Rat war an der Besetzung der Pfarrstellen umfassend beteiligt. Die Pfarrer wurden unter seiner Aufsicht gewählt, nach erfolgter Wahl bestätigt und in ihr Amt eingeführt⁷³. Ebenso wenig durfte der Dechant Pfarrhandlungen anordnen, so wurde ihm vorgehalten, „wie er sich getraue diese Proclamation in S. Majestät Länder zu justifizieren“, denn den Ostönnener Katholiken sei nur das „Exercitium Religionis“ (Feier des Gottesdienstes) zugestanden, während das „jus patronatus“ (das Recht, einen Pastor einzusetzen)

69 StAS, A Hs 78, S. 40, 21. Okt. 1705.

70 KG, Ostönnen, KB. Bd. 1, S. 836.

71 StAS, A Hs 78, S. 41.

72 Ebd.

73 Diekmann (wie Anm. 5), S. 87f.

nicht gegeben sei⁷⁴. Nach dem Religionsvergleich von 1672 war zwar den Katholiken erlaubt, im nächsten benachbarten (katholischen) Ort zu taufen, „ohne dem Pastor loci Jura Stolae dafür zu schulden“. Der Rat bestand für Ostönnen jedoch auf Zahlung der Gebühren und berief sich in seiner Begründung darauf, dass 1672 keine Katholiken in Ostönnen gewohnt hätten. Die hätten sich erst später auf evangelischen Höfen festgesetzt, und „Königliche Majestät werde nimmer zugeben, dass hiesige evangelische Gemeinde durch das Eindringen der römisch katholischen auf die mit Evangelischen besetzten Colonien ruiniert werde“⁷⁵.

Der kurpfälzische Rat und Resident Lengell klagte dagegen vor der klevischen Regierung, die nachgab und am 9. Oktober 1719 verfügte, dass sich Katholiken in Ostönnen durch den katholischen Pastor proklamieren lassen könnten⁷⁶. Der Rat blieb gleichwohl fest und gab am 24. Januar bekannt, dass nach einer „Königlichen Allergnädigsten Dispensation“ zwar die Proklamation und Heirat durch katholische Geistliche „allhier geschehen möge“, er lasse es „billig dabei bewenden, dieweil aber vermöge allergnädigsten Reglements dem Magistrat befohlen, dass derselbe die evangelischen Prediger in solchen Fällen ihren juribus Stolae ohne Abgang schützen solle, wird dem Gegenteil [den Katholiken] hiermit injungiert [zur Pflicht gemacht], selbige ohnweigerlich zu entrichten“⁷⁷. Die katholische Seite ließ ebenfalls nicht locker und schaltete 1728 erneut die Regierung in Kleve ein. Der Magistrat fühlte sich sicher und wehrte lakonisch ab: Die Regierung in Kleve einzuschalten, müsse er geschehen lassen, es sei jedoch ausdrücklich befohlen, dass den evangelischen Predigern nichts abgehen solle. Da, wo „Bauerngüter, welche sonst lutherisch bewohnt, mit Catholischen besetzt und die Gemeine also beschwächet worden Pastori-bus nichts abgehen soll“. Das Einkommen des evangelischen Predigers war gesichert! Die „Beläutung der Todten und dergleichen Ceremonien“ wurden ebenfalls reguliert⁷⁸. Bei katholischen Beerdigungen findet sich im Buch der Verstorbenen immer wieder der Zusatz „nicht beläutet worden“.

Obwohl die Bewohner der vier katholischen Höfe bei Eheschließungen und Taufen St. Patrokli aufsuchten, wurden die Gebühren an den Ostönnener Pfarrer entrichtet, denn im Ostönnener Kirchenbuch ist jeweils der Zusatz „Jura Stolae bekommen“ notiert. Da nicht alle eingetragen sind,

74 StAS, A Hs 78, S. 40, 23. Nov. 1705.

75 KG. Ostönnen, Alte Kirchen-Nachrichten ohne besondere Erheblichkeiten, Pastor Forstmann contra Schulze Henning.

76 StAS, A Hs 78, S. 42.

77 KG. Ostönnen, Alte Kirchen-Nachrichten ohne besondere Erheblichkeiten, Pastor Forstmann contra Schulze Henning.

78 Ebd.

muss offen bleiben, ob immer gezahlt wurde. Die wohlhabenden Ostönnener Katholiken konnten sich die Zahlungen an zwei Pfarrer leisten, während Tagelöhner und Gesinde damit überfordert waren und beim evangelischen Pfarrer in Ostönnen blieben. Spannungen traten immer wieder auf, wie am 19. März 1728, als bei der Beisetzung des katholischen Wirts Othmar Henning Tätlichkeiten drohten, da die „Lämmersche von Röllingsen einen Tumult erwecket und wär bald zwischen ihr und den Römisch Catholischen Leichenbegleitern ein Blut=Bad vorget. v. Speciem Facti“⁷⁹. Die Gründe und eine nähere Beschreibung liegen nicht vor.

Im Jahr 1736 hatte die katholische Bewegung mit dem Abbruch der Kapelle ihren Höhepunkt überschritten. Die Protestanten fühlten sich bestätigt, Pastor Johannes Forstmann erschien am 12. November 1736 selbstsicher im Rathaus und beschwerte sich, weil der Pastor im Münster (Patrokli) unerlaubt Mawicks Kind getauft hatte. Der Stadtsekretär Marquard protokollierte den Vorgang und sicherte Abhilfe zu. Ein begründeter Anlass für Forstmanns Vorgehen ist nicht bekannt, denn die Katholiken taufte auch nachher weiter unbehelligt in St. Patrokli. Forstmann hatte wohl seine Loyalität abgelegt, wenn sie überhaupt vorhanden war. So führte er auch Hetzkampagnen gegen die Katholiken: „haben die armen blinden Leute sich unterstanden mitten durchs Dorf an der Kirche vorbei nach Soest zum Münster zulaufen“, und noch deutlicher: „diß Pöbel Volck durch den Lind- und Marckebirksweg“ heimlich nach Soest gelaufen, „aus Furcht, die Weiber möchten ihnen das Kind abnehmen“⁸⁰. Die katholische Seite wurde permanent unter Druck gehalten, wie auch schon 1720 mit der Klage der Ostönnener Bauernschaft gegen die Witwe Stein und den Schulzen. Man warf dem Schulzen vor, er habe seinen Anteil an der Schafherde des Dorfes überzogen. Weiter wurde ihm vorgehalten, er gewähre dem Schweinehirten und seinem Gehilfen nicht in dem festgelegten Umfang Kost und Logis. Witwe Stein versprach Abhilfe⁸¹. Zu einem weiteren Konflikt zwischen der Bauernschaft und dem Schulzen sowie dessen Erbherren, Hofrat Schmitz, kam es 1725 wegen der Errichtung eines neuen Wohnhauses auf dem Schulzenhof. Die Bauernschaft wollte den Bau nur zulassen, wenn später ein Evangelischer darin wohnen würde: „Wenn der jetzige Schulze verstorben, kein Katholischer, sondern ein evangelisch Lutherischer darin wohnen solle“. Unterschrieben wurde die Vereinbarung von Pastor Forstmann, Plattfaut, Lüsse und dem katholischen Mawick⁸²!

79 KG. Ostönnen, KB. Bd. 1, S. 860.

80 Ebd., S. 872.

81 StAS, P 700-30.

82 KG. Ostönnen, Alte Kirchen-Nachrichten ohne besondere Erheblichkeiten, Abschnitt

Zu einem langwierigen Konflikt kam es 1747 mit Philipp Henning aus Westönnen, der am 24. Juni 1740 die Hoferbin Margarete Schulze Grondorff ohne Loßbrief in Westönnen heiratete und Colon auf dem Schulzenhof wurde. Ob Gebühren gezahlt oder Sanktionen verhängt wurden, ist nicht hinterlegt, aber der Hinweis auf ein königliches Edikt vom 15. Juli 1731, das Trauungen außerhalb des Landes untersagte⁸³. Henning zeigte sich zwar zunächst kooperativ, verweigerte aber schon bald dem evangelischen Prediger Sachleistungen in Form einer jährlichen Holzfuhr sowie die Entrichtung von Taufgebühren. Weil Mahnungen nicht fruchteten, kam es zum Streit, bei dem Forstmann vom geistlichen Ministerium unterstützt wurde. Zur jährlichen Holzfuhr war jeder Dorfbewohner, der Pferde hatte, verpflichtet. Schulze Henning wollte jedoch als Katholik diese Leistung nicht erbringen. Immerhin war das Brandholz aus dem Arnsberger Wald zu holen, wie es hieß, „eine von unendlichen Jahren hergebrachte Observanz“⁸⁴. Von der Regierung in Kleve wurde Henning zum Jahresende 1747 mit der Begründung verpflichtet, die jährliche Fuhr sei nicht an eine evangelische oder katholische Person gebunden, sondern an den Hof. Auch bezüglich der Taufgebühren wurde Forstmann bestätigt, dass nämlich Amtshandlungen der Ostönnener Katholiken außerhalb der Ostönnener Parochie nur mit Wissen und Zustimmung des evangelischen Pastors durchgeführt werden dürften und dass „Juribus Stolae von römisch katholischen Eingepfarrten sowohl als [von] evangelisch lutherischen [den] Evangelischen Predigern in den Dörfern der Soester Börde entrichtet werden müssen“, und „dieses von Zeit der Reformation her also wirklich geschehen“. Die Auseinandersetzung wurde als Muster behandelt, denn das geistliche Ministerium legte die entstandenen Kosten in Höhe von 37 Reichstalern und 54 Stübern auf die sechs Stadt- und die zehn Bördegemeinden um⁸⁵.

Der Druck auf die Katholiken blieb, auch von höchster Stelle. Als sich das geistliche Ministerium beim preußischen König beklagte, dass in der Soester Börde katholische Erbherrn und Klöster versuchten, unter „Zurücksetzung der Evangelischen ihre Bauernhöfe Catholisch zu besetzen“, wurde am 12. Dezember 1726 der klevischen Regierung vorgegeben, darauf zu achten, die Evangelischen auf den Höfen zu halten, zumindest aber zu verhindern, dass „die Römisch-Catholischen sich weiter ausbreiten und

Forstmann contra Schulze Henning.

83 KG. Ostönnen, KB. Bd. 1, S. 874.

84 Johann Suibert Seibert: Landes und Rechtsgeschichte des Herzogthums Westfalen. Bd. 3, Arnsberg 1864, S. 549f.

85 KG. Ostönnen, Alte Kirchen-Nachrichten ohne besondere Erheblichkeiten, Abschnitt Forstmann contra Schulze Henning.

unsere Evangelischen Unterthanen vertreiben mögen“⁸⁶. Im Februar 1727 wurde die Regierung erneut angehalten, darauf zu achten, dass evangelische Untertanen „durch Practiquen und Intrigen nicht vertrieben und per indirectum mit der Zeit gar ausgerottet werden“, gleichzeitig wurde jedoch eingeschränkt: „ohne den Römisch Catholischen einiges Beschwer zuzufügen“. Berlin gab vor, „auf Mittel bedacht zu sein, wie diesem Unwesen am besten vorzubeugen“ sei und die vorher mit Evangelischen besetzten Höfe auch bei den „Evangelischen conserviert und deren Anwachs befördert werden möge“. Das blieb auch in Ostönnen nicht unbekannt, denn den Katholiken wurde immer wieder vorgehalten, sie seien ja nur vorübergehend geduldet, und die Höfe ständen eigentlich den Protestanten zu. Gewalttätigkeiten sind nicht bekannt, ihnen sollte ja kein „Beschwer“ zugefügt werden. Die Akte wegen Schildheuers Hof ist beispielhaft. Die mittellosen evangelischen Nachkommen vom Hof Schildheuer, die bezüglich Beschwerden und Rechtsgeschäften auf Unterstützung angewiesen waren, führten mehrfach Prozesse und traten mit Beschwerden an den preußischen König heran, weil sie „auf allerhand weise betrübet und unter allerhand Practiquen vom Hof vertrieben“. In den Verfahren⁸⁷ wird dieser Punkt mehrfach angesprochen und über den oder die finanziellen Helfer gerätselt. Die Ostönnner Bauernschaft und das geistliche Ministerium werden zwar nicht genannt, es lässt sich aber unschwer erahnen, dass sie Schildheuers Kinder verlässlich zur Seite standen. Die Angelegenheit Schildheuer zog sich über Jahre hin. Forstmann nutzte jede Gelegenheit, darauf zu verweisen, „dass Kurfürstliche Durchlaucht Friedrich Wilhelm von Brandenburg verordnet habe, daß, wo evangelische Hausleute versterben auch dieselben wieder mit evangelischen sollten besetzt werden“.

Die Protestanten hielten so den Druck auf die Katholiken hoch. Wahrscheinlich hat einer nach dem andern resigniert. Nähere Begründungen zu ihrem Rückzug liegen nicht vor.

86 StAS, P 700-30.

87 Ebd.

KIRA RASSENHÖVEL

EINE BISHER UNBEKANNTE SOEST-ANSICHT

Beim „Privilegierten Zittau’schen Monatlichen Tage-Buch“ handelt es sich um eine Zeitschrift, die von 1789 bis 1813 monatlich in Zittau herauskam und mehr oder weniger aktuell über politische und militärische Ereignisse in ganz Europa sowie über „merkwürdige Todes- und Unglücksfälle“ berichtete und die sich Ende des 18. Jahrhunderts durch ihre Beiträge zur Oberlausitzer Regionalgeschichte einer vergleichsweise großen Leserschaft erfreute. Das auch unter dem Namen „Zittausches topographisch-biographisch-historisches monatliches Tagebuch“ bekannte Monatsheft wurde von dem Theologen, Schriftsteller und Komponisten Gotthelf Benjamin Flaschner (* 21.12.1761 in Oberullersdorf, † 12.5.1836 in Böhla bei Ortrand) herausgegeben, bis 1796 zusammen mit Jacob Friedrich Neumann (deswegen auch im Volksmund teilweise „Neumannsches Tagebuch“ genannt). Diese über ein eigenes, weitläufiges Botennetz verteilte Zeitschrift berichtete unter anderem über die Ereignisse und Ideen der Französischen Revolution und stellte somit für die am Sächsischen Bauernaufstand 1790 beteiligten Bauern eine wichtige Informationsquelle dar. Flaschner publizierte darin neben den Schriften zur Französischen Revolution und über den französischen König Ludwig XVI. auch zahlreiche eigene Abhandlungen, etwa über die Türkenkriege. Zudem veröffentlichte er in kleineren Magazinen auch einzelne Lieder oder weitere Aufsätze zu verschiedenen Themen. Flaschner redigierte die Zeitschrift bis zu seinem Weggang aus Zittau im Jahr 1813¹.

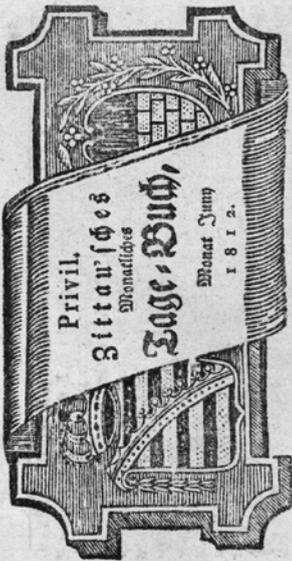
Charakteristisch für das „Privilegierte Zittau’sche Monatliche Tage-Buch“ sind vor allem die Kupferstiche, welche die Titelblätter jeder Ausgabe zieren. Diese sind immer aufgeteilt in zwei Bildhälften, mit einer Stadtansicht oben und einer moralisierenden Szene unten, mitunter auch mit einem Wappen einer adligen Familie in der Mitte, welche jedoch nicht zwangsläufig etwas mit der Stadt in der Ansicht zu tun haben muss. Städ-

1 Hagen Schönrich, Art. Flaschner (seit 1812 Flaschner von Ruhberg), Gotthelf Benjamin, in: Sächsische Biografie, hrsg. v. Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e. V., bearb. v. Martina Schattkowsky, Online-Ausgabe: <http://www.isgv.de/saebi> (zuletzt aufgerufen am 5.1.2016).

te, die in diesen Stichen abgebildet werden, sind beispielsweise Dornburg, Hochkirchen, Schweinfurt oder Soest. Zu den Kupferstichen findet sich dann meist eine Geschichte, die wahr oder erdacht sein kann, außerdem eine Beschreibung der adligen Familie, deren Wappen im Bild zu sehen ist. Über den Zweck oder die Sinnhaftigkeit der abgedruckten Geschichten lässt sich zweifellos streiten. So meint etwa die „Berlinische Monatschrift“ vom Februar 1806: „Der Inhalt der Blätter ist so unbedeutend und kläglich als die Kupfer, einigen Nutzen mögen noch die eingedruckten Beschreibungen adliger Familien haben. Gleichwohl wurden von dieser elenden Zeitschrift an 8000 Exemplare vor einiger Zeit abgesetzt, und werden es vielleicht noch. Sie verdient also schon deshalb Erwähnung, und auch wegen ihrer naiven Ungereimtheit.“² Verzeichnet ist das Zittau'sche Tagebuch darüber hinaus auch in der „Lausizischen Monatschrift“ von 1797 sowie im Register für Zeitungs- und Zeitschriftentitel von Gert Hagelweide³.

Die abgebildete anonyme Ansicht von Soest findet sich in der Ausgabe des Zittau'schen Tagebuchs von Juni 1812. Sie wird weder in der Auflistung der Soester Stadtansichten von Hubertus Schwartz⁴ noch in „Westfalia Picta“, der Erfassung westfälischer Ortsansichten vor 1900⁵, genannt. Unterhalb der Stadtansicht findet sich die Darstellung eines Glückspilzes, also ein moralisierendes Bild, von dem nicht ganz klar ist, ob es Bezug auf den Inhalt der Zeitschrift nehmen soll. Zwischen den Bildern befindet sich das Wappen der adligen Familie von Rath, welche allerdings nicht in Relation zu den anderen Bildern zu stehen scheint. Diese Ausgabe des Zittau'schen Tagebuchs umfasst insgesamt acht Kapitel, im dritten unter der Überschrift „Curieuse und politische Geschichte“ findet sich eine kurze Beschreibung der Stadt Soest, außerdem eine etwas ausführlichere Darstellung der Familiengeschichte Rath sowie einige politische Geschichten, etwa über das französische Dekret vom 4. Mai 1812 „zum Befehl der freien Zirkulation des Getreides und des Mehls in allen Departements des Kaiserreichs“. Was die Beschreibung von Soest betrifft, so werden

-
- 2 O.: Zittausches Monatliches Tagebuch. In: Berlinische Monatsschrift (1783–1811) 2, 1806, hrsg. von F. Gedike und J. E. Biester, Berlin. S.23–25 (<http://www.ub.uni-bielefeld.de/diglib/aufkl/browse/berlmon/21806.html>, zuletzt aufgerufen am 05.09.2016).
 - 3 Gert Hagelweide (Bearb.): Literatur zur deutschsprachigen Presse. Eine Bibliographie von den Anfängen bis 1970; Bd. 20: Zeitungs- und Zeitschriftentitel-Register, Register der Drucker und Verleger, Verzeichnis der Druck-, Verlags- und Vertriebsorte, Gesamtinhaltsverzeichnis. München 2007.
 - 4 Hubertus Schwartz: Soest in seinen Denkmälern. Bd. 1: Profane Denkmäler. Soest 1955, S. 46–68.
 - 5 Jochen Luckhardt (Hrsg.): Westfalia Picta. Erfassung westf. Ortsansichten vor 1900. Bd. 4: Kreis Soest, Kreis Unna, Stadt Hamm. Bielefeld 1989.

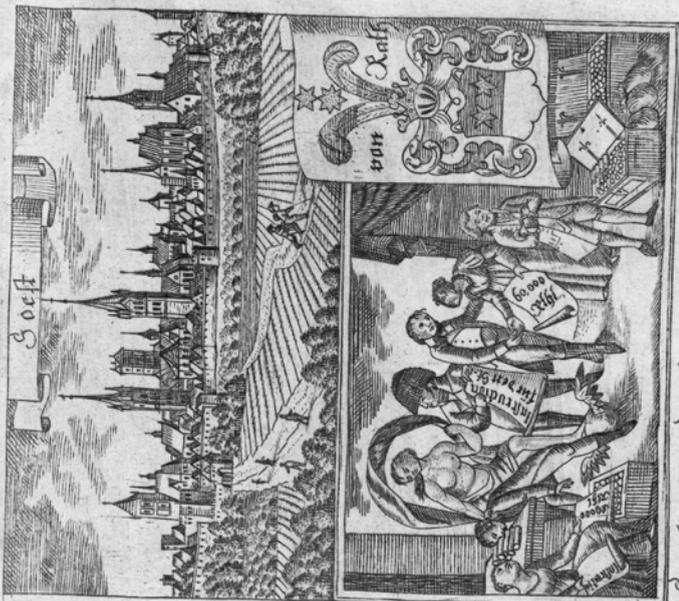


I. Deutsche u. Südliche Kriegs- u. Friedens-Nachrichten

Der russische Oberbefehlshaber der Donau-Armee, Graf Sutasow, hat in Bezug auf die unter seinem Befehle stehende Armee ausgegebene Vollmacht, und zwar in so einem Umfange erhalten, wie sie wohl schwerlich je ein russischer General erhalten haben dürfte. Er kann Generale und Oberoffiziere, ohne Ansehung, nach Willkür, degradiren; über Leben und Tod sprechen; Offiziere bis zur Charge eines Capitains befördern; den St. Georgsorden vierter Klasse St. Annen Orden zweiter und dritter, und St. Wladimir Dren dritter Klasse erhalten, u. s. w. Der General Graf Woronow und der Kriegsgouverneur Generalmajor Wachtmeyer commandiren die Grenadier Bataillone bei der Westarmee als Divisionschefs. Die Dienststellungen bei der Armee von vier abweichenden Offizieren, sind ihm noch ununterbrochen statt, so wie die durchmährige russischer Krieger, durch Peterburg. So marschirte noch im März durch diese Kaiserstadt ein Dolmetscher Regiment. (*) Am Deutep. (**) hat sich eine bedeutende russische Armee zusammengezogen, und eine noch stärkere ist

(*) Die Dohr'schen Soldaten bestehn aus 80 Regimentern, wovon jedes 500 Mann stark ist; die Schuganow'schen aus 1 Regimentern, von 10 Schwadronen; die Busch'schen aus 3 Regimentern, jedes 500 Mann stark; die vom schwedischen Heere stammenden 5468 Mann und die Uraff'schen formiren ein Corps von 7380 Reitern.

(**) Ein großer sibirischer Fluß, der im asiatischen Gebirge in Rußland entspringt. Er fließet zwischen von West nach Ost, durchläuft die Ukraine und stößt bei Dejatlow ins schwarze Meer.



Hier sorgt das Glück für eines seiner Kinder
 Kath's Geld Weib ihm auf
 und läßt den dummen, ungeschickten Sünden
 Gar mit der Nase drauf

lediglich wenige Angaben über Lage, Größe und Einwohnerzahl sowie einige allgemeine Informationen gegeben. Die Stadt wird vor allem durch ihren berühmten Kornhandel aus der Soester Börde und durch ihre vielen Kirchen charakterisiert. Auch wird betont, dass die frühere Hansestadt viel von ihrem Reichtum und ihrer Schönheit aufgrund von Kriegen und Brandschäden einbüßen musste.

Die Stadtansicht Soests zeigt die Südseite der Stadt hinter Wiesen und Feldern, auf denen Ernte betrieben wird. Davon abgetrennt wird die Stadt durch ihre Mauer mit mehreren Türmen und Befestigungsanlagen. Von den Soester Stadttoren wird nur ein einziges auf der linken Seite abgebildet, vermutlich das Jakobitor. Zweifellos liegt der Fokus des Künstlers bei dieser Stadtansicht auf der Stadtsilhouette mit ihren Sakralbauten, wobei offenbar Wirklichkeitstreue nicht das Ziel gewesen ist. Grundsätzlich scheint eine eher schematische Darstellung der Gebäude angestrebt worden zu sein. Was die Soester Sakralbauten betrifft, so lässt sich eine grobe, wenn auch nicht eindeutige Zuordnung vornehmen. Bereits bei der ersten Kirche von links können nur Vermutungen angestellt werden. Es könnte sich um die Paulikirche im südwestlichen Teil der Stadt handeln, wobei keine eindeutige Übereinstimmung erfolgen kann, da die Darstellung wie auch bei den anderen Kirchen sehr schematisch ist und nur eine geringe Detailvielfalt aufweist. Etwas leichter lässt sich die rechts daneben liegende Petrikerche identifizieren, welche noch ihren alten, im Jahr 1702 verbrannten Turmhelm besitzt. Die dreistöckige barocke Haube, die für St. Petri heute kennzeichnend ist, bekam sie erst 1709. Somit hat der unbekannte Zeichner auf eine ältere Abbildung, die vor 1702 entstanden ist, zurückgegriffen. Zwischen der Petrikerche und dem recht gut identifizierbaren Patrokli-Münster in der Bildmitte ist ein etwas in den Hintergrund versetztes Gebäude zu sehen, bei dem es sich um die 1823 abgerissene Georgskirche mit ihrem Kreuzdach handeln könnte. Die anderen beiden Kirchtürme rechts im Bild lassen sich unter Umständen der Wiesenkirche und Alt-St. Thomä zuordnen, wobei besonders die Platzierung der Wiesenkirche und auch ihre Lage im Verhältnis zu den anderen Kirchen unstimmt wirken. Neben den Sakralbauten sind auch einige Türme und Dächer zu sehen, die über die Wohnbauten hinwegragen, diese sind jedoch noch weniger zuzuordnen. Grundsätzlich fällt auf, dass die Kirchen wie auf einer Schnur aufgereiht wirken, was die Sakralbauten besonders betont, jedoch auch dazu führt, dass ihre realen Positionen in der Stadt nur bedingt nachvollziehbar sind. Unterstützt wird die Hervorhebung der Kirchen auch durch die größtenteils stilisierten „normalen“ Wohnbauten, die recht schematisch aufgefasst werden. Es lassen sich also einige Un-

stimmigkeiten im Gesamtaufbau sowie in den Einzelheiten bei den Bauten, etwa im Bereich der Proportionen finden, auch weil die Darstellung des Bildinhalts insgesamt auf recht naive Weise geschieht. Der Wirklichkeitsgehalt des Detailaufbaus der Bauwerke kann nur vage beurteilt werden, dennoch besitzt die Darstellung eine gewisse Anschaulichkeit, die dem Betrachter die Kirchen Soests und das Stadtbild gewiss näherbringen kann.

HORST CONRAD

„DER HAUPTMANN IST HEUTE FRANZÖSISCH...“ – DIE PREUSSISCH- NAPOLEONISCHE OFFIZIERSKARRIERE DES LUDWIG VON TOLL

In seinem 1838/39 erschienenen humoristischen Roman „Münchhausen“ schilderte Karl Immermann eine Reisegesellschaft, die vom „Oberhof“ kommend eine mächtige, mit Mauern und Zinnen bewehrte Stadt betrat, der man ihre hansische Vergangenheit noch unmittelbar ansah. Man besuchte dort einen alten pensionierten Offizier, der sich in seiner aktiven Dienstzeit als Soldat Napoleons und der preußischen Armee rühmlich ausgezeichnet habe. Der die Reisegruppe begleitende „Diaconus“ bemerkte zuvor warnend: „Der Hauptmann ist heute französisch, also um Gottes willen keine patriotische deutsche Aufwallung, er mag vorbringen was er will.“¹ Es ist schon früh festgestellt worden, dass mit dem „Oberhof“ ein bestimmter Hof in der Börde und mit der Stadt Soest gemeint waren². In Soest selbst war man sich früh darüber im Klaren, dass mit den Protagonisten des „Oberhofs“ reale Persönlichkeiten beschrieben waren. Immermann selbst hatte die Stadt 1831 besucht und wurde dabei mit den Soester Honoratioren gut bekannt³. Auch in seiner Düsseldorfer Zeit war er mit dem aus Soest zugezogenen Geheimen Regierungsrat Heinrich Philipp Ferdinand von Sybel (1781–1870) und dessen Ehefrau Amalie, geborene Brügelmann (1798–1847), befreundet und über Soester Interna gut unterrichtet⁴. Immermann schilderte den Hauptmann als Sonderling mit einer zwiespältigen militärischen Karriere: „Es war ein ältlicher Herr im

-
- 1 Karl Immermann: Münchhausen. Eine Geschichte in Arabesken. Hrsg. v. Harry Maync, 2 Bde. Leipzig und Wien o. D., Bd. 1, S. 250f. Der Roman besteht aus 8 Teilen. Die Teile 2, 5, 7 und 8 wurden auch isoliert unter dem Titel „Der Oberhof“ herausgegeben.
 - 2 So bereits Adolf Strodtmann (Hrsg.): Münchhausen, 2 Bd., Berlin 1882, Bd. 1, S. XVIIIff.
 - 3 Karl Immermann: Zwischen Poesie und Wirklichkeit. Tagebücher 1831–1840. Nach den Handschriften unter Mitarbeit von Bodo Fehling herausgegeben von Peter Hasubeck. München 1984, S. 52.
 - 4 Ulrike Paul: Aufstieg aus dem Großbürgertum. Lebensweg und Lebenserinnerungen des Geheimen Regierungsrats Heinrich Philipp Ferdinand von Sybel. Ein Beitrag zur Geschichte des rheinischen Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Diss. (masch.), 2 Bde. München 1990, hier Bd. 2, S. 167f. Siehe auch: Julius Heyderhoff (Hrsg.): Immermann und Amalie von Sybel. Neue Briefquellen. In: Düsseldorfer Jahrbuch 42 (1940), S. 246–262, 43 (1941), S. 125–141.

blauen Überrock, das rote Band im Knopfloch.“ Das rote Band war das Abzeichen der französischen Ehrenlegion. Der Hauptmann besaß zwei getrennte Wohnräume, in dem einen verwahrte er die Erinnerungen an seine französische Dienstzeit, und hier hielt er sich jeweils am 15. August auf, dem Geburtstag Napoleons und gleichzeitig Nationalfeiertag, der in der napoleonischen Epoche den 14. Juli abgelöst hatte. Im zweiten Raum verwahrte er die Devotionalien und Orden seiner Karriere in preußischen Diensten, insbesondere das Eiserne Kreuz. Hier hielt er sich auf am Geburtstag seines Königs Friedrich Wilhelm III., dem 3. August. Ferner hieß es, seine französische Einheit sei nach der Schlacht bei Leipzig aufgelöst worden, und er sei nun „als Deutscher sich selbst und den vaterländischen Verhältnissen zurückgegeben worden.“ In den Befreiungskriegen kämpfte er nun „wie ein Löwe“ auf preußischer Seite. Den Degen in der Faust habe er „ohne Reflexion drauf losgeschlagen, für oder wider“. Doch in der Friedenszeit habe „eine Spaltung und Verwirrung“ sich bemerkbar gemacht, „welche ihn fast toll machte. Er konnte es nicht in sich beherbergen, daß er binnen Jahresfrist ein tapferer Franzose und tapferer Preuße gewesen sein sollte, daß er bis zum Oktober la perfidie du cabinet de Berlin habe züchtigen und nach dem Oktober das Vaterland retten helfen.“ Mit „seltsamen Blicken“ habe er stets seine beiden hohen Auszeichnungen, das Kreuz der Ehrenlegion und das Eiserne Kreuz, betrachtet. „Er stiftete nämlich militärische Ordnung in seinen Erinnerungen und teilte sie sozusagen in zwei abgesonderte Corps ein, die für sich agieren. Eine Zeitlang ist er Franzose und ganz versengt in die Herrlichkeit der Napoleonischen Zeit, dann wird er wieder eine Zeitlang ebenso entschiedener Preuße und Lobredner des Aufschwungs jener großen Epoche der Volksbewegung.“ Dass diesem „Amphibion“, wie Immermann ihn nannte, ein lebendes Vorbild zugrunde lag, ist in Soest lange vermutet worden. Norbert Göke hat in seiner Dissertation versucht, die realen Gestalten der Oberhofpassagen zu identifizieren⁵. Lange glaubte man, in dem in der Stadt lebenden Hauptmann von Seydewitz das Vorbild annehmen zu können. Göke verwarf dies mit guten Gründen und favorisierte den Soester Ferdinand Josef Beyer (1794–1877). Beyer wurde mit 16 Jahren 1810 Soldat im Infanterieregiment des Königreichs Westfalen und zog mit der Rheinbund-Armee 1812 in den polnisch-russischen Krieg. 1813 trat Beyer mit mehreren anderen Offizieren aus der napoleonischen Koalitionsarmee aus und schloss sich der russisch-deutschen Legion an, die 1815 in die preußische Armee ein-

5 Norbert Göke: Untersuchung der literarischen und stofflichen Quellen von Immermanns Münchhausen. Beiträge zur Literaturgeschichte Westfalens und zur Geschichte der Soester Börde. Diss. Münster 1925.

gegliedert wurde⁶. Beyer nahm an der Schlacht bei Ligny teil, wurde 1820 zum „Premierlieutenant“ befördert und 1823 als Hauptmann verabschiedet. Er zog nach Soest und wurde Mitglied der Ressource. 1834 erhielt er das Eisene Kreuz und die Erinnerungsmedaille der Teilnehmer an den Befreiungskriegen. Zudem besaß er den russischen St.-Annen-Orden⁷.

Gökes Vermutung, in Beyer das Vorbild für Immermanns Hauptmann zu sehen, hatte mit den Schwierigkeiten zu kämpfen, dessen Hochschätzung der napoleonischen Armee und deren Auszeichnungen nicht erklären zu können. Beyers Nachfahren selbst waren skeptisch und wehrten sich aus nationalstaatlichen Emotionen heraus in der Soester Honoratiorengesellschaft, ihren Vorfahr als Franzosenfreund hingestellt zu sehen.

Es gab indessen noch eine andere Soester Persönlichkeit, auf welche Immermanns Beschreibung weit eher zutraf.

Es war dies Ludwig Ernst Philipp von Toll (1775–1851). Immermanns Bemerkung, dass sein Hauptmann an den Verhältnissen „toll“ geworden sei, mag eine der vielen versteckten Anspielungen gewesen sein, die in dem Roman so reichhaltig eingestreut wurden. Da Tolls militärische Karriere für die napoleonische Epoche einen durchaus exemplarischen Charakter besaß, soll auf diese im Folgenden näher eingegangen werden.



Ludwig Ernst Philipp von Toll (1775–1851). Lithographie in Privatbesitz. Abb. auch in von Eck (wie Anm. 48)

Toll entstammte einer in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts in Wittenberg ansässigen Familie. Die Familie verzweigte sich in Schweden, Finnland, dem russischen Baltikum und zeichnete sich durch eine ungewöhnlich hohe Zahl militärischer Karrieren aus⁸. Ludwig Ernst Philipp von Toll entstammte dem auf der 1721 schwedisch gewordenen Insel Ösel ansässigen Familienzweig. Mit Ludwig Ernst Philipps Vater, Heinrich Anton von Toll (1724–1805), begründete die Familie auch einen in Preußen ansässigen

6 Ebd., S. 124f.

7 Zur Familie siehe Stadtarchiv Soest, P 160, Slg. Beyer. In der Stadt machte er sich einen Namen als großer Gartenfreund und als Mäzen des Armenfonds. Die Familie bewohnte ein Haus zwischen Kützelbach und Thomästraße. Im Garten des Hauses entsprang der Kolk.

8 Christopher von Toll: Die Herkunft der Familie von Toll. In: Der Herold, Vierteljahrschrift für Heraldik, Genealogie und verwandte Wissenschaften. N. F. Bd. 8 (1976), S. 91–102. Ders.: Die Familie von Toll. Eine Adelsfamilie im Ostseeraum. In: Nils Jörna Haik/Thomas Porada (Hrsg.): Lebenswelt und Lebenswirklichkeit des Adels im Ostseeraum. Hamburg 2009, S. 205–226.

Zweig⁹. Heinrich Anton Toll wurde auf Ösel geboren, trat aber mit 16 Jahren in preußische Militärdienste¹⁰. 1757 zum „Sekondelieutenant“ avanciert, machte er den Siebenjährigen Krieg mit. 1759 geriet er in der Schlacht bei Maxen in österreichische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Auslösung kämpfte er 1760 in Pommern gegen die Schweden, seine ehemaligen Landsleute. Im gleichen Jahr wurde er zum Kapitän im Regiment zu Fuß Nr. 9 befördert, das in Hamm stationiert war¹¹. Seinen Abschied erhielt er als Major. Nach seiner Pensionierung wurde er Mitarbeiter an der umfangreichen Geschichte des Siebenjährigen Krieges des Generals Friedrich von Tempelhof, die in sechs Bänden zwischen 1783 und 1803 in Berlin erschien. Es ist anzunehmen, dass von Toll ein überzeugter Soldat der Armee Friedrichs II. gewesen ist. 1769 heiratete Heinrich von Toll die Soester Honoratiorentochter Johanna Wilhelmine von Zenge (1740–1792), Tochter des Kapitäns im Infanterieregiment Nr. 9, Johann Ludwig von Zenge¹². Die Familie erwarb 1775 das Haus am Steingraben 23 von



Das Haus am Steingraben 23, Zustand nach späteren Um- und Neubauten vor 1900. Foto Stadtarchiv Soest

der Familie von Dael.

Zum Hausstand gehörten bald zwei Söhne, drei Töchter, vier Mägde und ein Knecht¹³. Nach Heinrich Anton von Tolls Tod am 11. November 1805 ging das Haus in den Besitz seines Sohnes Ludwig Ernst Philipp über, dem vermuteten Vorbild für Immermanns Hauptmann.

Toll wurde am 18. März 1775 in Hamm geboren und zog mit der Familie in diesem Jahr nach Soest¹⁴. Es ist anzunehmen, dass er von seinem Vater

- 9 Die Anerkennung des Freiherrntitels erfolgte 1873 (Freiherrliches Taschenbuch 1879, Artikel von Toll).
- 10 Von Toll, Familie (wie Anm. 8), S. 213f.
- 11 Jürgen Kloosterhuis: Bauern, Bürger und Soldaten. Quellen zur Sozialisation des Militärsystems im preußischen Westfalen 1713–1803, 2 Bde. Münster 1992, Bd. 2, S. 328.
- 12 Franz Goswin von Michels, Genealogien Soester Geschlechter, als Manuskript gedruckt (Soester wiss. Beiträge 11). Soest 1955, S. 202.
- 13 Stadtarchiv Soest, B XXVII h 8, und W.-H. Deus (Bearb.): Soester Häuserbuch, Bd. 1, S. 260f. Von Toll hat sich auf Haus Sassendorf ein Portrait erhalten, abgebildet in: Jürgen Kloosterhuis: Zum Beispiel Nr. 9. In: Norbert Wex (Hrsg.): Soester Schau-Plätze. Historische Orte neu erinnert. Soest 2006, S. 207–218, hier S. 212.
- 14 Kurt von Priesdorff (Hrsg.): Soldatisches Führertum. Hamburg o. D. (1938), Bd. 5, Nr. 1594.

im Geist der friderizianischen Armee erzogen wurde. Er trat ihr in jungen Jahren bei und wurde bereits am 16. Oktober 1789 Gefreiterkorporal im Infanterieregiment von Romberg (Nr. 10). Am 27. Oktober 1792 beförderte man ihn zum Fähnrich. Er machte den im selben Jahr ausgebrochenen ersten Koalitionskrieg gegen Frankreich mit. Zu seinen Regimentskameraden gehörten die Soester Franz von Bockum-Dolffs und dessen Schwager Christian Heinrich von Szerwansky als „Seconde-Lieutenants“. Franz von Bockum-Dolffs, der über diesen Feldzug ein ausführliches Tagebuch hinterließ, notierte des Öfteren die Zusammenkunft der Freunde zum gemeinsamen Kartenspiel¹⁵. Der Feldzug wurde sicher noch aus dem Geiste der Überlegenheit der alten friderizianischen Armee unternommen. Die Kanonade von Valmy am 20. September 1792 brachte indessen die Wende. Franz von Bockum-Dolffs beschrieb in seinem Tagebuch eindrücklich den Rückzug der durch Durchfallepidemien und ständige Regenfälle demoralisierten Truppe. Bis zum 23. Oktober 1792 wurden die Alliierten aus Frankreich vertrieben, das Rheinland stand der Revolutionsarmee offen. Noch vor dem Beginn des Feldzuges hatte der Kommandant der vereinigten österreichisch-preußischen Truppen, Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, am 25. Juli 1792 ein durch französische Emigranten und wohl auch durch Marie Antoinette beeinflusstes Manifest erlassen. Es forderte ultimativ die Bewohner von Paris auf, sich dem König zu unterwerfen. Es bedrohte die Legislative, die Beamten und die Nationalgarde mit dem Tode und Paris mit militärischer Exekution, sollte der königlichen Familie die mindeste Gewalttat angetan werden¹⁶. Das Manifest beschleunigte indessen nur die Radikalisierung der Revolution und läutete mit dem Sturm auf die Tuileries am 10. August 1792 das Ende der Monarchie ein. Mit der am 23. August 1793 ausgerufenen *Levée en masse* entstand endgültig ein neuer Soldatentyp, inspiriert vom nationalen Revolutionsgeist. Als Teilnehmer der Schlacht von Kaiserslautern, den Gefechten bei Eschweiler, Meckenheim, Roth, am Schätzel, La Lune, Altstadt, Herzogshand und Zweibrücken wurde Toll mit diesem neuen Geist konfrontiert¹⁷. Am 8. Juli 1794 wurde er zum „Seconde-Lieutenant“ befördert. Mit dem Separatfrieden von Basel zwischen Preußen und der nunmehrigen französischen Republik vom 5. April 1795 schied Preußen aus der Koalition aus. Mit dem Vertrag vom 17. Mai 1795 zwischen den beiden Staaten einigte man sich über eine Demarkationslinie, welche die

15 Archiv von Bockum-Dolffs, Sassendorf, Akten Nr. 403. Eine Publikation des Tagebuchs ist in Vorbereitung.

16 Ein Exemplar des Manifestes liegt dem oben genannten Tagebuch bei.

17 Aufzählung der Gefechte nach dem Tagebuch und Priesdorff (wie Anm. 14), S. 358.

Interessensphären beider Mächte begrenzen sollte¹⁸. Preußen wurde dadurch auch Schutzmacht der rechtsrheinischen Staaten nördlich der Mainlinie. 1799 wurde Toll zum Grenadierbataillon von Sobbe nach Herford versetzt¹⁹. Über Tolls Werdegang zwischen 1801 und 1821 liegen persönliche Zeugnisse vor, die sich in einem Schriftwechsel mit seinem Schwiegervater, dem Hammer Kriegs- und Domänenrat Johann Anton Heinrich Liebrecht, Besitzer des Hauses Sundern in Gevelsberg, erhalten haben²⁰. Toll hatte um 1800 die Tochter Liebrechts, Christiane Marie Sophie, kennengelernt. Ein preußischer Offizier musste, um den königlichen Heiratskonsens zu erhalten, ein Mindesteinkommen von 600 Talern nachweisen können. Die Hälfte davon brachte Tolls Elternhaus auf. Der als Pionier im Kohlestraßenbau bekannt gewordene Liebrecht verhielt sich zögerlich. Erst nach langen Verhandlungen stimmte er zu, die fehlenden 300 Taler seinerseits beizusteuern²¹. Am 30. Juli 1802 wurde in Soest vor dem Notar Franz Cappel der Ehevertrag geschlossen²². Am 25. Mai 1803 wurde in Herford der Sohn Heinrich Ferdinand Karl von Toll geboren²³.

Toll erhielt den Auftrag, in dem zu Preußen gekommenen Stift Paderborn Truppen zu exerzieren und auszuheben. Seine Vorgesetzten lobten ihn mehrfach als tüchtigen Soldaten mit großem Diensteifer. Toll hoffte auf ein rasches Avancement²⁴. Am 23. Mai 1805 konnte er dem Schwiegervater seine Beförderung zum „Premier-Lieutenant“ anzeigen.²⁵ Die Jahre in Herford scheinen für die junge Familie unbeschwert gewesen zu sein. Man war Mitglied der höheren Gesellschaft. Toll war Gast der Herforder

18 Die Linie zog sich von Ostfriesland entlang der Ems über Münster, Coesfeld, Borken, den Herzogtümern Kleve und Mark bis nach Süddeutschland (Text des Vertrages u. a. in F. W. Ghillany: Europäische Chronik. Mit besonderer Berücksichtigung der Friedensverträge. Leipzig 1865, S. 393f.).

19 In Herford und Bielefeld lagen die Regimenter von Wedell (Nr. 10) und von Lettow (Nr. 41).

20 Stadtarchiv Gevelsberg, Best. 3502, Nachlasspapiere Fam. Liebrecht. Herrn Detlef Raufelder danke ich für die freundliche Unterstützung bei der Auswertung der Dokumente.

21 Stadtarchiv Gevelsberg, Best. 3502, Briefe vom 18. Mai 1801 bis zum 9. April 1802.

22 Ebd., Konzept des Vertrages.

23 Ebd., Brief vom 25. März 1803. Heinrich Ferdinand (1803–1869) wurde ebenfalls wie sein Vater später preußischer General (Priesdorff (wie Anm. 14), Nr. 2135, mit dem irrigen Datum 1801, bei Nr. 1594 muss das Datum ebenfalls korrigiert werden, der Geburtsort war außerdem nicht Hamm, sondern Herford).

24 Ebd., Briefe vom 20. Januar, 24. März, 4. Mai 1804. Im letzten Brief schrieb er seinem Schwiegervater, eines Tages werde er ihm seine Beförderung zum Major melden können, vorerst aber sei er zufrieden, wenn er zum Kapitän avanciere.

25 Ebd. In dem Brief heißt es, er habe nun acht Jahre lang Rekruten ausgebildet. Siehe auch Rangliste der Königlich Preußischen Armee für das Jahr 1806 mit Nachrichten über das nachherige Verhältnis der darin aufgeführten Offiziere und Militär-Beamten, Berlin 1828, S. 186. Bei der Angabe, Toll sei 1828 Oberleutnant im 33. Infanterieregiment geworden, muss es sich um eine Verwechslung, vermutlich mit seinem Sohn, handeln.

Jagdgesellschaften. Er und seine Frau wurden zu vielen gesellschaftlichen Veranstaltungen und den Aufschwörungs-Banketten in der Reichsabtei eingeladen²⁶. Toll erhielt das Angebot, Hofmarschall der Herforder Äbtissin Friederike Charlotte von Preußen zu werden. Die Stelle war mit 1000 Talern gut dotiert, doch er schlug aus Liebe zum Militärdienst das verlockende Angebot aus²⁷. Am 4. Juli 1805 wurden die Zwillinge Louise und Christiane geboren. Es war eine schwere Zangengeburt, in deren Folge Christiane von Toll am 5. Juli starb. Von den Zwillingen überlebte letztlich nur die erstgeborene Louise.²⁸

Toll zog mit den Kindern nach Soest und gab diese seiner Schwester, die mit dem Stabskapitän Ferdinand Friedrich von Dud(d)en verheiratet war, in die Obhut. Toll bemühte sich, wieder zu heiraten, auch aus Sorge um die Betreuung seiner Kinder in Anbetracht des 1805 drohenden Krieges. Er fürchte, schrieb er dem Schwiegervater, man werde im Falle seiner kriegsbedingten Abwesenheit, seine Kinder „kalten Vormündern“ unterstellen²⁹. Toll war gewillt, eine neue Ehe mit der Schwester seiner verstorbenen Frau, Henriette, einzugehen. Mit Henriette war er sich auch einig, doch dieses Mal verweigerte der Vater die Zustimmung³⁰. Noch von Herford aus beobachtete Toll die wachsenden Spannungen zwischen dem nun napoleonischen Frankreich und England sowie dem in bewaffneter Neutralität verharrenden Königreich Preußen. Die am 18. Mai 1803 erfolgte Kriegserklärung Großbritanniens an Frankreich stellte die bewaffnete Neutralität Preußens auf eine harte Probe. Napoleon besetzte am 26. Mai 1803 das mit England in Personalunion verbundene Kurfürstentum Hannover. Es verbreitete sich das Gerücht unter den preußischen Offizieren, der König werde Napoleon den Durchmarsch durch sein Staatsgebiet erlauben. Am 16. November 1803 schrieb Toll aus Herford, aus Hannover werde berichtet, dass sich die französischen Truppen „größtentheils sehr gut aufführten“ und Exzesse bestraft würden. Die Generäle ließen sich indessen gut bezahlen, und man wäre daher froh, wenn die „Gäste“ bald

26 Ebd. Man erlebte aber auch so manchen Bankrott der Herforder Bankiers (ebd., Brief vom 16. Februar 1805).

27 Ebd., Brief vom 18. August 1802: „Die Sache zwingt mich oft zum Lachen, besonders wenn ich mich als Hofmarschall vorstelle.“

28 Toll gab in dem Brief vom 4. Juli 1805 eine lange Schilderung der schweren Geburt. Am 16. Juli 1805 beschrieb er Christianes Beerdigung. Er hat seine Frau den erhaltenen Briefen nach sehr geliebt, was sein Schwiegervater stets bezweifelt hat.

29 Ebd., Brief vom 22. November 1805.

30 Henriette Liebrecht, geb. 1781, starb 1865 unverheiratet in Ruhort (Chronik der Familie Liebrecht, erstellt in den Jahren 1990–1999, Privatdruck). Ein weiteres durch Toll legitimes Kind war der am 15. Januar 1809 in Herford geborene Ferdinand Toll, der ebenfalls preußische Militärdienste nahm und am 20. August 1876 als Major starb (Priesdorff (wie Anm. 14), Nr. 1594, S. 359).

wieder abzögen³¹. Man sah nun auch das Herzogtum Mecklenburg bedroht, dass sich unter russischen Schutz gestellt hatte. Napoleon forderte zudem von den Hansestädten Hamburg, Bremen und Lübeck hohe Kontributionen. Im Offizierskorps erlebte man das aggressive Auftreten als Bedrohung und glaubte, dass es bald zum Krieg kommen werde. Im April 1805 verschärfte sich die Lage, als sich England mit Russland, Schweden und Österreich zu einer Koalition gegen Napoleon zusammenfanden. Preußen hielt sich zum Leidwesen des Offizierskorps neutral. Als indessen die in Boulogne zusammengezogene Invasionsarmee Napoleons gegen England den Marschbefehl nach Deutschland erhielt, machte auch Preußen mobil, um die bewaffnete Neutralität zu wahren³². Gleichzeitig schilderte Toll aber auch die preußischen Expansionswünsche. In der Truppe glaubte man, bald in Hannover einmarschieren zu können, das von den Franzosen geräumt worden war. Ziel sei es, das ausgemergelte Land zu entmilitarisieren und durch den Herzog von Braunschweig verwalten zu lassen. Weitere Gerüchte machten die Runde, man werde auch Bayern besetzen. Man sprach von einer Eroberung Hollands und von einem Zug in den noch zu Schweden gehörenden Teil Pommerns. „Kurz einer behauptet dies, der andere jenes und eigentlich weiß keiner etwas.“ Tolls Regiment wurde am 26. Oktober 1805 in Marsch gesetzt und in Soest sowie in Unna stationiert. Man erwartete den Befehl zum Einmarsch in das durch Bernadotte geräumte Hannover. Als Bernadotte mit seiner aus Hannover kommenden Armee am 3. Oktober 1805 ohne Anfrage in das preußische Ansbach marschierte und damit die Neutralität verletzte, hoffte man endgültig auf eine Kriegserklärung an Frankreich³³. „Verschiedene glauben, daß der König sehr aufgebracht auf die Franzosen wäre, das soll aber nicht so sein, vielmehr soll er gesagt haben, daß Umstände die Sache veränderten und die Österreicher vor einem Jahr bei dem Übergang über den Rhein auch die Neutralität verletzt hätten.“ Toll war, wie viele seiner Offizierskollegen, aus dem Gefühl der eigenen Stärke heraus der Meinung, der Kaiser fürchte eine Auseinandersetzung mit den Preußen, „denn Napoleon wird sich auf unsere ernstliche Verwendung schon etwas sagen lassen, wir könnten der Sache schon bald eine ganz andere Wendung geben, und er kann versichert sein, daß es nicht so ginge wie mit den Österreichern, die sich ganz schändlich benommen haben. Noch kann ichs gar nicht begreifen, wie es möglich ist, daß sich eine Armee von 30 000

31 Stadtarchiv Gevelsberg, Best. 3502, Brief an den Schwiegervater vom 16. November 1803. Die Briefe sind auszugsweise auch wiedergegeben von (Franz) Overkott: Soldatenbriefe aus der napoleonischen Zeit. In: Der Ennepersträsser, 25.4.1958.

32 Stadtarchiv Gevelsberg, Bestand 3502, Brief vom 24. September 1805.

33 Ebd., Brief vom 25. Oktober 1805.

Mann ergeben kann. Wahrscheinlich wird der Herr Mack um eine Spanne kürzer gemacht, und das wäre ihm ganz recht.“³⁴

Die Schlacht bei Austerlitz, in der Napoleon am 2. Dezember 1805 die vereinigten österreichischen und russischen Heere schlug, erhöhte das Bedrohungspotential für Preußen. Das preußische Offizierskorps brannte erneut auf eine Kriegserklärung. Der auf dem Hueckschen Hof in Niedermassen bei Unna einquartierte Toll schilderte am 5. Dezember 1805 die sehnliche Erwartung zum Losschlagen: „Wir erwarten nun täglich die Ordre zum Vorwärtsrücken. Alles ist bereit und voll Mut. Gott gebe, daß wir sie fürchterlich demütigen!“³⁵ Doch die Erwartungen des Militärs wurden abermals enttäuscht. Die preußische Diplomatie lenkte ein. Als Österreich nach Austerlitz den Krieg nicht fortsetzen wollte, schlossen Preußen und Frankreich am 16. Dezember 1805 den Friedensvertrag von Schönbrunn. Preußen erhielt das Kurfürstentum Hannover sowie sämtliche Besitzungen Englands auf deutschem Boden. Es musste dafür das Fürstentum Ansbach-Bayreuth, das Herzogtum Kleve mit der Festung Wesel und das Fürstentum Neufchâtel an Frankreich abtreten. Das napoleonische Frankreich erhielt damit altpreußische Gebiete und überschritt mit der Festung Wesel und dem Herzogtum Kleve bedrohlich die Rheingrenze. Dass Napoleon anschließend im Frühjahr 1806 Ansbach gegen das bayerische Herzogtum Berg eintauschte, erhöhte das Gefahrenpotential. Die Keimzelle für das ein Jahr später entstehende Großherzogtum Berg war gelegt. Doch die Beschwichtigungspolitik des Berliner Hofes behielt die Oberhand. Am 11. Februar 1806 beschrieb Toll seinem Schwiegervater enttäuscht die Demobilisierung und die fadenscheinige Erklärung Friedrich Wilhelms III., es sei ihm gelungen, den Frieden auf eine „genugtuende Art zu erhalten“. Der König dankte für die erwiesene Treue und fügte tröstend hinzu, falls es zum Krieg gekommen wäre, hätte Preußen „den Ruhm der Tapferkeit behauptet“³⁶. Toll sah dies als eine allzu wohlfeile Versicherung an. Selbst die Aussicht, neben Hannover noch den Zugriff auf die Reichsstädte Hamburg, Bremen, Lübeck und auf Schwedisch Vorpommern zu erhalten, täuschten ihn über die Realität der Bedrohung im Westen nicht hinweg. Als Napoleon am 15. März 1806 seinen Schwager Joachim Murat zum Herzog von Kleve-Berg machte, schrieb Toll, er hoffe, dass nicht

34 Ebd. Gemeint war die Übergabe der Festung Ulm am 17. Oktober 1805 mit 23.000 Mann durch den österreichischen General Karl Freiherr Mack von Leiberich. Mack wurde durch ein Kriegsgericht zum Tode verurteilt, die Strafe jedoch durch einen kaiserlichen Gnadenakt in Dienstentlassung und Festungshaft umgewandelt. Mack wurde 1809 entlassen und 1819 begnadigt.

35 Ebd., Brief vom 5. Dezember 1805.

36 Ebd., Brief vom 11. Februar 1806.

noch mehr „Westfälinger“ an Frankreich abgetreten würden³⁷. Auf die Bedrohung reagierte Preußen nur schwach mit der militärischen Besetzung Hamelns und der Verlegung schwerer Geschütze nach Lippstadt, welches zur Festung ausgebaut wurde. Der Schönbrunner Friede erwies sich schon bald als brüchig, und die Kriegsgefahr zwischen Preußen und Frankreich wuchs latent. Der König von Preußen fühlte sich veranlasst, seinen Untertanen in den Grafschaften Mark und Ravensberg versichern zu müssen, diese unter keinen Umständen an Frankreich abzutreten. Das preußische Offizierskorps sehnte nach wie vor den Kampf herbei. Fast schon resigniert schrieb Toll an den Schwiegervater: „... an Krieg ist wohl nicht zu denken und mit Frankreich würde es auch einige Posttage zu spät sein.“³⁸ Man war immer noch der Meinung, Napoleon werde es nicht wagen, sich mit der legendären Armee Friedrichs II. auseinanderzusetzen. Doch wie sehr man schon Spielball im Kalkül Napoleons geworden war, zeigte die Behandlung der Hannoverschen Frage. Hannover war am 10. April 1806 förmlich von Preußen annektiert worden. Dennoch bot Napoleon in geheimen Friedensverhandlungen mit England diesem die Rückgabe Hannovers an. Als Preußen hiervon erfuhr, stellte es am 1. Oktober 1806 ein Ultimatum. Napoleon beantwortete dieses erst gar nicht, sondern erklärte postwendend am 7. Oktober Preußen den Krieg. Toll schilderte die Stimmung im Offizierskorps nach Bekanntwerden der Kriegserklärung: „Alles war voller Freude und der Enthusiasmus wurde noch mehr erhöht, als zugleich die Nachricht kam, daß der General Tauen[t]zien den Feind bei Hof geschmissen...“³⁹ Toll bedauerte es sehr, lediglich zum Schutz der Kriegskasse eingesetzt worden zu sein und nicht in der vordersten Linie zu stehen. Die Niederlage Preußens in dem Gefecht bei Saalfeld beurteilte er noch als „unbedeutend“ und führte sie auf das Versagen der verbündeten königlich-sächsischen Truppen zurück. Doch den Tod des Prinzen Ferdinand, eines der Hoffnungsträger des preußischen Militärs, in diesem Gefecht beurteilte auch Toll als „für die Armee unersetzlich.“ Die Franzosen würden dies noch „theuer bezahlen“ müssen. „Wahrscheinlich wird Morgen oder Übermorgen der Feind geschlagen. Ich vermuthe aber, daß er nicht abwartet und sich ins Geburg zurück ziehet.“ Mit Begeisterung schilderte Toll weiter die preußischen Militärbewegungen. Gerade als er den Brief schließen wollte, erhielt er noch die Nachricht von einem glänzenden Sieg des Prinzen Hohenlohe über die Franzosen. Doch die Nachricht erwies sich bekanntlich als Falschmeldung. Bei Jena und Auerstedt war am 14. Oktober das friderizianische Militärsystem zusammengebro-

37 Ebd., Brief vom 17. März 1806.

38 Ebd., Brief vom 15. April 1806 aus Bielefeld.

39 Ebd., Brief vom 12. Oktober 1806 aus Erfurt.

chen. Nach der Schlacht wurde Toll am 8. Dezember 1806 zum Kompaniechef im 4. Westpreußischen Reservebataillon ernannt. Er machte den Feldzug des Jahres 1807 noch mit.⁴⁰ Doch die harten Bedingungen des Tilsiter Friedens vom 9. Juli 1807 brachten auch das Ende der ersten Karriere Tolls in preußischen Diensten. Er fiel der starken Reduzierung der Armee zum Opfer und wurde am 22. Juli 1807 als Kapitän vorläufig demissioniert. Von Toll begab sich zunächst nach Soest in das von seiner Schwester bewohnte elterliche Haus und hoffte immer noch auf eine Weiterbeschäftigung in der preußischen Armee. Doch am 8. Oktober 1807 wurde ihm aus Memel endgültig mitgeteilt, dass nun alle Reservebataillone aufgelöst seien, die Offiziere vorläufig entlassen und auf halben Sold gesetzt würden. Toll fühlte sich zum ersten Male von der Armee in seinem Ehrgefühl gekränkt und ungerecht behandelt. Über die Situation des Preußischen Hofes in Memel schrieb er: „Auch wird noch bemerkt, daß die tollsten Streiche wieder an der Tagesordnung wären und noch nie das Connection und Protection System so gewählt hätte wie gerade in diesem Augenblick, es ist traurig, daß die bitteren und schrecklichen Erfahrungen nicht klüger machen.“⁴¹ Toll war sich über seinen weiteren Weg unschlüssig. Er dachte daran, eventuell in Soest eine „kleine Oeconomie“ zu gründen, erneut zu heiraten und ein bürgerliches Leben zu führen. „Zufriedenheit“ wäre dann sein weiteres Los, schrieb er dem Schwiegervater. Doch Toll war zu sehr Soldat, um sich ein Leben in bürgerlicher Zufriedenheit vorstellen zu können. Es sei ihm, schrieb er weiter, ein „vorteilhaftes Placement“ angeboten worden und er werde wohl zur Kavallerie gehen⁴². Toll setzte nun notgedrungen auf das neuentstandene Großherzogtum Berg. „Da alle Aussicht auf eine vorteilhafte Carriere verschwunden war, teils auch wegen meines gekränkten Ehrgefühls (denn ich kann auch von einem Vorgesetzten keine Ungerechtigkeiten dulden)- teils auch weil Westfalen abgetreten wird und nichts gewisser ist, als daß alle Einländer einst reklamiert werden und vorzüglich meiner Kinder wegen nahm ich meinen Abschied.“⁴³ Da er als Kompaniechef verabschiedet worden war, erwartete er ein aussichtsreiches Placement bei den neuen Landesherren. Die königlich westfälische Regierung in Kassel machte ihm ein Angebot auf eine „vorteilhafte Anstellung“ als Rekrutierungsrat im Weserdepartement. Gleichzeitig stelle ihm Graf Nesselrode ein adäquates Placement in

40 Am 4. Juni 1807 schreibt er aus dem ostpreußischen Pillkallen an seinen Schwager Duden in Soest, er werde wohl einige Jahre nicht zurückkehren können, und bat ihn, sich um seine Kinder zu kümmern (Ebd., Brief Dud(d)en an Liebrecht vom 7. August 1807).

41 Ebd., Brief vom 9. Oktober 1807 aus Soest.

42 Ebd.

43 Ebd., Brief vom 28. Oktober 1807.

großherzoglich bergischen Diensten in Aussicht⁴⁴. Er nahm Letzteres an und wandte sich an den Militärkommandanten des Großherzogtums, den französischen General François Etienne Damas (1764–1831), in Münster. Dieser stellte ihn umgehend als Rittmeister bei den hier neu aufgestellten Chasseurs de cheval (Jäger zu Pferde) ein. Nach der Enttäuschung über den preußischen Militärdienst gehe er nun in französischen Diensten „mit großer Ruhe dieser Laufbahn entgegen, den ich habe mich auf alles waß da noch kommen mach, gefaßt gemacht.“⁴⁵ Die Chasseurs waren der Garde des ersten Großherzogs von Berg, Joachim Murat, zugeordnet. Der prunkliebende Murat legte Wert auf eine repräsentative und damit teure Equipage. Toll erwarb bei Franz Egon von Fürstenberg einen Blauschimmel im Wert von 50 Reichstalern. Die gesamte Ausrüstung als neugebackener Kavallerist kostete ihn 1.500 Reichstaler⁴⁶. Toll musste sich in Soest verschulden und mahnte bei seinem Schwiegervater wiederholt die säumigen Zahlungen für die Kinder an. Er machte sich auf eine lange Abwesenheit von Soest gefasst und bestimmte den Justizrat Cappel zum Vormund seiner Kinder. Den neuen Kavalleriedienst begriff er schnell und wurde von seinen Vorgesetzten ausgezeichnet. Im Februar 1809 erhielt sein Regiment den Marschbefehl nach Versailles, „wahrscheinlich aber geht’s nach Spanien“, schrieb er dem Schwiegervater⁴⁷. Der spanische Krieg sollte in den nächsten vier Jahren Tolls Leben prägen. Am 19. April 1809 erreichte den Schwiegervater aus Erlangen ein letztes briefliches Zeugnis von dem Marsch. Briefe Tolls aus Spanien scheinen sich nicht erhalten zu haben. Für seine Teilnahme am Spanienfeldzug ist man auf Sekundärquellen, zeitgenössische Erinnerungen und die Regimentsgeschichten angewiesen⁴⁸.

44 Ebd., Brief vom 16. September 1808 aus Soest. Es wird sich um Johann Franz Joseph Graf zu Nesselrode Reichenstein (1755–1824), seit 1806 Innen- und Kriegsminister des Großherzogtums Berg, gehandelt haben oder aber um den bergischen Landkommissar Karl Franz von Nesselrode-Roth-Grünberg (1778–1822).

45 Ebd., Brief vom 12. Dezember 1808 an den Schwiegervater Liebrecht.

46 Ebd., Brief vom 22. Februar 1809.

47 Ebd.

48 P. Zimmermann: Erinnerungen aus den Feldzügen der bergischen Truppen in Spanien und Russland. Düsseldorf 1840. Darin: Zweiter Theil, Die bergische Kavallerie oder kurzgefaßte Schilderung der Schicksale dieses Truppenkorps in Spanien und Sachsen bis zur Schlacht bei Hanau, dem Herausgeber größtentheils mit getheilt von Hermann, ehemals Lieutenant im 1. Lanzier-Regiment, ebd. S. 116–167, (dort auch die Beschreibung der weiß-roten Uniform unter Murat); [Armand Lèon] Fhr. v. Ardenne: Bergische Lanziers Westfälische Husaren Nr. 11, Berlin 1877; [Carl Viktor Hans von] Eck (Bearb.): Geschichte des 2. Westfäl. Husaren-Regiments Nr. 11 und seiner Stammtruppen von 1807–1903. Düsseldorf 1904.

Das Regiment war unter Joachim Murat 1807 in Münster aufgestellt worden als Regiment de Chasseurs à cheval du grand duché de Berg.⁴⁹ Kommandeur wurde Johann Wilhelm Carl Franz von Nesselrode (1778–1822), der Sohn des bergischen Innen- und Kriegsministers. Als Murat am 15. Juli 1808 zum König beider Sizilien avancierte, führte Napoleon den Titel eines Großherzogs von Berg zunächst selber⁵⁰. Der in Spanien eingesetzten Truppe Murats wurde freigestellt, diesem nach Neapel zu folgen. Die meisten taten dies, und der Rest der Truppe ging nach Münster zurück. Hieraus wurde eine neue Einheit nach dem Muster der französischen Chasseurs gebildet⁵¹. Am 17. September 1809 wurden sie durch Dekret als Cheveaux legers-Lanciers formiert, und man erhielt Lanzen aus dem Arsenal in Versailles. Chef des Regiments wurde Franz Ludwig Joseph Graf von Goldstein (gest. 1824). Das Offizierskorps bestand zum größten Teil aus Deutschen⁵². Toll gehörte als Kapitän zur II. Escadron. Das Regiment marschierte im Frühjahr 1810 über Bayonne nach Nordspanien. Man operierte dort im Rahmen der französischen Nordarmee. Das Hauptquartier lag in Burgos.



Bergischer Lancier 1812. Stadtarchiv Münster, Sammlung Ansichten Nr. 459.

- 49 Das Folgende nach Zimmermann/Hermann (wie Anm. 48), S. 115ff. Die Sollstärke bestand aus acht Kompanien zu je 121 Kavalleristen, insgesamt 968 Mann mit 43 Offizieren.
- 50 Sein Vertreter in Düsseldorf wurde Jacques Claude Beugnot. Im März 1809 wurde der vierjährige Neffe Napoleons, Ludwig Bonaparte, ältester Sohn des Königs Ludwig von Holland, mit dem Titel belehnt. Napoleon übernahm die Vormundschaft als Großherzog von Berg.
- 51 Die Uniformen waren nun grün mit karmesinroten Aufschlägen. Die Offiziere trugen Bärenmützen.
- 52 Siehe die Aufstellung bei Ardenne (wie Anm. 48), S. 118.

Der iberische Krieg sprengte bekanntermaßen die Konventionen des herkömmlichen Krieges. Das spanische Kabinett hatte bereits am 3. Oktober 1806 in einer Proklamation an das Volk zum allgemeinen Widerstand gegen die Besatzung aufgerufen und gefordert, dass jedermann Gut und Leben einsetze, da die Ehre Spaniens und der katholischen Religion bedroht sei. Die Geistlichkeit verstieg sich zu der Haltung, dass es keine Sünde sei, einen Franzosen zu töten. Selbst Kinder und Frauen wurden für den Kampf motiviert, der nun die Züge eines Heiligen Krieges annahm⁵³. Die Lanciers operierten hauptsächlich nördlich des Duero in einem Gebiet zwischen Bilbao, Pamplona, Vittoria, Zaragoza, Valladolid und León bis hin nach Galizien. Man hatte es in den meisten Fällen mit den Guerilleros unter ihren Anführern Francisco Epoz y Mina (1786–1836) und dessen Neffen, Xavier Mina (1789–1817), zu tun. Man kämpfte im „reino de Mina“. Als besonders grausam zeichnete sich der Guerillaführer Geronimo Merino (1770–1847) aus, ein Pfarrer aus Altkastilien. Die Guerilleros wurden durch die französische Generalität als Insurgenten eingestuft, und man ließ in der Regel alle Gefangenen erschießen. Francisco de Goya hat ab 1810 in seinen Radierungen „Desastres de la guerra“ in einer bisher unerhörten Weise den Kriegsgräueln Ausdruck verliehen. Die Operationen der Guerilleros bereiteten dem Regiment „hunderte von schlaflosen Nächten“, wie der Leutnant von Hagens nach Hause berichtete⁵⁴. Über die Grausamkeit der Behandlung gefangener Lanciers durch die Guerilleros schrieb der Leutnant von Fricken einen langen Bericht an den Kriegsmminister⁵⁵. Konfrontiert mit dem „entsetzlich wilden Charakter“ des Krieges, ließen sich auch die Lanciers zu Gräueltaten hinreißen⁵⁶. Als so in dem Ort Villar de Mesa ein französischer Soldat angeblich an vergiftetem Essen verstarb, ließ der französische General Roquet den gesamten Ort einäschern. Es war dies ein „unmenschlicher Befehl“, wie Gotthardt von der Reck, ein Regimentskamerad Tolls, in seinem Tagebuch bemerkte. Das gesamte Regiment habe dadurch das Stigma einer „Mordbrennerbande“ erhalten⁵⁷. Ein gleiches Schicksal erlitt die mit 14.000 Häusern recht große Stadt Molina de Aragon. „Molina verschwand vor unseren Augen“,

53 Von Eck (wie Anm. 48), S. 13ff.

54 Ebd., S. 33.

55 Zimmermann/Hermann (wie Anm. 48), S. 134ff.

56 Ardenne (wie Anm. 48), S. 14.

57 Ebd., S. 29. Gotthardt von der Reck (1785–1859) hatte als Cornet im preußischen Leibhusarenregiment nach der Schlacht bei Jena ebenfalls bergische Dienste genommen. Seine Tagebücher waren bis zum Zweiten Weltkrieg noch im von der Reckschen Archiv Kraschnitz nachgewiesen (Wilhelm Freiherr von der Recke: Vom Burgherren zum Bürger, 750 Jahre Freiherrn und Barone von der Recke. Heidelberg 2015, S. 198).

notierte der Lieutenant Hermann.⁵⁸ Goldsteins Escadron überfiel am 1. Januar 1812 mit 100 Lanciers die Stadt Villarcayo und tötete 50 bis 60 Bewohner, die noch von der Neujahrsfeier ermüdet schliefen⁵⁹.

Im Januar 1812 wurden 200 Lanciers für den Russlandfeldzug aus Spanien abgezogen, darunter der Kommandant von Goldstein, der zum General ernannt wurde⁶⁰. Neuer Regimentschef wurde der Major Karl August von Witzleben⁶¹. Witzleben wurde indessen bereits im September 1812 zum Depot nach Hamm versetzt. Den Oberbefehl übernahm nun Ludwig von Toll als Escadronchef unter der Bezeichnung Großmajor. Die Regimentsgeschichte bezeichnete ihn nun als „löwenartigen Führer“⁶². Zwischen dem 30. Juni 1810 und dem Januar 1813 waren die Lanciers insgesamt in 39 Gefechte und Schlachten verwickelt⁶³. Die Kämpfe in Spanien hatten die Lanciers stark dezimiert⁶⁴. Toll forderte von Nesselrode oft Verstärkung an, die versprochen wurde, aber nie ankam⁶⁵. Er zeichnete sich mit seiner dezimierten Truppe dennoch aus. Am 20. Oktober 1812 überfiel er mit 113 Lanciers, verstärkt durch 80 Mann aus verschiedenen Regimentern der Nordarmee, die zahlenmäßig weit überlegene Nachhut der englisch-hannoverschen-portugiesischen Armee Wellingtons bei Villadiego, nordöstlich von Burgos. Es war eine Attacke, welche die Aufmerksamkeit Napoleons auf sich zog. Auf Bitten des Kriegsministers Nesselrode verfasste Toll einen Bericht hierüber in der bergischen Propagandazeitschrift „Echo der Berge“⁶⁶. Die Truppe habe sich mit „außerordentlicher Tapferkeit“ geschlagen. „Mit einem schrecklichen Hurra machte ich eine glückliche Beute.“ Hierzu gehörten die Regimentskasse, das Gepäck der Offiziere sowie sechs die Truppe begleitende Damen. Der Feind verlor sieben Offiziere und etwa 300 Mann, die man gefangen nahm. Tolls Einheit selbst verlor lediglich

58 Zimmermann/Hermann (wie Anm. 48), S. 126.

59 Ardenne (wie Anm. 48), S. 44.

60 In Hammer Depot wurde ein neues Lancier-Regiment für den Russland Feldzug formiert (von Eck (wie Anm. 48), S. 42, dort auch die Liste der nach Russland beorderten Offiziere).

61 Karl August von Witzleben (1773–1839) führte ebenfalls ein Tagebuch über den Spanienfeldzug (von Eck (wie Anm. 48), S. 42).

62 Ardenne (wie Anm. 48), S. 71.

63 Von Eck (wie Anm. 48), S. 59, Liste der Gefechte.

64 Die Angaben über die Verluste sind unterschiedlich. Nach Ardenne (wie Anm. 48), seien 1800 Lanciers in Spanien eingesetzt gewesen, von denen etwa 600 fielen oder in die Hände der Guerilleros gefallen seien. Nach von Eck (wie Anm. 48), waren 1800 Lanciers dort eingesetzt, von denen 1200 gefallen oder vermisst seien. Zu den unzuverlässigen Zahlen über Stärken und Verluste der Armeen in dieser Zeit siehe Adam Zamoyski: 1812. Napoleons Feldzug in Russland. München 2004, S. 99ff.

65 Ardenne (wie Anm. 48), S. 78.

66 Echo der Berge vom 8. Dezember 1812, nicht paginiert, Exemplar in der Universitätsbibliothek Düsseldorf.

acht Pferde. Für die Schlacht erhielten die Lanciers durch Napoleon die Auszeichnung, blaue seidene Fähnchen an ihren Lanzen zu befestigen.

Das Regiment wurde in den Kämpfen nahezu aufgerieben. Am 5. März 1813 erhielten die Lanciers den Befehl zum Rückmarsch nach Deutschland. Nur 105 Mann erreichten Düsseldorf. Ab dem 15. Juni 1813 wurden die Lanciers auf dem deutschen Kriegsschauplatz in Sachsen eingesetzt. Der Oberbefehl erhielt nun wieder der Major von Witzleben. Man kämpfte bei Lützen und Bautzen. Während der Schlacht bei Lützen desertierte von Witzleben und lief zu den Preußen über⁶⁷. Toll übernahm nun als Oberstlieutenant erneut den Oberbefehl und stieß während des Waffenstillstandes von Pläsnitz (4. Juni bis 26. Juli 1813) mit erheblichen Verstärkungen aus dem Depot in Hamm zur Truppe. Toll befehligte nun drei volle Escadrons mit 750 Reitern. Er kämpfte mit den Lanciers bei Löwenberg, Hochkirch, Nollendorf, Peterswalde, Zinnwald und Dresden. Noch vor der Schlacht bei Dresden ließ sich Napoleon Toll persönlich vorstellen und lobte ihn für seine Kriegsführung in Spanien. Für seine Verdienste in der Schlacht bei Dresden ernannte Napoleon ihn zum Offizier der Ehrenlegion und gewährte ihm eine Dotation⁶⁸.

Obwohl während des Feldzuges immer mehr Offiziere die Seiten wechselten und die Lanciers vorsichthalber auf französische Einheiten verteilt wurden, hielt Toll Napoleon die Treue. Im Häuserkampf des Gefechtes bei Bischofswerda zeichnete sich Toll erneut aus. Die Schlacht bei Leipzig vom 16. bis 18. Oktober 1813 brachte dann die Wende. Tolls Lanciers standen bei Probstheida. Am Abend vor der Schlacht war das Regiment noch durch eine aus Hamm ankommende fünfte Eskadron verstärkt worden. Tolls Regiment umfasste jetzt 500 Reiter. Er schloss seine Truppe während der Schlacht den Lanciers des polnischen Marschalls Joséf Fürst Poniatowski an und marschierte mit ihm über die Zeitzer und Peterswalder Vorstadt in Leipzig ein. An der Brücke über die Elster bei Lindenau kam es zur Katastrophe. Durch die verfrühte Sprengung durch einen französischen Sapeur-Unteroffizier wurden etwa 20.000 Franzosen abgeschnitten. Viele ertranken in der Elster, darunter auch Poniatowski. Der Verfasser der

67 Von Eck (wie Anm. 48) vertuschte die Desertion des Kommandeurs in seiner Regimentsgeschichte und bemerkte lediglich, er sei „ausgeschieden“ (S. 96).

68 So die eigene Darstellung Tolls in einem Brief vom 13. Dezember 1813 an seinen Schwiegervater. Nach v. Eck (wie Anm. 48, S. 105) soll Toll für sein Kampfverhalten bei dem Gefecht von Bischofswerda am 22. September zum Ritter der Ehrenlegion ernannt worden sein. Für die Beförderung zum Offizier der Ehrenlegion galt ein besonderes Zeremoniell. Napoleon stieg bei der Paradeabnahme vom Pferd, schritt die Reihen ab, erteilte dem neuen Offizier den Ritterschlag und gewährte eine rituelle Umarmung (Heinrich von Brandt: Aus dem Leben des Generals der Infanterie z. D. Heinrich von Brandt. Erster Theil: Die Feldzüge in Spanien und Rußland 1808–1812. Berlin 1870, S. 384).

ersten Regimentsgeschichte, von Ardenne, glaubte auch Toll unter den Ertrunkenen⁶⁹. Toll konnte sich jedoch schwimmend mit seinem Pferd an das andere Ufer retten. Seine Erlebnisse während der Schlacht berichtete er in einem Brief vom 13. Dezember 1813 seinem Schwiegervater⁷⁰. Danach war Toll am 19. Oktober mit dem Rest seines Regiments als Arrièregarde (Nachhut) zurückgeblieben. Er habe sich in „all den schrecklichen Tagen“ mit Desertionsgedanken plagen müssen, da man den bergischen Lanciers nicht mehr getraut habe. In Leipzig selbst wurde Toll seine französische Uniform zum Verhängnis. Er fiel den Kosaken in die Hände, die ihn ausplünderten. Der Dortmunder Kaufmann Caspar Heinrich Pottgießer half ihm notdürftig mit Kleidung aus. Toll meldete sich beim Flügeladjutanten des preußischen Königs. Er wurde wohlwollend aufgenommen und erhielt die Weisung, nach Berlin zu gehen⁷¹. Tolls Seitenwechsel nach der Schlacht bei Leipzig vollzog sich ohne Vorbehalte seitens der Militärs. Erneut wurde er umworben. Der österreichische Feldmarschall Karl Philipp Fürst zu Schwarzenberg, bei dem, wie Toll in dem obigen Brief schrieb, er „besonders gut recommandirt war“, wollte ihn zum Kommandanten der deutschen Legion in Prag gewinnen. Doch Toll besann sich der „Vorliebe für mein Vaterland“ und trat wieder in preußische Dienste. Johann August Sack (1764–1831), Staatsrat in Berlin und Zivilgouverneur zwischen Oder und Elbe, gewährte ihm eine „wohlwollende Audienz“ und wies ihn zunächst der Landwehr zu. Toll, der sich seines soldatischen Wertes stets bewusst war, drängte auf eine seinem „Rang angemessene Stellung“. Man wies ihn einem Husarenregiment zu⁷². Noch im Jahre 1814 wurde er als

69 Ardenne (wie Anm. 48), S. 176.

70 Der Brief befand sich ursprünglich im Stadtarchiv Gevelsberg, Best. 3502, ist aber heute nicht mehr vorhanden. Ich folge daher den Auszügen bei Overkott (wie Anm. 31).

71 Von Eck (wie Anm. 48, S. 117, Anm. 1) berichtet in seiner Regimentsgeschichte eine andere Version. Danach soll Toll als Parlamentär zu den Verbündeten geschickt worden sein, um mit seinem Vetter Karl Wilhelm von Toll (1777–1842) mit dem russischen Generalquartiermeister Barclay de Tollys zu verhandeln. Karl Wilhelm von Toll erwähnte in seinen Memoiren eine solche Zusammenkunft nicht. Er war in Leipzig als russischer Delegierter beauftragt, zusammen mit dem preußischen Oberstleutnant von Natzmer die Übergabeverhandlungen mit dem sächsischen König Friedrich August zu führen. Er scheint seinen Vetter Toll nicht gekannt zu haben, erwähnt ihn aber kurz in den Kämpfen am letzten Tag der Schlacht: „Im Innern der Stadt war die Verwirrung grenzenlos. Vom äußeren Thore an führte sie ein bergischer Offizier – seltsamerweise auch ein Herr von Toll, wie der General [gemeint war Karl Wilhelm von Toll]“ (Theodor von Bernhardt: Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Grafen Toll. 2. verm. Aufl., 4. Bde., Leipzig 1866, hier Bd. 3, S. 524). Karl Wilhelm von Toll ist das wohl bekannteste Mitglied der Familie. Tolstoi setzte ihm in seinem Roman „Krieg und Frieden“ ein literarisches Denkmal. Anlässlich der Schlacht bei Leipzig wurde er zum Generalleutnant ernannt und 1823 zum Generaladjutanten des Zaren.

72 Stadtarchiv Gevelsberg, Best. 3502, Brief vom 1. Januar 1814.

Major Kommandeur des Ersatzbataillons 28/29. Toll stand am Beginn seiner neuen Karriere zunächst wieder einmal mittellos da. Seine gesamte Equipage hatte er in Leipzig verloren. Den noch ausstehenden Sold aus französischen Diensten in Höhe von 8.600 Francs und erst recht die ihm von Napoleon versprochene Dotation konnte er abschreiben. Für seine neue Equipage musste er zwei Pferde anschaffen und über eine Barschaft von mindestens 50 Karolinen verfügen. Er sah sich gezwungen, das elterliche Haus in Soest zu verkaufen, auch um über Mittel für die Ausbildung seiner beiden Kinder zu verfügen. Hieran war ihm viel gelegen. Es stimme zwar, schrieb er seinem Schwiegervater, dass eine Aufnahme seiner Kinder in dessen Haus Sundern während seiner spanischen Militärzeit ihm billiger zustatten gekommen wäre, doch er wisse genau, dass dieser keinen Hauslehrer bezahlt hätte, und seine Kinder hätten nie die Bildungschancen gehabt, wie sie die Stadt Soest bot. Das spannungsgeladene Verhältnis zu seinem Schwiegervater, der seit 1809 die Zahlungen für die Kinder eingestellt hatte, macht sich noch in einem anderen Punkte bemerkbar. Tolls Karriere in französischen Diensten geriet jetzt im erwachenden deutschen Nationalismus in die Aura des Verräterischen. Das Gerücht, er sei Offizier der Ehrenlegion geworden, sei vollkommen wahr, musste er dem Schwiegervater bestätigen. Er sei sogar stolz auf seine französische Karriere. Er habe stets seinen Mann gestanden. Allein neun Pferde habe er in den Kämpfen auf französischer Seite verloren. „So viel kann ich sagen, ich habe als braver Soldat gedient und mehr wie in einer Bataille und Affaire gezeigt, was ich vermochte. In Sachsen ist kein Tag vergangen, wo ich mir nicht geschlagen habe und vielleicht wäre ich weiter avanciert.“⁷³

Auch in seiner zweiten preußischen Militärzeit machte Toll rasch Karriere. Am 16. August 1814 avancierte er zum Bataillonschef der mittelhessischen Landwehr und im April 1815 zum Major im 1. Pommerschen Landwehrintanterieregiment. Er machte den Feldzug in Frankreich mit und focht bei Ligny und Belle Alliance. Hierfür wurde er mit dem Eisernen Kreuz und dem russischen St.-Annen-Orden ausgezeichnet. Über die Auszeichnung mit dem Eisernen Kreuz war er so stolz, dass er es in den Schildfuß seines Familienwappens einprägen ließ.⁷⁴ In seiner neuen Karriere wurde Toll 1816 Bataillonskommandeur im 33. Infanterieregiment, 1827 wurde er hier Oberstlieutenant und 1829 schließlich Kommandeur des Regiments. 1830 wurde er Oberst und 1834 zum Festungskomman-

73 Ebd.

74 Siehe hierzu das Briefsiegel Tolls in einem Schreiben vom 10. Dezember 1817 (Stadtarchiv Soest, Nc 147). Das senkrecht geteilte Wappen der Familie zeigt rechts in Rot einen gekrönten Löwen, links in Silber einen schrägrechts strömenden blauen Fluss.

danten in Graudenz und zum Generalmajor befördert. Er erhielt 1842 den Abschied und starb am 14. Januar 1851 in Berlin. Er wurde auf dem Garnisonfriedhof in der Linienstraße beerdigt. Sein eisernes Grabkreuz hat sich bis heute erhalten.⁷⁵

Aus dem Dargestellten wird ersichtlich, dass Ludwig von Toll der literarischen Figur des Hauptmanns in Immermanns „Münchhausen“ sehr nahe kam. Immermann schilderte ihn als „Amphibium“ zwischen den Welten, der von dem aufkommenden „Vaterlandsschwindel ohne Vaterland“ fast „toll“ geworden sei. Die von Immermann geschilderten Auszeichnungen seines Hauptmanns, den Orden der Ehrenlegion und das Eiserne Kreuz, besaß der Soester Offizier. Sein wechselvolles Schicksal war nicht untypisch für viele Offiziers- und Soldatenkarrieren in der Napoleonischen Zeit. Ludwig von Toll wurde noch im Geist der friderizianischen Armee erzogen. Man diente in erster Linie dem König, der mit dem Begriff Vaterland nahezu identisch war. In den Koalitionskriegen hatte er den entstehenden revolutionären französischen Nationalismus kennengelernt. In Spanien wurde er in brutaler Weise mit einem entstehenden konservativen Nationalismus konfrontiert⁷⁶. In Deutschland schließlich erlebte er mit den Befreiungskriegen den wachsenden, zunächst revolutionären, dann aber „tümelnden“ deutschen Nationalismus.

Multiple Irritationen, wie sie Immermann in seinem Hauptmann beschrieb, waren so in Zeiten des Übergangs von den alten zu den neuen nationalen Armeen keine Seltenheit. Die Offiziere des Ancien Régime dienten in erster Linie ihrem Landesherrn und weniger dem Vaterland. Das Primäre war der Kampf. Tolls Vorgesetzter, der kommissarische Verwalter des Großherzogtums Berg, Jacques Claude Beugnot, beurteilte die preußischen Offiziere dann auch als „dekorierte Vagabunden“, die kein Vaterland kannten.⁷⁷

Johann Gottfried Seume, der als Hessen-Kasseler und russischer Offizier diente, beschrieb das Krisenjahr 1805: Die preußischen Offiziere hätten darauf gedrängt, „aus dem Zwang der Untätigkeit“ erlöst zu werden und man habe darauf gebrannt, „auf irgendeine Bedingung, unter irgendeiner

75 Die Angaben zur Karriere nach Priesdorff (wie Anm. 14). An weiteren Auszeichnungen erhielt Toll den Roten Adlerorden III. Klasse und 1841 anlässlich seines 50-jährigen Dienstjubiläums den Roten Adlerorden II. Klasse mit Eichenlaub.

76 Der spanische Guerillaführer Merino ließ in der Regel gefangene Franzosen sofort erschießen, bewahrte aber die bergischen Lanciers davor, weil er sich den Dienst für eine fremde Nation nur als Versklavung erklären wollte (Zimmermann/Hermann (wie Anm. 48), S. 140).

77 Bulletin an Napoleon vom März 1808, zitiert nach Charles Schmidt: Das Großherzogtum Berg. Eine Studie zur französischen Vorherrschaft in Deutschland unter Napoleon I. Hrsg. v. Burkhard Dietz und Jörg Engelbrecht. Neustadt/Aisch 1999, S. 135.

Rubrik, in freie Arbeit gesetzt zu werden.“ Die Stimmung sei so gewesen, dass alle voller Begierde drängten, kämpfen zu wollen, wobei „niemand wußte mit wem; gleich viel, wenn nur geschlagen wird.“⁷⁸ Seume hielt die Soldaten der alten Armee für Handlanger der Regenten. Seit 15 Jahren seien nun die Franzosen eine Nation „im höheren Sinn des Wortes“. Er beschrieb das Dilemma des deutschnationalen Empfindens in diesem Jahrzehnt. Er sei bereit, für Napoleon zu kämpfen, wenn „Vernunft, Freiheit und Gerechtigkeit die politischen Ziele“ seien. Es sei ihm ein „trauriger Gedanke, ein Deutscher zu sein, und doch möchte ich wieder meine väterliche Nation mit keiner anderen tauschen.“⁷⁹ Die bergischen Lanciers betrachteten wohl auch das Großherzogtum Berg als ein neues Vaterland. Es war die Erinnerung an den Dienst in „unserm damals kleinen Vaterland“, die den Leutnant Zimmermann motivierte, im Auftrag seiner Kameraden die Geschichte der bergischen Lanciers zu verfassen. Es sollte auch eine Erinnerung sein an die Taten und Opfer einer Armee, die im aufkommenden Nationalismus in Verruf gerieten⁸⁰.

Als Napoleon im November 1810 von seinem Außenminister erfuhr, dass auch in Deutschland eine gewaltige nationale Revolution drohte, war es sein Ziel, diese „auszumerzen“⁸¹.

Von Tolls Karriere zwischen französischer Revolution und deutschnationalem Aufbruch war so keine Seltenheit. Für alle Kommandeure der bergischen Lanciers lässt sich eine solche nachweisen. Johann Wilhelm Carl Franz von Nesselrode begann seine Laufbahn noch als Domherr in Köln. Er trat dann in österreichische Militärdienste und wurde als Rittmeister verabschiedet. 1806 wurde er bergischer Oberst. 1815 avancierte er dann zum Oberst und Kommandeur des 1. preußisch-rheinischen Ulanen-Regiments. Er starb 1822 als preußischer Generalmajor. Franz Ludwig von Goldstein diente ebenfalls zunächst in der österreichischen Armee, wurde als Rittmeister verabschiedet und trat 1807 in die bergische Armee ein. Karl August von Witzleben (1773–1839) diente zunächst ebenfalls in der preußischen Armee, nahm an den Koalitionskriegen und der Schlacht bei Jena teil. Nach seiner Desertion 1813 nahm er russische Dienste und kommandierte als Oberst die hanseatische Legion unter Ludwig Georg von Wallmoden. 1815 nahm er allerdings seinen Abschied und machte sich unter dem Pseudonym A. von Tromlitz als Schriftsteller einen

78 Johann Gottfried Seume: *Mein Sommer 1805*. In: Ders.: *Werke in zwei Bänden*. Hrsg. v. Jörg Drews, Frankfurt 1999, Bd. 1, S. 734.

79 Weiter hieß es: „Für uns ist keine Rettung, als den Geist der Franzosen nachzuahmen und ihre Schrecknisse zu vermeiden“ (ebd., S. 545).

80 Zimmermann/Hermann (wie Anm. 48), Einleitung.

81 Zamoyski (wie Anm. 64), S. 75.

Namen. Die bergischen Lanciers bildeten dann auch den Stamm des 1814 neu aufgestellten 2. Westfälischen Husarenregiments Nr. 11. Der Großteil der ersten 41 Offiziere des Regiments hatte zuvor in Spanien und Russland gekämpft. Allein neun von ihnen kamen aus der Grafschaft Mark⁸².

Auch Immermanns Hauptmann tat sich schwer mit der deutsch-vaterländischen Gesinnung, die nach 1813 die öffentliche Stimmung beherrschte. Immermann schildert ihn im Verlauf seines Romans noch einmal als Gast bei der großen Hochzeit auf dem Schultenhof⁸³. „Der Hauptmann, der heute seinen preußischen Tag hatte und das Eisene Kreuz trug“, geriet mit einem anwesenden Regierungskommissar, der seine deutschnationale Gesinnung schwärmerisch zum Besten gab und wohl in der Bevölkerung für das anstehende 25-jährige Jubiläum der Schlacht bei Leipzig Stimmung machen sollte, in einen heftigen Disput. Als dieser im Verlauf der Unterhaltung sich äußerte: „Diese große Zeit, die der Herr segnete! Was für herrliche Früchte hat sie aber auch gebracht! Er faltete die Hände dabei. Das Gesicht des alten Hauptmanns wurde so trocken wie ein Sandfeld, welches seit sechs Wochen keinen Regen gesehen, und er versetzte ‚Früchte? Ei. Ein Vaterland‘ rief er mit Pathos. Der alte Hauptmann hatte etwas zu viel Wein getrunken. Er schüttelte sich, als ob er, mit Erlaubnis zu reden, an Ungeziefer litte, und polterte dann rücksichtslos: ‚Vaterland!-schwere Angst! Und alles vergessen das, was geschehen, mit Schlauchspritzen die Feuer ausgespritzt---Donnerwetter! Verzeihen Exzellenz, daß ich sie stehen lasse, aber ich kann die Pfeife nicht entbehren und will sie mir nur dort bei den Bauern anstecken.““

Es war dies eine deutliche Anspielung auf die Demagogen-Verfolgungen der 1830er-Jahre. Wie sich der reale Ludwig von Toll hierzu verhielt, lässt sich an den Schriften Fritz Reuters ablesen, die Toll zu einer weiteren literarischen Karriere verhalfen. Reuter war 1838 im Zusammenhang mit dem Frankfurter Wachen-Sturm als Mitglied der Jenaer Burschenschaft Germania durch das Berliner Kammergericht zum Tode verurteilt worden. Die Strafe war in 30 Jahre Festungshaft abgemildert worden. Beim Antritt der Haft in Graudenz traf Reuter auf den Kommandanten Ludwig von Toll. In seiner Erzählung „Ut mine Festungstid“ schilderte er die erste Begegnung. „Nah en beten ging de Dör up, un de General kam herute, en groten staatschen mann mit en slohwitten Snurbort un slowitten hor---un säd tau us mit ne dütlische westphälsche Utred: Ich seh’aus ihren Papieren, daß sie ordentliche Leute sind, und sie sollen’s hier auch gut haben, denn meine Sache ist es nicht, Leute, die im Unglück sind, noch mehr hinunter

82 Von Ardenne (wie Anm. 48), S. 184 und S. 195–197 (Listen der Offiziere).

83 Immermann (wie Anm. 1), Bd. 2, S. 50 und 65f.

zu treten.“ Toll gewährte den Inhaftierten die größtmögliche Freiheit, bot ihnen die wohllichsten Kasematten zur Auswahl an, tolerierte ihre Streiche und tauschte den denunziationsfreudigen Wachtmeister der Häftlinge gegen einen toleranteren und schweigsameren aus⁸⁴. „Wir sind von der Hölle in den Himmel gekommen“, schrieb Reuter an seinen Vater. „Freie Luft, schönes Wetter – aber vor allem hat uns des Herrn Oberst v. Toll, Kommandanten, leutseliges und freundliches Wesen, seine in der kurzen Zeit vielfach bewiesene Güte und seine anerkannte Milde die Hoffnung auf glücklichere Tage, als die früheren, erwachsen lassen.“⁸⁵ Tolls Verhalten gegenüber den als die gefährlichsten Staatsfeinde angesehenen politischen Häftlingen trug die Anzeichen einer inneren Opposition und einer Sympathie für die politisch Verfolgten.

Ludwig von Toll kehrte Soest nach 1814 den Rücken. Anfang März 1814 bestellte er den Notar Johann Caspar Loerbrocks zum Vormund seiner Kinder. Loerbrocks forderte energisch von dem Großvater Johann Anton Liebrecht die Auszahlung der seit 1808 unterbliebenen Erziehungsgelder⁸⁶. Doch dieser, obwohl erfolgreicher Entrepreneur und Kohlehändler, verzögerte immer wieder die Zahlungen. 1821 mahnte der Assessor Friedrich von Viebahn diese nochmals energisch ein. Er könne als Nachbar bezeugen, dass Tolls Schwester, inzwischen Witwe, sich stets bestens um die standesgemäße Erziehung der beiden Kinder bemüht habe⁸⁷. Ludwig von Toll selbst blieb der Stadt nur noch in Sachen der Regulierung seiner 1808 und 1809 in der Stadt aufgenommenen Schulden verbunden⁸⁸. Er selbst stellte 1819 in Soest seine Kirchenbank zur Disposition und verzichtete auf sein Begräbnisrecht. Dort könne „sich begraben lassen, wer Lust hat“, schrieb er an Loerbrocks⁸⁹. In Soest lebte weiterhin sein Sohn Karl Hein-

84 Fritz Reuter: Sämtliche Werke. 7 Bde. Wismar 1892, hier Bd. 4, S. 306f. und S. 336ff.

85 Otto Weltzien (Hrsg.): Fritz Reuters Briefe. Gesamt-Ausgabe in einem Bande. Leipzig, o. D., S. 160, Brief vom 17. März 1838. Siehe auch ebd. den Brief an den Vater vom 23. April 1838 und an Ludwig Königk, mitgefangenen Burschenschaftler in Magdeburg, vom 22. März 1838.

86 Stadtarchiv Gevelsberg, Best. 3502, Brief vom 1. März 1814.

87 Ebd., Brief vom 9. März 1821. Der Brief ging an Liebrechts Sohn Friedrich Wilhelm Liebrecht, sein Vater war kurz zuvor gestorben.

88 Stadtarchiv Soest, Nc 146 und 147. Bei der Regulierung war ihm sein alter Regimentskamerad Franz von Bockum-Dolffs behilflich. Zu den Kreditoren gehörten u. a. die Brüder Peter und Caspar Harkort in Scheda und Harkotten sowie Carl Ludwig von Schmitz (1774–1823). Schmitz beschwerte sich 1819, falls seine Ansprüche nicht befriedigt werden, würde er Tolls Offizierschere beim Kriegsminister kompromittieren, „damit der Charakter dieses Herrn an das Tageslicht kommt“ (ebd. Nc 147, Brief vom 30. November 1819).

89 Ebd., Brief vom 12. August 1819 aus Thorn. Toll hatte in zweiter Ehe am 8. Februar 1817 zu Graudenz Friederike Elisabeth Christiane, geb. von Ostwien, verwitwete von Below (1781–1854), geheiratet. Siehe hierzu auch Stadtarchiv Gevelsberg, Best. 3502, Brief vom 9. Dezember 1816 mit der Anzeige seiner Verlobung.

rich von Toll. Er wurde als ein geselliges und stets zu Späßen aufgelegtes Mitglied der Soester Honoratiorengesellschaft geschildert⁹⁰.

Für ein literarisches Weiterleben Ludwig von Tolls sorgte dann wiederum Fritz Reuter. In seinem 1859 erschienenen Roman „Ut de Franzosentid“ verarbeitete er in humoristischer Weise die Erzählungen seines Vaters, Bürgermeisters in Stavenhagen, und seines Patenonkels, dortigen Amtmanns aus der französischen Besatzungszeit. Die Handlung spielt um die Jahreswende 1812/13. Ein Oberst von Toll hatte hier die Aufgabe, französische Deserteure aufzuspüren. Er trat auf mit einer roten Bettdecke um seine Uniform gehüllt, ein bekanntes Bildsujet der aus Russland heimkehrenden halb erfrorenen Soldaten. Bei dem Versuch, ihn auf Französisch zu komplimentieren, gab er sich als Westfale zu erkennen. Seine „falsche“ Uniform war Anlass zu humorigen Späßen. Über den gesuchten Deserteur hieß es: „Worüm sull sich en Franzos' nich tau sinen Vergnäugen 'ne französche Uniform antrecken, wenn dorin so viele Dütsche tau ehren Vergnäugen rümme lopen.“ Angesprochen darauf, dass er die falsche Uniform trage, erwiderte Toll: „Sei seggen, ick bin en Dütscher, min Vaders Soehn möt en Dütscher sin – Sei hewwen Recht – oewer wenn Sei mi en Verbreken dorut maken will'n, dat ick ob de andere sid stah, denn schuwen Sei mi dat nich in't Gewissen, sondern minen Landesherrn.“ Als er Soldat geworden sei, habe noch der Kurfürst von Köln im Bündnis mit dem Kaiser gestanden. Als er vor vier Jahren nach Spanien ziehen musste, „lagg ganz Dütschland mit all sin Fürsten em tau Fäuten“. Seit drei Wochen sei er nun zurück „und sinn Dütschland anners, as dat was; wat mi dor dörch den Kopp un dörch't Hart gahn is, is min Sack.“⁹¹ Tolls Seitenwechsel werden schließlich verstanden, und er wird in die Stavenhagener Gesellschaft integriert. Als die „tid vull Jubel un vull Twifel, vull Furcht und vull Hoffnung“ vorüber war, wurden Toll und seine Frau zur Hochzeit eingeladen, da keiner fehlen durfte, „de dunn in dit Stück mitspelt hewwen“.⁹²

Reuter wird in seiner Graudenzener Festungszeit Tolls Lebensgeschichte erfahren haben. Er blieb ihm wohl zeitlebens verbunden. Als 20 Jahre nach Tolls Tod Reuter dessen Lithographie zugeschickt bekam, bedankte er sich bei Hoffman in Graudenz: „Das Portrait des alten Herrn mag zu seiner Zeit sehr ähnlich gewesen sein, das sehe ich, trotzdem ‚mein alter General‘

90 Archiv von Bockum-Dolffs, Völlinghausen, F 237ff., Briefe der Dorothea von Bockum-Dolffs an ihren Sohn Florens Heinrich ab den Jahren 1822. Es ist daher möglich, dass Immermann bei seinem Besuch in der Stadt im Jahre 1831 noch auf Karl Heinrich von Toll traf.

91 Reuter (wie Anm. 84), Bd. 3, Zitate auf S. 276 und 320. Siehe auch die Schilderungen Tolls ebd., S. 254–256, 273–278, 310, 316 und 341.

92 Ebd., S. 399.

ganz weiß war von Haupthaar und Bart, und Du kannst Dir wohl denken, wie wert mir Dein Geschenk“.⁹³

93 Weltzien (wie Anm. 85), S. 782, Brief vom 10. Dezember 1872. In seiner Erzählung „Ut mine Festungstid“ kolportierte Reuter allerdings, dass Toll eine Perücke getragen haben soll.

NORBERT WEX

DIE ‚SOESTER KUNSTFEHDE‘ UND DER VEREIN HEIMATPFLEGE: ZWEI BRIEFE VON OTTO MODERSOHN UND WILHELM MORGNER IM STADTARCHIV SOEST

Für die Wilhelm-Morgner-Forschung bedeutete die Veröffentlichung seiner Briefe an Georg Tappert, an seine Mutter und an Wilhelm Wulff durch Christine Knupp-Uhlenhaut im Jahr 1984 einen enormen Fortschritt, präsentiert Morgner hier doch bemerkenswert umfangreiche und intensive Selbstzeugnisse. Besonders seinem Lehrer und Mentor Georg Tappert ge-

genüber äußert sich der junge Maler mit größter Leidenschaft über sein Welt- und Kunstverständnis. Hochemotional, mal von prophetischem Eifer beseelt, mal tief verzweifelt, sich aber auch sehr wohl seiner



Gruppenbild der Schüler der ev. Petri-Volksschule Soest mit ihrem Lehrer August Schmalenbach mit Wilhelm Morgner als Achtjährigem (Vergrößerung). Foto Stadtarchiv Soest, Bildarchiv

Rolle als Avantgarde-Künstler bewusst, stellte der junge Soester Maler vor allem sein eigenes Ringen um die Kunst und das Leben in das Zentrum dieser Briefe.

Immer wieder spielt aber auch sein Soester Alltag eine Rolle in seinen Schilderungen – zumeist nicht „einfach so“, sondern in enger Beziehung zu seinem Kampf um die eigene künstlerische Position. Selbstverständlich durchgehend subjektiv verarbeitet und gedeutet – sogar in hohem Maße – und nicht ohne Stilisierung seines Künstlertums, lassen sich in den Briefen daher aufschlussreiche Hinweise auf Soest im Allgemeinen und auf das ‚kulturelle Klima‘ in der Börde Stadt kurz vor dem Ersten Weltkrieg finden¹.

Abgerundet wird Knupp-Uhlenhauts Publikation durch einen „Leserbriefwechsel im Soester Anzeiger Februar/März 1913“². Zunächst weist eine kleine redaktionelle Notiz im Anzeiger vom 1. Februar auf einige aktuell gehängte zeitgenössische Gemälde im Burghofmuseum hin. Wilhelm Morgner äußerte sich dazu in einem am 6. Februar veröffentlichten Leserbrief außerordentlich kritisch und eröffnete damit eine Auseinandersetzung, die der in Soest geborene, deutlich ältere und bekanntere Maler Otto Modersohn als „Fehde“ bezeichnete und damit ironisch in die stadthistorische Tradition stellte. Nicht nur in diesem Quellenanhang, sondern auch in Morgners erregten Briefen an Tappert werden Einzelheiten des lokalen Streits um die moderne Kunst deutlich sichtbar³.

In den Schreiben an seinen Mentor Tappert erwähnte Wilhelm Morgner auch zwei nicht von Knupp-Uhlenhaut publizierte Briefe. Beide sind im Stadtarchiv Soest überliefert und sollen in diesem Beitrag veröffentlicht werden. Dabei handelt es sich zum einen um ein Schreiben des im Jahr 1865 geborenen, zum Zeitpunkt des Schreibens in Fischerhude lebenden, national und international etablierten Malers Otto Modersohn an Morgner⁴. Den zweiten Brief richtete Morgner an den Soester ‚Verein Heimatpflege‘. Beide Briefe finden sich in einer Akte des Vereins Heimatpflege. Die Überlieferung des Modersohn-Briefs an dieser Stelle verdanken wir

1 Christine Knupp-Uhlenhaut (Hrsg.): Wilhelm Morgner. Briefe und Zeichnungen. Briefe an Georg Tappert, an die Mutter und an Wilhelm Wulff. Soest 1984 (= Künstler in Soest Bd. 3), künftig WMBZ. Siehe insgesamt zu Wilhelm Morgner, auch zu seinen Bezügen zu Soest, neuerdings Klaus Kösters: Wilhelm Morgner und die Anfänge der abstrakten Kunst. Berlin 2016.

2 WMBZ (wie Anm. 1), S. 197–205.

3 WMBZ (wie Anm. 1), S. 87–136.

4 WMBZ (wie Anm. 1), S. 103, Morgner an Tappert vom 4.3.1913. Das Datum ist sicher falsch, entweder bei Morgner oder der Herausgeberin. „Heute Freitag“ – schreibt Morgner; der 4.3. war aber ein Dienstag. Bezug genommen wird auf die am selben Tag stattfindende Hauptversammlung des Vereins Heimatpflege – diese hat aber ausweislich des Originalprotokolls am 4.4., also genau einen Monat später als datiert, stattgefunden; siehe Stadtarchiv Soest (StAS P 138, Nr. 235). Das war dann tatsächlich auch ein Freitag. Am Folgetag berichtete der Soester Anzeiger umfänglich über diese Sitzung.

Wilhelm Morgner selbst: „Den Brief habe ich dem Verein Heimatpflege geschenkt, den kann man als Erinnerung an das Museum neben die Mumie des Direktors legen“⁵. Zu diesem Zeitpunkt – das macht die Tonlage im Morgner-Zitat ausreichend deutlich – war die ‚Soester Kunstfehde‘ bereits kräftig entbrannt.

Die Wendungen und Details dieser Auseinandersetzung lassen sich anhand der von Knupp-Uhlenhaut veröffentlichten Quellen nachlesen und werden zudem in Klaus Kösters’ großem neuen Buch über Wilhelm Morgner erneut aufgegriffen und gedeutet⁶. Für das Verständnis des Konflikts sowie der im Anschluss abgedruckten Schreiben sollen aber in aller Kürze einige Eckpunkte dargestellt werden.

Zentral für das Verständnis der beiden Briefe ist zunächst die Feststellung, dass Wilhelm Morgner ohne Zweifel ein angespanntes Verhältnis zu seiner Heimatstadt hatte – aus seiner Sicht auf Gegenseitigkeit beruhend. „Jetzt sagen die Menschen nur, wenigstens die Leute in Soest, die mich kennen, der Maler M. mit den rohen anarchistischen Anschauungen, der schlimmste und verrückteste Kerl, den es gibt. Ich lach mich ja tot. Die Soester halten meine Bilder für ganz verrücktes Zeug“⁷. Der gerade zwanzigjährige Maler fühlte sich in seiner Heimatstadt als Außenseiter⁸. Zwar versuchte er, diese Rolle positiv zu wenden und geradezu als seine Bestimmung zu stilisieren. „Jetzt habe ich also glücklich niemand mehr als nur mich selbst und das ist gut“. Er *wollte* nicht dazugehören, er *wollte* anders sein. Aber er spürte auch, dass diese Sonderrolle ihren Preis kostete: „Allein stehe ich als Fremdling [...] unter den anderen Menschen“⁹. Für Morgner war es seine Kunst, die ihm das Gefühl gab, anders und ein ‚Fremdling‘ zu sein. „Man merkt auf Schritt und Tritt. Wer etwas tut, was nicht in den Kram paßt, besonders malt, ist eine überflüssige Persönlichkeit. Höchstens wert, darüber zu grinsen“¹⁰.

Tatsächlich gründete sich seine Außenseiterrolle aber nicht allein in seiner ‚verrückten‘ Malerei, die ihm vor allem Kopfschütteln eintrug. Der Künstler benahm sich zudem jenseits der kleinstädtischen Normen und

5 WMBZ (wie Anm. 1), S. 111, Morgner an Tappert o. D., nach Knupp-Uhlenhaut „von fremder Hand“ auf den 13.4.1913 datiert.

6 Kösters (wie Anm. 1). Auf dieses Werk sei auch grundsätzlich für die künstlerische Einschätzung Wilhelm Morgners sowie das Verhältnis von Kunst und Bürgertum verwiesen.

7 WMBZ (wie Anm. 1), S. 24, Morgner an Tappert vom 21.10.1911.

8 Siehe hierzu und auch zum Folgenden Lucja Nerowski-Fisch: Wilhelm Morgner 1991–1917. Ein Beitrag zum deutschen Expressionismus. Soest 1984 (= Soester Beiträge Bd. 46), S. 69–84.

9 WMBZ (wie Anm. 1), S. 39, Morgner an Tappert vom 21.10.1911, dort beide Zitate. Hervorhebungen von mir. N. W.

10 WMBZ (wie Anm. 1), S. 112, Morgner an Tappert vom 13.4.1913.

Gepflogenheiten. Mit Umhang, Riesenhut und großer Leinwand bewaffnet, streifte er durch Stadt und Land und malte und zeichnete immer und überall. Natürlich spürte er, dass er auffiel: „In Soest kann man nicht über die Straße gehen, ohne daß die Leute einen anlotzen“¹¹.

Ein für seine Mitbürger nicht immer einfacher Sonderling: Schon als Schüler eckte er ständig an, verweigerte sich im Unterricht, karikierte die Lehrer, riss nach Amsterdam aus und wollte sogar nach Amerika fliehen. Wiederholt zettelte er wüste Schlägereien an. Er und sein gleichaltriger Künstlerkollege Wilhelm Wulff waren „bei den Soester Bürgern die berüchtigten ‚wilden Hunde‘, insbesondere Morgner galt als Bürgerschreck“¹², der provozieren wollte, wengleich er die Folgen natürlich wahrnahm: „Es macht mir jetzt direkt Spaß, daß mir alle Leute irgendetwas ans Zeug flicken wollen. Im Grunde ist mir in Soest niemand gut gewogen“¹³. Die Ablehnung sprach aus seiner Sicht – selbstverständlich – nicht gegen ihn, sondern gegen die „Spießbürger“, die „unmusische Hammel“ und „Pißhucken“. „Fressen, furzen und scheißen ist die Parole dieser Idioten“¹⁴.

Die Wut des Künstlers auf die beschränkten Bürger: Das war und ist natürlich kein Morgner'sches Alleinstellungsmerkmal. Der Künstler als Bürgerschreck – das war ein frisch erfundener Topos, eine neu konstruierte Künstlerfigur, die anders sein will und muss als die sie umgebenden Spießermassen. Die soeben entstehende bürgerliche Leitkultur suchte Orientierung und fand sie in der Bildung, der Wissenschaft und – wenn's um höhere Dinge ging – vor allem in der Kunst. Der Künstler wird „Schöpfer“ und *Avantgarde*, er eilt voraus und erschließt unbekannte Welten, jenseits des schnöden Alltags; er wird zuständig für Wandel, Entwicklung, Dynamik. Umflort von der Aura des Genialen, gebärdet er sich antibürgerlich und ist doch zugleich zutiefst ein Produkt der bürgerlichen Gesellschaft¹⁵.

Dazu passt, dass Morgner in seinen Briefen immer wieder auf die ebenfalls typische Vorstellung des Künstlers zwischen Genie und Wahnsinn rekurriert und seine intensiven „Rasereien“ schildert. Wenn er solche Empfindungen nicht seinen Briefen an Tappert vorbeihält, sondern sie auch

11 WMBZ (wie Anm. 1), S. 41, Morgner an Tappert vom 22.2.1912.

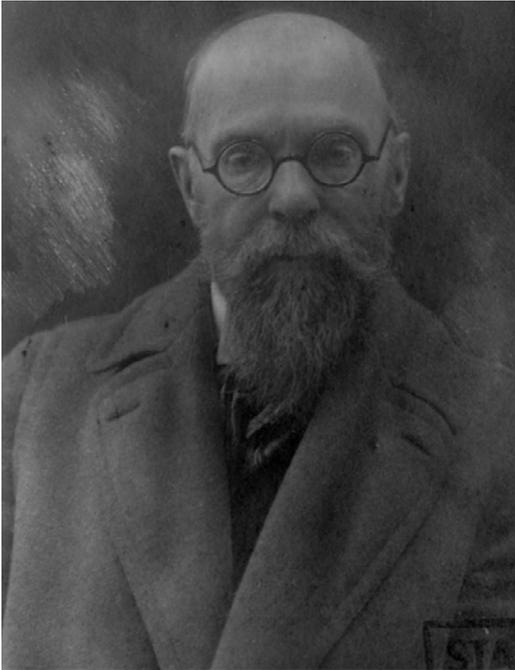
12 Stimmen + Farben. Text- und Bildauswahl von Walter Klemann. Recklinghausen 1974, S. 164.

13 WMBZ (wie Anm. 1), S. 72f., Morgner an Tappert vom 20.8.1912.

14 Beschimpfungen der Bürger, vor allem der Soester, und des „Spießbürgernests“ sind in Morgners Briefen stark verbreitet, hier WMBZ (wie Anm. 1), S. 39f., S. 125.

15 Siehe Kösters (wie Anm. 1); vgl. grundlegend Thomas Nipperdey: Wie das Bürgertum die Moderne erfand. Stuttgart 1998; Wolfgang Ruppert: Der moderne Künstler. Zur Sozial- und Kulturgeschichte der kreativen Individualität in der kulturellen Moderne im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Frankfurt 1998.

offensiv in seiner Soester Umgebung äußerte, blieben Irritationen und Reaktionen nicht aus: „Ich rufe meiner Mutter entzückt zu, Weib, du hast ja Gott selbst geboren, dein Sohn ist Gott geworden. Meine Mutter sieht mich da verzweifelt und entsetzt an, ich glaube, sie hält mich für einen



Otto Modersohn (1865–1943), undatiertes Porträt.
Foto Stadtarchiv Soest, Bildarchiv

Tollhäusler“¹⁶. Der Vater des Malerkollegen Eberhard Viegner, der Morgner glühend verehrte, verbot seinem Sohn den Umgang: „Der Mann spinnt“, weil er erzählte, wie ihm Rembrandt erschienen sei“¹⁷.

Zugleich aber hing Morgner sehr an seiner Heimat, zumal an der Landschaft und den in der ländlichen Welt arbeitenden Menschen. „Wenn ich nicht die braunen Ackerschollen und die wehenden Kornfelder so lieb hätte, wäre ich überhaupt schon längst in Berlin. Die roten Felder mit dem wehenden Korn und der Sonne darüber machen mir die Trennung doch

schwer“¹⁸. Die Bauern, Ziegelbäcker, Landarbeiter – das waren Figuren, die er mit Hingabe gemalt hat. Immer wieder ging er weg – und kehrte reumütig zurück.

Und wie gerne hätte er die Anerkennung der Soester gefunden. Da gibt es in seinen Briefen an Tappert wüste Schimpftiraden – und plötzlich Hinweise, die seine Sehnsucht nach Wertschätzung offenbaren. „Wenn jetzt meine Bilder die Jury des Sonderbundes passiert haben werden, werden die Soester sich vielleicht besinnen und nicht immer in Soest den haarigsten Kitsch fördern“. Seine erhofften Erfolge in den Großstädten sollten seine Mitbürger überzeugen, damit „die Kerls noch mehr Respekt vor mir“ hätten¹⁹.

16 WMBZ (wie Anm. 1), S. 86, Morgner an Tappert vom 19.1.1913.

17 Stimmen + Farben (wie Anm. 12), S. 164.

18 WMBZ (wie Anm. 1), S. 41, Morgner an Tappert vom 22.2.1912.

19 WMBZ (wie Anm. 1), S. 45, Morgner an Tappert vom 17.3.1912, S. 47, Morgner an Tap-

Eine für den erst 21-Jährigen quälende Mischung aus Verachtung und Verlangen: „Sagt dann nur ein Soester noch ein blödsinniges Wort über mich, dann werde ich sie mit Hilfe der Presse in den benachbarten Großstädten [...] ganz enorm als dumme Bauern lächerlich machen. Ich *will* die großen Wände des Rathauses zum Ausmalen haben“²⁰. Das wäre ein symbolischer Erfolg in der Heimat gewesen; dafür kämpfte er nach Kräften. Der verantwortliche Baurat war auf seiner Seite, fürchtete aber, Morgner „wäre zu modern“²¹. So blieb das Rathaus ohne Morgner-Wandmalereien.

Ein fast tragisches Dilemma, das dem jungen Künstler wohl bewusst war: „Mir hängt meine Heimat zum Halse raus, das blödsinnigste bei der ganzen Sache ist, daß ich mit diesen Idioten zusammen zu demselben Volksstamme gehöre“²². Ob Morgner wollte oder nicht: Er war Soester unter Soestern – und mühte sich noch einmal um Gemeinschaft. Eifrig forcierte er eine Ausstellung „Moderne Soester Malerei“, mit seiner Beteiligung, „damit die Leute wenigstens auf den Rücken schlagen, wenn sie meine Bilder sehen“²³. Sogar dem Soester „Verein Heimatpflege“ trat er bei – für einen Bürgerschreck zweifellos ungewöhnlich und ein unübersehbares Signal für seinen Wunsch dazuzugehören.

Aber die Welten waren zu verschieden. Auch der Heimatverein und sein ehrenamtlicher Museumsleiter Wilhelm Asheuer bemühten sich zwar um Gegenwartskunst und hängten neue Bilder in den Burghof – leider aber solche, die Morgner in all seinen Urteilen bestätigten und zu einem bösen Leserbrief veranlassten: Der Verein sei „rückständig“ und fördere „den Kunstsinn der Stadt Soest in keiner Weise, sondern setzt der Kunst wieder ein recht kräftiges Bollwerk entgegen durch Ausstellen von Bildern, die zum ausgesprochenen Kitsch zu rechnen sind“. Ausdrücklich als Mitglied des Vereins Heimatpflege „protestierte“ er gegen diese Praxis und beschimpfte sie als „Blümchen- und Blättchenkultur“²⁴.

Es folgten gehässige Retourkutschen vor allem vom Museumsleiter, dem „Postfritzen“²⁵ – Asheuer war Postsekretär a. D. Höhepunkt war der Abdruck einer Hetztirade gegen die moderne Malerei im Soester Anzeiger. Morgner reagierte tief getroffen von den Ausfällen gegen eine Kunst, „die

pert vom 26.4.1012.

20 WMBZ (wie Anm. 1), S. 45, Morgner an Tappert vom 17.3.1912. Hervorhebung im Original.

21 WMBZ (wie Anm. 1), S. 47, Morgner an Tappert vom 26.4.1912.

22 WMBZ (wie Anm. 1), S. 95, Morgner an Tappert vom 2.2.1913.

23 WMBZ (wie Anm. 1), S. 47, Morgner an Tappert vom 26.4.1912.

24 Leserbrief Morgners an den Soester Anzeiger vom 6.2.1913, Wiederabdruck in WMBZ (wie Anm. 1), S. 197f.

25 So und ähnlich vielfach, z. B. WMBZ (wie Anm. 1), S. 101, Morgner an Tappert vom 22.02.1913.

kein Mensch begreifen kann“, und den Attacken gegen – namentlich aufgeführte – führende Vorreiter der Moderne. Morgner wird in diesem zuvor bereits in Berlin erschienenen Artikel besonders hervorgehoben – zusammen mit Karl Schmidt-Rottluff – und zu den „kulturlosen Farbenschüttlern“ gezählt, die „die Reste der umgeworfenen Farbtöpfe mit redlichem Fleiß und brausendem Genie durcheinanderschüttelten und mit höchst geduldiger Leinwand in Verbindung brachten“²⁶.

Der Streit eskalierte. Nachdem Morgner dem ihm sehr zugetanen Otto Modersohn einen Artikel des Soester Anzeigers zugeschickt und ihm zugleich seine Idee einer Modersohn-Ausstellung mit dem Heimatverein in Soest präsentiert hatte²⁷, ergriff der renommierte Ältere Partei für den jungen Kollegen, ahnte aber bereits den Ausgang dessen, was er anspielungsreich „Fehde“ nannte: „Ich fürchte, Sie werden einen schweren Stand haben und der Sieg wird ziemlich aussichtslos sein“. Modersohn hielt ‚kleinere Städte wie Soest‘ für wenig avantgardefähig²⁸. Sehr verärgert reagierte Morgner auch auf die für den Wiederabdruck der Schmähschrift nicht autorisierte Veröffentlichung seiner Abbildungen – ein Rechtsverstoß, gegen den er juristische Schritte einzuleiten plante.

Noch immer gab er seine Position in der ‚Kunstfehde‘ nicht auf. Er schrieb Leserbriefe und bemühte mit Tappert und Herwarth Walden Größen der Kunstwelt, ebenfalls zu schreiben; er führte Gespräche mit Soestern, von denen er Unterstützung erhoffte, aber auch mit Gegnern. Zuletzt versuchte er, beim Heimatverein die Wiederwahl des Museumsleiters in sein Amt zu verhindern²⁹. Vergeblich.

Das war’s mit Morgners Bemühungen um Soest. Enttäuscht trat er aus dem Verein aus, dem er die unausgesprochene Zustimmung zu den öffentlichen „Kunstpöbeleien“ vorwarf. Immerhin übermittelte er noch die Adresse Modersohns, um die von ihm angeregte Ausstellung weiterhin zu ermöglichen³⁰.

26 Publiziert ist der Wiederabdruck des Artikels „Gott schütze die Kunst“ als Extra-Seite im Soester Anzeiger, auf höherwertigem Papier gedruckt, in der Ausgabe vom Montag, dem 17.2.1913. Ursprünglich erschien der Artikel in die Kunstwelt 1, Nr. 5 (1911–1912); siehe http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/kunstwelt1911_1912/0429, Aufruf vom 04.04.2016. Der Anzeiger präsentierte wie der ursprüngliche, von Felix Lorenz verfasste Artikel, drei Abbildungen von Gemälden Morgners. Der Artikel in der Kunstwelt bietet darüber hinaus noch elf weitere Abbildungen von Werken anderer Künstler. Wiederabdruck in WMBZ (wie Anm. 1), S. 202, Abbildungen S. 200f., S. 203.

27 Morgners Schreiben an Modersohn ist weder im Modersohn-Nachlass in Fischerhude noch im Nachlass Paula Modersohn-Beckers in Bremen überliefert.

28 StAS Soest P 138, Nr. 235, Modersohn an Morgner vom 21.3.1913. Siehe die Transkription des gesamten Schreibens am Ende des vorliegenden Beitrages.

29 StAS Soest P 138, Nr. 235.

30 StAS Soest P 138, Nr. 235, Morgner an den Verein Heimatpflege, zu Händen des Bürger-

Morgners Austritt bietet aus heutiger Sicht für den Verein – der 1973 mit dem Verein für Geschichte von Soest und der Börde zum heutigen ‚Geschichtsverein‘ fusionierte – sicherlich keinen Anlass zu Stolz. „Es würde doch etwas sehr komisch wirken, gehörte ich als Künstler einem Verein an, von dessen Vorstandsmitglied und Museumsverwalter Kunst und Künstler angeekelt, dilettantische Bestrebungen aber gutgeheißen werden“³¹. Sein gesamtes Austrittsschreiben bezeugt die Enttäuschung und steht für das Ende der Morgner’schen Integrationsbemühungen.

Nur vordergründig steht der Museumsmann im Zentrum seiner Wut: Ein „Knochengestell“, ein „eunuchischer Ziegenbock“, „ein Mensch vom Werte eines Schweins“³². Insgesamt schloss der Maler mit Soest ab. Mit ätzendem Spott schilderte er die Vereinsversammlung, bei der „sich Fleischstück auf Fleischstück in den Saal schob. Diese Fleischstücke waren das, was man Mensch nennt“. Seitenlang verschaffte er sich Luft und zog Konsequenzen. „Die Soester bekommen von mir keine Bilder zu sehen. [...] Man soll seine Perlen nicht vor die Säue werfen“. Statt Integration wollte er nun Isolation, entweder „in die Einsamkeit auf dem Lande oder in die absolute Einsamkeit der Großstadt“³³.

Mit Morgner als Heimatfreund war es vorbei. Trotz aller Anstrengung war der Maler nicht kompatibel mit den Bürgern der Bördestadt. Sein un- und oft antibürgerliches Verhalten war eben nicht Attitüde oder Lifestyle, sondern eine in seinem Künstlertum gründende Haltung. Für seine letzten Lebensjahre sind keinerlei weitere Bemühungen um Aktivität und Akzeptanz in Soest überliefert.

Zum Schluss soll Wilhelm Morgner das letzte Wort haben: Nicht fehlen darf sein markantes Urteil, das vieles zusammenfasst – leider endgültig: „Die Leute sind Ochsen, [...] Kamele, Dromedare. Ich werde [...] dafür sorgen, daß nichts, kein einziges Stück von mir, jemals in Soest bleibt. Den Gefallen soll das Scheißpack nicht haben. Ich will nicht, dass die ihre grinsende Schnauze über meine Bilder beugen. Ich hasse alles, was in Soest ist und was irgendwie an dies Spießbürgertum erinnert. Ich ignoriere alles und tue nichts, wenn auch Baurat Meyer usw. meinen, das sollte ich doch tun [...]. Es wird Zeit, daß ich bald anfangen [...] Wunder zu tun und darin werde ich meine Kraft anwenden“³⁴.

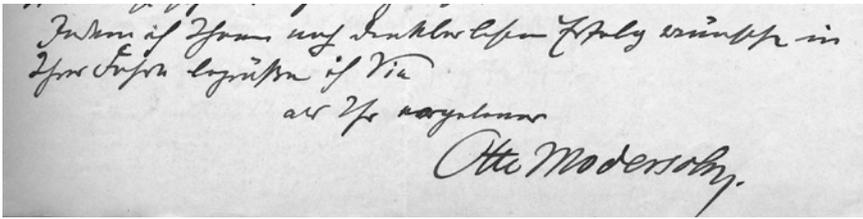
meisters, vom 10.4.1913.

31 Ebd.

32 WMBZ (wie Anm. 1), S. 112 (2mal), Morgner an Tappert o. D., von fremder Hand 13.4.1913; S. 117, Morgner an Tappert o. D.

33 WMBZ (wie Anm. 1), Morgner an Tappert o. D., S. 104, 106.

34 Ebd.



Brief Modersohns an Morgner vom 21. März 1913, Ausschnitt. Stadtarchiv Soest, P 138, Nr. 235.

Schreiben Otto Modersohns an Wilhelm Morgner vom 21. März 1913³⁵

Fischerhude, 21.III.13

Sehr geehrter Herr Morgner!

Ich danke Ihnen sehr für die Übersendung der Artikel des Soester Anzeiger. Ihre Fehde war mir nicht fremd. Schon durch die Werkstatt d[er] Kunst³⁶ hatte ich erfahren, in welcher geschmackloser Weise man Ihre Kunst in den Coth zu ziehen versucht hatte. Und ganz unerhört fand ich natürlicherweise, wie man sich die Bilder zu diesem Artikel verschafft hatte. – Aber ich fürchte, Sie werden einen schweren Stand haben und der Sieg wird ziemlich aussichtslos sein. Wenn in größeren Städten die moderne Kunst schon³⁷ schwer um Verständniß kämpfen muß, was soll man dann von kleinern Städten wie Soest sagen.

Ich habe mich immer sehr für Soest interessiert, vor Jahren habe ich auch dort gemalt. Leider komme ich jetzt selten hin. Was nun die Idee einer Ausstellung meiner Werke in Soest anbetrifft, so stehe ich derselben sympathisch gegenüber. In der nächsten Zeit wäre es mir allerdings

35 StAS P 138, Nr. 235. Die Transkription beider Briefe erfolgt buchstabengetreu. Die Zeichensetzung wird weitgehend normalisiert, Abkürzungen werden aufgelöst, aber kenntlich gemacht.

36 Von Fritz Hellweg und anderen gegründetes „wirtschaftliches Interessenblatt der bildenden Künstler“, siehe Fritz Hellweg: Die Werkstatt der Kunst und die A. D. K. G. Eine Erklärung. In: Kunst und Künstler 12 (1914), S. 71f.

37 „schon“ über der Zeile eingefügt.

nicht möglich. Ich bin so beschäftigt u[nd] habe soviel aus-
gestellt, daß ich jetzt nicht über genügend Bilder verfüge.
Vielleicht später – zum Herbst.

Indem ich Ihnen noch denkbar besten Erfolg wünsche in
Ihrer Fehde begrüße ich Sie
als Ihr ergebener
Otto Modersohn.

Wilhelm Morgner an den Vorstand des Vereins Heimatpflege, z.
Hd. des Bürgermeisters Heinrich ten Doornkaat Koolman³⁸, 10. April 1913

Soest i[n] / W[estfalen], d[en] 10.IV.13
An den Vorstand des Vereins Heimatpflege
z[u] H[änden] des Herrn Bürgermeister!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Adresse lautet
Herr Otto Modersohn, Fischerhude, b/Bremen³⁹.
Gleichzeitig erlaube ich mir, meinen Austritt aus
dem Verein Heimatpflege zu erklären⁴⁰, da es mir un-
möglich ist, länger diesem Verein anzugehören; denn
in seinem Vorstand befindet sich ein Herr, der auf ganz
geschmacklose Art und Weise unter Assistens⁴¹ eines
Reisedirektors skrupellos⁴² meine Bilder reproduziert
hat, ohne sich von mir die Erlaubnis zu holen, und der
außerdem ohne irgendwelchen Anlaß auswärtige Künstler
angepöbelt hat. Die Rücksicht auf diese Künstler⁴³, die
ich zum Teil sehr hoch schätze, erlaubt mir nicht, länger dem
Verein Heimatpflege anzugehören. Zugleich mit dieser
Kunstpöbeleien⁴⁴ waren Teile aus dem Programm des Vereins

38 Bürgermeister Heinrich ten Doornkaat Koolman war im Jahr 1913 zugleich Vorsitzender des Vereins Heimatpflege.

39 Morgner hatte dem Verein Heimatpflege eine Modersohn-Ausstellung vorgeschlagen und liefert nun die Kontaktdaten.

40 Von „meinen“ bis „erklären“ rote Unterstreichung, offenkundig vom Empfänger.

41 Doppelte rote Unterstreichung, offenkundig vom Empfänger, womöglich als orthografisch fehlerhaft hervorgehoben.

42 Doppeltes „p“: doppelte rote Unterstreichung, offenkundig vom Empfänger, womöglich als orthografisch fehlerhaft hervorgehoben .

43 Hervorhebung im Original.

44 Blau unterstrichen, offenbar auf Empfängerseite.

wörtlich abgedruckt und so geeignet,⁴⁵den Verein Heimatpflege so zu verdächtigen, als wäre ihm Urheberrecht u[nd] s[o] w[eiter] gleichgültig. Ich schlug in der letzten Versammlung vor, diesen Herrn nicht wiederzuwählen⁴⁶, dies ist aber mit überwiegender Mehrheit⁴⁷ doch geschehen. Daraus schließe ich, daß der Verein Heimatpflege, wenn auch nicht direkt bei dem Abdruck meiner Bilder und der Verhöhnung der auswärtigen Künstler beteiligt, doch damit einverstanden ist. Unter diesen Umständen ist es, glaube ich, Zeit⁴⁸ für mich⁴⁹, aus dem Verein Heimatpflege auszutreten, denn es würde doch etwas sehr komisch wirken, gehörte ich⁵⁰ als Künstler einem Verein an, von dessen Vorstandsmitglied und Museumsverwalter Kunst und Künstler angeekelt, dilettantische Bestrebungen aber gutgeheißen werden. Dann möchte ich noch bemerken, daß Bilder der angepöbelten Künstler sich in maßgebenden Museen befinden, z[um] B[eispiel] im Museum Folkwang. Es ist doch wohl ohne Zweifel, daß das Folkwang-Museum und sein Direktor sich riesenhoch über unserem Museum mitsamt seinem Verwalter befinden. Ich meine, es ist Zeit, daß der

Handwritten text in cursive script, likely a letter. The text is partially obscured by a horizontal line. Below the line, the name 'Wilhelm Morgner' is written in a large, stylized cursive signature. Above the line, the text is mostly illegible but appears to contain a closing or a signature block.

Brief Morgners an den Verein Heimatpflege vom 10. April 1913,
Ausschnitt. Stadtarchiv Soest, P 138, Nr. 235.

- 45 Danach „auf“ wurde vom Schreiber gestrichen.
 46 Dieser Beitrag ist weder in der Zeitungsberichterstattung noch im Versammlungsprotokoll erwähnt.
 47 Hervorhebung im Original.
 48 Danach gestrichen: „Zeit“.
 49 Davor gestrichen: „f“.
 50 Danach: Streichung, wohl „einem“.

Herr, um⁵¹ den es sich handelt, aus dem Vorstand entfernt wird. Ich möchte mir aber nicht von einem⁵² Vorstandsmitgliede des Vereins Heimatpflege die Heimat verekeln lassen und trete darum aus. Spott und Hohn sind keine Anwälte für Heimatliebe. Es ist nur zu bedauern, daß Herren, die diesen aber auf ihren Schild geschrieben haben, in den Vorstand des Vereins Heimatpflege gewählt werden mit überwiegender Mehrheit.⁵³

Hochachtungsvoll
Wilhelm Morgner

51 Davor: Streichung, vielleicht „unter“.

52 Davor gestrichen: „V“.

53 Hervorhebung im Original.

DIRK VAN ACKEN

DER „TAUSENDJÄHRIGE WEISSDORN“ VON SOEST – EINE RECHERCHE

Es gibt ihn nicht mehr – den „tausendjährigen“ Weißdorn von Soest. Im Sommer 2017 jährt sich zum 60. Male sein Verschwinden aus dem Garten der Ressource. Damals, im Juli/August des Jahres 1957, stand es nicht mehr gut um ihn, denn durch einen Sturm war er schwer beschädigt und seiner Krone beraubt worden.

Die erste schriftliche Mitteilung über den Baum stammt aus dem Jahre 1823. Als damals die Georgskirche an die Ressourcengesellschaft verkauft worden war und dann abgebrochen werden sollte, wurde im „Kauf Contract“ vom 12. Februar 1823 unter Bezug „auf den Grund des früheren öffentlichen Verkaufs Protocoll vom 30sten November vorigen Jahres und mit Genehmigung der Hochlöbl. Königl. Regierung zu Arnberg den 16t. December desselben Jahres“ der Kaufvertrag geschlossen. Der erste Absatz lautet:

„Die vereinigte Wiese und Georgs Gemeinde zu Soest verkauftet der hiesigen Ressourcen-Gesellschaft, das Georgi Kirchen Gebäude mit Grund und Boden, mit Thurm und allem sonstigen Zubehör [...] für die Summe von zwei Tausend sieben Hundert siebenzig Thaler Berliner Courant.“¹

Erst in einem zweiten Vertrag zwischen der Ressourcen-Gesellschaft und dem Stadtbaumeister Nick wird dann der Weißdorn das erste Mal ausdrücklich erwähnt.

„Unter dem 20.4. desselben Js. (wird) [...] dem Stadtbaumeister Nick als dem Mindestfordernden der Abbruch der Georgikirche und der Bau eines Ressourcenhauses gegen das Gebot von 9770 Rtlrn. übertragen, wobei in § 17 der Vorwarden ausdrücklich vermerkt wird: Der auf dem Kirchhofe befindliche Dornbaum [Ergänzung in der Fußnote: Nach dem Urteile eines Sachverständigen ‚eines der ältesten pflanzlichen Gebilde auf europäischem Boden‘] muss unbeschädigt bleiben und gleich mit Steinen oder auf andere zweckmäßige Weise geschützt werden, so dass derselbe durchaus keinen Schaden leidet, bei einer Konventionalstrafe von 100 Tltn. wenn derselbe verdorben wird.“²

1 Archiv der Wiesen-Georgs-Gemeinde, Abteilung 3 A 1, Bd. 3, zit. n. der Transkription von Hans-Dieter Bödecker 2003.

2 Eduard Vogeler: Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Ressource in

In den Jahrhunderten davor und auch in den ersten Jahrzehnten nach dem Verkauf und Abbruch der Georgskirche wurde über den alten Weißdorn nichts überliefert. Nicht einmal der „Königlich Preußische Land- und Stadtgerichts-Direktor, Justiz-Rath [...] und Mitglied des Vereins für vaterländische Geschichte und Alterthumskunde in Westfalen“ Arnold Geck erwähnt den Baum in seiner „Topographisch-historisch-statistische(n) Beschreibung der Stadt und der Soester Börde“ von 1825. Dabei war er selbst Mitunterzeichner des Kaufvertrags vom 12. Februar 1823.

Erst sechzig Jahre später wird der alte Weißdorn das erste Mal ausführlicher beschrieben.

„Ein ebenso bedeutender Weissdorn steht im Garten der Ressource in Soest; unter ihm wurden nach der Chronik bereits im 14. Jahrhundert an einem bestimmten Tage des Jahres Geschenke an die Armen verteilt. Es ist ein einziger baumartiger Stamm, der über dem Erdboden etwa 2,5 m Umfang besitzt. Der Stamm ist grossenteils hohl und teilweise durchlöchert. Die Höhe beträgt 6-7 m. Nur wenige Äste gehen vom Stamme ab, welche gestützt werden. Die Laubkrone beschattet 50-60 □ m.“³

Sieben Jahre später (1890) findet sich am Ende der Aufzählung über die „mittelalterlichen Wohlthätigkeitsanstalten“ der Hinweis auf „das Almosenhaus auf St. Jörgen Kirchhof, wo die milden Spenden unter dem hinter dem Chor befindlichen uralten Weißdorn, der noch jetzt jedes Jahr frische Blüten treibend, an Alter sich dreist mit dem berühmten Hildesheimer Rosenstrauch messen kann, ausgeteilt wurden, sowie das über bedeutende Mittel verfügende Institut der Hausarmen, welches urkundlich 1309 zuerst vorkommt.“⁴

Noch vor der Jahrhundertwende hatte die Zeitschrift „Die Gartenlaube“ eine Rubrik gestartet über „Deutschlands merkwürdige Bäume“. Dort erschien 1899 von einem nicht genannten Autor (vielleicht von Otto Hoff aus Soest, von dem die mitveröffentlichte „photographische Aufnahme“ stammt) der Beitrag:

„Der Weißdorn zu Soest. (Mit Abbildung.) Im Garten der Gesellschaft ‚Ressource‘ zu Soest steht ein Weißdorn, von dem die Sage berichtet, dass an seinem Stamm schon Karl der Große seinen Wanderstab gelehnt habe. Der Grund und Boden des Gartens war früher der Kirchhof der 1823 abgebrochenen St. Georgskirche, an deren Chor der Dorn Halt fand. Schon im 15. Jahrhundert wurden unter seinen Zweigen milde Gaben gespendet. Bedarf der Baum gegenwärtig der Stütze, so schmückt er sich dennoch

Soest am 1. Oktober 1903. Soest 1903, S. 77.

3 Zwölfter Jahresbericht des Westfälischen Provincial-Vereins für Wissenschaft und Kunst für 1883. Münster 1884, S. 161.

4 Maria Schütte: Soest, seine Altertümer und Sehenswürdigkeiten. Soest 1890, S. 31.



SOEST
1000 jähriger Weissdorn im arten
der Ressource

Der Weißdorn in voller Größe (vermutlich aufgenommen gegen Ende des 19. Jahrhunderts von einem nicht genannten Fotografen). Foto Stadtarchiv Soest.

Jahr für Jahr mit frischen Blüten, ein würdiges Gegenstück zu dem berühmten Hildesheimer Rosenstock, mit dem er sich an Alter wohl messen kann.“⁵

Nur fünf Jahre später gibt auf Veranlassung des preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten der Oberforstmeister a. D. in Arnsberg Emil Schlieckmann das Buch „Westfalens bemerkenswerte Bäume“ heraus, worin er den Weißdorn beschreibt:

„Stadt Soest, im Garten der Gesellschaft ‚Ressource‘, ein sehr alter Weißdorn mit größtenteils hohlem Stamm, geschichtlich schon im 16. Jahrhundert als alter Baum genannt, 2,5 m U., 1,5 m L., 7,5 m H. Nur wenige und gestützte Äste gehen vom Stamm ab, die Laubkrone beschattet 50-60 □ m. Anm. Nach dem J. d. W. Pr.-V. f. W. u. K. für 1883 S. 161 wurden unter diesem Weißdorn bereits im 14. Jahrhundert an einem bestimmten Tage des Jahres Geschenke an Arme verteilt.“⁶

Nach dem Ersten Weltkrieg schwärmt Willi Pieper vom „uralten Weißdorn im Ressourcengarten“:

„Wenn Hildesheim mit Recht so stolz auf seine tausendjährige Rose, die den Dom umrankt, ist, sind wir es auf unseren ewigen Weißdorn in unserem Garten am Großen Teiche, dessen Wasserspiegel mit den Bildern von ihm und unserer lieben Frau Kirche in der Wiese, wie Kindermund sagt, spielt. Eine vornehme Aufgabe bleibt’s, dies Naturwunder zu erhalten für kommende Zeiten! Dem Naturdenkmalpflugeschutz ist der Baum zu unterstellen. Einen Ableger, ein Reis, sollte man von ihm pflanzen und ziehen. Schon beim Verkauf des Grundstücks seitens der Wiesen-Georg-Gemeinde an die Gesellschaft Ressource bestimmt der Kaufvertrag, daß bei einer Konventionalstrafe von hundert Talern der Weißdorn unbeschädigt bleiben müsse und gibt an, wie er zu schützen sei.

Botaniker bezeichnen den *Baum* als eins der *ältesten pflanzlichen Gebilde auf europäischem Boden* (Hervorhebungen im Original, D. v. A.). Der Umfang an der stärksten Stelle des Stammes beträgt 2,65 m; die Höhe 3,65 m. Die Krone, in der Regentraufe gemessen, hat einen Durchmesser von 10 m! Die Gesamthöhe bis zur Krone ist 7 m. Die Äste sind vielfach gestützt. Nach einer urkundlichen Erwähnung im 16. Jahrhundert, nach Vogeler wohl die älteste, wird von dem Dorn auf St. Jörgenskirchhofe gesagt, daß unter ihm milde Gaben verteilt werden und läßt sich auch an dieser Stelle ein Almosenhaus nachweisen. Möge er weiterhin leben, wachsen und blühen! Über hundert Jahre ist unsere Gesellschaft, hundert Jahre heute unser stattliches Haus, weit

5 Deutschlands merkwürdige Bäume: Der Weißdorn zu Soest. In: Die Gartenlaube, illustriertes Familienblatt, Jg. 1899, Heft 5, S. 163.

6 Emil Schlieckmann: Westfalens bemerkenswerte Bäume. Bielefeld, Leipzig 1904, S. 32.

über tausend Jahre alt der Baum und die schöne Stadt in der er steht“.⁷

Nach Inkrafttreten des Reichsnaturschutzgesetzes (RNG) vom 26. Juni 1935 wurden mit der „Verordnung zur Sicherung von Naturdenkmälern im Kreise Soest“ neben vielen anderen Bäumen auch zwei Bäume im Garten der Gesellschaft Ressource unter Schutz gestellt. Es sind dies unter den Listennummern „17 - 1 Weißdorn, Stadtgemeinde Soest, Garten, (Friedhof der abgebrochenen Georgskirche), und 18 - 1 japanischer Schnurbaum, dsgl., Garten, (Friedhof der abgebrochenen Georgskirche), Rathausstr. 1“⁸

In § 3 der Verordnung ist bestimmt, dass „Ausnahmen von dieser Verordnung [...] von der unterzeichneten Naturschutzbehörde in besonderen Fällen zugelassen werden“ können.

Nach dem Zweiten Weltkrieg widmet Hubertus Schwartz in seinem Werk „Soest in seinen Denkmälern“ ein Kapitel der „Pfarrkirche St. Georgii (Neue Kirche)“. Darin geht er mit dem folgenden Satz auch auf den Weißdorn ein:

„An das Kirchengebäude nach Osten hin lehnte sich in einigem Abstände der uralte, noch heute im Garten der Ressource vorhandene tausendjährige Weißdorn, unter dem Jahrhunderte lang die Spenden der Stadt an die Armen von dem St. Jürgen Kirchhof^c (an dem ein Armenhaus lag) zu bestimmten Zeiten im Jahre verteilt wurden.“⁹

Ende Juni 1957 richtete dann ein Sturm im Ressourcengarten einen größeren Schaden an. Dazu schrieb Schwartz einen (von ihm nicht unterzeichneten) Artikel in der Westfalenpost, u. a.:

„Dort stehen zwei in das Naturschutzbuch eingetragene Bäume, ein großer japanischer Schnurbaum und der weitbekannte tausendjährige Weißdorn. Beide Bäume haben dort schon gestanden, als der Ressourcengarten noch Kirchhof war, der die im Jahre 1823 abgebrochene Georgiikirche umgab. Von dem Schnurbaum ist ein großer Ast abgebrochen und auf den Weißdorn geschleudert worden, der dadurch ebenfalls schwere Schädigungen erlitten hat. Der Stamm des Schnurbaums ist in seinem Innern hohl und morsch; da der Baum aber in üppiger Blätterfülle steht, dürfte es möglich sein, etwa durch Ausmauerung, ihn noch auf lange Zeit zu erhalten.

Der Weißdorn lehnte sich in einigem Abstand früher an den Chor der Georgiikirche an. Unter ihm wurden schon vor Jahrhunderten die Spenden der Stadt an die sogenannten Schmiedhausarmen vom St.-Jürgen-Kirch-

7 Heinrich ten Doornkaat Koolman: Hundert Jahre im eigenen Heim am 1. Oktober 1925. Soest 1925, S. 25f.

8 Verordnung zur Sicherung von Naturdenkmälern im Kreise Soest. Sonderbeilage zum Stück 53 des Amtsblatts Teil II der Preußischen Regierung zu Arnberg vom 9. Juli 1938.

9 Hubertus Schwartz: Soest in seinen Denkmälern. Bd. 2: Romanische Kirchen. Soest 1956, S. 185.

hof zu bestimmten Zeiten im Jahr verteilt. Das Schmiedeamtshaus lag an diesem Kirchhof in unmittelbarer Nähe. Schon als das Kirchengrundstück an die Ressourcengesellschaft veräußert wurde, wurde in dem Kaufvertrag ausdrücklich auf die Schonung und Erhaltung des Weißdorns hingewiesen und sie zur Pflicht gemacht. Seither ist dann auch der Weißdorn abgestützt und gepflegt worden.¹⁰

Und abschließend weist Schwartz noch ausdrücklich darauf hin, „der Weißdorn ist auch ein Geschichtsdenkmal, das Erhaltung verdient. Außerdem ist er bei seinem Alter eine botanische Seltenheit“. Nachgewiesen ist die Urheberschaft dieses Artikels durch den Wiederabdruck in Schwartz' „Gesammelten Aufsätzen“¹¹.

Da der japanische Schnurbaum (*Sophora japonica* L.) mit Ausnahme seiner Ausweisung als Naturdenkmal (1938) nie in allen aufgeführten Veröffentlichungen erwähnt wird, ist wohl auszuschließen, dass er neben dem Weißdorn bei der Georgskirche gestanden hat. Er wurde wahrscheinlich erst von der Ressourcengesellschaft gepflanzt, nachdem der Friedhof zum Garten umgestaltet worden war.

Im Archiv des Kreises Soest befindet sich ein Vermerk vom 7. August 1957 an den Kreisbeauftragten für Landschaftspflege und Naturschutz mit dem Antrag auf Löschung des japanischen Schnurbaums. Darin heißt es:

„Ein herabfallender Ast hat bereits das Dach der Kegelbahn durchschlagen und beträchtlichen Schaden verursacht. Herr Bartholme bat fernmündlich im Auftrag der Ressourcengesellschaft, den Baum aus der Liste der Naturdenkmale herauszunehmen, damit seine Beseitigung durch die Gesellschaft erfolgen kann.“¹²

Vom Schaden für den Weißdorn ist in dem Vermerk jedoch keine Rede! Am 28. August 1957 wird der Schnurbaum – ND Nr. 18 – bereits nach einer Dringlichkeitsentscheidung aus der Liste gelöscht¹³.

Mit der Erlaubnis, den Schnurbaum zu beseitigen, sind offensichtlich auch die Reste der Weißdorn-Ruine mitentfernt worden. Denn dreieinhalb Monate nach dem Artikel von Hubertus Schwartz erschien in der Westfalenpost noch folgender Leserbrief unter der Überschrift „Weißdorn im Ressourcengarten verschwand“:

„Der tausendjährige Weißdorn ist aus dem Garten der Ressource entfernt worden. An seiner Stelle ist nur noch ein Erdloch da, in das zum Abschluß ein größerer Stein gewälzt worden ist. Der Baum war [...] von einem di-

10 Zwei Soester Naturdenkmale in Gefahr. In: Westfalenpost vom 29./30. Juni 1957.

11 Hubertus Schwartz: Gesammelte Aufsätze. (Soester wiss. Beiträge 24). Soest 1963, S. 162f.

12 Kreisarchiv Soest, Altkreis Soest 4256.

13 Ebd.

cken Ast eines benachbarten Baums getroffen worden, der Ast war durch einen Sturm abgebrochen. Immerhin hatte der Weißdorn im Vorjahr noch einen grünen Zweig. Weißdorn hat ein zähes Leben; bei einiger Pflege hätte der Baum doch wohl erhalten werden können. [...] Für das Gefühl der Soester hat der Weißdorn dieselbe Bedeutung wie der tausendjährige Rosenstock am Dom zu Hildesheim. Die Hildesheimer haben den Rosenstock trotz seiner schweren Wunden im letzten Krieg erhalten, und er blüht wieder. [...] Warum ist unser Soester Symbol beseitigt? Schade um den Baum, schade auch um unsere Stadt, für die er ein Wahrzeichen und ein Symbol nicht weniger als der Hildesheimer Rosenstock war. Der innen hohle Baum hatte einen Durchmesser von etwa 60 Zentimeter und einen Umfang von etwa zwei Meter. Wie konnte es geschehen, daß er gerodet wurde? Hat der Naturschutzbeauftragte seine Zustimmung gegeben? F.H., Soest.

(Anm. der Schriftleitung: Der Weißdorn ist im Naturschutzbuch eingetragen. Wenn ein solches Naturdenkmal beseitigt werden und Löschung im Naturschutzbuch erfolgen soll, dann bedarf es dazu eines vorherigen Beschlusses des Kreistages. Dieser liegt bislang nicht vor. Die Entfernung von Naturdenkmälern ohne Genehmigung scheint Mode zu werden.)¹⁴

Die nicht genehmigte Beseitigung des „tausendjährigen Weißdorns“ hatte noch ein juristisch-administratives Nachspiel, denn der Verfasser des Leserbriefs, Ferdinand Holtzwardt, erstattete am 11. Oktober 1957 zusammen mit seinem Bruder Julius beim Oberstaatsanwalt in Arnsberg eine Strafanzeige gegen „Unbekannt wegen Vergehens gegen das Naturschutzgesetz“¹⁵. Ihnen antwortete der Oberstaatsanwalt am 26. Februar 1958, dass „den Beteiligten allenfalls Fahrlässigkeit bezüglich der Nichteinholung der Genehmigung zur Last gelegt werden [könne]. Insoweit besteht an der Strafverfolgung kein öffentliches Interesse, zumal sich die Ressourcen-Gesellschaft verpflichtet hat, im Frühjahr einen neuen Weissdorn zu pflanzen“, und stellte das Verfahren ein.

Die Brüder Holtzwardt beantragten daraufhin Akteneinsicht, worauf der Oberstaatsanwalt am 14. März 1958 antwortete, dass die Strafverfolgung wegen Verjährung nicht mehr möglich sei, ja schon „bereits bei Eingang Ihrer Anzeige vom 11.10.1957 verjährt war“. Da die Beschwerde der Antragsteller gegen diese Entscheidung beim zuständigen Generalstaatsanwalt in Hamm ebenfalls erfolglos blieb, wandten sich die Brüder an die Landesnaturschutzbehörde beim nordrhein-westfälischen Innenministeri-

14 Westfalenpost vom 11.10.1957. Beide Zeitungsartikel sind auch abgedruckt bei Gerhard Köhn: Soest in alten Bildern 1870–1920. Soest 1979, S. 146.

15 Der im Folgenden geschilderte Vorgang ist im Nachlass der Firma Holtzwardt-Christ dokumentiert, Stadtarchiv Soest P 130.245.

um. Über das Kultusministerium wurde die Eingabe an die Landesstelle für Naturschutz und Landespflege in Mönchengladbach weitergeleitet, woraufhin Dr. Karl Hündlings aus Nateln den Brüdern als „Kreisbeauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege im Kreis Soest“ am 3. Juli 1959 antwortete, dass sich „die Ressourcengesellschaft schon am 7.12.1957 bereit erklärt“ habe, einen neuen Weißdorn zu pflanzen, und weiter: „Darüberhinaus ist die Gesellschaft verpflichtet worden, einen wertvollen Parkbaum (Blutbuche) zur Sühne zu pflanzen.“

Die Stellungnahme des Bezirksbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege, Wilfried Lienenkämper aus Lüdenscheid, vom 3. August 1959 erschöpfte sich dann in der Wiederholung der Beschreibung Schlieckmanns.

Wenn man sich die Beschreibungen vom „tausendjährigen Weißdorn“ nun noch einmal kritischer ansieht, dann können dem Leser drei Punkte auffallen, die nicht wirklich geklärt sind. Da ist als Erstes das – bis auf zwei Angaben – Fehlen der historisch verbürgten Quellen zu nennen. Nur die Angabe, dass der Weißdorn beim Abbruch der Georgskirche vor jeder Beschädigung zu schützen ist, verbürgt die Tatsache, dass er zu diesem Zeitpunkt schon alt gewesen sein muss. Sein Erhalt war den Verantwortlichen der Ressource-Gesellschaft so wichtig, dass sie im Vertrag mit dem Stadtbaumeister Nick vom 20. April 1823 eine Konventionalstrafe von 100 Talern festschrieben. Und von den zitierten Autoren beruft sich nur Schlieckmann auf die Beschreibung im „Zwölften Jahresbericht des Westfälischen Provinzial-Vereins für Wissenschaft und Kunst für 1883“¹⁶.

Der zweite Punkt, der irritiert, sind die unterschiedlichen Altersangaben für den Weißdorn. Am weitesten vergaloppiert hat sich dabei Pieper, wenn er schwärmt: „weit über tausend Jahre alt der Baum [...]“¹⁷. Das würde bedeuten, dass der Weißdorn schon dagewesen wäre, bevor mit dem Bau der Kirche am Ende des 12. Jahrhunderts begonnen wurde.

In den genannten Zitaten wird der Weißdorn entweder dem 14. Jahrhundert (Jahresbericht 1883), dem 15. (Gartenlaube) oder dem 16. Jahrhundert (Schlieckmann) zugeordnet.

Die zitierten Autoren sind mit der Altersangabe für den Weißdorn recht unbefangen umgegangen. Wie beim „tausendjährigen Rosenstock am Hildesheimer Dom“ ist aber die Umschreibung „tausendjährig“ nur eine Metapher für das zeitlich unbestimmte Alter, weil es dazu keine verbürgte Altersangabe gibt und sich niemand mehr an den Anfang erinnern kann.

16 Wie Anm. 6.

17 Wie Anm. 7.

Trotz dieser unbestimmten Altersangabe lässt sich im Nachhinein aber vielleicht doch ein realistisches Alter des Soester Weißdorns schätzen. Manchen Veteranen des heimischen Weißdorns (*Crataegus* sp.), „bei dem sich die Grenzen zwischen Baum und Strauch verwischen“, und „denen um die 500 Jahre nachgesagt werden“, ... können sich „bis (zu) 12m hohen Stämmen auswachsen.“¹⁸

Da der Soester Weißdorn noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts ein Baum war, der blühte und jährlich austrieb, könnte er in der Zeit des 30-jährigen Krieges oder danach an der Georgskirche gekeimt oder gepflanzt sein. Dann war er bei seiner ersten Erwähnung im Vertrag mit dem Stadtbaumeister Nick vom 20. April 1823 ein ansehnlicher Baum. In den Jahrzehnten danach scheint seine Vitalität aber bereits deutlich nachgelassen zu haben. Seine Beseitigung im Jahr 1957 war nach der gravierenden Beschädigung durch seinen Nachbarn, den japanischen Schnurbaum, – genehmigt oder auch nur vorschnell – dann vielleicht doch eine nachvollziehbare Maßnahme. Denn an zwei Stellen wird seine Hinfälligkeit ja schon deutlich beschrieben. Da steht im „Zwölften Jahresbericht“ von 1883: „Der Stamm ist größtenteils hohl und teilweise durchlöchert. Die Höhe beträgt 6-7m. Nur wenige Äste gehen vom Stamme ab, welche gestützt werden.“¹⁹ Zwanzig Jahre später beschreibt der Oberforstmeister Schlieckmann den Baum schon als „mit größtenteils hohlem Stamm“. Und der Vergleich der wenigen Aufnahmen zeigt, dass der Baum bereits drei Jahrzehnte vor seiner Beseitigung schon einen erheblichen Schaden erlitten hatte, wie es insbesondere die Aufnahme vom Winter 1926 belegt.

Für die Annahme oder Schätzung, dass der alte Weißdorn in Soest vielleicht aus dem 17. Jahrhundert stammen könnte, gibt es ein glaubwürdiges Beispiel, das hier als Vergleich – mit aller Vorsicht – herangezogen werden soll. Es ist „Graf Eberhards Weißdorn“ beim Schlosschen Einsiedel im Schönbuch bei Tübingen, der durch die Ballade von Ludwig Uhland (1787–1862) über die Grenzen des damaligen Königreiches Württemberg hinweg berühmt wurde.

Graf Eberhard (V.) im Barte (1445–1496) – nicht zu verwechseln mit seinem Vorfahren Graf Eberhard (II.) dem Rauschebart – soll von einer Pilgerfahrt ins Heilige Land (1463) der Legende nach ein Reis des Weißdorns von dort mitgebracht haben. So beginnt auch Uhlands Ballade „Graf Eberhards Weißdorn“:

„Graf Eberhard im Bart / vom Württemberger Land, / er kam auf frommer Fahrt / Zu Palästina's Strand. / Dasselbst er einstmals ritt / durch einen

18 Doris Laudert: Mythos Baum. ⁵ München u. a. 2003, S. 212.

19 Wie Anm. 3, S. 11.



Der Weißdorn im Winter 1926. (Aufnahme in der Broschüre von Heinrich ten Doornkaat Koolman: 125 Jahre Ressource in Soest, 1928).

frischen Wald; / ein grünes Reis er schnitt / von einem Weißdorn bald. / Und als er war daheim, / er's in die Erde steckt, / wo bald manch neuen Keim / der milde Frühling weckt.²⁰

Näheres erfahren wir aus einer Beschreibung des Bebenhauser Klosterpräzeptors Gmelin vom Jahre 1630, die sich in einer Handschrift des Abtes Parsimonius über Kloster Hirsau befindet.

„Der Hagdorn im Einsiedel oder zu St. Peter im Schönbuch (welchen Hertzog Eberhard im Bart aus dem heiligen Land gebracht und daselbst gesetzt hatt), hält am Stammen, über der Rinden herumb 8 ½ württ. Schuh. Am eussersten gesimß, so auff den eußersten 16 Stainen Säulen, under dem außgebraitten Hagdorn, herumbligt, hält jedes stuckh, von einer saul uff die ander, an seiner inwendigen länge 9 schuh 5 zoll. Das thuot an des eußersten gesimbs innwendiger Circumferentz 150 Schuh 8 Zoll herumb. Under dem mittleren gesimbs stehen auch 16 getrehte aichine Säulen herumb. Und under dem innersten Gesimbs stehn acht hültzene gedrehte Säulen herumb. Summa Säulen under dem Hagdorn 40, gemessen und abgezelet, vom Herrn Prälaten zu Bebenhausen, Danielo Hitzlero und mir, den 23 July A.o. Chr. 1630.“

Danach hatte also der Stamm einen Umfang von 2,44 m, die Äste ruhten

20 http://gedichte.xbib.de/Uhland_gedicht_Graf+Eberhards+Wei%DFdorn.htm, Strophen 1, 2 und 4 von sieben, zuletzt aufgerufen am 8.9.2016.

auf einem dreifachen Säulenkranz, eine Laube ähnlich der Neuenstadter Linde bildend, im Umkreis 43 m. 20 Jahre später (1650) besuchte Joh. V. Andreä den Baum, er gibt in seiner Lebensbeschreibung den Umfang der *Krone* auf 32 m an. Der Hagdorn war also im 17. Jahrhundert noch wohl erhalten und ist nicht etwa, wie vielfach angenommen wurde, schon 1619 beim Schlossbrand mitvernichtet worden. Immerhin mag er damals beschädigt worden sein, offenbar war er um 1700 schon im Absterben, hundert Jahre nach Andreäs Besuch (1743) war nach Zeller (Denkwürdigkeiten S. 285) nur ‚etwas weniges noch übrig‘, Ein Jahrzehnt später war auch das verschwunden²¹. Demnach ist der Weißdorn von ‚Graf Eberhard im Barte‘, als er um 1750 eingegangen ist, etwa 300 Jahre alt geworden.

Der dritte fragwürdige Punkt in den Beschreibungen zum ‚tausendjährigen Weißdorn‘ von Soest sind die Angaben, dass unter ihm die Gaben an die Armen und Bedürftigen der Stadt ausgeteilt wurden. Dafür gibt es in allen historischen Quellen keinen Beleg.

Am Umfassendsten hat die riesigen Quellensammlungen über die Armenfürsorge in der Stadt seit dem Mittelalter bislang die Historikerin Antje Sander-Berke in ihrem Beitrag zur Soester Stadtgeschichte ausgewertet²². Keine Erwähnung findet sich in den ‚Annales‘ von Ludwig Eberhard Rademacher²³. Nicht genannt wird der Baum in den handschriftlichen Abschriften der alten Urkunden und sonstigen Quellen des ersten nebenamtlichen Stadtarchivars Eduard Vorwerck über die Georgskirche²⁴. Und wenn über die Ausgabe der Spenden an die Armen und Hilfsbedürftigen der Stadt an der Kirche berichtet wird, wie an zahlreichen Stellen in den leichter lesbaren ‚Urkunden- Regesten der Soester Wohlfahrtsanstalten‘, dann steht dort z. B. ‚wegen des almishenuses op sunte Jurgens kerkhove‘ (1506), ‚der armen up sanct Joriens kerkhove‘ (1560), ‚den hausarmen uff sant Jurgens kerkhoff binnen Soest‘ (1576), ‚dero Hausarmen an Sanct Georgens Kirchhoffe unter der Schmiede Haus‘ (1651) oder ‚von undenklichen Jahren her die Vorsteher der Armen auf S. Georg Kirchhoff unter unserm Schmiedeamthause die Freiheit gehabt, ihren Arme wochentlich und so oft nötig auf

21 Kgl. Württ. Forstdirektion (Hrsg.): Schwäbisches Baumbuch. Stuttgart 1911, S. 59f. Die Quellenzitate sind von hier aus nicht mehr nachvollziehbar.

22 Antje Sander-Berke: Armut und Armenfürsorge im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit. In: Heinz-Dieter Heimann (Hrsg.): Soest – Geschichte der Stadt, Bd. 2: Die Welt der Bürger: Politik, Gesellschaft und Kultur im spätmittelalterlichen Soest. Soest 1996, S. 315–335.

23 Ludwig Eberhard Rademacher: Annales oder Jahr-Bücher der Uhr-alten und weitberühmten Stadt Soest, hrsg. v. Gerhard Köhn (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Soest 22). 4 Bde., Soest 1999.

24 Stadtarchiv Soest, A Hs 59, S. 242–269.

der Dellen, Cammer und Stuben die Almosen auszuteilen“ (1697)²⁵. Auch diese kurzen Angaben belegen, dass unter dem Weißdorn keine Almosen verteilt wurden. Wenn aber der „tausendjährige Weißdorn“ schon damals dort gestanden hat, dann war er wohl zu klein oder zu unansehnlich, um ihn überhaupt zu erwähnen.

25 Friedrich von Klocke (Bearb.): *Urkunden-Regesten der Soester Wohlfahrtsanstalten*. Bd. 3: *Urkunden der kleineren Hospitäler, Pilgrimshäuser, Beginenhäuser und Armen-einrichtungen*. Münster, Soest 1953–1964, mittlerweile auch digital verfügbar unter [http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Reihe_025_Band_003_\(2013\).pdf](http://www.lwl.org/hiko-download/HiKo-Reihe_025_Band_003_(2013).pdf). Die Zitate finden sich unter den Nrr. 903 (S. 484f.), 935 (S. 501f.), 948 (S. 508f.), 973 (S. 519) und 1017 (S. 536f.).

DIRK ELBERT

ZU DEN SOESTER KIRMESPLAKATEN VOR 1972

Die Beschäftigung mit den Plakaten in einem Stadtarchiv geschieht meist leider nur nebenbei. Zu sehr drängen andere Aufgaben in den Vordergrund, die dringender erledigt werden müssen. Plakate sind – meistens – schön anzusehen und tragen die Information, die sie transportieren sollen, offen zur Schau. Über die Gestaltung kann man streiten, aber nur sehr selten haben sie einen Charakter als Aufreger, als Stadtgespräch. Derzeit ist zu beobachten, dass die Zahl der Litfaßsäulen und somit auch der Plakate zurückgeht. Außer für Parteien, wenn wieder eine Wahl bevorsteht, wird mit ihnen zumeist für Filme und vor allem für Veranstaltungen geworben. Einen festen Termin im Soester Jahreskalender beansprucht die Allerheiligenkirmes, die „größte Innenstadtkirmes Europas“, wenn es nach der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft geht, zu der regelmäßig ein neues Plakat erscheint. Diese Plakate zählen zu den begehrten Sammelobjekten der Kirmes-Enthusiasten; der Wiedererkennungswert des „Jägerkens“, in Anlehnung an Grimmelshausens „Simplicissimus“ als Symbolfigur für die berühmte Allerheiligenkirmes seit 1972 auf den Plakaten präsent, ist hoch. An dieser jährlich wiederkehrenden Werbung für die fünf „tollen Tage“, die Soester „fünfte Jahreszeit“, werden nicht nur in der Gestaltung bestimmte konstitutive Elemente deutlich, auf der Suche nach dem Entstehungshintergrund kann man unter Zuhilfenahme der städtischen Akten zur Kirmes auch andere Aspekte finden. Viele Details fehlen in den Akten jedoch (biografische Daten, Berufsangaben, Hinweise auf Bilddetails und -vorbilder usw.), sodass zu einer umfassenden Würdigung weitere Informationen erforderlich sind. Daher sei die folgende Vorstellung der Kirmesplakate in der Nachkriegszeit eher als Werkstattbericht zu verstehen. Ergänzungen und Korrekturen, Hinweise auf Stile und Design-Elemente sind herzlich willkommen.

1949 sollte ein neuer Anfang gemacht werden. Das Soester Kulturpflege- und Verkehrsamt unter seinem rührigen Leiter Karl, genannt Klaus Hilse, zuständig für die Werbung für die Allerheiligenkirmes, beauftragte

den namhaften Maler Walter Schöttler (1904–1978), Mitglied des Soester Kunstrings¹, mit einem Kirmesplakat, nachdem die Plakatwerbung in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg anscheinend wenig zugkräftig gewesen war. Exemplare dieser frühen Plakate haben leider bisher nicht den Weg ins Stadtarchiv gefunden. Das Motto für 1949 war vorgegeben: Wieder wie im Frieden! „Mehr als 10 Jahre lang haben wir darauf gewartet, daß wir wieder einen Allerheiligenmarkt in Soest feiern können wie in jenen sagenumwobenen friedfertigen Jahren, da man noch nichts von Atombomben [...] wußte“². Man setzte also bewusst auf Nostalgie; die vergangenen zehn Jahre, in der Soest durch die Bomben der Alliierten zu über 60 Prozent zerstört und dann mühsam wiederaufgebaut worden war, sollten wenigstens für die fünf Kirmestage vergessen gemacht werden, obwohl doch die Trümmer und der zerstörte Chor der Petrikerche im Stadtbild noch sichtbar waren. Andererseits waren auf städtischer Seite die Mittel für eine intensive Werbung mit Plakaten, Handzetteln, Inseraten und Werbeartikeln nicht vorhanden. Daher appellierte der Soester Kaufmann Egon Hochherz, Vorsitzender des lokalen Entnazifizierungsausschusses und Mitglied der Handelskammer, am 15. September 1949 mit der Bitte um finanzielle Beteiligung an die Soester Gewerbetreibenden: „Der diesjährige Markt ist vielleicht entscheidend dafür, welche Bedeutung unsere Kirmes in Zukunft haben wird“.³ Und er versäumte nicht zu erwähnen, dass ein renommierter Künstler mit der Gestaltung des Plakats beauftragt worden sei.

Schöttler erledigte diese Aufgabe mit Bravour: Nur mit wenigen Linien in den drei Primärfarben blau, rot und gelb stellte er den Patrokliturm, den „Turm Westfalens“, zugleich Symbol für die Stadt und Erinnerung an den Ursprung der Kirmes, das Kirchweihfest, das Karussellpferd für den Rummel und das Pferd für den Viehmarkt für die Landwirte in der Börde zu einem gemeinsamen Motiv zusammen, wobei nur das Karussellpferd im Vordergrund mehrfarbig war und somit den Unterhaltungscharakter der Kirmes betonte. Durch seine hellen Farben und den Verzicht auf Rahmungen oder Hintergrundgestaltung vermittelt das Plakat Leichtigkeit und Vorfreude auf eine unbeschwerte Kirmes. Die intensive Werbung war wohl erfolgreich: Wird in der Broschüre noch mit der anzustrebenden

1 Zum bis 1961 bestehenden Kunstring vgl. Hans Jürgen Hoeck: Der Kunstring Soest 1935–1961 – eine nationalsozialistische Gründung und was daraus wurde. Soest 2013, und mit Schwerpunkt auf dem Theater Ulrike Sasse-Voswinkel: Wiederbelebung und Neubeginn der Kulturarbeit nach 1945: Theaterleben in Soest. In: Ilse Maas-Steinhoff (Hrsg.): Nachkriegszeit in Soest (Soester Zeitschrift 122/123). Soest 2011, S. 131–151.

2 Städtisches Kulturpflegeamt: Broschüre zum Allerheiligenmarkt 1949. Soest 1949, o. S.
3 Stadtarchiv Soest (im Folgenden StAS), D 1281.



Abb. 1: Werbepaket zum Allerheiligenmarkt 1949, Entwurf: Walter Schöttler. Stadtarchiv Soest, Q 50

Besucherschul 40.000 geworben, ist in der Bilanz der Kirmes von 50.000 Besuchern die Rede⁴. Die drei Farben wurden zum Muster für die Plakate der nächsten Jahre: Wenn in der Folgezeit weitere Plakate beauftragt oder Wettbewerbe ausgeschrieben wurden, forderte man maximal drei Farben, um die Kosten der Lithografien – das war die damals übliche Technik für den Plakatdruck – in Grenzen zu halten.

Warum zum Jahr 1950 der Maler Carl Rogall (1899–1974), ebenfalls Mitglied des Kunstrings, den Auftrag zum Entwurf des Kirmesplakats erhielt, ist leider aus den Akten des Kulturpflegeamts nicht ersichtlich. Anfang der 1930er-Jahre war Rogall Mitglied eines „Erwerbslosenausschusses“ gewesen, der am 15. Dezember 1931 eine „Arbeitslosendemonstration“ initiiert hatte. Als Kunstmaler zeichnete er 1932 für die Gestaltung der „Roten Wippe“ verantwortlich, einer von den Soester Kommunisten herausgegebenen kleinen Schrift. Am 27. Juli 1933 meldete die Presse seine Verhaftung und die bevorstehende „Abschiebung“ ins Konzentrationslager Esterwegen bei Papenburg, aus dem er vermutlich am 23. Dezember 1933 entlassen wurde⁵. Somit war er sicher kein Anhänger der NS-Ideologie, aber anscheinend richtete er sein Werk nach der Kunstlehre der Machthaber aus, denn seine Werke wurden auf einer Soester Kunstausstellung im Jahr 1938 gezeigt⁶. 1939 wird seine Teilnahme (mit der von Hermann Kätelhön, Max Schulze-Sölde sowie Eberhard und Fritz Viegener u. a.) an der Reichsstraßensammlung für das Winterhilfswerk genannt. Rogall inserierte in den Kirmesheften als Werbegrafiker, zog jedoch aus familiären Gründen 1954 nach Saarbrücken und starb auch dort. Für das Kirmesplakat 1950 übernahm CARO, wie sein Firmennamen lautete, den blauen Patrokliturm und den gelben Hintergrund aus Schöttlers Entwurf und fügte bunte Luftballons und eine Karussellsilhouette hinzu.

Für das Jahr 1951 hatte der Grafiker Werner Westphal (1919–2014), damals beim Rocholdruck beschäftigt, einen Entwurf für ein Kirmesplakat eingereicht. Für die Mehrarbeit an einer vom Verkehrsamt „gegebenen Idee“, die aber anscheinend leider nicht verschriftlicht wurde⁷, berechnete Westphal Mehrkosten. Das Plakat wurde bei der Fa. Lappe und Semler in Niederense gedruckt, ein Exemplar hat sich in den Beständen des Stadtarchivs leider nicht erhalten.

4 StAS, D 1280.

5 Gerhard Köhn: Soest in alten Bildern, Bd. 4, Teil 2: Soest im Nationalsozialismus. Soest 2006, S. 594 und passim.

6 Zur Arbeit der kommunistischen Maler während der NS-Diktatur s. Klaus Kösters (Hrsg.): Anpassung – Überleben – Widerstand. Künstler im Nationalsozialismus. Münster 2012.

7 Vermerk von Klaus Hilse vom 24.10.1951, StAS, E a 817.



Abb. 2: Werbeplakat zum Allerheiligenmarkt 1952, Entwurf: Werner Westphal, Felderbauer. Stadtarchiv Soest, Q 52

1952 lautete der lapidare Auftrag des Verkehrsamts an die Fa. Rocholdruck in Soest: „Außerdem erbitten wir einen wirkungsvollen Plakatentwurf für 1.000 Stück mit Kostenanschlag.“⁸ Der Entwurf von Werner Westphal wiederholte den Kirchturm von St. Patrokli und das Pferd als Motive, hinzugefügt war nun der Traktor als Tribut an die moderne Landwirtschaft. Diese drei Symbole, alle schwarz vor einem hellen grün-braunen Hintergrund, besetzen das Zentrum des Plakats, während das farblich deutlich abgesetzte, quasi als Fremdkörper wirkende Karussell im Vordergrund unten als Jahrmarkt-Zeichen fungiert. Hier wurde letztmalig das „richtige“ Pferd als Zeichen für den Handel abgebildet. In den folgenden Jahren wurde dieser Faktor auf den Plakaten nicht mehr thematisiert – vermutlich der Realität folgend, obwohl noch 1953 die Pferde- und Viehmärkte schriftlich auf dem Plakat beworben wurden. In den Folgejahren ging es in der Außenwerbung „nur“ darum, das besondere Flair der Kirmes mitten in der alten Stadt aufzuspüren und sichtbar zu machen. Das Plakat von 1952 war in der Ausstellung „200 Jahre Westfalen jetzt“ im Jahr 2015 in Dortmund zu sehen.

Die Besucherzahlen der Kirmes stiegen weiter an: 1955 schätzte man schon 85.000 Gäste. Aber auch die Erstellung der Plakate wurde teurer: Hatte die Stadt noch 1949 an Walter Schöttler 214 DM gezahlt, schlugen Plakat und Plakatentwurf im Jahr 1955 mit insgesamt 1.020 DM zu Buche, fast ein Drittel des gesamten Werbeetats von 3.200 DM⁹. In diesem Jahr war eine Schülerin des Mädchengymnasiums initiativ geworden und hatte einen Entwurf eingereicht, der nach einigen Korrekturen dann auch angenommen wurde. Zwei Paare in einer Gondel des Riesenrads schweben über der Stadtsilhouette, die nun neben St. Patrokli auch die Petrikirche darstellt. 1955 waren Kreuzschiff und Chorraum der „Alde Kerke“ nach den Kriegszerstörungen endlich fertig geworden und konnten am 1. Advent wieder in den Dienst genommen werden. Nach vielen, auch durch Geldmangel begründeten Unterbrechungen überwogen die Freude und der Stolz über die geleistete Arbeit des Wiederaufbaus¹⁰.

Das Echo auf die Arbeit der Schülerin war anscheinend so gut, dass die Stadt 1957 erstmals einen Wettbewerb zur Gestaltung der Plakate ausschrieb. Das Verkehrsamt hatte wohl bei den Nachbarstädten Erkundigungen eingezogen und bewusst die drei Gymnasien Soests ausgesucht, um „als Bestandteil des Lebens der Heimat [...] neue Akzente“ in dem tradi-

8 Schreiben vom 10.9.1952, StAS, E a 816.

9 Aufstellung vom 29.9.1955, StAS, E a 873.

10 Bernd-Heiner Röger: Der Wiederaufbau der St.-Petri-Kirche. In: Maas-Steinhoff (wie Anm. 1), S. 31–38, hier S. 38.

tionellen Fest zu finden, „damit das Interesse wach gehalten wird“¹¹. Die Bedingungen waren vielleicht bewusst sehr vage formuliert: „Die Entwürfe sollen eine den ‚Allerheiligenmarkt‘ erfassende bildliche Gestaltung erhalten.“¹² Die ersten drei Entwürfe waren mit 100, 50 und 25 DM dotiert. Als Jury fungierten der Grafiker Werner Westphal, die Studienräte Wolfgang Heisig vom Mädchengymnasium, Hermann Stöckmann vom Aldegrevergymnasium, Studienreferendar Hans Müller vom Archigymnasium, Schülerin Inge Göbel vom Mädchengymnasium, Schüler Christian Abraham, Aldegrevergymnasium, sowie Klaus Hilse. 40 Arbeiten waren, obwohl „der Wettbewerb durch die Grippeferien [!] der Schulen gelitten“ hatte, eingegangen, 17 kamen in die engere Wahl. Den ersten Preis errang schließlich der Entwurf von Elisabeth Lücking aus der Obertertia des Mädchengymnasiums (nächste Seite) mit der Begründung: „Der Entwurf ist thematisch und plakativ überzeugend gelöst. Sowohl die Stadt als auch der Allerheiligenmarkt sind ansprechend behandelt.“¹³ Weitere vier Arbeiten wurden gleichrangig dahinter eingestuft, die Schülerinnen und Schüler erhielten abweichend von den Bedingungen jeweils 25 DM. Stadtdirektor Dr. Gerhard Groot übergab das Preisgeld in Form eines Sparbuchs, die Presse berichtete mit Bild¹⁴.

Warum 1958 dieses Vorgehen nicht wiederholt wurde, wird aus den Akten nicht deutlich. Auch hätte man ja einen der vier zweitplatzierten Entwürfe für die Allerheiligenkirmes nehmen können. Stattdessen bat Hilse am 4. September 1958 das Jurymitglied Wolfgang Heisig um die Anfertigung eines Kirmesplakats. Heisig lieferte, berechnete allerdings auch 295 DM für seine Tätigkeit¹⁵.

1959 überlegte Hilse, wieder einen Plakatwettbewerb auszuschreiben, diesmal jedoch nicht bei den Soester Gymnasien – hatte man schlechte Erfahrungen gemacht? Diesmal sollten, so schlug er es dem Stadtdirektor vor, „vier bis fünf Künstler bzw. Graphiker, darunter auch Nachwuchskräfte, die der Stadt Soest besonders verbunden sind“, zur Abgabe eines Entwurfs aufgefordert werden¹⁶. Inhaltliche Vorgaben erfolgten nicht. Hilse überlegte sogar, Hugo Kükelhaus (1900–1984) um einen Entwurf zu bitten, vermutete aber gleichzeitig, dass der damals 59-jährige Denker und Vortragsreisende eher seiner Tochter, die eine Kunstschule besuche,

11 Brief von Klaus Hilse an die Direktor der Soester Gymnasien vom 16.9.1957, StAS, E a 881.

12 Einladung zum Wettbewerb vom 10.9.1957, ebd.

13 Niederschrift über die Jurierung des Kirmesplakat-Wettbewerbs vom 8.10.1957, ebd.

14 Soester Anzeiger vom 18.10.1957.

15 Schreiben von Hilse an Heisig, StAS, E a 878.

16 Wettbewerbs-Bedingungen vom 1.9.1959, StAS, E a 808.



Abb. 3: Werbeplakat zum Allerheiligenmarkt 1957, Entwurf: Elisabeth Lücking.
 Stadtarchiv Soest, Q 56

den Vortritt lassen werde. Auch die Namen des Soester Malers Paul Werth (1912–1977) oder der Grafikerin Elfriede Buttkeireit (1907–1984) wurden als mögliche Ansprechpartner genannt.

Stadtdirektor Dr. Gerhard Groot, für die moderne Kunst sehr aufgeschlossen, entschied salomonisch: Nur Kükelhaus, Werth und Buttkeireit, denen eine „Vergütung von 100 DM und im Falle eines Ankaufs eine Betrag in Höhe von 300 DM“ garantiert wurde, sollten aufgefordert werden. Aber auch jüngere Kräfte sollten eine Chance erhalten, wenn auch ohne Vergütung. Und Groot sah die Plakatwerbung pragmatisch: „Wünschenswert wäre es vielmehr, wenn wir auf diese Weise mehrere Plakatentwürfe in die Hände bekämen, ohne in jedem Jahr einen neuen Wettbewerb veranstalten zu müssen.“¹⁷ Den Preis in Höhe von 300 DM gewann tatsächlich ein „Newcomer“, der Grafiker Werner Schönbeck, damals gerade 32 Jahre alt, der in den folgenden Jahren noch mehrere Plakate entwerfen sollte, darunter 1972 auch das „Jägerken“ als bis heute gebräuchliches Symbol für die Kirmes. Das Plakat zeigte auf tiefrotem Hintergrund den weißen Umriss eines Karussellpferds über der schwarz skizzierten Stadt, dargestellt anhand prominenter aneinandergereihter Bauten. Die Begründung für die Auswahl des Entwurfs lautete, „weil Idee und Plakatwirkung gut sind und die Ausführung technisch leicht möglich ist.“¹⁸

In den folgenden Jahren geschah, wie der Stadtdirektor es „durch die Blume“ angeordnet hatte. Für 1960 wurde der zweite Preis von 1959 realisiert, der Entwurf von Ortrud Hilse, der Tochter des Verkehrsdirektors. Sie hatte auf tiefblauem Grund die weiße Silhouette eines stark verfremdeten Patrokliturms zum Hintergrund des Riesenrads gemacht, dessen Gondeln teilweise auch als Kirchenfenster gedeutet werden konnten. Dazu kamen noch vier rote Schiffschaukeln als besondere farbliche Akzente.

1961 vermerkte Hilse folgerichtig: „Als Plakat kommt der 1959 mit dem 2. Preis ausgezeichnete Entwurf von Karin Koenig infrage.“¹⁹ Wieder diente St. Patrokli, diesmal in blau vor grünem Hintergrund, als Symbol für die Stadt und die Kirchweih, dazu schwebte von oben links ein Gemisch aus Riesenrad, Kettenkarussell und Baby-Flug hinzu, zusätzlich waren am Schriftzug „Allerheiligenmarkt“ noch Luftballons befestigt.

Auch für 1963 hatte Karin Koenig einen Entwurf eingereicht, Stadtdirektor Dr. Groot entschied sich jedoch in einer mündlichen Besprechung, wie der neue Verkehrsdirektor Hans Stüttgen vermerkte, für das Plakat

17 Schreiben des Stadtdirektors Dr. Groot an Verkehrsdirektor Hilse vom 26.8.1959, StAS, E a 740.

18 Niederschrift über die „Juryrung“ (!) vom 6.10.1959, ebd.

19 Vermerk vom 30.8.1961, ebd.

von „Fräulein Tewes“²⁰. Christa Tewes, geboren 1940 in Balve, war in Soest aufgewachsen und hatte von 1958 bis 1962 an den Werkkunstschulen in Münster und Dortmund studiert, bevor sie 1964 zur Hochschule der bildenden Künste nach Berlin wechselte und sich dort der Malerei und Bildhauerei widmete²¹. Der Standort ihres bekanntesten Kunstwerks in Soest, „Der Sitzende“ oder auch „Der dicke Mann“ genannt, wird derzeit bei der Umgestaltung des Theodor-Heuss-Parks neu diskutiert. Schon 1962 war ihr Plakat zum Allerheiligenmarkt gedruckt worden, wobei zum ersten Mal nach 1954 keine Kirche abgebildet war. Als Symbol für die Stadt Soest fungierte nun ihr Wappen, der Petrus-Schlüssel. An einem roten Karussell-Umhang baumelten ein Kirmeswagen, ein Teddybär und ein blaues Karussellpferd.

Im Jahr darauf waren die Kirchen dafür auf Christa Tewes' Plakat geballt vertreten. Neben dem schon mehrfach abgebildeten Patrokliturm tauchen in stilisierter Form und abwechselnd schwarz und grün gefärbt am oberen Bildrand auch die Wiesenkirche, der Schiefe Turm und die Petrikerche auf. Um den weißen Schriftzug „Soest“ lässt Christa Tewes ein Pferdekarussell kreisen, die schwarzen Wagen hinter den Pferden haben grüne Räder.

Im Jahr 1964 wurde wieder ein Entwurf von Karin Koenig vom Stadtdirektor ausgewählt: Auf violetterm Untergrund ragt links der Petrikerchturm empor, rechts wird ein Teil des Riesenrads mit einer gelben Gondel sichtbar. Unten reiht sich – farblich betont – eine Kirmesbude in das Straßensbild ein.

Besonders augenfällig ist der Wechsel von diesem eher traditionellen Bild zum Motiv des Jahres 1965. Es war wieder Resultat eines Wettbewerbs – die Stadt hatte drei Frauen und drei Männer um Abgabe eines Entwurfs für ein „werbkräftiges Plakat“²² gebeten, nämlich Ortrud Hilse, Karin Burbank, geb. Koenig, Christa Tewes, Lothar Schubert und die beiden Kunsterzieher Siegfried Fuchs und Wolfgang Heisig. Schuberts Entwurf, die Stadt in einer Schiffsschaukel mit einem besonders gestalteten Textblock vor einem farblosen Hintergrund, der zwischen den Ketten der Schaukel platziert war, gewann das Preisgeld von 250 DM. Wie in Schöttlers Plakat von 1949 dominierten die Leichtigkeit, aber auch die „Schiefelage“ der Stadt in diesen Tagen im November.

Nachdem dieses Motiv in veränderten Farben auch 1966 zur Werbung für die Kirmes diente, suchte man zur 550. Allerheiligenkirmes 1967 wieder ein „werbkräftiges Plakat“. Auf Anregung des Malers Günter Drebusch

20 Handschriftlicher Vermerk Stüttgens vom 27.8.1963, StAS, E a 1132.

21 https://de.wikipedia.org/wiki/Christa_Biederbick, aufgerufen am 7.11.2016.

22 Schreiben Stüttgens an die sechs Künstler vom 14.6.1965, StAS, E a 1134.



Abb. 4: Werbepakat zur Allerheiligenkirmes 1965, Entwurf: Lothar Schubert.
Stadtarchiv Soest, Q 65

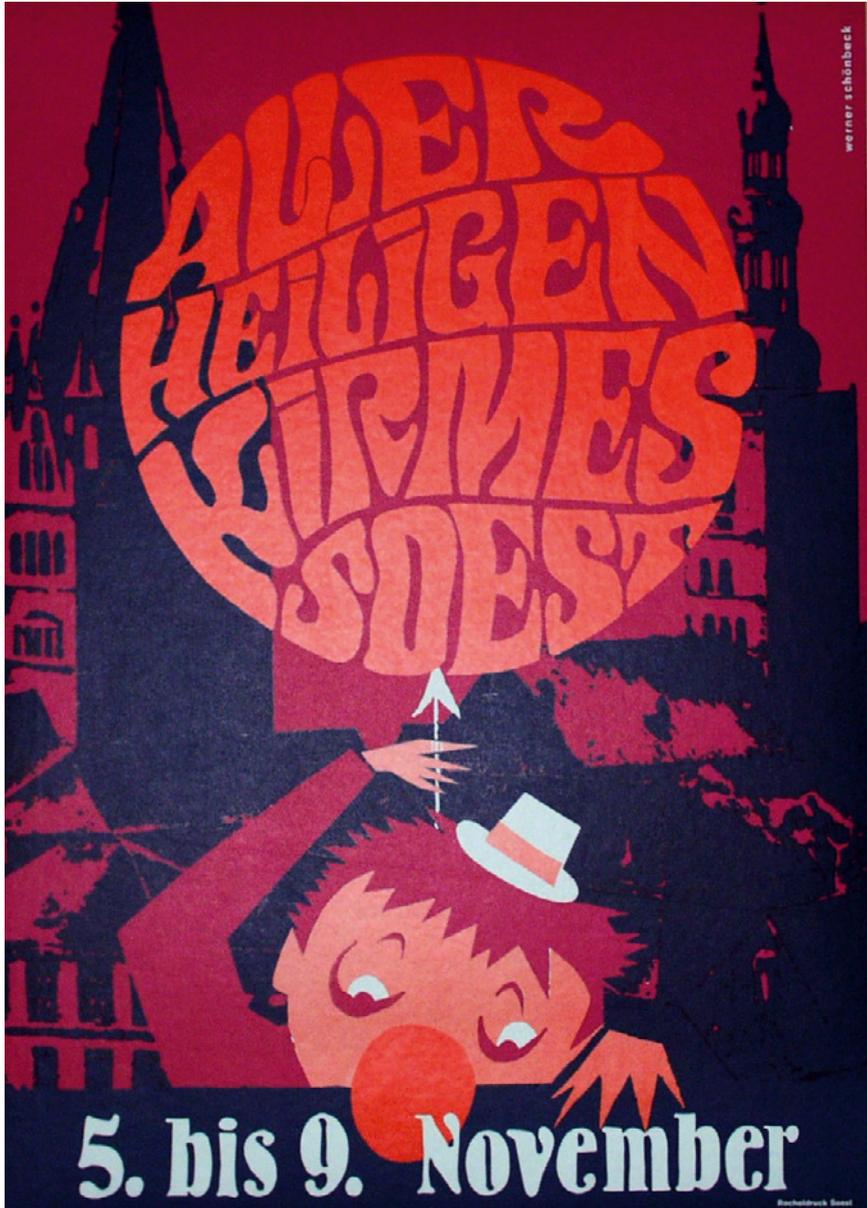


Abb. 5: Werbeplakat zur Allerheiligenkirmes 1969, Entwurf: Lothar Schubert.
 Stadtarchiv Soest, Q 67

wandte sich Stüttgen an Reinhard Herrmann, den Leiter der Grafik-Klasse der Werkkunstschule in Münster, und bot entsprechend der bisherigen Übung maximal 250 DM als Honorar an. Herrmann antwortete am 8. Juni 1967, dass die Schule verpflichtet sei, „bei allen Aufträgen auch die Interessen der frei schaffenden Graphiker zu berücksichtigen, das heißt die Preise so zu gestalten, daß sie keinesfalls unter den üblichen Honorarsätzen liegen. Der Preis für das von Ihnen gewünschte Plakat müsste unseres Erachtens 500,- DM betragen.“²³ Das war der Stadt zu teuer. Sie beauftragte wieder Werner Schönbeck, der sich schon bereit erklärt hatte, ein neues Plakat zu entwerfen. Es zeigt ein Clownspaar aus Konfettischnipseln, das einige Luftballons an der Hand hält. Auf einem Ballon ist die Zahl 550 zu lesen²⁴. Neben dem ersten Vorkommen einer Nummer wird hier auch erstmals das Wort „Allerheiligenkirmes“ benutzt – bisher herrschte auf den Plakaten das Wort „Allerheiligenmarkt“ vor.

In den folgenden vier Jahren (1968 bis 1971) gab es dann nur noch ein Motiv, das wiederum von Lothar Schubert stammte: Ein Mann mit einer dicken Clowns-Nase und -Hütchen, sichtlich angetrunken, mittig zwischen Patrokli- und Petrikirche angeordnet, hält in seiner linken Hand wie einen Luftballon den Schriftzug zur Allerheiligenkirmes. In verschiedenen Farbgestaltungen wurde das Motiv immer wieder variiert, bis schließlich zur 555. Kirmes Werner Schönbecks Entwurf mit dem „Jägerken“ den wieder veranstalteten Wettbewerb gewann, womit das immer wiederkehrende Motiv für die Jahre bis 2000 gefunden war (nächste Seite). Da konnte die Kirmes schon die stolze Besucherzahl von einer Million Menschen aufweisen.

Da die Vorgaben der Kirmes-Vermarkter in den 1950er- und 1960er-Jahren für die Plakate – wenn sie überhaupt dokumentiert wurden – sehr diffus blieben und die finanziellen Mittel nie mehr als 300 DM betrugten, tauchen die Namen von vielen Entwurfsverfassern in den gut 20 Jahren immer wieder auf. In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Entwürfe erst im September oder gar Oktober beauftragt, was für die heutigen Verantwortlichen sicher nicht mehr nachzuvollziehen ist. Das Plakat war aber sicher kein Mauerblümchen in der Organisation des

23 StAS, E a 1136.

24 Bei der Nummerierung der Kirmes ging man zunächst vom Jahr 1417 aus, da im ersten Ratsprotokollbuch (StAS, A 3086) der Stadt der Markt erwähnt ist: Wolf-Herbert Deus: Seit wann Allerheiligenkirmes? In: Soester Zeitschrift 87 (1975), S. 59. Bei der Transkription der ersten Stadtrechnung von 1338 (StAS, A 4525) durch Jochen Thesmann im Jahr 1992 fand sich jedoch ein Hinweis auf die Kirmes, wie Hermann Rothert: Die ältesten Stadtrechnungen von Soest aus den Jahren 1338, 1357 und 1363. In: Westfälische Zeitschrift 101/102 (1953), S. 139-182, bereits behauptet hatte. Seit 1994 wird die veränderte Zählung auch auf den Plakaten zur Kirmes übernommen.

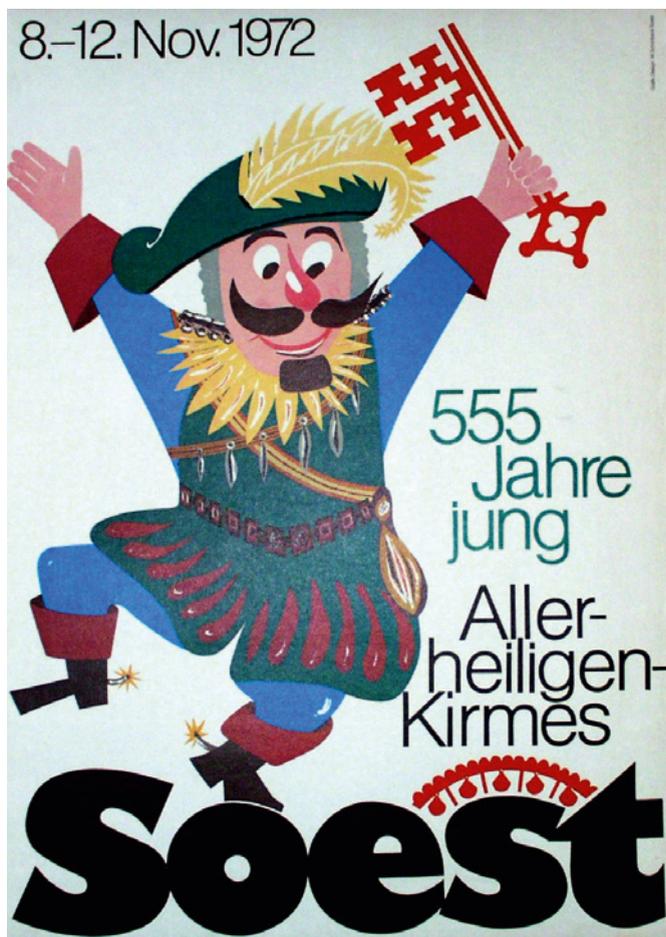


Abb. 6: Werbeplakat zur 555. Allerheiligenkirmes 1972, Entwurf: Werner Schönbeck. Stadtarchiv Soest, Q 69.

Volksfests, was die vier in den Akten dokumentierten Wettbewerbe bis 1972 nachweisen. Offenkundig wurde oft freihändig der Auftrag vergeben, teilweise findet sich in den Akten nur ein Vermerk. Da es immer um die gleiche Veranstaltung ging, kamen Variationen der Gestaltung nur selten vor. Bestimmte Motive – St. Patrokli, das Karussell, das Pferd, die Luftballons – kehren immer wieder, das Pferd als Symbol für die Viehmärkte verschwand allerdings schon 1953. Dennoch ist es spannend zu sehen, wie die Grafiker – Schüler, Student, Lehrer, arrivierter Künstler oder Hobbygrafiker – die Herausforderung der Werbung für die Kirmes angenommen und umgesetzt haben, worunter die Plakate Schöttlers von 1949 und Schuberts von 1965 eindrucksvoll bleiben.

WILHELM BECKER

DIE KURZE EPISODE EINES TECHNIK-MUSEUMS IN SOEST¹

Am 14. Juni 1996 wurde in Soest auf dem neuen Hochschulcampus am Lübecker Ring ein Technik-Museum eröffnet. Die Wissenschaftsministerin von Nordrhein-Westfalen, Anke Brunn, schrieb damals in ihrem Grußwort: „Ich gratuliere den Initiatoren zu einer guten Idee, zu einem gelungenen Konversions-Projekt. Ich wünsche Ihnen, dass Ihr Anspruch Wirklichkeit wird – und die Studierenden das Angebot als Beitrag zur Verbesserung der Qualität der Lehre nutzen werden. Und nicht zuletzt trägt die Abteilung Soest mit dem Technik-Museum dazu bei, die Menschen in Soest zu einem Besuch in der Hochschule einzuladen. So macht Wissenschaft Freude, so schafft sich Wissenschaft Freunde.“

Auf diesem Gelände war im Zuge der Aufrüstung der Deutschen Wehrmacht vor dem Zweiten Weltkrieg die Argonner-Kaserne errichtet worden. Nach dem Krieg wurde diese als Rumbeke-Kaserne von den belgischen Besatzungstreitkräften für das 5. Linienregiment genutzt. Die Ost-West-Entspannung und die Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 führten dazu, dass im Rahmen der Abrüstung in Europa die belgischen Streitkräfte den Standort Soest aufgaben und die Kasernen in Soest für zivile Nutzungen frei wurden. Die Rumbeke-Kaserne am Lübecker Ring, die frühere Argonner-Kaserne, zeigte sich als idealer Standort für die Soester Hochschulabteilung, deren Einrichtungen bis dahin über die Stadt verteilt waren.

1 Dieser Beitrag nutzt die Informationen aus den Aufsätzen der Schrift des Technik-Museum Soest: Wilhelm Becker (Hrsg.): Vom fränkischen Friedhof zum Universitätscampus. Soester Beiträge zur Geschichte von Naturwissenschaft und Technik (Heft 2), 1996; Detlev Arndt: Der Aufbau der Wehrmacht und der Standort Soest (S. 36–40). Leander Buchner: Die Bedeutung von Militärpferden vor und im Zweiten Weltkrieg (S. 41–43). Leander Buchner: Das Truppenpferd und seine tierärztliche Betreuung (S. 44–48). Wilhelm Becker: Das Technik-Museum Soest (S. 67–73).

Die Soester Hochschuleinrichtungen

Die Abteilung Soest gehörte bis zum 1. Januar 2002 – zusammen mit den Hochschulabteilungen Höxter und Meschede – zur Universität-Gesamthochschule Paderborn. Gegründet wurde diese Bildungseinrichtung im Rahmen der Neustrukturierung durch das Gesetz über Errichtung und Entwicklung von Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen vom Mai 1972. Innerhalb von Soest bestanden die drei Fachbereiche Landbau, Maschinenbau/Automatisierungstechnik und Elektrische Energietechnik. Vorgängerin dieser Abteilung war die Abteilung Soest der Fachhochschule Südost-Westfalen, die 1971 gegründet und bereits ein Jahr später in die Gesamthochschule Paderborn übergeleitet worden war.

Die Soester Fachbereiche hatten unterschiedliche Vorgängereinrichtungen. Die älteste Institution war die 1923 gegründete Höhere Lehranstalt für praktische Landwirte, deren Ziel es war, wissenschaftliche Kenntnisse mit der landwirtschaftlichen Praxis zu verbinden. Im Jahr 1966 wurde sie in eine Ingenieurschule für Landbau umgewandelt. Die beiden anderen Fachbereiche wurden 1964/65 als Ingenieurschule für Maschinenwesen und Elektrische Energietechnik in Soest gegründet

Seit 2002 gehört die Soester Abteilung zur Fachhochschule Südwestfalen, die ihren Hauptstandort in Iserlohn hat.

Warum ein Technik-Museum für die Uni ?

Die drei Soester Fachbereiche bildeten die Studenten im Rahmen von Fachhochschulstudiengängen – d. h. praxisorientiert – aus. Dies geschah, neben einer anwendungsbezogenen Lehre, mit vielen Beispielen aus der Industrie, Bildern und Diagrammen, u. a. durch Anschauungs- und Demonstrationsobjekte, durch Exkursionen, möglichst praxisnahe Laborarbeiten und Forschungs- und Entwicklungsprojekte in Zusammenarbeit mit Betrieben und Industriefirmen.

Durch den Trend der Zeit werden in den Labors – ähnlich wie in den Entwicklungslabors der Industrie – immer mehr praktische Apparaturen und Versuchsaufbauten durch Berechnungen und Simulationen auf Computern ersetzt. So hilfreich, notwendig und unverzichtbar diese Entwicklung auch ist, so geht dadurch doch in vielen Bereichen die Anschaulichkeit verloren. Für die Beschäftigung mit Demonstrationsobjekten fehlt Raum und Zeit. Hinzu kommt, dass man auch in der Industrie kaum Anlagen und Geräte findet, die älter als einige Jahre sind. Dadurch entsteht die Gefahr, dass die Studierenden das Gefühl für den Entwicklungspro-

zess von Wissen und Fähigkeiten, von Anlagen und Geräten verlieren. Gerade durch die moderne Entwicklung wird es besonders wichtig, den Stand der Technik nicht nur in seinen funktionalen Aspekten, sondern auch in seinen praktischen Realisationen darzustellen, andererseits aber auch durch Vorläufertypen zu zeigen, wie diese Entwicklungen entstanden sind.

An vielen technischen Entwicklungen kann man erkennen, dass der Weg häufig vom Primitiven über das Komplizierte zum Einfachen führt. Meist wird in einer ersten, recht primitiven Version der Grundgedanke in ein Gerät oder eine Anwendung umgesetzt. Nach und nach werden durch Ergänzungen und Erweiterungen die „Kinderkrankheiten“ ausgemerzt und die Möglichkeiten der Grundidee voll ausgeschöpft. Dabei wird die Anordnung immer komplexer. Erst wenn die Problematik in ihrer ganzen Tiefe verstanden ist, gelangt man oft zu einer einfachen Version, die aber trotzdem alle Fähigkeiten beinhaltet. Das Erkennen dieser Prinzipien an vergangenen Entwicklungen hilft z. B., diesen Prozess in der Zukunft zu beschleunigen.

Andererseits zeigt die Technikgeschichte wesentlich klarer die gesellschaftliche Einflussnahme, die technische Entwicklungen auf den Weg der Menschheit nehmen – klarer als wir dies in der Gegenwart wahrnehmen können. Technik ist ein Produkt unserer Kultur, und die Technik prägt die Kultur unserer Gesellschaft.

Die Vorgeschichte des Technik-Museums Soest

Alle Hochschullehrer der anwendungsbezogenen Fächer haben sich in der Vergangenheit bemüht, Anschauungsobjekte für ihr Fachgebiet zu „organisieren“. Mittel standen hierzu nie zur Verfügung. Und so mussten die



Die alte Leichenhalle des Stadtkrankenhauses am Steingraben (abgerissen 1980). Foto Stadtarchiv Soest

guten Beziehungen zu Betrieben und Firmen aktiviert werden, um entsprechende Demonstrationsobjekte den Studierenden präsentieren zu können.

Zum Ärger der Hausmeister und des Reinigungspersonals waren viele Ecken in den Labors und manche Nische auf den Fluren mit solchen Objekten vollgestopft.

Und bei etlichen Aufräumarbeiten, insbesondere, wenn neue Hochschullehrer berufen wurden, wanderte manches interessante, mit viel Liebe erworbene Objekt zum Schrotthändler.

Fast hätte sich 1980 beim Umzug der Fachbereiche Maschinenbau und Elektrische Energietechnik in das alte Stadtkrankenhaus am Steingraben die Gelegenheit ergeben, solche Objekte zusammenzustellen und sie fachübergreifend den Studierenden und der Öffentlichkeit zu präsentieren. Links neben der Einfahrt zum Gelände stand die alte Leichenhalle, von der heute nur noch das große hölzerne Zufahrtstor in der Mauer existiert. Ohne Heizung und in ihrer Struktur war sie für den normalen Hochschulbetrieb nicht nutzbar und sollte abgerissen werden. Stadtbaurat Böhme suchte seinerzeit verzweifelt eine Möglichkeit, sie zu erhalten, handelte es sich doch um eines der wenigen Jugendstilgebäude in der Stadt. Es entstand die Idee eines Technik-Museums. Doch ehe entsprechende Anträge formuliert waren, hatten die Bagger ihr Werk getan, vielleicht beschleunigt durch die Vorstellung einiger Verantwortlicher, durch den täglichen Gang vorbei an diesem Gebäude ständig an die Vergänglichkeit des Lebens erinnert zu werden. Die Begründung für den Abriss war, einige Quadratmeter Gartenfläche für den Nachbarn und Platz für Kühlerhauben von drei Autos zu gewinnen. Vielleicht hätte gerade das „memento mori“ dieses Gebäudes (gedenke des Todes) uns in unserer Zeit gutgetan.

Als 1992 die Planungen für das „Rumbeke-Gelände“ im Gange waren, hatten einige die Vorstellung, dass sich auf diesem Areal doch irgendein Platz für die Anschauungsobjekte finden lassen müsse. Wieder standen Neuberufungen an. Hinzu kam die Euphorie, in den nächsten Jahren in „neue“ Räume umzuziehen, und dann könne man doch schlecht den „alten Schrott“ mitnehmen (wie Flugtriebwerk, hydraulischer Turbinenregler, Wankelmotor, Digitalrechner von Konrad Zuse usw.).



Die Veterinärstation/Krankenstall der alten Argonner-Kaserne. Foto Technik-Museum Soest

Bei der Begehung des Rumbeke-Geländes am 7. Juni 1994, in der Absicht, wenigstens einige Kellerräume für den Zweck zu finden, berichtete der Verwaltungsleiter der Abteilung, dass die Veterinärstation und die Hufschmiede der alten Kaserne aktuell nicht benötigt würden und „abgängig“ seien. Ein Antrag an die Hochschulverwaltung vom 8. Juni 1994, diese Gebäude für eine Technische Sammlung/ein Technisches Museum zu nutzen, fand – überraschend – sofort offene Ohren. Sowohl Kanzler als auch Baudezernent der Hochschule standen diesem Vorhaben positiv gegenüber, wenn auch vielleicht erst einmal nur prinzipiell.

Haushaltsmittel standen für ein solches Projekt nicht zur Verfügung, doch sagte der Förderverein der Abteilung seine Unterstützung zu. Die tragende Idee, etwas entstehen zu lassen, was einerseits der Ausbildung der Studierenden nütze, andererseits aber das Verständnis für Technik in der Öffentlichkeit verbessere und eine stärkere Verbindung von Technik und Gesellschaft, von Hochschule und Öffentlichkeit bewirke, schien erst einmal nicht unbedingt vorteilhaft zu sein. Denn Hochschulmittel gibt es im Prinzip nur für Projekte, die mehr oder weniger ausschließlich der Ausbildung der Studierenden oder Forschungsaktivitäten nützen, öffentliche Mittel nur, wenn die Öffentlichkeit allein davon profitiert (sonst soll gefälligst die Hochschule bzw. das Ministerium für Wissenschaft und Forschung zahlen). Es kostete einige Mühe, beide Seiten davon zu überzeugen, dass bei diesem Vorhaben jeder nur Vorteile hätte und jede Seite zu ihrem Recht käme.

Auch aus dem Ministerium hatte man Wohlwollen für ein solches Projekt bemerkt. Am 28. Oktober 1994 stellten die drei Dekane der Soester Fachbereiche den gemeinsamen Antrag, die alte Veterinärstation für den Aufbau einer Sammlung technischer Geräte/eines Technik-Museums zu nutzen.

Ehe feststand, dass eventuell Gebäudeteile für so was „Verrücktes“ wie ein Technik-Museum „übrig“ seien, mussten erst die Planungen für den Lehr- und Forschungsbedarf der Abteilung endgültig abgeschlossen und genehmigt sein. Aber so einfach war das nicht. Die Soester Abteilung fand die Planungen o. k., aber natürlich mussten die auch von der Paderborner Hochschulleitung – dem Baudezernat, der Finanzabteilung, dem Rektorat und dem Senat – akzeptiert werden. Auch die Ministerien in Düsseldorf mussten zustimmen, das Wissenschafts-, das Bau- und das Finanzministerium. Zudem waren damals Hochschulbauten Bund-/Länder-Angelegenheiten. Und so musste auch die Bund-Länder-Kommission das Vorhaben gut finden und damit natürlich auch die Bonner Ministerien – das Bonner Wissenschafts-, das Bau- und das Finanzministerium. Nun lag also end-

lich der genehmigte Bebauungsplan für das Rumbeke-Gelände vor. Auf dem war aber der Abriss der alten Veterinärstation festgeschrieben. Was tun? Das Gebäude muss abgerissen werden, wenn nicht der Bebauungsplan geändert wird. Also alles von vorne. In Soest und Paderborn gab es keine Probleme, in Düsseldorf eine Konferenz mit allen beteiligten Ministerien. Man war wohlwollend, aber der Ansicht, eine neue Änderung des endlich genehmigten Bebauungsplanes in Bonn nicht erreichen zu können. Ein Dezernent kam schließlich auf die glorreiche Idee, formal den Teil des Geländes, auf dem die Veterinärstation stand, von dem übrigen Grundstück abzutrennen. Damit gelte für diesen Bereich der Bebauungsplan nicht mehr, das Gebäude könne stehen bleiben. Für dieses Gebäude dürften dann aber auch keine Mittel aus dem Umbau der Rumbeke-Kaserne in die Hochschulabteilung verwandt werden.

Inzwischen war mit Beteiligung studentischer Hilfskräfte, die von der Forschungskommission und dem Rektorat (aus dem Topf „Einbindung der Hochschule in die Region“) finanziert wurden, ein Konzept für den Aufbau des Museums erarbeitet worden, das sich in wesentlichen Teilen auch mit der baulichen Nutzung beschäftigte.

Am 24. Juli 1995 wurde auf der Grundlage dieses Konzeptes vom Baudezernat der Hochschule ein entsprechender Antrag an das Ministerium gestellt. Am 26. September 1995 teilte das Ministerium mit, dass keine grundsätzlichen Bedenken gegen dieses Vorhaben bestünden. Somit konnte, wenn auch keine Hochschulmittel zur Verfügung standen, mit den Renovierungsarbeiten begonnen werden.

Die Argonner-Kaserne und ihre Pferde

Nach Hitlers Machtergreifung war ein wichtiges Ziel die Aufrüstung der Wehrmacht. Innerhalb von vier Jahren, von 1934 bis 1938, wurde die Personalstärke von den 100.000 Mann der Reichswehr auf ca. eine Million verzehnfacht. Für dieses Personal mussten natürlich auch Unterkünfte geschaffen werden.



*Abb. 3: Batterie im Schneesturm.
Foto Technik-Museum Soest*

So entstanden auch in Soest zahlreiche Kasernen.

Die Argonner-Kaserne wurde in den Jahren 1935 bis 1938 als Stabskaserne für das neu gebildete 64. Infanterie-Regiment gebaut. Neben dem Stab wurden hier die 13. und

14. Kompanie mit ca. 450 Mann und 150 Pferden untergebracht. Das Gros des III. Bataillons fand Unterkunft in der gegenüber liegenden Metzger-Kaserne. Weitere Teile der 2.500 Mann dieses Regiments waren in Arnsberg und Hamm stationiert.

Das 64. Infanterie-Regiment nahm im Krieg als Teil der 16. Division zunächst am Westfeldzug teil. Danach wurde die Division in die 16. Panzer-Division umgebildet, und aus dem 64. Infanterie-Regiment wurde das 64. Schützen-Regiment. Nach einer kurzen Aktion in Rumänien und Bulgarien erfolgte 1941 der Einfall in die Sowjetunion. 1942 wurde die 16. Panzer-Division bei der Wolga-Kaukasus-Offensive der Heeresgruppe Süd eingesetzt. Sie wurde als Teilverband der VI. Armee in Stalingrad eingeschlossen und bis zum 2. Februar 1943 vernichtet. Nur 128 Soldaten der mehr als 10.000 Mann starken Division kehrten aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft nach Hause zurück.

Die Bedeutung der Pferde im Zweiten Weltkrieg wird meist weit unterschätzt. Während 1933 bei der Reichswehr ca. 40.000 Pferde eingesetzt wurden, waren es zu Beginn des Jahres 1939 bereits 170.000 Tiere und mit Beginn des Krieges 573.000. Im Verlauf des Krieges waren durchschnittlich 1,5 Millionen Pferde im Einsatz.

Der schnelle Aufbau der Wehrmacht führte dazu, dass ausreichende Mittel für die Modernisierung und Motorisierung nicht zur Verfügung standen. Insbesondere in den Kriegsjahren war man nicht in der Lage, Panzer und Kraftfahrzeuge in genügender Anzahl und vor allem uneingeschränkt felddauglich herzustellen. So blieben in weiten Teilen die Artillerie und auch die Infanterie auf das Pferd angewiesen.

Ein Infanterie-Regiment des Zweiten Weltkrieges verfügte über mehr Pferde als ein Kavallerie-Regiment des Ersten Weltkrieges. So entfielen auf den Regimentsstab 16 Pferde, 13 auf den Nachrichten-Zug und 11 auf den Pionier-Zug. Jeder Bataillons-Stab brauchte weitere 24 Tiere. Jede Schützen-Kompanie war mit 11 Pferden vertreten, während

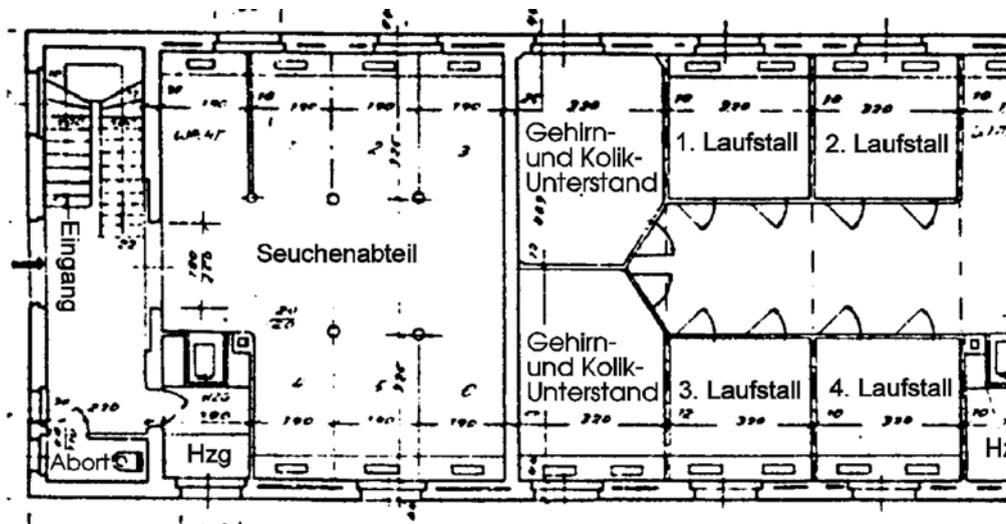


Mit der Feldschmiede unterwegs zur Westfront, ganz rechts der Soester Oberbeschlagsmeister und Hauptmann Karl Max Kahl. Foto Technik-Museum Soest

eine MG-Kompanie sogar 58 Pferde benötigte. 133 Tiere wurden bei der Infanterie-Geschütz-Kompanie eingesetzt, um leichte Feldkanonen be-

weglich zu machen. Insgesamt verfügte ein so aufgebautes Regiment über 626 Pferde, womit auf jedes Bataillon durchschnittlich rund 200 Pferde kamen.

Die bespannte Infanterie-Division war die Standardeinheit der Wehrmacht, während die Kavallerieverbände weitgehend aufgelöst wurden. Von besonderer Bedeutung für die Wehrmacht waren die Pferde in den Verbänden, die weder zur Panzertruppe noch zu den motorisierten (mot.) Verbänden gehörten, nämlich in den berittenen und bespannten, den sog. „hot.“-Verbänden. Drei Viertel der 1941 für den Angriff auf Russland bereitgestellten Divisionen waren pferdebespannte „hot.“-Divisionen. Nur ein Viertel bestand aus Panzer- und mot.-Divisionen. Aber auch die Panzerarmeen konnten auf Reit- oder Zugpferde nicht verzichten. Allein die



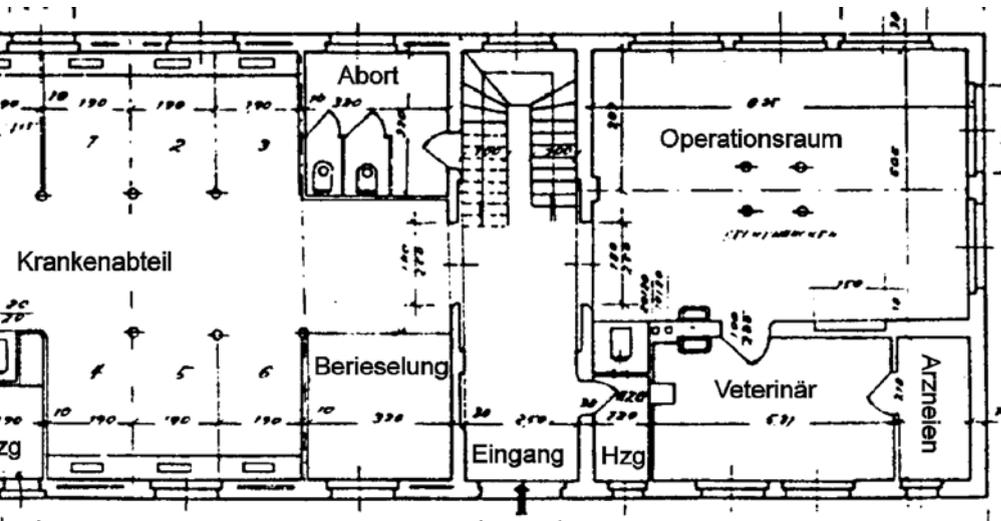
Grundriss der Veterinärstation – das spätere Technik-Museum. Quelle: Technik-Museum Soest

1. Panzerarmee hatte mit ca. 146.000 Tieren annähernd so viele Pferde im Einsatz, wie es in der gesamten Wehrmacht zu Beginn des Jahres 1939 gegeben hatte.

Der gute Zustand des Pferdmaterials war für die Truppe von essentieller Bedeutung, und so hieß es 1937 im „Jahrbuch des deutschen Heeres“: „Der guten Unterbringung und Pflege des wertvollen Pferdebestandes wird beim Heer ganz besondere Sorgfalt beigemessen“. Ab 1934 wurden Pferdelaazette nach einheitlichen Richtlinien und Zeichnungen gebaut, die die Erfordernisse der Seuchenbekämpfung und tierärztlichen Betreu-

ung berücksichtigten. Für die Betreuung der Pferde waren während des Krieges durchschnittlich 5.500 Tierärzte als Veterinäroffiziere tätig. Neben den Tätigkeiten in den Pferdekrankenställen war der Heeresveterinärdienst auch für die Fütterung, die Ausbildung, Bewirtschaftung und die 37.000 Beschlagschmieden mit etwa 125.000 Mann zuständig.

Die Krankenställe bestanden aus zwei Abteilungen, eine für innerlich und äußerlich erheblich kranke Pferde und eine für seuchenkranke bzw. seuchenverdächtige und damit abzusondernde Pferde. Sie befanden sich abseits der Truppenställe, Beschlagschmieden und Reithäuser, um den kranken Pferden die erforderliche Ruhe zu gewähren. Durch Kohleöfen konnte das Gebäude beheizt werden, und Lüftungsschächte auf dem Dach sorgten für ein angenehmes Klima. Als Besonderheiten enthielt das Ge-



bäude einen Operationsraum zur Behandlung der Pferde sowie einen Berieselungsstand für Hydrotherapiebehandlungen.

Eine besondere Betreuung verlangten Pferde mit Koliken. Zur Unterbringung dieser Pferde waren die sog. Gehirn- und Kolikunterstände vorgesehen. Diese waren mit einem Gemisch aus Torfmoos und Sägespänen von mindestens 60 cm Tiefe eingestreut, um den der Boden dieser Boxen tiefer lag als das Niveau des restlichen Stalles. Kolikpferde legen sich wegen ihrer Erkrankung immer wieder hin. Sie sollen nicht zum Festliegen kommen und beim Ablegen einen weichen Untergrund haben.

Der Krankenstall der Argonner-Kaserne wird zum Technik-Museum

Der Krankenstall der Argonner-Kaserne war einschließlich des Innenausbaus fast vollständig original erhalten, während in den fünf Jahrzehnten der Nachkriegszeit diese Gebäude an anderen Standorten durchweg abgerissen oder so verändert worden waren, dass die ursprüngliche Bestimmung nicht mehr erkennbar war. Das einzige Gebäude, das in Deutschland noch dem alten Zweck diente, war wohl die Veterinärstation der Hochstaufener-Kaserne in Bad Reichenhall, wo ca. 50 Tragtiere der Gebirgsjäger betreut werden. Doch auch dort hatten starke Veränderungen stattgefunden. So war der Leiter dieser Einrichtung, der Oberfeldveterinär Dr. Franz Edler von Rennenkampff, nach einem Besuch in Soest in der Lage, manches Detail seiner Einrichtung, wie die frühere Beheizung des Gebäudes, zu klären.

Gleich zu Beginn bestand der Plan, auch das Gebäude selbst als Museumsobjekt zu erhalten



Die Pferdeboxen. Foto Technik-Museum Soest

und Umbaumaßnahmen auf das absolute Minimum zu beschränken, Überlegungen, die nicht von den fehlenden Mitteln erzwungen wurden. Dieses Gebäude erschien doch als eines der wenigen Großobjekte, das zeigte, welche Rolle die Pferde noch im Zweiten Weltkrieg gespielt hatten, eine Bedeutung, die im Bewusstsein der Menschen völlig verloren gegangen ist. Die Bestrebungen, das Gebäude unter Denkmalschutz zu stellen, waren erfolgversprechend, scheiterten jedoch am Einspruch des Baudezernates der Hochschule, das Auflagen bei der weiteren Nutzung befürchtete.

Die belgischen Militärs hatten den Krankenstall als Schreinerei genutzt. Im Operationsraum waren die Maschinen aufgestellt, in den Pferdeboxen provisorische Zwischendecken eingezogen, um dort das Holz unterzubringen. In den Gehirn- und Kolik-Unterständen lagerte man die Kartoffeln. Alles andere war geblieben.

Somit beschränkten sich die vorgesehenen Arbeiten darauf, diese Zwischendecken auszubauen, alles zu säubern und zu streichen. Natürlich kam einiges hinzu: Fensterscheiben mussten ausgewechselt, Türen und Tore repariert, Löcher in den Wänden und im Fußboden geschlossen werden und was sonst bei Renovierungsarbeiten so anfällt. Für diese Arbeiten gelang es, ein ABM-Projekt (Arbeitsbeschaffungsmaßnahme) zu initiie-

ren, das von der SEN (Soester-Entwicklungs-Netz) betreut wurde. Diese Tätigkeiten wurden, größtenteils im bittersten Winter, tatkräftig von den ABM-Leuten durchgeführt. Ohne deren Hilfe wäre das Projekt zum Scheitern verurteilt gewesen.

Auch für das Material waren keine Mittel vorhanden. Auf Vermittlung der RWE-Wasserkraftabteilung in Herdecke erklärte sich die dortige Farbenfabrik Ewald Dörken bereit, einen großen Teil der benötigten 500 kg Farben zu stiften. Spachtel, Pinsel, Eimer und ähnliche Werkzeuge spendierte die Firma Franz Kerstin, Baustoffe wie Fertigmörtel und Gips die Firma Torley, während für die fehlenden Kosten und das anfallende Kleinmaterial der Förderverein „Verein der Freunde“ einsprang. Weitere Personen, Institutionen und Betriebe, ebenso wie die „Susatia“, der Förderverein der Landbauer, standen mit kleineren Spenden, Ausstellungsobjekten und Rat und Tat zur Seite.

In der Krankenstation war es wichtig gewesen, dass das Seuchenabteil vollständig von den übrigen Bereichen getrennt war. Nun sollten aber

alle Räume von einem Eingang her zugänglich sein. Daher wurden zwei Durchbrüche hergestellt, die aber gerade hinter den eingetieften Kolikständen lagen. Die Wände wurden von den SEN-Arbeitern durchbrochen, und die Zimmerei Grothe baute dann freundlicherweise Stege einschließlich der erforderlichen Geländer über diese Abgründe.

Für den Innenausbau spendete die Firma Trilux-Lenze Beleuchtungskörper, und bei einer Sendung alter Geräte aus dem Kraftwerksbereich der VEBA Kraftwerke Ruhr AG waren glücklicherweise einige Rollen Kabel, sodass die Leuchten auch installiert werden konnten. Tischplatten in ausreichender Zahl kamen von der Firma Pfeleiderer/Duopal, und eine weitere Firma stiftete die Stahlrohre, um die Untergestelle zu bauen.



Der ausgebaute Dachboden bei der Ausstellung „Hermann Kätelhön“. Foto Technik-Museum Soest



Dachboden mit einigen Ausstellungsobjekten. Foto Technik-Museum Soest

1997 führte das Staatshochbauamt im Rahmen der Bauunterhaltung der Hochschulgebäude wesentliche Baumaßnahmen durch, die den Erhalt des Gebäudes sicherten und eine Nutzung erlaubten (Heizung zur Temperierung des Gebäudes unter Nutzung alter Heizkörper, Wiedernutzbarmachung der Toilettenanlage, Überarbeitung und Abdichtung des Daches).

1998/1999 konnte in einer zweiten Ausbaustufe auch der Dachboden – wieder mithilfe von ABM-Kräften – hergerichtet werden, die diesmal von den Sozialwerkstätten des evangelischen Pertheswerkes betreut wurden. Eine Wärmedämmung des Daches wurde eingebracht, ein neuer Bretterfußboden gelegt. Das Baumaterial stammte teils aus Firmenspenden, teils wurde es – in Höhe von ca. 15.000 DM – vom „Verein der Freunde“ finanziert.

Die Konzeption des Museums

Die technischen Sammlungen sollten primär der Ausbildung der Studierenden der drei Soester Fachbereiche dienen. Insofern war – bei dem begrenzten Raumangebot – eine Beschränkung auf die im Studium vorkommenden Fachgebiete gegeben, d. h. auf Objekte aus Bereichen des Landbaus, Maschinenbaus und der Elektrischen Energietechnik.

Dies waren keine absoluten Grenzen, und bei interessanten und wichtigen Objekten wurden diese Bereiche auch ausgeweitet. Das galt besonders dann, wenn Ausstellungsstücke einen speziellen Bezug zu Soest und seiner Region hatten. Sicher kann ein solches kleines Museum mit den geringen räumlichen, finanziellen und personellen Möglichkeiten nicht mit großen etablierten Technischen Museen konkurrieren. Seine besondere Stärke könnte aber der lokale Bezug mit einem starken wissenschaftlichen Hintergrund sein. Soweit es in das o. a. Spektrum passte, sollten möglichst viele frühere und heutige Industriezweige und entsprechende Firmen mit ihren Produkten aus der hiesigen Region vertreten sein.

Die großen Technik-Museen messen sich in ihrer Bedeutung an der Anzahl an originalen Apparaturen, Experimentiereinheiten und Prototypen. Dies ist natürlich bei Neugründungen und ohne einen entsprechenden Hintergrund nicht erreichbar.

Typisch für moderne Technik-Museen – vom Deutschen Museum von Anfang an so konzipiert – ist das sogenannte „arbeitende Museum“, bei dem möglichst viele Anlagen und Maschinen vom Besucher selbst in Betrieb genommen werden können oder vorgeführt werden. Dies erfordert einen entsprechenden Aufbau, Betriebs- und Wartungspersonal sowie Sicherheitseinrichtungen. Selbst wenn Geräte im Augenblick funktionie-

ren, so kann dies für die Zukunft nicht sichergestellt werden. Aus diesem Grund wurde im Technik-Museum auf eine solche Konzeption, so schön sie auch gewesen wäre, verzichtet. Auch multimediale Präsentationen wurden von vornherein wegen fehlender finanzieller Mittel ausgeschlossen. So standen neben den Objekten selbst nur Fotos und Texte für Informationen zur Verfügung.

Es konnte auch kein Museum der Besonderheiten und der extravaganten und exotischen Objekte sein, obwohl einige Ausstellungsobjekte durchaus diesem Anspruch genügten. Die normalen technischen Produkte sollten die Museumspräsentation bilden, doch nicht überwiegend die der Alltagswelt, obwohl diese nicht ausgeschlossen waren, sondern die des betrieblichen und industriellen Lebens.

Öffentliche Museen haben das Problem, ihre Besucher zu motivieren. Wenn überhaupt, so gehen heute viele Menschen ins Museum, um etwas zu erleben, um sich zu amüsieren und die Langeweile zu vertreiben. Man muss ihnen ein „Erlebnis-Museum“ bieten. Der Bildungsanspruch ist oft so versteckt, dass er vom Besucher nicht bewusst wahrgenommen wird.

Das Technik-Museum Soest versuchte hier, einen anderen Weg zu gehen. Besucher sollten etwas wissen wollen, sie sollten bereits neugierig sein, wenn sie ins Museum kommen. Ihr Wissenstrieb und ihre Neugierde sollten dann aber ernst genommen werden. Es sollten möglichst keine Objekte und keine Problemstellungen geben, die – auch für Laien – unerklärt bleiben. Natürlich müssen für Ausbildungszwecke auch alle Spezialinformationen gegeben werden, andererseits sollte aber jeder Besucher verstehen, wozu dieses oder jenes Gerät dient, warum es existiert, nach Möglichkeit auch wie es in etwa funktioniert. Hierzu sind u. U. Schnitte und Ähnliches hilfreicher als die Vorführung des Gerätes.

Die Darstellungen sollten aber nicht bei der Funktion stehen bleiben, sondern es sollte erläutert werden, warum das Objekt so und nicht anders aussieht und wieso und warum die nächste Entwicklungsstufe tatsächlich besser ist. Dabei zeigt sich meist, dass der Fortschritt zwar aus manchen großen Schritten besteht, dann aber erst durch viele kleine Details wirksam gemacht werden kann.

Einer der wesentlichen Aspekte sollte aber auch der vielseitige Bezug von Technik und Gesellschaft sein: von Technik und Arbeit, von Technik und Sicherheit, von Technik und Ästhetik und Kunst, von Technik und Militär, von Technik und Umwelt, von Technik und Ressourcen, von Technik und Lebensqualität usw. Doch bis all dies hätte erreicht werden können, hätte man sicher noch einige Jahre benötigt.

Die Ausstellungsobjekte

Obwohl von keinem der drei Fachbereiche eigene Mittel in das Projekt „Museum“ flossen, gab es Bedenken, dass, wenn in Zukunft für ein anderes Projekt Sondermittel beantragt würden, diese mit Hinweis auf das Museum abgelehnt werden könnten. Um die vorhandenen Flächen erst einmal in einer groben Gliederung möglichst gerecht zwischen den Fachbereichen aufzuteilen, sollten im Wesentlichen die maschinenbaulichen Objekte westlich des Hauptganges, die elektrotechnischen in den östlichen Pferdeboxen untergebracht werden. Da die Gegenstände des Landbaus relativ groß waren, bot sich hierfür die alte Isolierstation an.

Obwohl hier nicht der Ort ist, einen mehr oder weniger umfangreichen Überblick über die Sammlungen des Museums zu geben, so ist es doch notwendig zu zeigen, dass in der kurzen Zeit viele Objekte zusammengetragen wurden,



*Motorstraßenwalze der Fa. Ruthemeyer.
Foto Technik-Museum Soest*

die wichtige Einblicke in die Technikentwicklung gaben, die aber jetzt zerstört oder in alle Winde zerstreut sind.

Hier können nur wenige der interessanten Geräte und Objekte kurz erwähnt werden, von denen einige, besonders große, im Außenbereich aufgestellt wurden.

Die 1868 gegründete Firma Ruthemeyer reparierte Landmaschinen und stellte ab 1905 eigene Straßendampfwalzen her, die wesentlich für den guten Zustand unserer Straßen sorgten. Die Soester Firma Niggemann & Milke, aus der 1921 die Bauunternehmung „Strabag“ hervorging, hatte allein über 70 Dampfwalzen im Einsatz. Eine solche Dampfwalze steht in Soest vor dem alten Ruthemeyer-Firmengelände an der Stadthalle. Vor dem Museum war eine jüngere Motorwalze aus dem Jahr 1964 aufgestellt. Sie gehört zu einer neueren Generation, die mit einem Dieselmotor ausgestattet war, mit dem sie noch 1998 bis vor das Museum fuhr, und statt mit der schweren Zahnstangensteuerung wurde sie mit Hydraulikzylindern gesteuert.

Die beiden anderen Objekte vor dem Gebäude, Kugelschieber und Windradflügel, stehen für das heute wichtige Gebiet der regenerativen Energien. Der 3,5 m hohe und 40 t schwere Kugelschieber stammt vom Koepchenwerk der RWE in Herdecke an der Ruhr, dem ältesten Pumpspeicherwerk Deutschlands. Dieser Schieber musste in weniger als einer Minute die 160 m hohe, 3 m starke Wassersäule vor der Turbine abstellen. Das am 28. Januar 1930 in Betrieb gegangene Koepchenwerk ist nicht das älteste Pumpspeicherwerk der Welt, denn ein anderes startete wenige Tage zuvor in Australien. Der Schieber tat bis zum Dezember 1980 seinen Dienst.

Auf der Haar wurden im Rahmen der Energiewende viele Windräder aufgestellt. Der vor dem Museum stehende Flügel, gestiftet von der Fa. Nordex, wurde durch einen Blitz beschädigt. Doch können viele Eigenschaften, wie das Flügelprofil, daran gut studiert werden. Heute dient er dort noch der Fraunhofergesellschaft als Werbeträger.

Ein besonderes Ausstellungsobjekt, das uns die Dombauhütte der Wiesenkirche zur Verfügung stellte, war eine ca. 2,5 m hohe Fiale (Nebentürmchen) aus Grünsandstein, die im Rahmen der Sanierungsarbeiten am südlichen Kirchturm abgebaut wurde und im Museum im Treppenhaus stand. Sie gehört zwar nicht zum Spektrum der Technikobjekte der drei Soester Fachbereiche, deutet aber das Umfeld der Hochschule in dieser alten Stadt an.



*Der 40 t schwere Kugelschieber vom Koepchenwerk der RWE in Herdecke wird vor dem Technik-Museum aufgestellt.
Foto Technik-Museum Soest*



*Windfege von 1826.
Foto Technik-Museum Soest*



*Motorwagen, der in der Landwirtschaft mit einem Elektromotor die bis dahin üblichen Dampflokomobile ersetzte.
Foto Technik-Museum Soest*

Das älteste technische Objekt ist die hölzerne Windfege von 1826 (vielleicht ein Hochzeitsgeschenk?) aus dem Bereich des Landbaus, die im 19. Jahrhundert dazu diente, die Spreu vom Weizen zu trennen.

Die großen Objekte des Bereichs Landbau betrafen neben der Windfege eine Parzellendrillmaschine von 1935 und eine Parzellendreschmaschine. Außerdem gehörte dazu ein Dreschmaschinen-Motorwagen aus den 1920er-Jahren der Lohndrescherei Wrede aus Hünningen. Er konnte auch auf freiem Feld einfach an eine Freileitung angeschlossen werden und ersetzte die bis dahin üblichen Dampf-Lokomobile. Er steht für die Elektrifizierung der Landwirtschaft.

Nicht elektrisch, sondern von Hand betrieben wurde eine Milchzentrifuge von der Fa. Westfalia in Oelde. Es ist nicht ein Original von 1900, das man zur Verfügung stellte, sondern ein von der dortigen Lehrwerkstatt sorgfältig detailgetreu nachgebautes Exemplar.

Anfang der 1960er-Jahre hatte jeder landwirtschaftliche Betrieb einen Traktor, und es gab immer mehr Geräte zum Ankoppeln. Der Anbau der einzelnen Geräte untereinander wie die Anhängung an den Schlepper waren schwierig und gefährlich und forderten jährlich viele Verletzte und einige Todesopfer. Heinrich Weiste entwickelte in seiner Soester Landmaschinenfabrik die Drei-Hakenkupplung, die er 1963 zum Patent anmeldete. Sie war eine Hilfe, aber noch nicht die Ideallösung. Sohn Helmut, 18 Jahre alt, kam auf die Idee, den Dreiecksrahmen selbst als Kupplungselement zu nutzen. Im Februar 1964 stellte er die Dreiecks-Schnellkupplung vor. Die Fachwelt nennt sie bis heute das „Weiste-Dreieck“ bzw. das *Weiste-Accord-Dreieck*. Sie ist leicht zu handhaben und unfallsicher. Schwere Geräte können selbst aus großen Schräglagen schnell und mühelos vom Schleppersitz aus an- und abgekuppelt werden. Die Soester Accord-Landmaschinen Fabrik H. Weiste & Co. stellte uns die gesamte Entwicklungsreihe, die zu dem erfolgreichen Patent führte, zur Verfügung.

Im Bereich Maschinenbau gab es im Museum eine ganze Serie von PKW-Motoren. Von besonderem Interesse darunter war der Trabant-Motor, der in der DDR in Varianten von 1958 bis 1990 gebaut wurde. Als Besonderheit gilt auch heute noch der NSU-Wankelmotor, ein Drehkolbenmotor, von dem man sich eine Revolution des Motorenbaus versprochen hatte, der aber wegen fehlender Investitionen den großen Durchbruch nicht schaffte.

In der Flugabteilung waren neben einem Hubschraubertriebwerk eine Vielzahl Objekte des Flugzeug-Leichtbaus zu sehen. In den 1970er-Jahren wurde bei den Flugzeugwerken Dornier die hochbeanspruchte Bremsklappe des Düsenjägers Alpha-Jet aus kohlenstofffaserverstärktem Kunststoff



*Hauptbereich der größeren Ausstellungsobjekte, in der Mitte Dipl.-Ing. Friedhelm Ostermann, Betreuer des Museums. Links ein Kesselschalter; rechts der Analogrechner EAI 231 R.
Foto Technik-Museum Soest*

(CFK) entwickelt. 1980 war dies das erste Teil aus diesem Werkstoff der Zukunft, das in einem Serienflugzeug eingesetzt wurde. Der Prototyp war im Museum zu sehen.

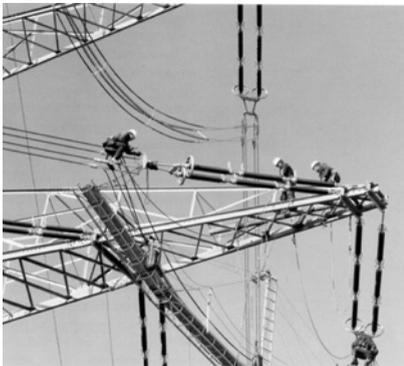
Ein ähnlich einmaliges Museumsobjekt war das erste Modell der Siemens-Prozessrechnerserie. 1957 hatte Konrad Zuse, der deutsche Pionier der elektronischen Datenverarbeitung, seine Computerfirma von Neukirchen nach Bad Hersfeld verlegt. Seinen modernsten Rechner vergab er 1968 in Lizenz an Siemens für die erste Prozessrechnerreihe. Der in Bad Hersfeld gebaute Rechner wurde dann in Erlangen mit Mühe in Siemens-Schaltschränke hineingequetscht. Dieser Zuse-Rechner im Siemens-Gewand mit einem Ferritkernspeicher mit 16k-Worten zu 24 Bit stand im Technik-Museum. Ein Jahr später übernahm Siemens das Zuse-Werk in Bad Hersfeld.

Für aufwändige Berechnungen von Differentialgleichungen und Echtzeitsimulationen waren in den 1960er-Jahren die damaligen Digitalrechner nicht schnell genug. Es mussten teure Analogrechner mit den verfügbaren Digitalrechnern (sogen. Hybridrechner) eingesetzt werden. Das Glanzstück unter den Analogrechnern war der mehrere Millionen Dollar teure Typ 231 R der amerikanischen Firma EAI. Für die Simulation der Mondlandung wurde eine ganze Gruppe dieser Rechner eingesetzt, um die

Steuerung der Landekapsel, die an Seilen durch eine 200 m lange Halle sauste, zu übernehmen. Auch Volkswagen besaß in Wolfsburg 1963 zwei solche Rechner, um das Fahrverhalten des Volkswagens zu simulieren. Einer davon stand im Technik-Museum.

Im Bereich der elektrischen Energietechnik gab es eine Vielzahl von Objekten, auch eine Entwicklungsreihe moderner ölarmen Hochspannungsschalter, die ab den 1930er-Jahren entwickelt wurden. Die früheren Kesselschalter waren dagegen höchst gefährliche Einrichtungen. Der gesamte Kessel war mit Öl gefüllt, um den Schaltlichtbogen zu löschen. Misslang dies, so kochte das Öl, und nicht nur der Kessel explodierte, sondern häufig flog das ganze Gebäude mit in die Luft.

Freileitungen ziehen kreuz und quer über unsere Felder, doch die wahren Dimensionen einer 380 kV Isolator-kette mit Viererbündel ist kaum einem bewusst, der unter einem solchen Hochspannungsmast steht. Im Technik-Museum konnte man sie besichtigen.



380 kV Freileitung.
Foto Technik-Museum Soest

Neben diesen modernen Objekten der Energieversorgung waren auch die Geräte von besonderem Interesse, die die Stadtwerke noch von dem ersten Kraftwerk in Soest besaßen und dem Museum überließen: Messgeräte, Gleichstromzähler oder ein Wälzsektorregler. Für Laien nicht interessant, aber für Spezialisten ein

Leckerbissen waren die unscheinbaren Kabelstücke, an denen man erkennen konnte, wie der Soester Bahnhof 1899 vom Kraftwerk her mit Spannung versorgt wurde, die dort gemessen, an das Kraftwerk zurückgemeldet und am Generator auf den richtigen Wert eingeregelt wurde.

Eine wichtige Firma für Soest war die 1910 gegründete Accumulatorenfabrik Wilhelm Hagen, bekannt für Starterbatterien, aber auch für U-Boot-Batterien, die eine Vielzahl interessanter Objekte an das Museum gaben.

Die Maschinenfabrik Hagen & Göbel ging im Mai 1933 aus der Schlosserei der Accumulatorenfabrik Hagen hervor und beschäftigte sich anfangs mit dem Bau von Maschinen und Einrichtungen für Batteriefabriken. Ab 1937 spezialisierte sie sich besonders auf Hochgeschwindigkeits-Gewindeschneidmaschinen. Das Exemplar im Museum stammte aus dem Jahr 1955.

Ab 1860 gab es in Soest ein Einzelhandelsgeschäft Friedrich Wilhelm Wensel, das erst alles Mögliche verkaufte, doch bald selbst Petroleumlampen herstellte. 1863/64 war das Soester Gaswerk gebaut worden, und so nahm Wensel auch Gaslampen in das Programm auf. Als Handlungsreisender vertrieb er selbst oder sein Compagnon sein Lampenprogramm. Nach dem Bau des Soester Elektrizitätswerkes 1899 bereitete es ihnen keine große Mühe, in die Petroleum- oder Gaslampen eine Anschlussleitung einzuziehen und eine Schraubfassung zu montieren. Das Lampendesign konnte nun stark ausgeweitet werden, da man nicht mehr durch die offenen Flammen begrenzt war. Die Produktionsfirma gibt es nicht mehr, doch konnte man bis vor wenigen Jahren in ihrem Laden noch Ersatzteile für die ältesten Petroleum- und Elektrolampen erhalten.

Die 1908 gegründete Firma Merkur, „Das gute Licht von Soest“, war 1958 das viertgrößte Glühlampenwerk der Bundesrepublik, doch im Technik-Museum war sie nur mit einer alten Glühlampe vertreten.

Bei der Ausstellung „100 Jahre Strom für Soest“ im Jahr 1999 fand die Wanderausstellung Eifeler Museen „Der Strom kommt“, die die gesamte obere Etage des Museums belegte, während unten das erste Soester Kraftwerk nachgebildet war, großes Interesse bei Jung und Alt. Viele konnten sich noch an Küchen und Wohnzimmer der 1950er-Jahre erinnern. Sie fanden in Keller und Speicher ähnliche Objekte, die sie in den kommenden Wochen und Monaten ins Technik-Museum schleppten. So wurde der Bereich der Elektrifizierung des Alltags durch viele Ausstellungsgegenstände bereichert und überschwemmt.

Das Ende des Technik-Museums ist besiegelt

Durch Pensionierungen im Jahr 2001 hatte sich die Betreuung des Museums geändert. Bisher hatte der Schwerpunkt der Aktivitäten auf der baulichen Herrichtung des Gebäudes gelegen. Nun war eigentlich der Zeitpunkt gekommen, um sich verstärkt um die Aufarbeitung und Beschreibung der Objekte zu bemühen. Die illusorische Idee war gewesen, dass jedes Fachgebiet dies für seinen Bereich machen sollte. Doch alle waren so mit dem Neuaufbau der aktuellen Labors beschäftigt, dass keine Zeit für historische Fragestellungen blieb.

Ein wesentlicher Einschnitt für das Technik-Museum erfolgte zudem zum 1. Januar 2002, als die Abteilung Soest von der Gesamthochschule Paderborn zur Fachhochschule Südwestfalen mit Hauptstandort in Iserlohn überging. Eigentlich sollten damit auch alle Verpflichtungen von Paderborn nach Iserlohn gehen. Aber für das Technik-Museum hatte es in

Paderborn keine Kostenstelle gegeben. Die Hochschulleitung hatte jedoch jährlich als Sondermittel zwischen 1.000 und 6.000 DM und einige Monate für studentische Hilfskräfte an das Museum überwiesen. Die fielen nun fort. Hatte man sie vergessen? Aber auch Nachverhandlungen halfen nichts. Somit fielen viele Möglichkeiten weg.

Der Raum im Dachgeschoss, über dem Operationsraum, wurde einer Studentengruppe aus dem Gebiet der Regelungstechnik zur Verfügung gestellt, die sich dort mit Forschungen im Bereich der Robotik beschäftigten. Unter anderem programmierten sie recht erfolgreich eine Roboterfußballmannschaft. Die Soester Studenten erreichten 2004 bei der diesbezüglichen Weltmeisterschaft in Südkorea in der Liga „Kheperasot“ einen Vize-Weltmeister-Titel. Auch für den Studiengang Frühpädagogik suchte man einen geeigneten Veranstaltungsort und verfiel auf den Operationsaal der Veterinärstation.

Da sich hierdurch die Nutzung des Gebäudes änderte, war das Bauamt der Ansicht, dass sich auch die Brandschutzanforderungen geändert hätten. Im Minimum – so hieß es – müssten mehr Feuerlöscher bereitstehen, und in dem Raum mit den Fußballrobotern müsste ein Dachfenster erweitert werden, damit ein zweiter Fluchtweg entstände, indem die Feuerwehr dort mit ihrer Drehleiter hineinreichen könnte.

Das endgültige Aus für das Museum kam, als der Fachbereich Landbau bei einer Neuberufung auf dem Hochschulgelände einen Raum für ein Bodenkundelabor suchte. Kein Verantwortlicher war bereit, einen Raum abzugeben. Kellerräume waren nicht schön genug. Ohne dass dem heftig widersprochen wurde, war der Fachbereich Landbau offensichtlich der Ansicht, dass über den Raum des Museums, in dem „seine“ Objekte ständen, von ihm frei verfügt werden könne. Die Zuständigkeit des Museums interessierte nicht. An einer Darstellung historischer Entwicklungen in der Landwirtschaft war man nicht interessiert. So wurden die Großgeräte in die Flure, Zugänge und sowieso schon überlasteten Räume der anderen Bereiche geschoben und die übrigen Geräte zum Teil einfach über die dortigen Ausstellungsstücke gekippt. Die Durchgänge zur Isolierstation wurden durch neue Türen geschlossen, und in dem Raum wurde ein schönes Bodenkundelabor eingerichtet. Doch der übrige Bereich des Museums in der unteren Etage war nicht mehr nutzbar, kaum noch begehbar. Es waren nur noch überlastete, chaotische Lagerräume. Es fehlte jetzt nur noch das Geld, um alles zu verschrotten und das Ganze abzureißen.

Das ergab sich, als im Jahr 2013 das Land Nordrhein-Westfalen bereit war, für die Kooperation der Fachhochschule Südwestfalen mit der Fraunhofergesellschaft 6,8 Mio. Euro auszugeben, 4,3 Mio. für den Abriss des

alten Gebäudes (der Veterinärstation) und den Neubau des neuen Laborgebäudes, 2,5 Mio. als Anschubfinanzierung für die nächsten sechs Jahre.

Auf dem relativ großen früheren Kasernengelände hätte sich bei fleißigem Suchen sicher auch ein anderer Platz finden lassen, aber dann wären u. U. einige Parkplätze weggefallen und einige Quadratmeter Rasen. Das Bauamt hatte wohl auch bereits Planungen für Erweiterungsbauten auf dem Gelände, die ohne einen Abriss des Museums ausgekommen wären, aber man war wohl der Ansicht, dass dieses alte Gebäude nun doch verschwinden müsse. Wenn die Abrisskosten gespart worden wären, hätte man damit das Technik-Museum wunderbar herrichten und ausstatten können. Doch manch einem scheint die alte Veterinärstation nicht „schön“ genug gewesen zu sein.



Abriss des Technik-Museums 2015. Foto Verfasser

Als der Abriss des Gebäudes beschlossen war, sind wohl einige Objekte an Leihgeber zurückgegeben worden. Wesentliche Teile der Sammlung wurden verschrottet, vieles wurde an kleinere Museen der näheren und weiteren Umgebung abgegeben. Die Labors besorgten sich Teile, die zu ihrem Fachgebiet passten und leicht unterzubringen waren. Einiges mehr oder weniger Sinnvolle und Übriggebliebene, was sonst niemanden interessierte, wurde in zwei Kellerräumen untergebracht. Im Wesentlichen

scheinen dies „alte“ Rechner der letzten 20 Jahre und Alltagsgegenstände der 1970er- und 1980er-Zeit zu sein. Das für die Ausbildung der Landbaustudenten so notwendige Bodenkundelabor ist offensichtlich abgebaut, auf einem Bauernhof „eingelagert“ und nun für die Ausbildung nicht mehr so wichtig.



Das neue Gebäude für das Fraunhoferinstitut. Foto Verfasser

Die Einweihung des neuen, schönen Gebäudes war am 25. November 2015 mit geladenen Gästen. In diesem Gebäude sind außer dem Fraunhoferinstitut einige Vorlesungs- und Seminarräume untergebracht. Das Institut ist kein Institut der Hochschule, sondern ein Institut an der Hochschule, das sein Geld im Wesentlichen durch Auftragsforschung für die Industrie, wie z. B. für die Lippstädter Firma Hella oder die Arnberger Leuchtenfirmen Trilux Lentze oder BJB Lichttechnik verdienen soll. Aber all dies ist wohl streng geheim, sodass große Teile des Gebäudes verschlossen sind. Doch soll in dem Gebäude auch die Technikgeschichte zu Hause sein. Einige „schöne“ Objekte aus der alten Sammlung sollen im Treppenhause präsentiert werden. Dann ist alles schön, und die alte Geschichte der Technik im „Haus der nützlichen Künste“, im alten Pferdekrankenstall, ist endlich verschwunden.

Anhang

Nach der Eröffnung des Technik-Museums, das als „Haus der nützlichen Künste“ bezeichnet wurde, konnte man nicht fünf oder zehn Jahre warten, bis das Haus hergerichtet war, bis die Ausstellungsstücke beschafft waren, bis alles eingerichtet und beschriftet war. Selbst Mittel für normale Öffnungszeiten standen nicht zur Verfügung. Wollte man die Berechtigung für dieses Projekt nachweisen, dann musste man sofort zeigen, dass das Ganze sinnvoll war. Es wurde beschlossen, in jedem Semester eine Kulturwoche unter einem speziellen Thema zu veranstalten. Nach Möglichkeit sollte zu diesem Thema jeweils eine Schrift von kompetenten Autoren erscheinen. Dies ist auch im Wesentlichen – bei Berücksichtigung der extrem prekären Bedingungen – gelungen.

Alle Veranstaltungen waren ein voller Erfolg. Auch die Kunstlerausstellungen, die thematisch durchaus zum Anspruch des Museums passten, wurden begeistert aufgenommen. Sie hatten für das Museumspersonal den Vorteil, dass der Aufwand in Grenzen blieb. Die Künstler brachten ihre Bilder und Objekte, hängten sie oft noch selbst auf und waren dankbar, wenn man ihnen dabei behilflich war. Natürlich konnte es auch sein, dass am Tag der Eröffnung ein Künstler wollte, dass das gesamte Museum leer geräumt würde, damit seine Bilder besser zur Geltung kämen. Oder: Vor einem Jahr habe doch noch eine Anstreicherleiter und ein leerer Farbeimer in der Ecke gestanden. Er habe seine ganze Installation darauf abgestimmt.

Zu den folgenden Seiten: Reichhaltige Informationen über die Aktivitäten des Museums bietet zum einen Heft 9 „5 Jahre Technik-Museum Soest“, in dem alle Veranstaltungen, Vorträge und Aufsätze der ersten fünf Jahre des Museums aufgelistet sind, zum anderen bietet Heft 10 „Ausstellungskatalog“ einen Überblick über mehr als 50 wichtige Ausstellungsobjekte.

Kulturwochen des Technik-Museums im Haus der nützlichen Künste

Sommersemester 1996: 14. bis 23. Juni 1996

„Eröffnungsveranstaltung“ – mit Bildern von Horst Rellecke

Wintersemester 1996/1997: 17. Januar bis 2. Februar 1997

„Kunst in einer Welt der Technik“ – Bilder von Harald Becker

Sommersemester 1997: 7. bis 22. Juni 1997

„Virtuelle Realität und Imagination“ –

in Verbindung mit dem Kunstverein Kreis Soest

Wintersemester 1997/1998: 24. Oktober bis 9. November 1997

„Installaktionen“ – Ausstellung und Aktionen mit Paderborner Kunststudenten

Wintersemester 1997/1998: 21. November bis 7. Dezember 1997

„Technisches Spielzeug und die Eisenbahn“

Sommersemester 1998: 4. bis 21. Juni 1998

„Stilleben und Industrielandschaften“ – Bilder von Ingrid Becker

Wintersemester 1998/1999: 8. bis 24. Januar 1999

„Hiev up – Hol ein“ – zu den Arbeitsbedingungen in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Sommersemester 1999: 27. Mai bis 13. Juni 1999

„China – Kunst, Kultur, Wirtschaft“ – mit Bildern von Li Qiang und LaoZhu

Wintersemester 1999/2000: 7. Oktober bis 28. November 1999

„100 Jahre Strom für Soest“ – mit der Ausstellung Eifeler Museen „Der Strom kommt“

Sommersemester 2000: 12. Mai bis 4. Juni 2000

„Hermann Kätelhön“ – Zeichnungen und Graphik zur Arbeitswelt im Ruhrgebiet

Wintersemester 2000/2001: 24. November bis 17. Dezember 2000
„*Damaszener Schwerter vom Lübecker Ring*“ – mit „Damaszener Schmiedeseminar“

Sommersemester 2001: 19. Mai bis 4. Juni 2001
„*Vorläufer der Film- und Phototechniken im 18. und 19. Jahrhundert*“

Wintersemester 2001/2002: 1. bis 16. Dezember 2001
„*Schiff Ahoi! Schiffsmodelle aus dem Bastelkeller im Technik-Museum Soest*“

Schriften des Technik-Museums
(Soester Beiträge zur Geschichte von Naturwissenschaft und Technik)

Heft 1 (o. Nr., 1995)
Frühformen indisch-arabischer Ziffern in einer Handschrift des Soester Stadtarchivs

Heft 2 (1996)
Vom fränkischen Friedhof zum Universitätscampus
Die Geschichte des neuen Hochschulstandortes in Soest
und des Technik-Museum Soest

Heft 3 (1997)
Kunst in einer Welt der Technik
Gedanken und Beiträge zur Beziehung zwischen Kunst und Technik

Heft 4 (1997)
Technisches Spielzeug und die Eisenbahn
Zur Entwicklung, Fertigung und gesellschaftlichen Bedeutung technischen Spielzeugs

Heft 5 (1998)
Industrielandschaften
Bilder von Ingrid Becker mit einer Fotodokumentation zum „Thema Industrielandschaften“

Heft 6 (1999)

China – Kunst, Kultur, Wirtschaft

Dreitausend Jahre chinesische Kunst und Kultur
und chinesisch-deutsche Beziehungen am Ende des 20. Jahrhunderts

Heft 7 (1999)

Ein Jahrhundert öffentliche Stromversorgung in Soest 1899 – 1999

Heft 8 (2000)

Damaszener Schwerter vom Lübecker Ring

Der fränkische Friedhof am Uni-Campus Lübecker Ring,
Damaszener-Schmiedetechnik

Heft 9 (2001)

5 Jahre Technik-Museum Soest

Eine Dokumentation

Heft 10 (2001)

Technik-Museum Soest

Ausstellungskatalog

DIRK ELBERT, SARAH KEMPER, ULRICH LÖER,
WOLFGANG STELBRINK, NORBERT WEX

NEUERSCHEINUNGEN – ANZEIGEN UND BESPRECHUNGEN

Mechtild Brand: Weggesperrt. Kriegsgefangenschaft im Oflag VI A Soest.
Essen 2014, 254 S. mit 80 Abb.

Die Autorin dieses Buches dürfte vielen Geschichtsinteressierten in der Soester Börde wohl bekannt sein. Die 1941 geborene Lehrerin aus Welper ist seit Jahrzehnten mit diversen Veröffentlichungen zur NS-Zeit im Raum Hamm/Soest hervorgetreten. Stets wandte sie sich dabei mit viel Sachkenntnis und Empathie dem Schicksal verschiedener Gruppen von NS-Opfern zu, so etwa den Juden, Sinti und Roma oder den ausländischen Zwangsarbeitern. Viele ältere Leser dieser Zeitschrift werden sich auch noch an ihren Aufsatz aus dem Jahre 1995 über den Lehrer und staatlichen „Zigeunerbeauftragten“ Otto Hesse aus Soest erinnern.

In ihrer jüngsten Veröffentlichung widmet sich Brand einer hierzulande bisher weitgehend „vergessenen“ Gruppe von NS-Opfern: Die kriegsgefangenen Offiziere aus den „Feindstaaten“ des Deutschen Reiches haben bisher weder in der deutschen Geschichtswissenschaft noch im öffentlichen Gedenken viel Beachtung gefunden. Ein Grund dafür dürfte wohl ihr völkerrechtlich fixierter Status als privilegierte Gefangene gewesen sein. Die Genfer Konvention von 1929 sicherte Offizieren u. a. bevorzugte Unterbringung und Verpflegung zu. Gewöhnlich wurden sie in separaten Offizierslagern („Oflags“) untergebracht. Dort unterlagen sie keinerlei Verpflichtung zur Arbeit. Diese Bestimmungen wurden von den zuständigen Dienststellen der Wehrmacht gegenüber Offizieren aus westeuropäischen Ländern zunächst auch weitgehend befolgt. Daher waren Untätigkeit, Langeweile, Heimweh und interne Spannungen in der Lagergemeinschaft bis in die zweite Kriegshälfte hinein oft die ärgsten Probleme der Gefangenen in den Oflags. Der Schwerpunkt von Brands Darstellung liegt auf dem Oflag VI A, das 1940 in einer damals noch im Bau befindlichen Kaserne der Wehrmacht vor den Toren Soests am Meininger Weg errichtet

wurde. Die Autorin knüpft damit an eine einschlägige Veröffentlichung der „Geschichtswerkstatt Französische Kapelle“ („Oflag VI A. Gefangen in Westfalen“, Soest o. J.) aus dem Jahre 1999 an.

Die wichtigsten zeitgenössischen Quellen für Brands Darstellung sind die insgesamt acht vorliegenden Berichte des Internationalen Roten Kreuzes über ebenso viele – angekündigte – Inspektionen des Oflags VI A im Zeitraum vom Juni 1940 bis zum Oktober 1944. Dieses sehr aufschlussreiche Material hatte in der oben erwähnten Darstellung der „Geschichtswerkstatt“ keine Verwendung gefunden und ist von Brand offenbar erstmals eingehend ausgewertet worden. Darüber hinaus fußt Brands Darstellung ganz wesentlich auf einer Vielzahl von veröffentlichten und unveröffentlichten „Memoiren“ ehemaliger kriegsgefangener Offiziere, die teilweise allerdings erst geraume Zeit nach Kriegsende verfasst wurden. Die eingehend referierten Erzählungen dieser „Ehemaligen“ tragen wesentlich zur Lebendigkeit der Darstellung bei. Nicht immer wird jedoch genügend deutlich, ob Brand selber oder ihr Gewährsmann gerade die Feder führt. Bisweilen wäre auch ein wenig mehr Quellenkritik angebracht gewesen. Eine generelle salvatorische Klausel (S. 35f.) kann eine kritische Reflexion dieser per se sehr problematischen Quellen nicht wirklich ersetzen. Angesichts der sehr schwierigen Quellenlage ist jedoch besonders bedauerlich, dass der Autorin die „umfangreiche[n] biografische[n] Unterlagen und Dokumente“ (S. 10) besagter „Geschichtswerkstatt“ zum Lagerleben im Oflag VI A verschlossen blieben.

Brand gliedert ihre Studie im Wesentlichen chronologisch. Dabei unterscheidet sie „drei recht unterschiedliche Phasen“ (S. 35) der Lagergeschichte. Die erste Phase beginnt mit der Nutzung der noch unfertigen Kaserne als Stammlager („Stalag VI E“) für eine unbekannte Anzahl polnischer Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgrade im Herbst 1939. Am 5. Juni 1940 erfolgte die offizielle Umwidmung des Stalags in das Oflag VI A. Seit diesen Tagen wurde das Lager mit Offizieren aus Belgien und den Niederlanden samt der ihnen zustehenden „Ordonnanzen“ belegt. Sie alle verbrachten gewöhnlich nur einige Wochen oder Monate am Meininger Weg, bevor sie in andere Lager weitergeschickt oder bisweilen auch nach Hause entlassen wurden.

Mit der Ankunft der französischen Offiziere ab Juli 1940 begann die zweite Phase der Lagergeschichte. Die Internierung der Franzosen in Soest währte in den meisten Fällen bis zur Befreiung des Lagers Anfang April 1945. Die zunächst „ordentlichen“ (S. 115) Lebensbedingungen für die rund 2000 Insassen wurden im Laufe dieser Jahre zusehends schlechter; das deutsche Lagerpersonal erhöhte den Druck auf die Gefangenen

„massiv“ (S. 125). „Fluchträume“ (S. 143) unter den Gefangenen waren allgegenwärtig, Fluchtversuche keine Seltenheit. Trotzdem entfaltete sich durch die beträchtliche Eigeninitiative vieler Internierter ein erstaunlich reichhaltiges kulturelles und religiöses Leben im Lager, das bereits Gegenstand früherer Publikationen geworden ist und auch bei Brand – mit zahlreichen Ergänzungen – ausführlich dargestellt wird. Daneben findet aber auch die rechtsradikale, antisemitische Propagandaarbeit des Vichy-Regimes, das unter den gefangenen Offizieren zeitweise viele Sympathisanten hatte, die ihr gebührende Darstellung. Brand kann zeigen, dass Offiziere jüdischen Glaubens bisweilen wohl auch von ihren christlichen „Kameraden“ diffamiert und unterdrückt wurden. Ab 1943 befand sich im Oflag VI A zusätzlich eine größere Anzahl sowjetischer Gefangener. Dieser wenig bekannten Tatsache wird in vorliegendem Buch erstmals größere Aufmerksamkeit gewidmet. Mangels belastbarer Quellen kann aber auch Brand keine validen Informationen zu diesem Teilaspekt liefern.

Die dritte Phase der Lagergeschichte lässt die Autorin zu Recht mit der Verlegung des Oflag VI D aus Münster nach Soest Ende September 1944 beginnen. Die ursprünglich für rund 800 Soldaten konzipierte Kaserne am Meininger Weg war in den folgenden Monaten mit bis zu 5800 Gefangenen völlig überbelegt. Zu der qualvollen Enge in den nicht mehr beheizbaren Unterkünften gesellte sich eine zunehmend prekäre Versorgungslage. Die mittlerweile völlig unzureichend eingekleideten Gefangenen waren unterernährt, viele auch krank. Über 25 Gefangene fielen noch in den letzten Kriegstagen dem massiven Beschuss des Lagers durch alliierte Truppen zum Opfer, ehe am 6. April 1945 die Waffen endlich schwiegen und die Lagertore sich öffneten.

Quellenbedingt ist die Darstellung vorwiegend aus der Binnenperspektive der Gefangenen verfasst. Über das Verwaltungs- und Wachpersonal des Lagers erfährt man daher zwangsläufig recht wenig. Aus der ausführlichen, häufig sehr textnahen Wiedergabe der Gefangenen-Memoiren resultieren fast zwangsläufig etliche Redundanzen, die durch eine stärker systematisch strukturierte Darstellung wohl vermeidbar gewesen wären. Auch hätte manch ausladender Exkurs der Autorin deutlich kürzer ausfallen dürfen. Dem positiven Gesamteindruck tut das aber nur wenig Abbruch. Der Text wird illustriert durch 80 meist aufschlussreiche Abbildungen. Besondere Erwähnung verdienen dabei die zahlreichen zeitgenössischen Zeichnungen aus der Feder von Gefangenen, die den Lageralltag mit einem oft hintergründigen Humor widerspiegeln. Die Darstellung wird ergänzt durch einen 17-seitigen Anhang voller Namen, Zahlen und Fakten. Kurzum: Trotz kleinerer Defizite hat Mechtild Brand erneut ein überaus

lehrreiches und lesbares Buch vorgelegt, das unsere Kenntnisse über das Oflag VI A am Meininger Weg beträchtlich erweitert.

Stelbrink

Thomas Drebusch: Wilhelm Morgner – Ein Sonderfall der Aktion „Entartete Kunst“. Katalog zur Ausstellung Wilhelm Morgner „Die Soester halten meine Bilder für ganz verrücktes Zeug“ (19. Juni – 7. August 2016 im Museum Wilhelm Morgner Soest). Soest 2016, 146 S., zahlr. Abb.

Thomas Drebusch hat mit seiner Veröffentlichung einen wichtigen Beitrag zur Wilhelm-Morgner-Forschung geleistet, da er anhand der Auswertung zahlreicher Akten einen neuen Blickwinkel auf den Umgang mit Morgners künstlerischem Vermächtnis zwischen 1937 und 1943 ermöglicht. Er setzt sich mit der bislang unbeachteten Frage auseinander, warum einige von Morgners Bildern 1943 – die Aktion „Entartete Kunst“ war längst abgeschlossen – zurück in seine Heimatstadt gelangten, während eine derartige Praxis bei anderen diffamierten Künstler unüblich gewesen sei.

Zu Beginn seines Buches schildert Drebusch die uns bereits bekannte Vita Morgners: 1908 geht er nach Worpswede, bricht die Ausbildung bei Georg Tappert nach vier Monaten ab und kehrt nach Soest zurück. 1910 beendet Morgner nach kurzer Zeit auch einen Aufenthalt in Berlin, wo er das Atelier Georg Tapperts und Moriz Melzers besucht. In Soest malt er großformatig und stellt graphische Arbeiten im Burghofmuseum aus. Von hier aus reicht er einige Arbeiten für die Ausstellung der Neuen Secession in Berlin ein. Abgewiesen wie viele andere, findet eine seiner Zeichnungen in einem separaten Raum dennoch ein Publikum.

Als Morgner Anfang 1912 erneut nach Berlin reist, lernt er Franz Marc kennen, der den Kontakt zu Hans Golz in München herstellt. Hier zeigt Morgner 20 Zeichnungen im Rahmen der Ausstellung „Schwarz-Weiß“ der Redaktion des „Blauen Reiter“. Sein „Ziegelbäcker“ wird im Almanach der Künstlergruppe um Wassily Kandinsky und Franz Marc veröffentlicht.

Nach der Asheuer-Auseinandersetzung 1913 im Soester Anzeiger legt Morgner seine Mitgliedschaft im Verein Heimatpflege Soest nieder. Anhand der abgedruckten Briefauszüge Morgners an Tappert erklärt Drebusch anschaulich, dass Morgner die Wut auf den kleingeistigen Soester Kulturbetrieb, der ihn beispielsweise 1913 auf das Äußerste ergreift, geradezu benötigt, um Ideen zu entwickeln und produktiv zu bleiben.

Nach Morgners Tod 1917 erfasst Georg Tappert im Auftrag Maria Morgners den künstlerischen Nachlass und kümmert sich um die Vermarktung

über die Galerie Flechthelm. Drebusch zeigt in diesem Zusammenhang pointiert auf, dass Museen, Kunstvereine und Sammler bereits um 1920 Werke Morgners ankaufen, während die Stadt Soest erst 1931 reagiert und mit Maria Morgner einen Kaufvertrag abschließt. Diese 197 Arbeiten markieren den Beginn der Kunstsammlung der Stadt Soest. Drebusch schließt nachvollziehbar, dass es nicht das Ergebnis kunstorientierter Überlegungen der Soester Stadtverordneten war, die Arbeiten eines überregional bekannten Expressionisten zusammenzustellen. Vielmehr können der Ankauf und die Einrichtung des „Morgner-Gedächtniszimmers“ im Soester Rathaus vor dem Hintergrund des nationalistischen Ideals vom sogenannten Heldentod fürs Vaterland gesehen werden – was Drebusch anhand einer Sitzungsvorlage für die Stadtverordnetenversammlung aus dem März 1931 verdeutlicht. Hier teilt der Magistrat mit, er wolle „eine Ehrenpflicht gegenüber dem Gefallenen [...] erfüllen“.

Im Zuge der Aktion „Entartete Kunst“ lässt Adolf Ziegler „Verfallskunst“ identifizieren und schließlich enteignen. Einige Wochen nach der Einsendung von Morgner-Werken erhält Soests Bürgermeister Dr. Otto Scharnow die Mitteilung, dass die Bilder nun „Reichseigentum“ seien. Gemälde Morgners werden in der Wanderausstellung „Entartete Kunst“ 1938 gezeigt.

In demselben Jahr erlaubt eine Gesetzesänderung die Veräußerung von beschlagnahmten Bildern, noch im Winter nimmt Karl Buchholz fünf Werke Morgners aus dem Soester Besitz in Kommission. Drebusch belegt hier, dass der Kunsthändler darüber hinaus fünf weitere, aus anderen Museen beschlagnahmte Arbeiten zum Verkauf einlagert. Der Kunsthändler Bernhard A. Böhmer übernimmt 1939 insgesamt 29 Bilder Morgners, darunter auch Kommissionsware von Buchholz. Die „Abwicklung der entarteten Kunst“ findet Ende Juni 1940 ihren Abschluss. Drebusch schreibt, dass im Gesamtverzeichnis zum Verbleib der beschlagnahmten Kunst 74 Werke von Morgner verzeichnet seien. Dabei sei eines verkauft, 62 zurückgegeben, acht vernichtet, zwei getauscht sowie eines als Kommissionsware angegeben worden, während die „Verwertungskommission“ Ende 1940 andere Zahlen angebe. Hier sei, wie auch Drebusch selbst für verschiedene Selbstbildnisse und „Astrale Kompositionen“ erklärt, darauf hingewiesen, dass die Zuordnung der Bilder anhand der sogenannten EK-Nummern seitens des Propaganda-Ministeriums nicht zuverlässig ist: Es kamen, besonders bei den abstrakten Arbeiten, Bildtitel durcheinander oder wurden neu vergeben. Infolgedessen müssen Aussagen zur Provenienz anhand der sog. EK-Nummern äußerst kritisch gesehen werden.

Im Sommer 1941 bemüht sich Maria Morgner mit Nachdruck um die Herausgabe der Bilder ihres Sohnes. Dies hatte schon Klaus Hilse vom Soester Verkehrs- und Kulturpflegeamt vergeblich versucht.

Dass die Berliner Spedition Knauer 24 Gemälde von Wilhelm Morgner ohne ein „näheres Anschreiben“ an die Stadt Soest lieferte, belegt Drebusch anhand von Hilses Notizen vom 12. Oktober 1943. Drebusch schließt überzeugend, dass die Bilder aus Güstrow kamen, Böhmers Wohn- und Arbeitsstätte, denn dort lagerten Morgners Werke als Kommissionsware. In den Kisten befanden sich drei Bilder, die ursprünglich nicht im Besitz der städtischen Kunstsammlung gewesen waren oder Maria Morgner gehörten. Es handelt sich um „Der Sackträger“, Alfred Flechtheim hatte es 1922 dem Dortmunder Kunst- und Gewerbemuseum geschenkt, „Der Holzarbeiter“, 1936 für einen Rohlf nach Düsseldorf vertauscht, sowie das Gemälde „Schulte steht an geöffneter Tür“. Letzteres gehörte seit 1927 dem Kunstverein Barmen, wo es das Ministerium 1938 beschlagnahmt hatte. Drebusch merkt an, dass die „Eigentumsverhältnisse“ an diesem Bild heute „ungeklärt“ seien, und wünscht, die Stadt Soest möge sich der Limbach-Kommission anschließen und es dem Rechtsnachfolger des Kunstvereins Barmen zurückgeben. Dieser Aspekt muss jedoch kritisch hinterfragt werden: Mit dem „Beschluss des Denkmals- und Museumsrates Nordwestdeutschland“ 1948 empfahl dieses Fachgremium, dass Rückforderungen der als „entartet“ beschlagnahmten Kunst als „geschehenes Unrecht [...] nicht durch ein neues Unrecht wieder gut“ gemacht werden können. Drebusch findet bei seinen Recherchen keine Nachweise, dass der Kunstverein Barmen „Schulte steht an geöffneter Tür“ jemals zurückgefordert hat. Auch sei in den Akten „kein Hinweis zu finden, ob sich die Verantwortlichen für die Kunstsammlung der Stadt Soest darum bemüht hätten, den Eigentümer herauszufinden und das Bild an ihn zurückzugeben.“ Wie aber können fehlende „Hinweise“ eine These belegen? Sind wir denn nicht zwingend darauf angewiesen, nur dasjenige als Erkenntnis anzusehen, was uns die Quellen überliefern?

Drebusch ordnet die Rückgabe der Bilder als „nicht zu klärenden Sonderfall“ ein, da beschlagnahmte Kunst um 1943 nicht an Museen zurückgegeben worden sei. Er führt an, es sei geplant gewesen, die Bilder Morgners an dessen Mutter zurückzuschicken und nicht an die Stadt Soest, da Böhmer für das Bild „Der Holzarbeiter“ in seiner Bestandsliste „zurück an Frau Morgner“ vermerkt habe. Möglicherweise sei die Rückgabe vor dem Hintergrund der Kriegsfolgen und aus ideologischen Gründen erfolgt: Vielleicht sollte Morgners Ansehen mithilfe der zurückgegebenen Bilder das Stigma der „Entartung“ genommen werden, weil er 1917 ge-

fallen war und es vor dem Hintergrund der hohen Soldatenverluste 1943 nicht „opportun erschien“, ihn weiter anzuprangern. Dieser Aspekt erscheint allerdings diskutabel, denn Grenzfälle „Entarteter Kunst“ beispielsweise wurden durchaus an ihre Besitzer zurückgegeben (vgl. http://www.geschkult.fu-berlin.de/e/db_entart_kunst/geschichte/beschlagnahme/, Aufruf am 6.11.2016). Vielleicht schätzte der Absender sie als solche ein, woraufhin sie zurück nach Soest gelangten? Oder erkannte Böhmer ihren künstlerischen Wert und versandte sie an Frau Morgner, um sie vor Verlust oder Vernichtung zu schützen? Darüber hinaus sollte Drebusch weitere Beispiele – über den Fall Walther Böttichers hinaus – anführen, um seine These vom politischen Opportunismus zu untermauern. Bei ca. elf Millionen im Ersten Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten führt er insgesamt nur zwei Rückgaben aus vermeintlich ideologischen Gründen an die Familien der Künstler an. Da im Falle Morgner kein Anschreiben überliefert ist, kann auch nicht mit Sicherheit belegt werden, dass Frau Morgner die Adressatin der Bilder war.

Sicher ist, dass die Ankunft der Kisten vor mehr als 70 Jahren einen Glücksfall für die Stadt Soest bedeutete: Während Vereine, Sammler und Museen ihren Kunstbesitz spätestens 1938 verloren hatten, erhielt sie 1943 einige beschlagnahmte Werke zurück. Thomas Drebusch wertete die zur Verfügung stehenden Akten engagiert aus. Gleichzeitig wird deutlich, dass Fragen offen bleiben.

Kemper

Werner Freitag, Wilfried Reininghaus (Hrsg.): Westfälische Geschichtsbaumeister. Landesgeschichtsforschung und Landesgeschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert. Münster 2015, 335 S.

Schon der Titel des zu besprechenden Tagungsbandes, entlehnt dem Werk Onno Klopp's „Kleindeutsche Geschichtsbaumeister“ 1863, lässt erahnen, dass Westfalen und seine Geschichtsschreibung als unfertig, als unvollendet angesehen werden. Insgesamt wird durchweg unter Westfalen die preußische Provinz seit 1815 verstanden. Wenn von Kirchenmännern als Geschichtsschreibern die Rede ist, wenn Vereine und ihr Sammeln und Bewahren herausgestellt werden, wenn das Selbstverständnis von Kleinterritorien wie das des Vests Recklinghausen oder des Landes Lippe ermittelt wird, wenn Historiker und ihre Quelleneditionen und Gesamtdarstellungen vorgestellt werden, wenn schließlich auch Kunsthistoriker, Archäologen und Städteforscher zu Wort kommen, dann wird „Westfalen“ als Bezeichnung für eine historisch geprägte Landschaft nicht hinterfragt.

Es bleibt das Verdienst der Autoren dieser Neuerscheinung, dass sie an die kaum mehr bekannten Landeshistoriker alter Schule erinnern, mag es sich um ältere und neuere Gesamtdarstellungen (Friedrich Philippi 1926, Hermann Rothert 1951, Gustav Engel 1968, Albert K. Hömberg 1967), um Kirchenhistoriker wie Clemens Honselmann († 1991), Alois Schröer († 2002) oder auch um Initiatoren der Vereine (Hugo Rothert († 1936) und Ignaz Theodor Liborius Meyer († 1843)) handeln. Insofern liefert der Tagungsband breite, fast handbuchartige Informationen zur westfälischen Geschichtsschreibung.

Was aber hält die Mehrheit der Beiträge zusammen? Wie ein Trauma scheint der „Raum Westfalen“ (1928–1996) das Klima der Beiträge zu bestimmen. Das in 13 Bänden und 42 Beiträgen erschienene Mammutwerk zur westfälischen Geschichte, inzwischen vielfach selbst Objekt der Geschichtswissenschaft, stellt gleichsam die Folie dar, von der sich die Autoren abheben. Auf der Suche nach einem geschlossenen politischen Verband und „Staatswesen Westfalen“ in der deutschen Geschichte wandten sich Historiker wie Hermann Aubin und Kulturdezernenten wie Ernst Kühl von der klassischen Dynastie- und Politikgeschichte ab und entdeckten die Kategorie „Volk“ als Untersuchungsgegenstand (Küster, S. 46). Die verfassungsgeschichtlich orientierte Landesgeschichte sollte ersetzt werden durch eine interdisziplinär ausgerichtete Landeskunde. Es galt, die in Natur und Kultur gewordene Gemeinschaft des Stammes in Mundart und Siedlung, in Rechtsformen und Brauchtum, in Lebensart und künstlerischem Ausdruck zu erforschen und zum Charakter von Volk und Stamm zu erklären.

Inwieweit die Gesamtdarstellungen der westfälischen Geschichte, aber auch die Regional- und Lokalgeschichten sich dem Nachweis eines einheitlichen Kulturraums verpflichtet fühlten, wird in der Mehrheit der Beiträge angesprochen. Exemplarisch sei an die Kunsthistoriker als „Geschichtsbaumeister“ erinnert.

Der Osnabrücker Kunsthistoriker Klaus Niehr geht in einem umfangreichen Beitrag der Erfindung der Hallenkirche in Westfalen durch Wilhelm Lübke (1863) nach. Während die gegliederte romanische Basilika eher die hierarchisch feudale Welt des Hochmittelalters spiegelt, kündeten die einheitlich hohen Kirchenschiffe der gotischen Zeit von einem städtisch-bürgerlichen Zeitalter. Bauformen wird politischer Ausdruck zugesprochen, sie kündeten in Westfalen nach Josef Bernhard Nordhoff (1873) von einer nationalen Aufbruchsstimmung, die bis 1945 in verengten Bahnen in Geographie und Mundartforschung, in Architektur und Bildender Kunst zum Nachweis eines westfälischen Lebensraumes führt – so der Titel des

Werkes von Kurt Wilhelm-Kästner, das 1943 und in endgültiger Form im Raumwerk 1955 erscheint. Für Hermann Rothert, dem wir die dreibändige Westfälische Geschichte verdanken, verkörperte die Hallenkirche noch Wesenszüge des Volksstammes und war jetzt Abbild einer demokratisch organisierten Gesellschaft. Auch Kunsthistoriker wie Werner Hager und Paul Pieper glaubten das „Westfälische in Malerei und Plastik“ gleichsam als „Zipfel des Westfälischen“ zu entdecken, wenn z. B. Werner Hager noch 1979 über das Langhaus des Münsteraner Doms schreibt: „Frei flutet der Raum durch alle Teile hin und her. So erdhafte die Leiblichkeit des Gebäudes, so geistig ihre räumliche Verwandlung, ein wahres Gleichnis westfälischer Wesensart.“ In erheblicher Distanz zum Raumwerk werden von Niehr die Arbeiten von Hans Thümmler 1958 und Uwe Lobbedey 1999 beurteilt. Ohne einen Bezug zum Raumwerk kommt Gabriele Isenberg aus, wenn sie im abschließenden Beitrag in der „Schlacht am Teutoburger Wald“ Westfalen für einen Moment im Mittelpunkt des Weltgeschehens sieht.

Wenn von westfälischen Geschichtsbaumeistern die Rede ist, wird in Zukunft wahrscheinlich weniger vom Raumwerk, wohl aber von Fundamenten der westfälischen Geschichtsschreibung gesprochen werden müssen. Hier sei nur an die 12 Bände der „Germania sacra“ von Wilhelm Kohl und an die vielfachen und grundlegenden Editionen von Manfred Wolf erinnert.

Löer

Kulturparlament Soest (Hrsg.): Zeitgenössische Glasmalerei in Soester Altstadtkirchen. Soest 2016. 96 S., zahlr. Abb.

Moderne Kunst in mittelalterlichen Kirchen – in diesem Spannungsverhältnis stehen die Kirchenfenster, deren Neugestaltung nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs nötig wurde. Die Verantwortlichen ließen sich Zeit bei der Auswahl der Künstler, sodass von den 1950er-Jahren bis 2009 die sechs Soester Altstadtkirchen neue Fenster bekamen. Peter Schmitt, lange Jahre stellvertretender Direktor des Badischen Landesmuseums in Karlsruhe, spricht in seinem Vorwort geradezu von einem „Who is who“ der deutschen Glasmalerei der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Künstler wie Hans Kaiser, Wilhelm Buschulte, Vinzenz Pieper, Jochem Poensgen, Hans-Gottfried von Stockhausen, Johannes Schreiter und Hubert Spierling sind mit wichtigen Werken, sogar mit ganzen Zyklen in den Soester Kirchen vertreten. Eine lange vermisste Zusammenstellung dieser Fenster legt nun das Kulturparlament in einem handlichen Format

vor. Eine siebenköpfige Projektgruppe um Hermann Buschmeyer erarbeitete kurze, prägnante Texte und wählte passende Fotos der Fenster zur Illustration aus. Entstanden ist ein kurzweiliger, informativer, beeindruckender und nicht zuletzt preiswerter Führer zu den modernen Kirchenfenstern in den alten Kirchen. Durch Peter Schmitts einordnendes Vorwort vermag der Besucher die Geschichte der Glasmalerei und die Neigung der Künstler zu verschiedenen „Schulen“ zu erkennen und vor Ort die Wirkung des Lichts in den Fenstern zu bestaunen. Das Heft ist außer im Buchhandel auch bei der Tourist-Information und den einzelnen Kirchen zu haben.

Elbert

Irmgard Siebert, Anne Liewert (Hrsg.): Die mittelalterlichen Handschriften und Fragmente der Signaturengruppe D in der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf, Teil 1: Textband, Teil 2: Tafelband (Kataloge der Handschriftenabteilung 4). Wiesbaden 2015, 453 und 553 S. und 603 Abb.

Seit der Ausstellung „Choralbücher der Frauenklöster Paradiese und Welver bei Soest“ im Jahre 1997 im Burghofmuseum und der Publikation des Soester Geschichtsvereins „Gotische Buchmalerei aus Westfalen“ ist eine breite kunsthistorische Diskussion über die vier in Düsseldorf bewahrten Choralbücher entstanden. Allein neun wissenschaftliche Aufsätze weist der hier anzuzeigende Handschriftenkatalog aus, darunter ein Tagungsband aus Cambridge (USA). Das wissenschaftliche Interesse an den Paradieser Choralbüchern ist mitbedingt durch die aufkommende Frauen- und Genderforschung, verraten uns doch mehrere der malenden Nonnen ihre Namen. Die Paradieser Handschriften gelangten nach Aufhebung des Klosters 1809 in die Großherzogliche Bibliothek Düsseldorf. Hier wurden sie mit weiteren Handschriften aus Stiften und Klöstern (u. a. des Zisterzienserklosters Altenberg, des Benediktinerklosters Essen-Werden und des Damenstifts Essen) zur Signaturengruppe D zusammengestellt. Dass nunmehr die vollständige Beschreibung dieser „Ritualien mit vorzüglicher Kunstausrüstung“ in dem auf Handschriftenkataloge spezialisierten Verlag Harrassowitz, Wiesbaden, vorliegt, wird die weitere Erforschung dieser „Spitzenstücke aus Paradiese“ beschleunigen. Somit erweitert Soest seinen gesicherten Platz im Handschriftenzensus Westfalens.

In einer ausführlichen Einleitung werden die Handschriften allgemein charakterisiert: Herkunft, Inhalt, liturgische Funktion und Buchschmuck, Eigenart der Skriptorien, Desiderate. Ein umfassendes Literaturverzeichnis

nis spiegelt die historischen, kunsthistorischen, liturgiegeschichtlichen und theologischen Interessen der Forschung.

Was wird z. B. im Graduale D 11 beschrieben und akzentuiert? Im Rahmen des Graduale finden die choralsingenden Nonnen die Psalmverse, Hymnen und Responsorien für die sonntäglichen Gottesdienste, Heiligenfeste und Votivmessen. Die modernen Editionen der Texte, z. B. die „Analecta Hymnica medii aevi“ von Guido Maria Dreves, werden im Katalog hinzugefügt. Über 300 Initialen mit Fleuronné- und Ornamentzierleisten und Spruchbändern weisen die Texte auf. Über 200 historisierte Initialen, davon 28 besonders ornamental ausgeschmückt, werden eigens in einer übersichtlichen Tabelle nach ihrem Bildthema benannt. „Über 1000 Bildbeischriften lassen durch Zitate aus den Kirchenvätern und der zeitgenössisch relevanten Kommentarliteratur eine bewusst theologische Akzentuierung erkennen“ (S. 210). Die fortwährend wiederkehrenden, marginalen Darstellungen von knienden, betenden oder singenden Nonnen haben die Forschung angeregt, nach der spirituellen und liturgischen Funktion dieser illuminierten Handschriften zu fragen. Der „verspielte, flächig oder textilähnlich anmutende Stil“ erinnert an Handschriften und Textilien der niedersächsischen Heideklöster (S. 24). Offen bleibt allerdings weiterhin die Frage, wer als Auftraggeber dieser reich kommentierten Choralbücher in Anspruch genommen werden kann. Die Erhellung der geistigen Atmosphäre im Soester Dominikanerkloster hat immer noch als vorrangiges Desiderat zu gelten. Der Handschriftenkatalog der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek Soest, den die Berliner Forscher Bernd Michael und Tilo Brandis 1990 vorgelegt haben, könnte hier wegweisend sein. Neben dem Nequambuch sind die Paradieser Choralbücher als die kostbarsten illuminierten Handschriften aus dem mittelalterlichen Soest anzusehen.

Der Tafelband mit seinen 603 Abbildungen gewährt Einblick in die buchmalerische Gestaltung und Tradition vom 9. bis 15. Jahrhundert. Die Auswahl der Abbildungen aus den einzelnen Handschriften beginnt mit der ganzseitigen Vorstellung des Einbands, dessen Erhaltungszustand im Textband beschrieben wird. Die weitere Auswahl der Abbildungen in den Paradieser Handschriften scheint sich besonders an der Wiedergabe historisierter Initialen und der im Fleuronné gezeichneten Marginalien zu orientieren. Wie die malenden Hände im Spätmittelalter die Menge der Beischriften in den Initialen technisch bewerkstelligt haben, bleibt für den heutigen Betrachter nahezu ein Geheimnis.

Johannes Wilkes: Das kleine Westfalenbuch. Facetten einer Region.
Cadolzburg 2016. 219 S.

Wer oder was ist Westfalen? Eine detaillierte, womöglich auch noch kritische Auseinandersetzung mit der Frage, was die Region oder die sie bewohnenden Menschen konstituieren mag, ist weder Gegenstand noch Ziel dieses Büchleins. „Westfalen“ ist bei Wilkes irgendwie gegeben, ändert sich allenfalls im Detail und ist eigentlich eine die Zeiten übergreifende Konstante. Im Grunde genommen weiß man, was Westfalen ist und bedeutet – und erhält nun im „Kleinen Westfalenbuch“ eine ganze Fülle von – dieses Wissen bekräftigenden – Informationen, Geschichten, Geschichtchen und Anekdoten. Mit einem solchen Verfahren werden die vorherrschenden Stereotypen natürlich bestätigt. Mehr noch: Sie zu ermitteln, zusammenzustellen und möglichst viel zusammenzutragen – das ist geradezu das Konstruktionsprinzip des vorliegenden Buches.

Keine problemorientierte Neujustierung also, sondern affirmativ-beschreibend geht der Autor vor – aber doch auf einer tragfähigen Basis, die er auf dem hinteren Buchdeckel präsentiert: „Westfalen soll für uns überall dort sein, wo sich die Menschen als Westfalen fühlen“. Hier bestimmt nicht das Sein das Bewusstsein, sondern es geht umgekehrt: Westfalenbewusstsein ist das entscheidende Kriterium für die Konstituierung des Untersuchungsgegenstandes. Auf dieser Grundlage widmet das Werk immerhin 57 Kapitel zahlreichen besonderen Eigentümlichkeiten und Zuschreibungen Westfalens und präsentiert in heiterer Tonlage ein breites Spektrum aus Kunst, Literatur, Geschichte, Sprach-, Landes- und vor allem Volkskunde. Der erfahrene Leser wird manches kennen, aber vielleicht doch Neues entdecken oder zumindest überraschende Blickwinkel erfahren. Zwar betrachtet der Autor Westfalen insgesamt diffus als Einheit, differenziert aber immer wieder nach Teilregionen. Aus der Perspektive des Soester Lesers hätte die „heimliche Hauptstadt“ sicher noch etwas häufiger Erwähnung finden können. Wichtige Bestimmungsgrößen der Soest-Identität sind immerhin erfasst, wenn auch manchmal nur durch ihre Nennung: Städtischer Glanz zur Hansezeit, mehrfach die bedeutenden Kirchenbauten, Hellweg und B 1, Grünsandstein und Haverland-Pumpernickel, Salz und Sascha, Ostönnner Orgel und Westfälisches Abendmahl – nichts Neues für den Soest-Kenner. Überrascht wird der Leser dann aber doch durch die Nachricht, dass die Nikolaustafel der Soester Nikolaikapelle heute im LWL-Museum für Kunst und Kultur aufbewahrt sein soll. Tatsächlich steht sie noch immer am angestammten Platz in der Kapelle.

Solch kleinere Fehler sind angesichts der Fülle von Informationen verzeihlich. Ebenso muss man die (gelegentlich sehr mutigen) Vereinfachungen wohl als gattungsspezifisch hinnehmen – bei der einen oder anderen arg holzschnittartigen Betrachtung komplexer Phänomene hätte sich der Rezensent eine etwas zurückgenommene Tonart auch gut vorstellen können. Alles in allem: ein flott lesbares, über weite Strecken unterhaltsames Kompendium, das eine ernsthafte Auseinandersetzung mit historischen und kulturellen Konstruktionen nicht ersetzen kann und will.

Wex

ILSE MAAS-STEINHOFF

JAHRESBERICHT DES VEREINS FÜR GESCHICHTE UND HEIMATPFLEGE SOEST E. V. FÜR DAS JAHR 2015

Zwei Termine des vergangenen Vereinsjahres prägten sich aufgrund ihres Besucherandrangs besonders ein. Wenige Tage nach Neujahr überstieg der Zustrom zu einem Vortrag des in Günne aufgewachsenen „Stern“-Journalisten Wigbert Lör das Fassungsvermögen des Petrushauses: Er stellte anhand seiner brandaktuellen Veröffentlichung zu Verflechtungen in der Politik die Arbeitsweise seines „Teams investigative Recherche“ vor. Als ein wahrer Magnet erwies sich auch die Kinopremiere der vom LWL-Medienzentrum in Münster erstellten DVD „Im Herzen Westfalens – Soest in historischen Filmen“. Die Vorführung musste am gleichen Morgen noch zweimal kurz entschlossen wiederholt werden. Danach war die erste DVD-Lieferung ausverkauft.

Im Jahreslauf wurden in Veranstaltungen unterschiedlicher Art verschiedene Jubiläen großer historischer Ereignisse aufgegriffen. Zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung stellte die ehemalige Oppositionelle des DDR-Regimes und spätere Stasi-Beauftragte, Marianne Birthler aus Berlin, ihre Erinnerungen vor: „Halbes Land. Ganzes Land. Ganzes Leben“. Zur weltgeschichtlichen Zäsur des Wiener Kongresses vor zweihundert Jahren beleuchtete der Mainzer Historiker Professor Dr. Heinz Duchhardt, führende Stimme für dieses Forschungsthema, die europäischen Zusammenhänge aus der Sicht aktueller Geschichtsschreibung. Ein Besuch der großen Dortmunder Ausstellung des LWL „Zweihundert Jahre Westfalen. Jetzt!“ nahm ins Visier, was der Friedensschluss für unsere Region bedeutete. Dr. Norbert Wex und Dr. Walter Melzer organisierten die Exkursion, die auch eine Führung mit der Dortmunder Stadtarchäologin auf der Hohensyburg bot, dem Erinnerungsort hoch oberhalb der Ruhr, der Reminiszzenzen an viele Jahrhunderte westfälischer Geschichte wachruft.

An das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren erinnerte Vorstandsmitglied Joachim Grade. Er demonstrierte die Bombenzerstörungen in der Innenstadt und den Wiederaufbau anhand von vierzehn Textilbannern mit Foto- und Textaufdruck, die in Schaufenstern Soester Geschäfte ausge-

stellt und anhand eines ergänzenden Flyers aufzufinden waren. Flyer und Ausstellung waren durch Fördergelder der Bürgerstiftung Hellwegregion und des Vereins Soester Wirtschaft e. V. ermöglicht worden.

Ulrike Sasse-Voswinckel konnte im Laufe des Jahres 2015 mehrere Besuchergruppen über den Jüdischen Friedhof führen und die von ihr initiierte und realisierte Stele für die Namen der ermordeten Soester Juden vorstellen. Sie erarbeitete auch die Voraussetzungen für eine mögliche Neuauflage des Heftes „Jüdische Nachbarn in Soest bis 1942“. In der Vorstandsarbeit legte sie im Hinblick auf einen Generationswechsel ihr Amt als stellvertretende Vorsitzende nieder. Der Vorstand wählte Herrn Günter Kükenshöner, Soest, zu ihrem Nachfolger. Er gehört seit 2004 dem Vorstand an.

I. Mitgliederbewegung

Am 1. Januar 2015 zählte der Verein	741 Mitglieder
Ausgeschieden sind im Jahr 2015	21 Mitglieder
Davon verstarben	9 Mitglieder

Es traten dem Verein bei:	18 Personen
Entsprechend hatte der Verein am 31.12.2015	738 Mitglieder

Der Verein bewahrt seinen verstorbenen Mitgliedern ein ehrendes Gedenken:

Helga Berner, Soest
 Alfons Düchting, Soest
 Dorothea Jamm, Soest
 Hermann Oltmanns, Soest
 Reinhold Wördenweber, Lippetal

Wir gedenken nun verspätet der Damen und Herren, von deren Tod in den Jahren zuvor wir erst jetzt Kenntnis erhielten:

Otto Jagow, Soest
 Wilhelmine Kamann, Mülheim
 Elisabeth Meeder, Soest
 Klaus Siepmann, Warstein

Wir freuen uns sehr, die folgenden Damen und Herren als neue Mitglieder in unseren Reihen begrüßen zu können:

Helmut Berner, Soest

Gary Deveaux, Soest
Hedwig Düchting, Soest
Reinhard Falke, Soest
Dr. Gerhard Haumann, Soest
Propst Josef Heers, Soest
Anja Heymann, Soest
Thomas Jacob, Soest
Karl-Wilhelm Kamann, Mülheim a. d. Ruhr
Dr. Nikolai Katterfeldt, Erwitte
Katja Kleegräfe, Lippstadt
Friedhelm Krake, Soest
Dr. Rudolf Lammers, Soest
Burkhard Remkes, Soest
Daniele Resta, Soest
Gerdt-Justus Struckmann, Soest
Dr. Judith Tornau-Opitz, Soest
Ernst Trillmann, Soest

II. Der Vorstand

Der Vorstand traf sich zu sechs regulären Sitzungen. Daneben brachten einzelne Vorstandsmitglieder oder -teams verschiedene Projekte auf den Weg. Günter Kükenshöner rückte die Bruno-Paul-Möbel des Vereins neu ins Blickfeld. Das Ensemble hatte während der Sanierung der Plange-Villa über ein Jahr seinen Raum dort verlassen müssen. Nach Verhandlungen mit der Kreisverwaltung sind nun wieder Führungen in regelmäßigem Turnus möglich.

Günter Kükenshöner baute auch Kontakt zu den Soester Gymnasien auf. Er nahm an den Fachkonferenzen für Geschichte aller weiterführenden Schulen teil. Ein Anknüpfungspunkt der Zusammenarbeit existiert bereits: Die gymnasialen Oberstufen geben im jährlichem Wechsel mit uns gemeinsam ein Zeichen des Gedenkens, sie reinigen die im Stadtbild verlegten Stolpersteine.

Joachim Grades erwähnte Ausstellung lief vom 2. Juni bis zum 2. Juli, alle Banner wurden eine Woche später im Remter von St. Patrokli bei einer kleinen Finissage abschließend zusammengeführt.

Stephan Haverland modernisierte und erweiterte die technische Ausstattung des Vereins, den dringend gebotenen Kauf eines neuen Vereins-Laptops, außerdem besorgte er die Programmierung der genealogischen Datenbank und regelte die Website-Pflege.

Konstantes Thema blieb die Stadtentwicklung. Das Wallentwicklungskonzept wurde im städtischen Workshop aktiv begleitet, in zwei Stadtpaziergängen setzte sich der Vorstand mit dem sogenannten „Rahmenplan“ der Stadt „zum Schutz der Soester Gärten“ auseinander, das auch Umwandlung von innerstädtischen Freiflächen in Bauplätze vorsieht.

Eine öffentliche Stellungnahme widersprach einem inzwischen verworfenen städtischen Vorschlag zur geplanten Gestaltung des Hallenbad-Parkplatzes.

Als Projekt setzte sich die Vorbereitung der angekündigten Schrift „Die Reformation in Soest nach 500 Jahren“ mit Dr. Hans-Georg Gaffron, Dr. Roland Götz, Joachim Grade, Volker Kluff, Dr. Ulrich Löer, Ilse Maas-Steinhoff und Dr. Norbert Wex fort.

III. Vorträge, Filmvorführungen, Exkursionen

Im Berichtsjahr wurden acht Vorträge, zwei Filmpräsentationen und elf Exkursionen angeboten. Untersucht man die Veranstaltungen nach Epochen, ordnen sich die beiden Filme und fünf Vorträge der Zeitgeschichte zu, drei galten der Neueren Geschichte, einer war naturkundlich bzw. kulturgeschichtlich orientiert. Sechs Exkursionen steuerten Ziele außerhalb von Soest an, vier blieben innerhalb der Stadt. Zwei Veranstaltungen galten der Börde bzw. dem Arnberger Wald.

Die Titel im Einzelnen:

Vorträge zur Zeitgeschichte:

- 5.1.2015: Unverzichtbar für eine Demokratie: Investigative Recherche am Beispiel Schröder-Wulff-Maschmeyer (Wigbert Löer, Hamburg);
- 8.2.2015: Wie der Nationalsozialismus 1933/34 in das Oberlyzeum für Mädchen in Soest einzog (Joachim Grade);
- 8.4.2015: Film ab: Städtische Selbstdarstellung in Soest und Westfalen auf Zelluloid (Dr. Katrin Minner, Münster);
- 19.5.2015: Autorenlesung: „Halbes Land. Ganzes Land. Ganzes Leben“, Berlin 2014 (Marianne Birthler);
- 9.7.2015: Zerstörung und Wiederaufbau in Soest; Vortrag zum Ausklang der Ausstellung (Joachim Grade); zur Neueren Geschichte
- 9.9.2015: Der Wiener Kongress und die Neugestaltung Europas (Prof. Dr. Heinz Duchhardt);

27.10.2015: Vortrag zur Buchvorstellung: Das Archigymnasium im 19. Jahrhundert und die Anfänge des Aldegrever-Gymnasiums; Soest 2015 (Dr. Roland Götz);

6.12.2015: Vortrag und Ausstellungseröffnung: Zur Geschichte des Waisenhauses in Soest (Tobias Schmidt);

Naturkundlich/kulturhistorisch orientiert:

25.3.2015: Der Arnberger Wald – Ein Kulturwaldprojekt über Generationen (Peter Bootz)

Filmvorführungen:

1.3.2015: Präsentation der DVD „Im Herzen Westfalens – Soest in historischen Filmen“ in Zusammenarbeit mit dem LWL-Medienzentrum für Westfalen, Münster

24.11.2015: Filmvorführung und Kurzvortrag: Ein Museum der Moderne – das Wilhelm-Morgner-Haus – in Zusammenarbeit mit der Universität der Künste; (Prof. Sven Kuhrau);

Exkursionen

– mit Zielen außerhalb Soests und der Börde:

16.1.2015: Halbtagesexkursion zum neuen LWL-Museum für Kunst und Kultur in Münster (Maas)

26.7.2015: Halbtagesexkursion zu Erinnerungsorten in der Nachbarschaft: Kloster Scheda, Lambertikirche Bremen und Kloster Himmelpforten (M.-A. Löer, Dr. U. Löer);

25.9. – 27.9.2015: Wochenendstudienfahrt zu Erinnerungsorten längs der A 38 in Sachsen-Anhalt und Thüringen (Joachim Grade);

22.8.2015: Ganztagesexkursion an den Niederrhein: Die Stadt Kalkar und die gotischen Schnitzaltäre der St.-Nicolai-Kirche (G. H'loch, Dr. A. Werntze);

24.10.2015: Ganztagesexkursion nach Dortmund mit dem Besuch der Hohensyburg und der Ausstellung „200 Jahre Westfalen seit dem Wiener Kongress“ (Dr. W. Melzer, Dr. N. Wex);

– in der Börde:

29.8.2015: Schnadegang

– innerhalb von Soest:

- 1.2.2015: Vorstellung des Gedenksteins für die unbestattet gebliebenen Soester Juden (U. Sasse-Voswinckel);
 12.6.2015: Betriebsbesichtigung der Fa. Hitzke (G. Kükenshöner);
 26.6.2015 Sommerfest des Vereins im Innenhof des Hubertus-Schwartz-Berufskollegs
 24.7.2015 (u. weitere):
 Führung über den Jüdischen Friedhof
 (U. Sasse-Voswinckel)

IV. Veröffentlichungen von Vorstandsmitgliedern

Ulrich Lör: Über die Säkularisation hinaus. Westfälischer Adel und preußischer König im Wettstreit um den Neubeginn des Stifts St. Walburgis zu Soest (1812–1871). In: Westfälische Zeitschrift 165 (2015), S 311–334;
 Ders: Hermann quondam iudaeus. Ein Konvertit im Kloster Scheda. In: Heimatkalender des Kreises Soest 2016, Soest (2015), S. 99–103.
 Walter Melzer: 25 Jahre Stadtarchäologie Soest (Soester Beiträge zur Archäologie, Bd. 15), Soest 2015.
 Als Band 63 der Soester Beiträge erschien im Auftrag des Vereins: Roland Götz: Das Archigymnasium im 19. Jahrhundert und die Anfänge des Aldegrever-Gymnasiums. Soest 2015.

V. Arbeitskreise

Arbeitskreis Soester Börde; Leitung: Heinz Braukmann; Genealogischer Arbeitskreis; Leitung: Dr. Joachim Rüffer.

VI. Projekt

Zur 500-Jahr-Feier der Reformation in Deutschland plant der Vorstand eine Veröffentlichung zum Thema „Die Reformation in Soest nach 500 Jahren“. An der Arbeitsgruppe nehmen teil: Dr. Hans-Georg Gaffron, Dr. Roland Götz, Joachim Grade, Volker Kluff, Dr. Ulrich Lör, Ilse Maas-Steinhoff und Dr. Norbert Wex.

Soester Beiträge

Herausgegeben im Auftrag
des Vereins für Geschichte und Heimatpflege Soest

- | | | |
|----|--|--|
| 1 | H. Schwartz, Kurze Geschichte d. Hansestadt Soest (1949). 84 S. | vergriffen |
| 2 | Wolf-Herbert Deus, Die Soester Fehde (1949). 173 S. | vergriffen |
| 3 | Wolf-Herbert Deus, Pacta Ducalia (1951). 82 S. | 2,50 € |
| 4 | Wolf-Herbert Deus, Soester Chronik 1942-1948 (1951). 304 S. | vergriffen |
| 5 | Schmoeckel u. Blesken, Wörterb. d. Soester Börde (1952). 342 Sp. | vergriffen |
| 6 | Alfred Hinne, Beiträge zur Geschichte v. Lohne (1952). 179 S. | vergriffen |
| 7 | W. Handke, Die Pflanzenwelt des Kreises Soest (1954). 92 S. | vergriffen |
| 8 | Andreas Heinrich Blesken, Erinnerungen (1954). 260 S. | vergriffen |
| 9 | H. Deus, Baugeschichte der Kirche St. Thomae (1954). 100 S. | vergriffen |
| 10 | Wolf-Herbert Deus, Die Herren von Soest (1955). 552 S. | vergriffen |
| 11 | F. G. v. Michels, Genealogien Soester Geschlechter (1955). 716 S. | vergriffen |
| 12 | Soester Chronik 1948 - 1954 (1957). 336 S. | vergriffen |
| 13 | Ludwig Prautzsch, Das Soester Gloria (Neuaufgabe 2009). 100 S. | 9,80 € |
| 14 | H. Schwartz, Soest in seinen Denkmälern, 1. Bd. (1977). 252 S. | 15,50 € |
| 15 | H. Schwartz, Soest in seinen Denkmälern, 2. Bd. (1978). 251 S. | 15,50 € |
| 16 | H. Schwartz, Soest in seinen Denkmälern, 3. Bd. (1979). 205 S. | 15,50 € |
| 17 | H. Schwartz, Soest in seinen Denkmälern, 4. Bd. Bildband | 3 Teile, Teil 1: 11,50 €, Teile 2 und 3 vergriffen |
| 18 | Marga Koske, Geschichte der Stadtparkasse Soest (1959). 64 S. | 4,- € |
| 19 | Marga Koske, Das Bördekataster von 1685 (1960). 810 S. | vergriffen |
| 20 | H. Schwartz, Soest in seinen Denkmälern, 5. Bd.: Die Kirchen der Soester Börde (1961). 212 S. | vergriffen |
| 21 | H. Schwartz, Soest in seinen Denkmälern, 6. Bd.: Soester Wappenbuch (1962). 121 S. | vergriffen |
| 22 | Friedrich Siegmund-Schultze, Inventarverzeichnis des Ökumenischen Archivs in Soest (1962). 281 S. | vergriffen |
| 23 | Philipp Nicolai, Freudenspiegel des ewigen Lebens, Faksimile nach 1599 (1963). 426 S. | vergriffen |
| 24 | Hubertus Schwartz, Gesammelte Aufsätze (1963). 167 S. | 12,50 € |
| 25 | Gisela Jacobi-Büsing, Die Drüggelter Kapelle (1964). 65 S. | vergriffen |
| 26 | Der heilige Patroclus, Festschrift (1964). 52 S. | vergriffen |
| 27 | Soester Chronik 1954-1960 (1965). 112 + 14 S. | vergriffen |
| 28 | H. Schwartz, Die Straßennamen der Stadt Soest (1966). 77 S. | vergriffen |
| 29 | Hermann Delfs, Ökumenische Literaturkunde (1966). 580 S. | vergriffen |
| 30 | Wolf-Herbert Deus, Scheibenkreuze (1967). 92 S. | vergriffen |
| 31 | E. Dösseler, Toversichtsbrieft (1969). 506 S., 1 Karte, 12 Taf. | vergriffen |
| 32 | W.-H. Deus, Soester Recht 1. Lfg. Statuten (1969) | 12,50 € |
| 33 | W.-H. Deus, Soester Recht 2. Lfg. Statutarisches Recht (1970) | 12,50 € |
| 34 | W.-H. Deus, Soester Recht 3. Lfg. Ältere Ordnungen (1971) | 12,50 € |
| 35 | W.-H. Deus, Soester Recht 4. Lfg. Observanzen (1974) | 12,50 € |
| 36 | W.-H. Deus, Soester Recht 5. Lfg. Andere Ordnungen (1975) | 12,50 € |
| 37 | Siegfried Vogelsänger, Musik im Lehrerseminar (1973). 227 S. | vergriffen |
| 38 | Clarenbach/Rudack, Die Familien auf den Höfen und Kotten zu Welper-Borgeln von 1532-1946 (1977). 243 S. | 13,- € |
| 39 | W.-H. Deus, Soester Recht 6. Lfg. Eidesformeln (1978) | 12,50 € |
| 40 | J. J. Joest, Wirtschaftliche u. soziale Entwicklung des Soester Raumes im 19. Jh. (1978). 384 S. | 15,50 € |
| 41 | Soest - Stadt - Territorium - Reich, Festschrift z. 100jährigen Bestehen d. Vereins f. Geschichte u. Heimatpflege Soest (1981). 870 S. | 25,- € |
| 42 | K. Heinemann, Zur Geschichte des Lehrerseminars in Soest (1982). 335 S. | vergriffen |
| 43 | Archigymnasium Soest 1534-1984 (1984). 368 S. | 30,- € |
| 44 | G. Oemeken, Soester Kirchenordnung 1532 (1984). 432 S. | vergriffen |
| 45 | Clarenbach/Rudack, Die Familien in den Wohnhäusern zu Welper-Borgeln bis 1946 (1984). 146 S. | 10,- € |
| 46 | Lucja Nerowski-Fisch, Wilhelm Morgner (1891-1917). E. Beitr. z. dt. Expressionismus (1984). 239 S. | 14,50 € |
| 47 | Archigymnasium Soest. Erinnerung und Aufruf (1985). 88 S. | 5,00 € |
| 48 | H.-D. Heimann, Wie men wol eyn statt regyrn sol. Didaktische Literatur und berufliche Schreiben des Johann von Soest, gen. Steinwert (1986). 78 S. | 18,- € |
| 49 | E. Dösseler, Soests auswärtige Beziehungen, besonders im hansischen Raum (1988). 184 S. | 16,- € |
| 50 | M. Brocke, Der jüdische Friedhof in Soest/G. Köhn, Die jüdische Gemeinde Soest (1993). 296 S. mit 275 Abb. | 30,- € |
| 51 | Bomben auf Soest. Tagebücher ... und Fotos zur Erinnerung an die Bombardierungen und das Kriegsende vor 50 Jahren, zusammengest. v. Gerhard Köhn (1994). 352 S. mit 256 Abb. | vergriffen |

52	Soest - Geschichte der Stadt, Bd. 1. Der Weg ins städtische Mittelalter. Topographie, Herrschaft, Gesellschaft (2010). 1088 S. mit 333 Abb.	50,- €
53	Soest - Geschichte der Stadt, Bd. 2. Die Welt der Bürger. Politik, Gesellschaft und Kultur im spätmittelalterlichen Soest (1996). 936 S.	50,- €
54	Soest - Geschichte der Stadt, Bd. 3. Zwischen Bürgerstolz und Fürstenstaat - Soest in der Frühen Neuzeit (1995). 980 S.	50,- €
55	Soest - Geschichte der Stadt, Bd. 4 (noch nicht erschienen)	
56	Soest - Geschichte der Stadt, Bd. 5 (noch nicht erschienen)	
57	Gotische Buchmalerei aus Westfalen: Choralbücher d. Frauenklöster Paradise u. Welver bei Soest (1997). 126 S. mit 32 Abb.	35,- €
58	W. Becker, Hugo Kükelhaus im Dritten Reich. (2005). 176 S. mit 35 Abb.	13,- €
59	Soester Schau-Plätze. Historische Orte neu erinnert. Festschrift z. 125jährigen Bestehen d. Vereins für Geschichte und Heimatpflege Soest (2006). 392 S. mit 259 Abb.	34,80 €
60	I. Maas-Steinhoff (Hrsg.): Nachkriegszeit in Soest (2011). 376 S. mit 112 Abb.	24,90 €
61	M. u. U. Löer (Hrsg.): Max Schulze-Sölde (1887-1967) - ein Mensch seiner Zeit (2012). 183 S. mit zahlr. Abb.	19,80 €
62	B. Reich: Mode und Festkultur im Werk von Heinrich Aldegrevier. Hochzeitsbräuche des Soester Patriziats in der Renaissance (2012). 155 S. mit 12 Tafeln u. 76 Abb.	19,80 €
63	R. Götz: Das Archigymnasium im 19. Jahrhundert und die Anfänge des Aldegrevier-Gymnasiums. E. Beitr. z. Gesch. d. höheren Schulen in Soest (2015). 212 S. m. 16. Abb.	13,- €
64	I. Maas-Steinhoff (Hrsg.): Luthers Lehre kommt nach Soest. Ereignisse und Blickpunkte der Reformation in Stadt und Börde (2016). 56. S. m. 22 Abb.	7,50 €

Westf. Verlagsbuchhandlung Mocker & Jahn, Soest. Vertrieb durch den Buchhandel.